Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemokratischen
Parteitages 1902







Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Abgehalten zu Aussig
vom 15. bis 18. August 1902.

Tagesordnung:

1. Konstituirung des Parteitages:
   a) Wahl des Präsidiums;
   b) Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung;
   c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Bericht der Parteivertretung. Berichterstatter: F. Skaret und W. Ellenbogen.
3. Parteiorganisation. Berichterstatter: F. Skaret.
4. **Der österreichisch-ungarische Ausgleich.** Berichterstatter: W. Ellenbogen.
5. Wahl der Parteivertretung.
6. a) Parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: E. Pernerstorfer.
   b) Parteitaktik. Berichterstatter: Viktor Adler.
7. **Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung in Oesterreich.** Berichterstatter: A. Schrammel.
8. Parteipresse. Berichterstatter: J. Popp.
9. Eventuelles.

Wien 1902
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 18.

Einberufer des Parteitages:

Dr. Viktor Adler, Heinrich Beer, Anna Boschek, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Georg Emmerling, Engelbert Pernerstorfer, Julius Popp, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik aus Wien. Franz Beutel (Aussig), Mathias Eldersch (Brünn), Vinzenz Muchitsch (Graz), Jakob Prähauser (Salzburg), Josef Seliger (Teplitz), J. Spielmann (Linz).

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Julius Popp (Wien), Anton Schrammel (Aussig).

Schriftführer:

Vinzenz Muchitsch (Graz), Anton Schäfer (Reichenberg), Leopold Winarsky (Wien).

Mandatsprüfungskommission:

Franz Beutel (Aussig), Ludwig Bretschneider (Wien), Wilhelm Kiesewetter (Gablonz), Wilhelm Nießner (Brünn), Johann Siegl (Linz).

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

(Beschlossen am Parteitag zu Wien 1901.)

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, geräth dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbstständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichthums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigenthums an den Produktionsmitteln die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisirte Proletariat kann der Träger dieser nothwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Aus-

nützung der Arbeiter zu Gunsten von bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei: sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurtheilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter; Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbstständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachtheil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirthschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Thätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an Arbeiterschutz fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen

Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter durch Aufhebung der Dienstbotenordnungen.

2. Achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie, Land- und Forstwirthschaft) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrole der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutzgesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisiren.

Nationalitätenprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Beschlossen am Brünner Gesammtparteitag 1899.

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor Allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.

Der Parteitag, als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesammtvertretung, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, czechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode **nicht** wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, in erster Linie ihrer Branchenorganisation anzugehören. Wo politische Vereine existiren, werden die Mitglieder der Gewerkschaften verpflichtet, diesen Vereinen nach der gesetzlich zulässigen Möglichkeit beizutreten.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein vom Parteivorstande zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer werden von denjenigen nominirt, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.

II. Vertrauenspersonen.

Alle in einem Orte befindlichen Parteigenossen und -Genossinnen bilden zusammen die Lokalorganisation. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteimitglieder der einzelnen Orte in zu diesem Zwecke berufenen Parteiversammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Als Grundlage für den Ausbau der Lokalorganisation ist nach Thunlichkeit die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

Die Vertrauenspersonen mehrerer Lokalorganisationen bilden zusammen die Bezirksorganisation, deren Umfang, unter Berücksichtigung der territorialen Verhältnisse, von der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz bestimmt wird. Wo es die sprachlichen oder territorialen Verhältnisse nothwendig erscheinen lassen, können Agitationsbezirke, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, gebildet werden.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben.

Die Wahlkreisorganisation, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Diesem obliegt die

Förderung und Ueberwachung des Ausbaues der Organisation als auch die Agitation im Wahlkreis.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation auf Berufung des Agitationscomites nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb eines Jahres zu einer Konferenz zusammen. Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der dem Kreise angehörenden Bezirksorganisationen unter Angabe von Gründen es verlangt. Die Wahlkreiskonferenz entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisorganisationen eines Kronlandes können sich zu einem Verbande (Landesorganisation) vereinigen. Zur Besprechung und Beschlußfassung von Angelegenheiten, die das ganze Kronland betreffen, und soweit sie durch das eigene Organisationsstatut dem Verbandsausschuß nicht vorbehalten sind, treten die Wahlkreisvertrauensmänner des betreffenden Verbandes nach Bedarf zu einer Verbandskonferenz zusammen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag, insoferne sie nicht schon durch die Bestimmungen der Kronländer geregelt ist.

Die Vertrauenspersonen der Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben ihre Wahl mit genauer Angabe ihrer Adresse sofort dem Parteivorstande mitzutheilen.

Die Anstellung von Bezirksvertrauensmännern nach Vorschlag des betreffenden Bezirkes kann nur nach Zustimmung der Landes- oder Wahlkreisvertretung geschehen, die auch über die Person entscheidet.

III. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Korporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

IV. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen

hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Kontrole können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Kontrolore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexekutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassengeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

V. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VI. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, per Monat einen Kreuzer direkt an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die direkte Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungne oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landeskonferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Vorlagen an den Parteitag.

Bericht des Parteivorstandes

der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei an den nach Aussig a. d. E. einberufenen Parteitag.

Der diesjährige Parteitag der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich ist der dritte seit Schaffung der nationalen Executiven.

Der letzte, in der Zeit vom 2. bis inclusive 6. September 1900 in Graz tagende Parteitag wurde unter dem Eindruck der vorzeitig erfolgten Auflösung des Parlaments geschlossen. Obzwar das die Auflösung betreffende Decret erst am 8. September kundgemacht wurde, so hatte der Parteitag dennoch Gelegenheit, noch am Schlusse seiner Tagung die Vorbereitungen zu den

bevorstehenden Reichsrathswahlen

zu treffen.

Bei der Unentschiedenheit der Regierung Koerber's schienes von vorneweg so gut wie ausgeschlossen, daß eventuelle Neuwahlen auf einem anderen als dem bis zur Lächerlichkeit verzerrten Fünfcuriensystem ausgeschrieben werden würden. Es wurde demzufolge am Parteitag auch ein Antrag angenommen, nach dem die Vertrauensmänner der Partei „. . . ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung sofort und mit aller Energie an die nothwendigen Vorarbeiten für Neuwahlen zu schreiten haben". Wir hatten uns in unseren Voraussetzungen nicht getäuscht. Das Parlament, das sich auf Grund der alten Wahlverfassung als total lebensunfähig erwiesen hatte, wurde abermals, und zwar mit noch verschärfteren Gegensätzen während eines Zeitraumes von mehr als zwei Monaten durch directe und indirecte, durch geheime und öffentliche Wahlen mühselig, wie in keinem anderen Staate auf dem Continent, zusammengewählt.

Die Wahlbewegung selbst, die wohl an Lebhaftigkeit und äußeren Effecten, nicht aber an innerer Intensität der vom Jahre 1897 nachstand, hat das bereits im Berichte zum Gesammtparteitag (1901) dargestellte Resultat gehabt. Die deutsche Parteiorganisation hat fünf von den sieben bisher innegehabten Wahlkreisen verloren, dafür fünf neue wieder erobert. Alles in Allem verfügt unsere Gesammtpartei im Abgeordnetenhause über zehn Sitze, davon die deutsche Socialdemokratie sieben inne hat. Die geringe Zahl der errungenen Mandate steht allerdings in keinem Verhältniß zu den auf die socialdemokratischen Candidaten abgegebenen Stimmen. Der Zahl der auf die socialdemokratischen Candidaten vereinigten Stimmen nach müßte bei Einführung eines gerechten Proportionalwahlrechtes unsere Partei die stärkste im österreichischen Abgeordnetenhause sein, wie sie zweifellos die stärkste Partei in Oesterreich ist.

* * *

Im Einverständnisse mit der Gewerkschaftscommission und unter Zuziehung von Delegirten der Krankencassen wurde eine große Action zu Gunsten der

Invaliditäts- und Altersversicherung,

Witwen- und Waisenversorgung eingeleitet. Es wurde zu diesem Behufe ein eigenes Actionscomité eingesetzt, das die Vorarbeiten einzuleiten hatte. Zur intensiveren

Unterstützung dieser Bewegung wurden an alle Localorganisationen zum Zwecke des Sammelns von Unterschriften diesbezügliche Petitionen übermittelt. Weitere Petitionen wurden auch noch behufs Unterfertigung an diverse Gemeindevorstehungen, Arbeiterorganisationen sowie Krankencassen gesendet.

Der anfängliche Widerstand, der von einzelnen Genossen gegen die Betretung des Petitionsweges erhoben worden war, wurde nach entsprechender Aufklärung beigelegt. Handelte es sich dabei doch nicht, wie irrthümlich angenommen wurde, um einen Bittgang, sondern einzig und allein um eine Verstärkung der Propaganda, damit ein weiterer, der mündlichen Agitation weniger zugängliche Theil der Bevölkerung an der Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung interessirt werde. Die an das Abgeordnetenhaus überreichten Petitionen in Sachen der Altersversicherung bezifferten sich auf 5006. Darunter 1917 Petitionen mit 693.007 Unterschriften, 1480 Petitionen von Gemeindevorstehungen, 1201 Petitionen von Gewerkschaften und Arbeitervereinen und 408 von Arbeiterkrankencassen. Daß der Erfolg der Petitionen betreffs der Zahl der Unterschriften einigermaßen hinter unseren Erwartungen zurückblieb, ist wohl mit auf den Mangel an Thatkraft eines großen Theiles unserer Vertrauensmänner und nicht in letzter Linie auf das in dieser Sache zweifellos unbegründete, aber dennoch bei dem überwiegend großen Theile der städtischen wie ländlichen Bevölkerung vorhandene Mißtrauen zurückzuführen, das sie hindert, ihre Unterschrift unter eine Petition zu setzen.

Am 22. Juli 1901 fand in Angelegenheit der Invaliditäts- und Altersversicherung die erste große Volksversammlung in Wien statt, zu der aus allen Theilen Oesterreichs Zustimmungsschreiben und Telegramme einlangten und der eine große Zahl weiterer Versammlungen, zum Theil verbunden mit Demonstrationen, folgten. Am 17. October 1901, am Tage der Eröffnung des Abgeordnetenhauses, wurde vom Socialdemokratischen Verband ein Dringlichkeitsantrag über die Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung 2c. eingebracht, der am 25. October im Hause zur Verhandlung gelangte und einstimmig angenommen worden ist. Seit dieser Zeit hat man, mit Ausnahme der am 14. Jänner 1902 im Budgetausschuß von Seite der Regierung abgegebenen Erklärung: daß von der Fachsection des Ministeriums des Innern Grundzüge ausgearbeitet worden sind, die demnächst an die betheiligten Centralstellen zur Begutachtung abgegeben werden sollen, nichts mehr darüber gehört.

* * *

Angesichts der außerordentlich ungünstigen Geschäftsconjunctur vom Jahre 1901 auf 1902, unter der die Arbeiter der meisten Branchen, insbesondere aber die in der Metallindustrie und im Baugewerbe beschäftigten zu leiden hatten und noch leiden, wurde von der Reichsrathsfraction am 17. October 1901 im Abgeordnetenhause ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, betreffend die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Antrag verlangte die Einbringung eines Gesetzentwurfes, nach dem es der Regierung gestattet werde, die durch das Investitionsgesetz bis zum Jahre 1905 bewilligten Credite sofort in Anspruch nehmen zu können; die sofortige Inangriffnahme und Durchführung der beschlossenen Eisenbahnbauten sowie der Spitalbauten für Wien; Untersagung der Ueberstundenbewilligungen durch die Gewerbebehörde 2c. Dieser Antrag gelangte am 24. October 1901 zur Verhandlung; er wurde angenommen und im socialpolitischen Ausschusse — begraben.

Den Thatsachen zum Trotze wurde von Seite der bürgerlichen Gegner als auch der verschiedenen politischen Verwaltungsstellen das Vorhandensein einer stärker auftretenden Arbeitslosigkeit in Abrede gestellt. Durch mehrere große Versammlungen der Arbeitslosen in und außerhalb Wiens, sowie durch eine unter Leitung des Gen. Dr. Verkauf jedoch nur auf Wiener Betriebe beschränkte Enquête wurde zur Genüge bewiesen, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse insbesondere in den bereits oben bezeichneten Branchen abnorm schlechte waren. Die

Ergebnisse der Enquête gelangten ausführlich in der „Arbeiter-Zeitung" zur Veröffentlichung.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde die außerordentlich ungünstige Geschäftsconjunctur von einer Reihe von Unternehmern dazu benützt, das bisher durch die Arbeiterschaft Errungene oft noch unter das ursprüngliche Niveau herabzudrücken. Dank der bei einzelnen Branchen besonders gut ausgebauten Gewerkschaftsorganisation blieb es erfreulicherweise vielfach nur bei den Versuchen. In der That ist von einzelnen Branchen der Beweis glänzend erbracht worden, wie viel eine gut ausgebaute und gut geführte Gewerkschaftsorganisation gerade zur Zeit der wirthschaftlichen Krise für die Arbeiter zu leisten im Stande ist.

* * *

Zu dem in der Zeit vom 23. bis inclusive 27. September 1900 in Paris stattgefundenen

Vierten internationalen Arbeitercongreß

wurden von der deutschen Parteiexecutive die Genossen Ellenbogen, Pernerstorfer und Skaret, von Seite der „Arbeiter-Zeitung" Gen. Adler delegirt. Auf dem Congresse selbst wurde unter Anderem die Errichtung eines internationalen Secretariats mit dem Sitze in Brüssel beschlossen. Als Mitglieder des Bureaus für die deutsche Socialdemokratie in Oesterreich wurden die Genossen Adler und Skaret gewählt. Die Kosten für das internationale Secretariat werden von den socialdemokratischen Parteien der einzelnen Länder getragen, der auf Oesterreich entfallende Theil von den einzelnen nationalen Executiven.

* * *

Durch das am 1. Jänner 1901 in Kraft getretene

neue Heimatsgesetz

hat sich der Wirkungskreis und die Thätigkeit der localen Centralstellen unserer Partei um ein Beträchtliches erweitert. In den größeren Orten wurden ständige Bureaux errichtet, in denen durch unsere Vertrauensmänner nicht nur Auskünfte in allen Angelegenheiten des Heimatsrechtes ertheilt, sondern wo vielfach auch gleich die hiezu nothwendigen Gesuche und sonstigen schriftlichen Arbeiten an die Rath holenden Personen unentgeltlich gemacht wurden. Einen sehr heißen Kampf hatten unsere Vertrauensmänner auch gegenüber den verschiedenartigen und nachtheiligen Auslegungen des Heimatsgesetzes mit den einzelnen Gemeindevorstehungen zu führen, einen Kampf, der auch heute noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten ist.

Im Kampfe um eine halbwegs vernünftige Auslegung und Handhabung des neuen Heimatsgesetzes im Sinne des Gesetzgebers stand die socialdemokratische Partei den arbeiterfeindlichen und reactionären Gemeindeverwaltungen allein gegenüber, während die nationalen und christlich-socialen Arbeitervereinigungen in Sachen des Heimatsgesetzes den ablehnenden Standpunkt ihrer Gemeindeverwaltungen billigten und so gegen die Arbeiter frondirten. Zur Ehre der Vertrauensmänner unserer Partei sei es gesagt, daß sie den Kampf um das Heimatsrecht der Arbeiter mit ebensoviel Nachdruck als Erfolg gegen den schmutzigen Egoismus der Gemeinden geführt haben und noch führen.

* * *

Sehr wichtig sind einige Vorkommnisse auf dem Gebiete des

Coalitionsrechtes,

das von den Arbeitern Oesterreichs, trotzdem es ihnen durch das Gesetz seit Jahrzehnten gewährleistet ist, in der Praxis Schritt für Schritt erst durchgesetzt werden

muß. Hieher gehört vor Allem folgender Fall: Es hatte noch bis vor Kurzem zu den Gepflogenheiten gewisser Behörden und ihrer Organe gehört, daß unterstützungsberechtigte organisirte Arbeiter, wenn sie ohne Baarmittel angetroffen worden, als subsistenzlos behandelt und nach dem Vagabundengesetz abgeurtheilt wurden. Im Sommer 1901 waren nun zwei organisirte Buchdrucker, die in Oberösterreich reisten, verhaftet und nach dem Vagabundengesetz zu Arrest verurtheilt worden, obwohl sie ihre Zugehörigkeit zum Fachverein und damit ihre Berechtigung zum Bezug einer Reiseunterstützung nachweisen konnten. Dieses ungeheuerliche Urtheil wurde sogar vom Kreisgericht Steyr in zweiter Instanz bestätigt. Auf eine Eingabe des Verbandes der Buchdrucker und Schriftgießer in Wien wurde jedoch vom Obersten Gerichts- und Cassationshofe die principiell wichtige Entscheidung gefällt, daß diese Urtheile als gesetzwidrig aufgehoben und zu neuerlicher Entscheidung an die Untergerichte zurückverwiesen wurden. Nunmehr erfolgte natürlich Freispruch.

Zugleich veröffentlichte das Justizministerium in seinem Verordnungsblatte vom 18. September 1901 an die ihm unterstehenden Gerichtsbehörden und Organe nachstehende Mittheilung:

> Es ereignen sich Fälle, daß Personen wegen Verdachtes der Landstreicherei angehalten werden, die infolge Zugehörigkeit zu einem bestimmten Berufe, insbesondere aber infolge geleisteter Einzahlungen Anspruch auf Reiseunterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit haben. Bei Angehörigen einzelner Arbeiterverbände ist dieser Anspruch einer Versicherung für den Fall der Arbeitslosigkeit ähnlich. Dieser Umstand dürfte bei Beurtheilung der Frage, ob der Angehaltene die Mittel zu seinem Unterhalte besitzt, regelmäßig von Bedeutung sein. Es wird sich daher in Fällen dieser Art empfehlen, auch zu erheben, ob ein solcher Anspruch besteht oder ob er nicht etwa infolge unbegründeter Verweigerung von Arbeit verwirkt ist.

Für die organisirte Arbeiterschaft ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von eminent principieller Wichtigkeit. Sie bezeichnet es als eine Verletzung des Gesetzes, daß bei dem angeklagten Arbeiter auf seinen Unterstützungsanspruch bei der Organisation keine Rücksicht genommen worden ist. Sein erworbener Anspruch, das heißt seine Organisation, schützt ihn somit vor Verurtheilung wegen Landstreicherei.

* * *

Hat hier der Oberste Gerichtshof einen kleinen Fortschritt in der Richtung zu einer modernen Auffassung des Coalitionsrechtes bekundet, so zeigt eine geradezu ungeheuerliche Entscheidung des Reichsgerichtes, wie unserer Bureaukratie die reactionärste Tendenz noch in den Knochen liegt. Anstatt daß der Staat jede Anstrengung der Gewerkschaften, dem Problem der Arbeitslosigkeit näher zu treten, unterstützen würde, tritt er jeder solchen Bemühung hindernd in den Weg. Das Ministerium des Innern hatte solchen Statuten von Vereinen, die Arbeitslosenunterstützung bezwecken, die Genehmigung versagt. Das sodann angerufene Reichsgericht fällte folgende Entscheidung, die als historisches Document für Oesterreichs Rückständigkeit hier wörtlich Platz finden soll:

> Nach dem Erlasse des k. k. Ministeriums des Innern vom 13. April 1901, Z. 10.466, stellt sich die Bestimmung des § 2, lit. b, der vorgelegten Statuten im Zusammenhalte mit jener des § 17 insoferne als gesetzwidrig dar, als mangels jeder Unterscheidung zwischen ordnungsmäßigem und gesetzwidrigem Austritte aus der Arbeit die Unterstützung auch solcher arbeitsloser Vereinsmitglieder im Rahmen der statutenmäßigen Vereinsthätigkeit gelegen wäre, die die Arbeit ohne Einhaltung der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist verlassen haben. Nach der Ueberzeugung des k. k. Reichsgerichtes ist diese Auffassung begründet, denn im § 2, lit. b, wird unter den Zwecken des Verbandes angeführt: „Unterstützung seiner Mitglieder in Fällen der Arbeitslosigkeit.“ Eine Unterscheidung innerhalb dieser Fälle wird daselbst nicht gemacht, somit muß angenommen werden, daß nach dieser Statutenbestimmung der Verein seine Mitglieder in allen Fällen der Arbeitslosigkeit, somit auch dann zu unterstützen hätte, wenn die Arbeitslosigkeit die Folge eines gesetzwidrigen Austrittes aus der Arbeit sein würde. Die Richtigkeit dieser Auffassung ergibt sich aus dem § 17 der Statuten, und zwar deshalb, weil dieser Paragraph das bezügliche Recht der Mitglieder nur in der Richtung einschränkt, daß das betreffende Mitglied nicht muthwillig aus der Arbeit ausgetreten sein darf. Es bedarf nun weiter

keiner Ausführung, daß die Begriffe „muthwilliger Austritt“ und „gesetzwidriger Austritt“ sich nicht decken, daß es zweifellos Fälle geben kann, in denen der Austritt gesetzwidrig ist, ohne daß er im Sinne des § 17 als muthwillig bezeichnet werden könnte. Da sonach bei Bestand des § 17 der Statuten statutenmäßig der Verein laut § 2, lit. b, die Unterstützung auch in Fällen solcher Arbeitslosigkeit zu gewähren hätte, welche die Folge eines gesetzwidrigen, nicht nur muthwilligen Austrittes ist, so ist diese Statutenbestimmung zweifellos geeignet, gesetzwidrigen Austritt zu erleichtern und zu befördern, weshalb sie als rechtswidrig (§ 878 a. b. G.-B.) bezeichnet werden muß.

Wenn man bedenkt, daß die Vereinsleitungen keinerlei Möglichkeit haben, Untersuchungen darüber anzustellen, ob ein Unterstützungswerber die Arbeit in gesetzwidriger Weise verlassen hat oder nicht, so kann man daraus ermessen, wie weit man die chicanösen Drangsalirungen der Arbeiter treiben will und wie selbst von höchster richterlicher Stelle das Coalitionsrecht zu Gunsten der Unternehmer eingeschränkt wird. Doch auch zu dieser Hacke wird und muß sich ein Stiel finden. An der Verständnißlosigkeit unserer obersten Richter darf das Coalitionsrecht nicht scheitern.

Organisation.

Das wichtigste Ergebniß für die Partei innerhalb der Berichtsperiode war der im November 1901 in Wien abgehaltene österreichische Gesammtparteitag, der seine Hauptaufgabe, die Revision des Parteiprogramms, nach einer eingehenden und bedeutungsvollen Discussion mit gutem Erfolge löste. An Stelle des alten Hainfelder Programms ist nunmehr für die österreichische Socialdemokratie das Wiener Programm getreten. Möge es uns gleiche Erfolge bringen!

In organisatorischer Beziehung hat sich in dieser Berichtsperiode nicht sonderlich viel verändert. Das im Jahre 1897 am Wiener Parteitag geschaffene Organisationsstatut hat innerhalb der deutschen Parteiorganisation noch nicht die volle Anerkennung gefunden. Während einerseits unsere Genossen noch an der alten Kronlandsorganisation festhalten, sind sie andererseits wieder von der Wahlkreisorganisation zur strammen Landescentralorganisation zurückgekehrt.

Wie bereits aus dem Berichte der deutschen Executive an den letzten Gesammtparteitag hervorgeht, wurde in einer am 7. April 1901 in Linz stattgefundenen Landesconferenz beschlossen, die bisherige Form der Wahlkreisorganisation aufzulassen und wieder zur Landesorganisation mit dem Sitze der Centrale in Linz zurückzugreifen.

Desgleichen fand am 26. und 27. Mai 1901 eine auf Initiative der Parteivertretung nach Teplitz einberufene Conferenz der deutsch-böhmischen Wahlkreise statt. Auf dieser wurde beschlossen, für Böhmen einen Verband aller deutsch-böhmischen Wahlkreise zu schaffen, an dessen Spitze der Verbandsausschuß, respective die Verbandsexecutive mit dem Sitze in Aussig-Teplitz steht. Die Aufbringung der Mittel für den Verband wurde vorläufig mit 10 Percent von den Einnahmen der Wahlkreise festgesetzt. Zweck des Verbandes ist die einheitliche Leitung von parteipolitischen, sich auf das ganze Kronland erstreckenden Actionen. Der Verband hatte seit der kurzen Zeit seines Bestandes wiederholt Gelegenheit, sich in dieser Richtung zu bethätigen, und wollen wir an dieser Stelle unter Anderem sein Eingreifen in die im October des Vorjahres stattgefundenen Landtagswahlen in Böhmen, sowie die Protestaction gegen die drohende Biersteuer anerkennend hervorheben. Aber so wie fast überall, fehlt es auch dem Verbande an den hiezu erforderlichen Mitteln, um seinen Aufgaben gegenüber den deutsch-böhmischen Wahlkreisen voll und ganz nachkommen zu können.

Wir unterlassen es diesmal, an dieser Stelle eine ziffermäßige Darstellung über die Stärke der Organisation zu geben, da bei der äußerst mangelhaften Berichterstattung durch die Local- und Bezirksorganisationen ein wahrheitsgemäßes Bild nicht geboten werden kann. Betonen jedoch müssen wir, daß mit wenigen Ausnahmen, der territorialen Organisation, dem Ausbau der Straßen- und

Häuserorganisation, nicht in dem Maße entsprochen worden ist, wie es im Interesse unserer politischen Parteibewegung nothwendig gewesen wäre und wie es der am Grazer Parteitag gefaßte Beschluß forderte.

Von den dem Parteivorstande am Grazer Parteitag zugewiesenen Anträgen können wir nur berichten, daß von Seite des Parteisecretariats wiederholt der Versuch gemacht worden ist, Zusammenstellungen jener Orte und Organisationen zu machen, die in Bezug auf Parteisteuer ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen sind. Der Erfolg stand vielfach in keinem Verhältniß zu der hiefür aufgewendeten Arbeit, was, wenn auch nicht begreiflich, so doch erklärlich ist durch den Umstand, daß ein großer Theil der Vertrauensmänner mehr den localen als den Gesammtbedürfnissen unserer Parteiorganisation Rechnung trägt.

Was den Antrag, betreffend die Anstellung eines unabhängigen Vertrauensmannes in Trautenau (IX. böhmischer Wahlkreis), anbelangt, so hat der Parteivorstand das Einvernehmen mit der Gewerkschaftscommission allerdings gesucht, mußte jedoch dabei eine ablehnende Haltung einnehmen, da die dortigen Genossen an Stelle Trautenaus Braunau als Sitz des Vertrauensmannes in Vorschlag brachten.

Dem Wunsche der westschlesischen Wahlkreisorganisation wurde in der Weise entsprochen, daß seit 1. August 1901 eine unabhängige agitatorische Kraft mit dem Sitze in Bielitz angestellt worden ist, zu der von Seite des Parteivorstandes ein entsprechender Zuschuß geleistet wird. Desgleichen wurde unter Mitwirkung des Parteivorstandes und der Gewerkschaftscommission eine agitatorische Kraft in Ostschlesien (Jägerndorf), eine im VI. mährischen Wahlkreise (Neutitschein) und eine im III. böhmischen Wahlkreise (Blattnitz) im Vorjahre angestellt.

Die zwölf unter Mithilfe des Parteivorstandes angestellten Vertrauensmänner erhalten zusammen eine monatliche Subvention von Kr. 244·— aus dem Parteifonds regelmäßig ausbezahlt.

Wenn bei Anstellungen und Subventionirungen von Vertrauensmännern nicht immer alle Wünsche der betreffenden Organisationen von Seite des Parteivorstandes berücksichtigt werden konnten, so deshalb, weil wir, an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt, über das Maß der vorhandenen Mittel hinaus nicht gehen konnten.

Agitation.

Selbstverständlich wurde neben dem Ausbau der Organisation mit demselben Eifer auch der Agitation in der Berichtsperiode von Seite des Parteivorstandes das größte Augenmerk zugewendet. Leider ist das Parteisecretariat immer weniger in der Lage, den allzu massenhaft steigenden Anforderungen nach Zuweisung von Referenten entsprechen zu können, und dies hauptsächlich auch deshalb, weil sich die überwiegende Mehrzahl der diesbezüglich gestellten Wünsche vorwiegend nur auf Abgeordnete und da wieder nur auf einzelne bestimmte Personen beschränkt.

So sehr wir die Gründe, die unsere Parteigenossen bei derartigen Wünschen leiten, anerkennen, so wenig liegt es in unserer physischen Möglichkeit, ihnen in vollem Umfange gerecht werden zu können.

Erfreulicherweise tritt in schon mehr vorgeschrittenen Orten neben die mündliche Agitation immer mehr das geschriebene Wort, wozu neben der Parteipresse und diversen Flugschriften auch die Kalender sich als sehr wirksam erwiesen haben.

Erschwert wird unsere Agitation in vielen Orten durch die gerade in den letzten Jahren häufig vorgekommenen Saalabtreibereien. In solchen Orten müßten es sich die Parteigenossen angelegen sein lassen, an Stelle der mündlichen Agitation für eine rege Verbreitung von Parteizeitschriften, Agitationsbroschüren und von dem fast eigens zu diesem Zwecke bestimmten „Lichtstrahlenkalender" einzutreten. Soweit die Parteigenossen dieser Verpflichtung nachgekommen, erwiesen sich die Saalverweigerungen als ein vollkommen unwirksames Mittel. Dabei aber zeitigten sie unter den Genossen vielfach den Gedanken nach Erwerbung oder Erbauung eines

eigenen Heims. Leider ist bei der Art der Geldbeschaffung, sowie bei einer Reihe anderer scheinbar untergeordneter, aber dennoch wichtiger Fragen nicht immer mit der nothwendigen Vorsicht vorgegangen worden, und wurde der Parteivorstand vielfach erst dann zu Rathe gezogen, wenn an der Sachlage nichts mehr zu ändern war. So sehr wir den Wunsch der Genossen, besonders jener Orte, in denen ihnen die Ausübung jeder Vereinsthätigkeit durch Localabtreibereien erschwert wird, bezüglich der Erwerbung eines „eigenen Heims“ begreiflich finden, so sehr müssen wir die mit derartigen Geschäften oft vollständig unvertrauten Genossen zur größten Vorsicht mahnen.

Die Zahl der in der Berichtsperiode abgehaltenen Versammlungen dürfte der von den früheren Jahren in gar nichts nachstehen. Wegen der mangelhaften Berichterstattung der einzelnen Organisationen müssen wir jedoch diesmal von der Wiedergabe von Ziffern absehen.

Als einen erfreulichen Fortschritt unserer Parteibewegung müssen wir es bezeichnen, daß an Stelle der vielfach überflüssig lärmenden Agitation positive Kleinarbeit getreten ist, und daß sich bei dem größten Theile unserer Parteigenossen endlich die Erkenntniß durchgerungen hat, daß unter der hauptsächlich industriellen Arbeiterschaft uns noch ein genügend großes Gebiet der agitatorischen Thätigkeit eröffnet ist, ohne bemüssigt zu sein, unsere Kräfte und Mittel anderweitig zwecklos zu vergeuden.

Wahlen.

In die Berichtszeit fallen die Reichsrathswahlen 1901, deren ziffermäßiges Ergebniß wir bereits im Berichte an den in Wien abgehaltenen Gesammtparteitag (1901) niederlegten.

Am 2. Juli 1901 fand die Ergänzungswahl des X. Wiener Gemeindebezirkes Favoriten in den niederösterreichischen Landtag statt. Von der christlich-socialen Partei wurden, um sich in diesem Landtagswahlbezirke behaupten zu können, die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht. Trotz des außerordentlich hinterhältigen und complicirten Wahlrechtes zum Landtag ist es der Energie und Thatkraft unserer Parteigenossen dennoch gelungen, dem socialdemokratischen Candidaten Gen. Dr. Adler zum Siege zu verhelfen. Von 8469 abgegebenen giltigen Stimmen erhielt der Socialdemokrat Adler 4298, sein christlich-socialer Gegner 4125 und der czechisch-nationale Zählcandidat 41 Stimmen.

Gen. Adler ist nicht nur der einzige Socialdemokrat im niederösterreichischen Landtage, sondern der erste socialdemokratische Abgeordnete in Oesterreich überhaupt.

Bei den im October 1901 in Böhmen stattgefundenen Landtagswahlen wurde bei einem Steuercensus von 8 Kronen das erstemal auf Grund des directen Wahlrechtes gewählt. Trotz des für die Arbeiterverhältnisse in Böhmen unverhältnißmäßig hohen Census hat die Socialdemokratie bei den am 8. October stattgefundenen Wahlen in den deutschen Landgemeindebezirken, sowie bei den am 11. October stattgefundenen Wahlen in den Städtebezirken achtunggebietende Erfolge errungen.

Die höchste Stimmenanzahl, die in den Landgemeindebezirken sich auf die socialdemokratischen Candidaten vereinigte, betrug im Reichenberger Bezirke 1207. In den zwei Landgemeindebezirken Böhmisch-Leipa und Reichenberg kamen die Socialdemokraten in die Stichwahl, wo sie dem vereinigten bürgerlichen Kuddelmudel unterlagen. In den Städtebezirken betrug die höchste Zahl der auf die socialdemokratischen Candidaten abgegebenen Stimmen 649. In einer Reihe von Landgemeinden- als auch Städtebezirken hatten unsere Parteigenossen bei der Stichwahl die Entscheidung vollständig in der Hand.

Neben den Wahlen in den Landtag haben sich unsere Genossen in der Berichtsperiode bei den Gemeinde- und Personaleinkommensteuerwahlen mit immerhin nennenswerthen Erfolgen betheiligt.

Am 19. November 1901 fanden die Wahlen in den Grazer Gemeinderath (III. Wahlkörper) statt. Auf die socialdemokratische Liste wurden

1244 bis 1294, für die Nationalen 1014 bis 1059, für die Clericalen 426 bis 472 Stimmen abgegeben. Es war somit eine Stichwahl zwischen Socialdemokraten und Deutschnationalen nothwendig, die am 22. November stattfand und bei den von den fünf zu wählenden Gemeinderäthen drei Mandate den Socialdemokraten zufielen. Unsere Partei hat somit derzeit sieben Sitze im Grazer Gemeinderathe inne.

Einen nicht minder günstigen Erfolg constatiren wir bei den am 13. Jänner 1902 stattgefundenen Gemeindewahlen in Wiener-Neustadt. Es wurden dort gegen die vereinten bürgerlichen Gegner von unseren Genossen zwei von fünf Mandaten erobert. Die Zahl der im Wiener-Neustädter Gemeinderathe befindlichen Socialdemokraten ist somit auf drei gestiegen.

Ein heißer Kampf wurde am 12. März 1902 um das Gemeinderathsmandat des XI. Wiener Bezirkes (IV. Wahlkörper) geführt, leider ohne den gewünschten Erfolg. Von den 5794 abgegebenen giltigen Stimmen fielen 2293 auf den socialdemokratischen, 3335 auf den christlichsocialen und 150 Stimmen auf den Candidaten der deutschen Volkspartei. Die socialdemokratischen Stimmen waren gegenüber der letzten Wahl um 450, die der Christlich-Socialen dagegen um 1000 gestiegen. Die unverhältnißmäßig hohe Steigerung der Stimmen bei den Christlich-Socialen beweist zur Genüge die schamlosen Wahlschwindeleien, deren sie sich bedienen und denen sie fast ausschließlich ihre Wahlerfolge zu verdanken haben.

Das Eindringen der Genossen in die Gemeindevertretungen war in der Berichtsperiode ein so umfangreiches, daß wir außer Stande sind, die einzelnen Erfolge alle hier anführen zu können. In einigen Fällen wurde von den Genossen nicht nur der III., sondern auch der II. Wahlkörper erobert, so daß wir heute schon einige allerdings kleine Gemeinden besitzen, an deren Spitze ein socialdemokratischer Bürgermeister steht. Durch die Bethätigung der Genossen an den Gemeindewahlen und das Eindringen in die Gemeindevertretungen ist vielfach ein frischer Zug in die Gemeindeverwaltung gekommen. Aufgabe der local organisirten Genossen wird es daher sein, diesen Eroberungsfeldzug fortzusetzen, um so auf die Gemeindeverwaltungen mehr als bisher Einfluß gewinnen zu können.

Neben den Gemeindewahlen hat sich unsere Partei in der Berichtszeit an den Wahlen in die Personaleinkommmensteuer-Schätzungscommission wiederholt mit Erfolg bethätigt. Wir erwähnen hier unter Anderem die Wahlsiege unserer Genossen in Linz (4. Jänner 1902), Mödling (8. Jänner 1902), Floridsdorf (9. Jänner 1902) und Wien in den Bezirken II, X und XI am 20. Jänner 1902.

Maifeier.

In den beiden letzten Jahren nahm die Maifeier als Demonstration gegen die politische und wirthschaftliche Entrechtung der arbeitenden Classen einen vollständig befriedigenden Verlauf. Durch die Ungunst der wirthschaftlichen Verhältnisse beeinflußt, mußte in einzelnen Orten von der allgemeinen Arbeitsruhe an diesem Tage Abstand genommen werden. Dafür fanden am Abend die Zusammenkünfte der Parteigenossen statt, woraus man erkennen konnte, daß sie, wenn auch der Noth gehorchend, sich von der Feier des 1. Mai kein Jota nehmen lassen werden. Am Vormittag des 1. Mai fanden wie gewöhnlich Versammlungen, Nachmittags Ausflüge statt, die, was die Zahl der Theilnehmer anbelangt, die vorhergegangenen Jahre übertrafen. Das Märchen von dem Zurückgehen unserer Maibewegung wurde selbst in diesem Jahre, trotz des außergewöhnlich schlechten Wetters, zur Genüge durch die Thatsache widerlegt, daß die Betheiligung an den Versammlungen, insbesonders in den größeren Parteiorten, eine bedeutend stärkere war als vordem. Offenbar haben die Unternehmer erkennen gelernt, daß der Widerstand gegen die Freigabe des 1. Mai nicht nur nichts fruchtet, sondern geeignet ist, ganz überflüssige Conflicte hervorzurufen.

Parteipresse.

In dem Stande unserer Parteipresse ist in der Berichtszeit eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Die gesammte politische Parteipresse umfaßt derzeit 27 Blätter, darunter eine Neugründung für den II. schlesischen Wahlkreis, die „Bielitzer Volksstimme".

Ueber den derzeitigen Stand der deutschen Parteipresse gibt folgende vergleichende Tabelle eine genaue Uebersicht:

a) politische Blätter:

Es erscheinen:

	1900	1902
Täglich	1	3
Wöchentlich zweimal	3	3
Wöchentlich einmal	16	20
Vierzehntägig	2	2
Monatlich zweimal	2	1
Zusammen	24	29

Wie aus obiger Zusammenstellung ersichtlich, hat sich die Gesammtzahl der politischen Blätter um fünf vermehrt. Die täglich erscheinenden Blätter haben sich von einem auf drei vermehrt, und zwar wurde der bis im Herbst 1900 als Wochenblatt erscheinende „Arbeiterwille" (Graz) in ein Tagblatt umgewandelt und vom Parteivorstande eine kleine Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung" unter dem Titel „Volkswacht" im October 1900 herausgegeben. Letzteres Blatt ist bezüglich seines Absatzes ausschließlich nur für Wien berechnet. Die Ziffer der wöchentlich einmal erscheinenden Blätter hat sich von 16 auf 20 erhöht. Hinzugekommen sind: „Vorwärts" (Tachau), „Wahrheit" (Brüx) und „Volkswacht" (Mähr.-Schönberg), die wohl schon zur Zeit des Grazer Parteitages bestanden, jedoch als Parteiorgane noch nicht anerkannt waren, sowie die „Bielitzer Volksstimme", die am 21. März 1902 das erstemal erschienen ist.

b) Gewerkschaftsblätter:

Es erscheinen:

	1900	1902
Wöchentlich einmal	5	3
Monatlich dreimal	3	4
„ zweimal	6	7
„ einmal	3	6
Vierzehntägig	5	6
Vierteljährlich siebenmal	1	—
halbjährlich neunmal	1	—
Zusammen	24	26

Es ergibt sich somit eine Vermehrung der Gewerkschaftsorgane um zwei Blätter. Hiezu kommt noch das Organ für Krankenversicherung „Arbeiterschutz", das zweimal, sowie das Organ der Stenographen und der Naturfreunde, das einmal monatlich erscheint.

Unsere politische Parteipresse verfiel, soweit aus der sehr ungenügenden Berichterstattung zu ersehen, in der Berichtsperiode hundertsiebenzehnmal der Confiscation. Darunter wurde das oberösterreichische Organ „Die Wahrheit" (Linz) allein achtunddreißigmal confiscirt, eine Leistung, mit der der Linzer Staatsanwalt zweifellos allein auf dem Continente dastehen dürfte.

Unsere Parteipresse erfreut sich jedoch nicht nur im In-, sondern auch im Auslande der außerordentlichen Aufmerksamkeit und Liebenswürdigkeit der Staatsanwälte. So wurde die „Arbeiter-Zeitung" im Jahre 1901 wegen an-

geblicher Verspottung Kaiser Wilhelms von deutschen Gerichtshöfen zweimal verurtheilt und ihr gleichzeitig auf zwei Jahre das Postdebit entzogen.

Der auf dem Grazer Parteitag dem Parteivorstande zugewiesene Antrag, betreffend die Schaffung einer Beilage für die in deutscher Sprache erscheinende Parteipresse, konnte wegen der vorläufig zu hohen Herstellungskosten und der mangelnden Betheiligung einer Reihe von Blättern nicht zur Verwirklichung gebracht werden. Es soll damit nicht gesagt werden, daß in einem späteren Zeitraume dieser Gedanke nicht zur Ausführung gebracht werden könnte.

Gemäß des ebenfalls dem Parteivorstande zugewiesenen Antrages wegen Ausschreibung einer Preisconcurrenz für eine Agitationsschrift, die sich besonders zur Massenverbreitung unter der landwirthschaftlichen Bevölkerung eignen sollte, erfolgte eine Ausschreibung am 1. März 1901. Bis zur gestellten Frist (1. Juni) liefen vier Arbeiten von Preiswerbern ein, als verwendbar erwies sich keine dieser Arbeiten.

Strafregister.

Das Ausmaß der Strafen, die unsere Genossen in der Berichtsperiode zu erleiden hatten, ist diesmal erfreulicherweise weit hinter dem des Berichtes zum Grazer Parteitag zurückgeblieben. Die Ursachen der verminderten Strafen dürften nicht so sehr in einer milderen Auffassung der Behörden gegenüber uns Socialdemokraten, als in dem Umstande zu suchen sein, daß die Thätigkeit unserer Parteigenossen in der Berichtsperiode mehr auf den inneren ruhigen Ausbau der Organisation, als auf besondere politische Kämpfe gerichtet war. Ein weiterer Umstand ist der, daß die Aufzeichnungen über politische Verfolgungen und Strafen bei einzelnen Wahlkreisen höchst mangelhaft geführt werden, und daß von einer Anzahl Wahlkreise*) bis zur Fertigstellung dieses Berichtes Berichte überhaupt nicht eingegangen sind.

Es betrugen sonach die Freiheitsstrafen, womit unsere Genossen deutscher Zunge, soweit Berichte vorliegen, in der abgelaufenen Periode bedacht worden sind, **3 Jahre, 9 Monate schweren Kerker und 4 Jahre, 3 Monate, 10 Tage einfachen, sowie verschärften Arrest. Die Geldstrafen beliefen sich insgesammt auf 3870 Kronen.**

* * *

Wie aus vorstehendem Berichte ersichtlich, galt die Thätigkeit unserer Partei in der abgelaufenen Berichtsperiode weniger den mit besonderer Leidenschaft geführten Demonstrationen und politischen Kämpfen, als vielmehr vorwiegend dem Ausbau der Organisation und der Abwehr gegenüber Versuchen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Aus dem Berichte geht aber noch ein Zweites hervor: das unaufhaltsame Vorwärtsdringen und das Eindringen der Socialdemokratie in alle Theile der Reichs-, Landes- und Communalverwaltung. Obwohl noch klein an Zahl, haben unsere Vertreter dennoch, wo immer sie in öffentlichen Körperschaften auftraten, eine achtunggebietende Stellung eingenommen. Durch das ruhige, zielbewußte Auftreten ist es unseren Genossen gelungen, weit über ihre Zahl hinaus sich Einfluß und Anerkennung zu erobern, so daß das Märchen von der Alles zerstörenden Socialdemokratie immer mehr in das Bereich der Kinderstuben getreten ist.

---

*) Von nachstehenden fünf Wahlkreisen sind bis zur Fertigstellung des Berichtes des Parteivorstandes (31. Juli 1902) keine Wahlkreisberichte beim Parteisecretariate eingelangt: III. böhmischer Wahlkreis (Tachau); XVI. böhmischer Wahlkreis (Krumau); III. Wiener Wahlkreis (V., VI., XII. und XIII. Wiener Bezirk); VII. niederösterreichischer Wahlkreis (Krems); I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck).

Mitten im Trubel der ärgsten chauvinistischen Excesse auf der einen Seite und der wirthschaftlichen Krise auf der anderen ist die Socialdemokratie auf dem ihr durch ihr Programm vorgezeichneten Wege unaufhaltsam vorwärts geschritten.

Was wir bis heute erreicht haben, ist zweifellos dem außerordentlichen Opfermuthe unserer Parteigenossen zu danken, und wir können nur wünschen, daß sowohl im Interesse unserer Parteibewegung als auch im Interesse des gesammten arbeitenden Volkes sich dieser Opfermuth auch weiterhin bewähren möge. So schwer die Opfer, die der Einzelne, sowie die Gesammtheit zu tragen hatte, auch gewesen sein mögen, so erfüllt uns doch das befriedigende Bewußtsein: Sie wurden nicht umsonst gebracht!

Ferdinand Skaret,
Parteisecretär.

Bericht des Parteicassiers.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in dieser Berichtsperiode ungefähr gleichgeblieben. Ein Zeichen des regelmäßigen Fortschritts der Parteibewegung ist insbesonders die starke Steigerung der Ausgaben für den Agitations- und Inhaftirtenfonds, die von der Fürsorge der Parteivertretung für die Propaganda und die Gemaßregelten Zeugniß ablegt. Neu hinzugetreten zu den früheren Fonds ist das „Zünderconto“, und es wird bei dieser Gelegenheit den Genossen nahegelegt, das Möglichste für den Vertrieb der Volkszünder, die sich als ergiebige Einnahmsquelle der Partei erweisen, zu thun.

Gebahrungsübersicht

der Einnahmen und Ausgaben vom 1. Juli 1900 bis 30. Juni 1902.

	Einnahmen	Ausgaben	Ueberschuß	Deficit
	in Kronen			
Baarsaldo vom letzten Parteitag	4.170·18	—	4.170·18	—
Agitationsfonds	36.155·58	42.036·52	—	5.880·94
Inhaftirtenfonds	872·63	4.163·79	—	3.291·16
Wahlfonds	3.223·70	2.851·60	372·10	—
Maizeichenconto	5.604·43	2.809·46	2.794·97	—
Broschürenconto	9.194·35	1.400·—	7.794·35	—
Medaillenconto	151·70	697·16	—	545·46
Zünderconto	1.386·12	902·40	483·72	—
Summe	60.758·69	54.860·93	15.615·32	9.717·56
Saldo vom 1. Juli 1902	5.897·76		5.897·76	
		Hievon baar	5.560·97	

Der Parteicassier:
Dr. Ellenbogen.

Revidirt und richtig befunden:

Die Controle:

F. Beutel, M. Elderſch, G. Emmerling, V. Muchitsch, F. Prähauser, F. Seliger, F. Spielmann, F. Tomschik.

Wien, 10. Juli 1902.

Frauen-Reichscomité.

Die Thätigkeit des Frauencomités war speciell im abgelaufenen Jahre sehr wenig initiativ. Die Mitglieder des Comités sind von den Organisationen so sehr in Anspruch genommen, daß es nur in geringem Maße möglich war, noch außerhalb derselben eine hervorragende Thätigkeit zu entfalten.

Das Frauencomité war bemüht, die Correspondenz mit den Genossinnen der Provinz aufrechtzuerhalten, doch muß leider constatirt werden, daß die früher so intensive Thätigkeit der Genossinnen nachgelassen hat. Die Berichte und Correspondenzen laufen sehr spärlich ein, das Comité aber, das hier nachhelfen und urgiren sollte, ist durch seine stete Mittellosigkeit gehindert. Die 10 Kr. monatlicher Subvention, die der niederösterreichische Landesausschuß dem Frauencomité gewährt, war die einzige regelmäßige Einnahme, die uns zur Verfügung stand und wurde fast ausschließlich auf Correspondenzen verwendet. Referentinnen wurden zu politischen, gewerkschaftlichen und § 2-Versammlungen entsendet; an Sitzungen und Berathungen zum Zwecke der Arbeiterinnenorganisation haben die Genossinnen des Comités wiederholt theilgenommen. Wenn auch Manches sich ereignet hat, das scheinbar nicht dem Wirken des Frauencomités entsprang, so waren es doch die Mitglieder des Comités, welche in hervorragender Weise an allen Vorkommnissen und Erfolgen der Arbeiterinnen betheiligt waren.

Erfolge hat die Arbeiterinnenbewegung thatsächlich zu verzeichnen. In erster Linie ist es die gewerkschaftliche Organisation der Tabakarbeiterinnen, welche erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Ueber Initiative der Tabakarbeiterinnen hat die Gewerkschaftscommission zu Pfingsten dieses Jahres eine Reichsconferenz der Tabakarbeiterinnen einberufen, bei welcher die Gründung einer Reichsorganisation beschlossen wurde.

Weiters ist es nach langen Bemühungen gelungen, in Wien einen „Verein für socialdemokratische Frauen und Mädchen" zu gründen. Dreimal wurden die Statuten zurückgewiesen, ehe es den Genossinnen der Landstraße und von Favoriten möglich war, endlich die so lang ersehnte Organisation zu besitzen.

Außer diesen beiden Organisationen wurde noch der „Verein der Heimarbeiterinnen und aller im Hause beschäftigten Frauen und Mädchen" neu geschaffen. Dieser Verein hat den Zweck, endlich den Heimarbeiterinnen Gelegenheit zur Organisation zu geben. Krankenunterstützung, Entbindungsbeitrag, Rechtsschutz, die unentgeltliche Zustellung der „Arbeiterinnen-Zeitung" u. A. m. gewährt der Verein seinen Mitgliedern. Wie nothwendig das Entstehen eines solchen Vereines war, beweist die rege Antheilnahme, die ihm entgegengebracht wird. Es bestehen in Wien außer der Centrale in Fünfhaus Ortsgruppen in Margarethen und Ottakring, andere werden im Herbste folgen. Auch in der Provinz gibt sich für den Verein lebhaftes Interesse kund und laufen fortwährend Zuschriften wegen Errichtung von Ortsgruppen ein.

An politischen Actionen has das Frauencomité die drei großen Versammlungen gegen den Militarismus veranstaltet. Die Betheiligung der Frauen an diesen Versammlungen war massenhaft, und gestalteten sich dieselben zu einem imposanten Protest gegen das volksbedrückende militaristische System.

Was sich sonst noch innerhalb der Arbeiterinnenbewegung ereignet hat, enthält der Bericht an den Gesammtparteitag zu Wien 1901, auf welchem auch eine Genossin in die Reichscontrole der Partei gewählt wurde.

Mit Vorliegendem ist keinesfalls die Thätigkeit der im Frauen-Reichscomité vereinigten Genossinnen erschöpft. Die Thätigkeit Einzelner ist auf so viele Orte

vertheilt, daß es nicht möglich ist, ihnen vollständig gerecht zu werden. Daß die Arbeiterinnenbewegung Fortschritte macht, kommt aber wohl am besten durch die angeführten Neugründungen von Organisationen und das Zustandekommen der Conferenzen zum Ausdruck.

Um aber wieder einen größeren Vorstoß im Allgemeinen zu machen, die Genossinnen im ganzen Reiche zu vermehrter Thätigkeit anzuspornen, wird es nöthig sein, wieder einmal mit den Genossinnen und Organisationen aller Orte in Fühlung zu treten. Diese Aufgabe wird das Frauen-Reichscomité im kommenden Winter erfüllen und rechnet dabei auf die Unterstützung der Parteigenossen.

Die **Reichsparteisteuer** ist im Ganzen in 563 Orten eingeführt und 1282 Organisationen sind an ihrer Ablieferung betheiligt. Während der Berichtsperiode haben aber thatsächlich nur 539 Orte mit 1096 Organisationen Beträge an die Parteicassa abgeführt.

Die Summe aller eingelaufenen Beträge macht Kr. 26.816·50 gegenüber Kr. 24.693·72 in der vorigen Berichtsperiode. Es ist also eine Steigerung von Kr. 2122·78 zu verzeichnen. Trotzdem muß mit Bedauern constatirt werden, daß noch immer eine sehr große Zahl von Parteiorten die Reichsparteisteuer gar nicht oder nur sehr mangelhaft eingeführt haben.

Anschließend lassen wir die tabellarische Uebersicht aller eingelaufenen Beiträge, nach Orten alphabetisch geordnet, und eine Zusammenstellung nach der Betheiligung der einzelnen Wahlkreise der V. Curie an der Gesammtsumme folgen. Wir bemerken, um allen Reclamationen vorzubeugen, daß hier nur die bis einschließlich 30. Juni 1902 bei uns eingelaufenen Beträge berücksichtigt werden konnten.

Tabellarische

der in der Berichtsperiode

1. Juli 1900 bis

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlung	1900 Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
1	Absdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—·32
2	Aich	2·40	—·80	—·80	.	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66
3	Albrechtsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
4	Algersdorf	1·20	—·60	—·60	—·60	—·72	—·72	—·72	—·82	—·82	—·84	—·84
5	Altbielitz	6·84	—·43	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
6	Altdietmanns	1·36	1·37	1·35	1·33	1·31	1·30	1·29	1·31	1·38	1·38	1·35
7	Altehrenberg	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
8	Altendorf	1·58	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.	.
9	Altnagelberg	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
10	Altrohlau	6·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
11	Altsattl	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	3·—	3·—	3·—	3·—
12	Altstadt	9·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·62	1·62	1·76	1·76	1·76	1·76
13	Amstetten	6·—	3·—	3·—	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22
14	Andritz	2·12	1·06	1·06	1·08	1·18	1·20	1·20	1·20	1·20	1·02	1·02
15	Annadorf b. Gossengrün	1·32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
16	Antoniwald	20·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
17	Ardning	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
18	Arnau a. d. Elbe . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
19	Arnsdorf-Haida . . .	3·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50
20	Asch	12·28	3·34	3·34	3·34	3·34	3·34	3·36	—·36	—·36	—·36	—·36
21	Atzgersdorf	13·58	—·90	—·30	·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.
22	Augenthal	1·68	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20
23	Auherzen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
24	Auschowitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
25	Aussee	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	1·70	—·94	—·94	—·94
26	Aussig	57·86	3·04	2·75	2·76	3·64	2·06	2·07	2·72	2·22	2·80	2·93
27	**Baden**	—·50	—·68	—·74	—·74	—·52	—·70	—·48	—·70	—·66	—·58	—·60
28	Bäringen	6·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
29	Bärnsdorf	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50
30	Bennisch	1·36	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.
31	Bensen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
32	Bergstadt b. Römerstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
33	Berzdorf	.	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52
34	Bettelgrün	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
35	Bettlern	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
36	Biela bei Bodenbach .	4·40	1·48	1·48	1·48	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·44	—·70
37	Bielitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
38	Bischofshofen	3·48	2·08	1·50	2·32	3·84	2·22	2·38	2·30	2·16	1·80	1·90
39	Bischofteinitz	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
40	Blattnitz	.	.	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
41	Blottendorf b. B.-Leipa	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
42	Bludenz	2·02	2·32	2·62	2·01	2·16	2·46	2·06	2·14	2·26	2·26	1·84
43	Bober bei Schatzlar .	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
44	Bodenbach	3·—	10·—	11·—	11·—	11·—	11·—	10·—	13·60	11·60	13·44	13·46
45	Böhmisch-Kamnitz . .	1·12	—·38	—·38	—·38	—·44	—·44	—·44	2·46	2·46	2·46	2·—
46	Böhmisch-Leipa . . .	11·23	2·53	2·28	2·40	2·35	2·44	2·38	2·30	2·—	2·—	2·—
47	Böhmisch-Liebau . . .	—·64	—·12	—·12	—·12	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
48	Bozen	14·54	2·40	2·70	2·68	2·44	2·78	2·54	2·02	1·98	2·04	2·02
49	Brand bei Tannwald .	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.
50	Břas bei Pilsen . . .	1·92	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·44	—·44	—·44	—·46
51	Braunau i. B. . . .	12·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·70	2·70	2·70	2·70
52	Bregenz	2·10	1·68	1·70	1·70	2·24	2·24	2·24	1·44	1·44	1·44	3·22

Uebersicht

eingelaufenen Reichsparteisteuer

30. Juni 1902.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·32	—·32	—·38	—·38	—·38	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·42	.	.	.	5	30	1
—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	2
10·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	20	3
—·84	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	32	4
—.80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	22	43	5
1·36	1·24	1·25	1·15	1·13	1·11	1·09	1·03	1·05	1·05	1·06	1·04	1·06	.	29	35	6
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	5	40	7
.	.	.	.	.	.	.	2·48	.	.	.	.	.	.	5	14	8
.	.	—·32	.	.	.	.	—·52	.	.	.	.	.	.	2	84	9
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	10
3·—	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	—	11
1·76	1·60	1·60	1·60	1·60	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	36	44	12
1·24	2·80	2·80	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	.	.	55	60	13
1·03	1·04	—·98	—·98	—·98	—·99	1·14	1·14	1 14	1·15	1·16	1·16	1·16	.	27	39	14
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	32	15
2 —	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	56	—	16
.	.	.	.	1·18	—·26	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	2	24	17
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	2	40	18
1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	—·82	—·82	—·82	.	.	.	.	.	.	27	96	19
1·—	2·—	1·66	—·66	—·68	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	43	78	20
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	98	21
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	5	86	22
.	.	—·27	.	—·17	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	44	23
.	.	.	.	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	24
—·94	1·06	1·38	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·08	1·08	1·20	1·20	.	30	36	25
4·42	3·83	3·04	13·10	13·10	12·78	14·28	14·30	20·82	12·87	12·88	10·68	10·69	—·69	232	33	26
—·76	—·30	—·48	—·50	—·46	—·50	—·42	—·42	—·12	—·20	—·24	—·18	—·10	.	11	68	27
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	28
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	13	20	29
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	76	30
.	.	.	.	.	—·80	—·92	1·—	1·02	—·98	—·98	—·96	—·92	.	7	58	31
.	.	.	.	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	4		32
—·52	—·52	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	12	—	33
—·60	—·60	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	—·60	—·60	—·60	.	.	.	14	—	34
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	3	60	35
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·66	—·66	—·68	.	.	.	25	68	36
.	.	.	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	60	37
1·92	1·62	2·82	2·48	2·24	2·80	3·62	2 80	2·76	2·68	2·13	2·13	.	.	55	98	38
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	3	—	39
—·80	—·80	—·80	—·80	1·58	1·60	3·—	2·—	.	.	.	.	.	.	17	78	40
.	.	.	.	.	.	.	3·—	.	.	.	.	.	.	3	—	41
2·24	1·50	2·38	2·16	2·26	1·74	2·28	1·96	1·26	1·24	1·34	1·34	1·36	1·38	48	62	42
—·50	—·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	9	60	43
13·46	10·78	14·78	12·78	13·78	13·48	11·48	11·24	11·42	13·16	13·98	13·66	16·78	13·42	303	30	44
2·—	—·60	—·60	—·62	—·62	— 62	—·62	—·62	1·27	—·60	—·60	.	.	.	21	73	45
2·—	2·—	2·—	.	.	.	2·—	2·—	4·—	.	.	—·80	—·80	—·80	50	31	46
—·40	—·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	6	40	47
2·12	2·82	2·96	2·78	3·18	3·98	5·—	5·70	5·81	5·55	1·03	.	.	.	79	07	48
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	49
—·46	—·46	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	78	50
2·70	2 70	2·70	2·72	2·72	2·72	2·72	2·72	.	.	.	.	.	.	56	50	51
3·24	3·04	3·22	3·22	3·36	3·36	3·36	3·38	1·21	1·21	1·22	1-14	1·14	1·14	54	68	52

Fortlaufende Nummer	Ort	1900 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
53	Bruch	4·—	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.
54	Bruck a. d. Mur	13·94	4·22	4·84	4·54	4·76	4·28	4·48	4·54	4·64	4·64	4·96
55	Brünn	19·60	3·60	3·60	3·60	3·60	3·62	3·62	5·48	5·48	4·06	4·06
56	Brüx	.	.	.	.	.	—·50	—·50	1·74	1·76	1·76	1·76
57	Brunn am Gebirge	2·16	—·20	—·20	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.
58	Brunnersdorf	6·02	1·52	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·—	1·—	1·—	1·—
59	Buchbergsth. b. Würbth.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
60	Budweis	.	1·80	1·80	1·80	1·80	1·82	1·82	1·34	1·34	1·34	1·34
61	Bürgstein-Johannesdf.	.	1·—	1·—	1.—	1·—	1·—	1·—	2·—	2·—	2·—	1·—
62	Bullendorf	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
63	Buschullersdorf	2·82	—·96	—·98	—·98	1·04	1·04	1·06	1·02	1·02	1·02	1·04
64	Chodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
65	Chotieschau	.	.	.	.	.	.	10·16	.	.	.	.
66	Christiansau	.	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26
67	Christiansberg	2·48	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.
68	Christofsgrund	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
69	Cilli	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	—·26	—·26	—·26	—·26
70	Czernowitz	4·40	1·46	1·46	1·48	1·46	1·46	1·48	1·44	1·44	1·44	1·46
71	Dallwitz	3·72	—·72	—·74	—·75	—·74	—·76	—·76	1·11	1·12	1·13	—·57
72	Deutsch-Kralup	7·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
73	Deutsch-Landsberg	—·88	—·88	—·88	—·88	1·12	1·26	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
74	Deutsch-Liebau	2·10	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	1·40	1·40	1·40	1·40
75	Dittersbach	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50
76	Divacca	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
77	Dobraken	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
78	Dobrzan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
79	Dönis bei Grottau	.	1·28	1·28	1·30	—·90	—·90	—·90	1·10	1·10	1·12	—·66
80	Dörfel bei Reichenberg	7·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.
81	Doglasgrün b. Chodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
82	Dornbirn	9·22	3·60	2·76	2·54	1·88	1·98	1·98	1·16	1·46	1·92	1·88
83	Drahowitz b. Karlsbad	1·52	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	1·96	.	.	1·44
84	Dürrmaul	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
85	Dunkelthal	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
86	Dux	3·22	1·60	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	—·96	—·96	—·96	—·98
87	Ebensee	3·72	1·10	1·46	1·35	1·35	1·56	1·60	1·32	1·30	1·78	1·68
88	Ebergassing	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
89	Ebersdorf b. Weigsdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
90	Ebreichsdorf	8·24	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
91	Eger	9·46	2·12	2·13	2·16	1·80	1·82	1·82	—·40	—·40	—·40	—·40
92	Ehlend	1·44	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72
93	Eibenberg-Grünberg	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
94	Eibiswald	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
95	Eichicht bei Reichenberg	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·26	—·26	—·26	—·26
96	Eichwald	9·54	3·18	3·20	3·38	2·70	2·70	2·70	3·50	3·50	3·50	2·50
97	Eidlitz	1·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
98	Einsiedl b. Reichenberg	.	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·46	—·46	—·48	—·48
99	Eisenerz	5·12	3·18	3·18	3·—	3·86	5·08	4·26	3·34	2·69	3·03	3·33
100	Eleonorenhain	3·08	1·52	1·54	1·54	.	.	.	.	.	.	.
101	Engelsberg b. Kratzau	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·90	—·90	—·90	—·90
102	Erlach	.	.	.	.	.	.	.	1·50	1·50	1·50	1·50
103	Ernstbrunn	2·42	—·42	—·42	—.42	—·42	—·42	—·42	—·38	—·38	—·38	—·38
104	Espenthor	2·69	—·46	—·42	—·42	—·42	—·44	.	.	.	.	.
105	Eulau bei Bodenbach	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·64	—·66	—·28	—·28
106	Falkenau a. d. Eger	4·60	3·64	3·78	3·82	3·84	3·64	3·66	3·80	1·20	.	1·32
107	Feldkirch	3·94	1·40	1·40	1·40	1·42	1·42	1·42	—·36	—·36	—·34	—·36
108	Feldkirchen	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—
109	Fillipsdorf b. Schluckenau	.	.	.	.	.	.	.	—·22	—·24	—·24	—·22
110	Fischern	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	08	53
5·18	5·40	5·24	5·04	5·42	5·46	5·22	5·74	3·66	4·15	3·35	2·72	.	:	116	42	54
4·08	4·04	4·04	4·04	4·94	4·94	4·90	4·80	5·26	4·68	2·74	13·02	12·74	2·50	137	04	55
1·76	1·76	1·16	1·68	1·40	1·04	1·16	1·70	1·36	1·38	1·30	1·64	2·06	.	27	42	56
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	44	57
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·82	—·84	—·84	.	.	.	.	.	26	84	58
.	.	.	—·80	—·82	—·66	—·66	—·68	—·66	—·68	—·66	.	.	.	5	62	59
1·34	1·34	1·16	1·16	1·18	1·18	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	25	92	60
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	27	—	61
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	62
1·06	1·06	1·—	1·—	1·—	—·86	—·88	—·88	—·54	—·56	—·56	.	.	.	22	38	63
.	.	.	.	.	.	.	.	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	2	04	64
.	.	—·82	1·20	1·90	.	.	.	—·80	1·78	1·82	.	.	.	17	48	65
—·26	—·26	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	6	72	66
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	67
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	68
—·26	5·02	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	5·04	—·54	—·55	—·57	.	.	.	25	12	69
1·46	1·46	1·42	1·42	1·42	1·43	1·44	1·44	.	.	.	.	.	.	30	47	70
—·58	—·58	—·57	—·58	—·58	—·82	—·82	—·84	—·57	—·58	—·60	—·16	.	.	19	40	71
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	72
—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	98	73
1·42	1·42	1·32	1·34	1·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	17	72	74
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	6	—	75
.	.	1·14	1·14	1·14	1·14	1·10	1·12	1·10	1·18	1·20	1·14	1·12	1·10	13	62	76
.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	1	76	77
.	.	—·50	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	.	.	1	50	78
—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·56	—·56	—·58	—·56	—·57	—·58	.	.	.	17	29	79
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	60	80
.	.	.	.	.	.	.	.	—·64	—·64	—·64	.	.	.	1	92	81
2·24	2·18	2·24	2·26	2·26	2·02	2·04	2·06	2·62	1·96	1·98	.	.	.	54	24	82
.	.	1·48	.	.	1·20	.	6·34	1·—	1·—	1·—	.	1·23	.	19	73	83
.	.	.	.	.	.	.	1·46	.	.	.	.	.	.	1	46	84
—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	85
1·—	1·	1·04	1·06	1·06	1·06	1·06	1·06	2·40	2·40	.	2·—	2·—	.	32	50	86
2·44	1·60	1·88	1·80	—·94	1·10	1·22	1·30	1·18	1·22	—·64	.	.	.	33	54	87
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·32	2·34	2·34	7	—	88
.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	.	.	.	—	96	89
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	26	24	90
—·40	—·41	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	.	.	.	.	.	.	26	62	91
·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	.	.	.	13	68	92
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	22	—	93
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	94
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	7	92	95
2·50	2·50	2·50	1·46	1·46	1·46	1·46	1·46	.	.	.	.	.	.	67	20	96
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	60	97
·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	.	.	.	.	.	.	8	62	98
2·74	2·74	2·88	3·80	2·98	3·12	2·82	2·60	2·38	2·54	2·24	1·02	1·22	1.44	74	59	99
.	.	.	.	.	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	.	.	11	28	100
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	14	40	101
1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	.	.	.	.	.	.	18	—	102
—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	9	50	103
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	85	104
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	10	96	105
1·20	1·24	1·30	1·50	1·50	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	45	04	106
—·34	—·30	—·24	—·24	2·12	1·92	3·24	2·33	2·16	1·88	1·62	1·18	1·80	1·54	34	73	107
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	12	—	108
—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	40	109
1·—	1·—	—·83	—·83	—·83	—·83	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	11	—	110

Fortlaufende Nummer	Ort	1900 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
111	Floridsdorf	42·36	13·18	11·78	13·92	14·46	14·50	14·56	11·66	13·40	15·32	12·34
112	Fohnsdorf	5·65	3·44	3·74	2·87	2·16	2·72	3·—	.	.	.	.
113	Franzendorf	.	—·32	—·34	—·34	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
114	Freiwaldau	9·60	9·60	3·60	3·60	3·60	3·80	3·80	3·80	3·80	3·82	3·82
115	Freudenthal	.	.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	—·70
116	Friedrichshain	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
117	Friedland	19·80	3·98	3·98	3·98	3·98	3·98	3·98	3·44	3·44	3·44	3·44
118	Frohnleiten	.	.	.	.	.	.	.	—·34	—·34	—·34	—·34
119	Fürstenfeld	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—
120	Fugau bei Schluckenau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
121	Fulnek	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.
122	Gabel bei Markersdorf	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	—·76	—·76	—·76	—·60
123	Gablonz a. d. Neiße	11·72	1·51	1·51	1·83	1·83	1·85	1·85	1·98	1·98	1·98	1·88
124	Garsten	2·04	—·68	—·68	—·68	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	—·42
125	Georgenthal	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	—·18	—·18	—·24	—·24	—·24	—·24
126	Georgswalde	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·46	—·46	—·46	—·46
127	Gesteinigt bei Eulau	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
128	Gfell bei Karlsbad	1·30	—·66	—·66	—·66	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
129	Gießhübl	6·20	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·10	1·12	1·12	1·12
130	Giftei bei Pintschei	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·54	—·54
131	Gloggnitz	27·28	1·96	1·96	1·96	1·96	1·96	1·97	2·28	2·32	2·30	2·30
132	Gmünd	13·66	7·27	8·10	4·81	6·39	8·51	5·79	5·61	6·75	9·31	5·29
133	Gmunden	1·80	1·16	1·16	1·20	1·20	1·20	1·20	1·08	1·10	1·14	1·14
134	Göblasbruck b. Wilhbg.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
135	Görkau	—·94	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.
136	Görsdorf bei Grottau	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
137	Göß bei Leoben	1·42	—·48	—·48	—·48	—·46	—·46	—·48	—·46	—·48	—·48	—·50
138	Goisern	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·10	1·10	1·10	1·10
139	Gottowitz	3·96	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.
140	Granesau	3·—	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·40	1·40
141	Graslitz	7·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·50	1·50	—·50	—·50
142	Grasseth	1·40	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·90	—·90	—·90	—·90
143	Graupen	5·74	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·32	—·32	—·34	—·34
144	Graz	65·43	44·48	43·96	47·85	46·17	47·20	43·50	45·92	44·57	45·54	44·85
145	Großbocken	.	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—.42	—·42
146	Großglockersdorf	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
147	Großmergthal	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
148	Grottau	2·64	—·88	—·88	—·90	—·90	—·90	—·90	1·—	1·—	1·—	—·80
149	Grün bei Marienbad	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
150	Grünbach a. Schneeberg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
151	Grünlas	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
152	Grünwald bei Gablonz	4·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
153	Grußbach bei Znaim	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
154	Habendorf	3·—	1·50	1·50	1·50	3·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50
155	Hainburg	1·60	1·60	1·60	1·60	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·40	1·40
156	Haindorf bei Friedland	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	3·06	1·70	1·70	1·60	1·50
157	Hainfeld	2·40	1·80	1·80	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
158	Hallein	.	.	.	.	.	.	.	2·—	2·—	2·—	2·—
159	Hallstatt	3·60	1·20	1·20	1·20	1·18	1·18	1·19	1·20	1·20	1·20	1·20
160	Hammer	3·72	—·64	—·64	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
161	Hannichen	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50
162	Harrachsdorf b. Neuwelt	.	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
163	Hartberg	2·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40
164	Harzdorf	1·08	—·56	—·50	—·5[illegible]	—·50	—·50	—·51	—·50	—·50	—·50	—·50
165	Haselbach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
166	Heinersdorf b. Friedland	.	.		.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
167	Heinrichsdorf	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
168	Hermsdorf b. Friedland	2·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
13·66	14·56	16·13	16·10	16·—	17·26	16·44	13·14	13·90	8·66	9·48	12·38	7·08	.	352	27	111
.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·34	2·04	2 17	1·93	.	32	06	112
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	7	—	113
1·82	1·82	1·82	1·84	1·84	1·84	1·84	1·84	2·02	2·02	2·04	.	.	.	67	58	114
—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.	10	—	115
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	— 40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	12	—	116
3·44	3·44	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·40	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	80	52	117
—·34	—·36	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	06	118
4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	4·10	4·10	4 10	.	.	.	88	30	119
.	.	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	1	80	120
.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	15	—	121
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	13	68	122
1·88	1·88	1·04	1·06	1·06	1·06	1·08	1·08	—·26	—·26	—·26	.	.	.	40	84	123
—·18	—·18	—·22	—·36	—·20	—·16	—·18	—·18	—·02	—·12	—·38	.	.	.	9	50	124
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	4	08	125
—·46	—·46	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·24	.	.	.	.	.	11	62	126
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	12	—	127
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	28	128
1·12	1·12	1·36	1·36	1·38	1·38	1·—	1·—	—·36	—·36	.	.	.	.	27	10	129
—·54	—·54	—·32	—·34	—·34	—·26	—·26	—·28	.	.	.	.	.	.	3	96	130
2·20	2·24	2·24	2·18	2·16	2·22	2·30	2·26	2·38	2·40	2·34	2·22	2·28	.	77	67	131
9·49	5·39	6·55	8·70	4·31	5·87	8·45	6·19	6·81	6·37	6·07	5·89	6·05	3·79	171	42	132
1·14	1·14	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	1·36	—·52	—·52	—·54	—·54	—·54	—·54	27	02	133
.	.	.	.	.	.		.	1·80	1·80	1·80	.	.	.	5	40	134
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	86	135
—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	.		.	.	.	.	9	60	136
—·50	—·50	—·46	— 46	— 46	—·42	—·42	—·42	—·46	—·48	—·48	.		.	11	24	137
1·10	1·10	1·10	1·36	1·52	1·58	1·58	1·30	1·50	1·50	1·50	1·44	1·44	.	30	82	138
.	.	.	.	.	.	.	.	—·72	—·76	.	.	.	.	11	48	139
1·30	1·30	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1 20	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	35	40	140
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	25	20	141
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·9	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	21	80	142
—·34	—·34	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48	.	.	.	.	.	1·—	17	30	143
37·68	40 46	38·33	38·52	39·98	50·02	45·14	47·44	38·80	39·10	46 46	31·12	18·82	2·—	1033	34	144
—·42	—·42	—·42	—·42	·42	—·42	·42	—·42	—·42	-·42	—·42	—·84	—·84	—·86	11	36	145
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	13	50	146
.	.	.	.	.	.	.	.	— 60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	3	—	147
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	18	20	148
.	.	.	.	.	.	2·50	.	.	.	.	.	.	.	2	50	149
—·90	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·82	—·82	1·08	.	.	4	42	150
1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	17	40	151
—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	-·42	—·42	—·42	—·42	.	.	11	40	152
.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·18	1·22	1·28	1·28	.	4	96	153
1·50	1·50	1·50	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	29	—	154
1·40	1·32	1·30	1·30	1·30	1·30	1·30	1·40	1·40	1·40	1·40	1·50	1·50	.	34	52	155
1·50	1·40	1·40	1·50	1·40	1·42	1·44	1·44	-·72	—·74	—·74	.	.	.	28	26	156
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·60	2·60	2·60	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	46	80	157
2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	158
1·20	1·20	—·90	—·90	—·90	1·20	1·20	1·20	1·60	1 60	1·60	1·60	1·60	1 60	33	85	159
40·—	40·—	40·	40·—	40·—	40·—	40·—	40·—	.	.	.	.	.	.	11	40	160
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	14	—	161
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	16	—	162
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	10	—	163
—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·54	—·55	—·88	—·88	—·88	—·88	.	.	13	34	164
.	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	.	.	.	1	50	165
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	2	40	166
1·—	1.—	1·—	1·—	1·—	1 —	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	22	—	167
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·52	—·54	—·54	.	.	.	7	60	168

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
169	Hözelsdorf	3·23	1·26	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·78	—·78	1·08
170	Hof	3·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
171	Hohenberg	31·60	3·50	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	1·76	1·76	1·76	1·76
172	Hohenelbe	4·38	1·30	1·32	1·32	1·32	1·24	1·24	1·24	1·24	1·24	1·26
173	Hohenstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	—·70	.	.
174	Hombok	3·28	—·56	.	.	.	.	.	.	.	.	.
175	Hotzenplotz	2·60	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·18	—·18	—·18	—·18
176	Hüttenberg	.	.	.	.	.	.	.	1·14	1·14	1·14	1·14
177	Iglau	2·76	2·76	2·70	2·50	2·50	2·68	2·24	2·26	2·41	2·42	5·34
178	Innsbruck	77·26	6·06	6·08	6·08	6·34	6·34	6·34	7·87	7·90	7·82	7·74
179	Inzersdorf	—·44	—·46	—·62	.	.	8·—	.	.	.	.	.
180	Irmsdorf	—·32	—·32	—·32	—·52	—·52	—·54	—·54	—·28	—·28	—·28	—·28
181	Ischl	2·46	—·88	—·76	1·04	—·78	—·76	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78
182	Jägerndorf	23·34	8·38	7·72	8·02	6·50	6·62	8·64	6·—	5·12	6·28	5·48
183	Jedlesee	9·12	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	—·88	.	.	.	.
184	Joachimsthal	11·08	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	3·—	2·92	2·92
185	Johannesthal b. Reichb.	6·72	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	1·12	—·92	—·92	—·92	—·92
186	Johnsdorf bei Gabel	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
187	Josefsdorf bei Falkenau	5·60	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
188	Kaaden	1·92	—·26	—·26	—·26	—·26	3·86	—·26	1·86	1·86	1·86	1·86
189	Kaltenbach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
190	Kapfenberg	9·—	2·06	2·06	2·06	2·06	2·06	2·06	2·08	2·08	4·62	1·34
191	Karbitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
192	Karlberg b. Untermaxdf.	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
193	Karlsbad	7·48	1·74	1·88	2·34	1·08	—·62	1·16	—·68	—·82	—·68	—·58
194	Karlswald	.	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
195	Karolinsfeld	.	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34
196	Katharinaberg	3·60	1·20	1·20	1·20	.	.	.	.	.	.	.
197	Katharinberg b. Reichb.	3·—	1·—	1·—	1·—	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50
198	Ketten	2·40	—·92	—·92	—·94	1·04	1·06	1·06	—·80	—·82	—·82	—·60
199	Kienberg-Gaming	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
200	Kindberg	7·76	2·36	2·38	2·56	2·12	7·18	1·38	1·38	1·40	2·20	2·38
201	Kirchberg	3·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
202	Kitzbühel	1·06	1·06	1·08	1·08	—·56	—·58	—·58	1·06	—·48	1·12	—·80
203	Klagenfurt	4·56	3·58	3·46	3·42	3·54	3·66	3·90	5·30	5·56	5·72	5·54
204	Kleinaugezd	5·66	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·06	2·06	2·06	1·70
205	Kleingrün bei Zwickau	1·—	.	.	.	.	.	1·20	—·66	—·66	—·68	—·34
206	Kleinmohrau	2·46	—·70	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	.	.	.	.
207	Kleinmünchen	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44
208	Kleinreifling	.	1·36	1·36	1·40	1·40	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·44
209	Klösterle a. d. Eger	20·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
210	Klostergrab	6·—	1·02	1·02	1·24	1·26	1·22	1·30	1·20	1·22	1·08	1·02
211	Klosterneuburg	4·96	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·82	—·82	—·82	—·82
212	Knittelfeld	2·60	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	3·42	3·44	3·44	3·36
213	Köflach	10·90	3·12	3·12	3·14	3·14	3·14	9·14	2·92	2·82	2·82	3·16
214	Königsberg a. d. Eger	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
215	Königswald b. Bodenb.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
216	Köstldorf bei Chodau	3·28	1·64	1·64	1·66	1·66	1·66	1·66	—·40	—·40	—·40	—·40
217	Kohlhau bei Karlsbad	3·30	—·70	—·72	—·72	—·72	—·72	—·72	—·60	—·60	—·60	—·60
218	Kohlstadt bei Langenb.	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
219	Komeise bei Jägerndorf	—·90	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.
220	Komotau	11·64	6·26	6·28	6·28	6·28	6·28	6·28	6·—	6·—	6·—	6·—
221	Korneuburg	8·58	—·42	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.
222	Kosolup	5·16	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·80	—·80	—·80	—·80
223	Kosten	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
224	Kratzau bei Reichenberg	.	—·66	—·66	—·68	—·62	—·62	—·62	—·90	—·90	—·90	—·92
225	Krems	3·60	—·56	—·56	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
226	Kreuhof bei Köflach	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1901 Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	1902 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe K	h	Fortlaufende Nummer
1·06	1·04	1·22	1·19	1·21	1·26	1·26	1·24	—·86	.	.	.	.	.	22	03	169
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	5	40	170
1·76	1·76	1·76	1·76	1·76	1·76	1·68	1·68	1·68	.	.	.	.	.	77	74	171
1·26	1·26	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	20	58	172
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	70	173
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	84	174
—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	28	175
1·14	1·14	1·15	1·16	1·16	—·90	—·91	—·91	—·91	—·91	—·91	.	.	.	15	75	176
6·48	5·64	5·34	5·28	7·29	5·36	4·49	4·61	4·74	4·50	4·37	3·66	.	.	92	33	177
7·62	7·66	7·66	7·66	7·68	8·02	8·20	8·08	6·59	5·19	5·34	3·36	3·50	6·24	238	63	178
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	52	179
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	6	48	180
—·78	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	.	16	96	181
5·48	5·20	5·33	5·35	5·39	5·39	5·19	5·21	5·72	5·72	6·44	4·82	.	.	157	34	182
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	40	183
2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·92	2·40	2·42	2·22	2·22	2·22	.	75	76	184
—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	—·96	—·96	—·96	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·66	28	46	185
.	.	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	2	52	186
—·80	1·—	1·—	1·—		—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	21	60	187
1·94	1·94	1·96	1·96	1·96	1·96	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	26	96	188
.	.	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	48	189
1·34	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	32	82	190
.	.	.	.	.	7·65	.	3·78	.	.	.	.	.	.	11	43	191
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	9	60	192
—·64	1·14	1·94	—·52	1·82	3·30	—·40	—·14	1·65	1·25	2·25	4·25	.	2·56	40	92	193
—·50	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·53	—·54	.	.	.	.	.	.	9	15	194
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	6	12	195
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	196
—·50	—·50	—·59	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	17	70	197
—·60	—·62	—·84	—·84	—·84	—·80	—·80	—·81	—·44	—·44	—·44	.	.	.	18	85	198
.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	9	—	199
2·92	2·92	2·50	2·50	2·54	1·22	1·24	1·24	—·59	—·59	—·59	.	.	.	51	95	200
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	80	201
—·80	—·82	—·82	—·82	—·82	—·78	1·22	—·78	—·98	—·60	—·80	.	.	.	18	70	202
5·54	5·58	5·54	4·92	5·90	5·31	5·72	5·96	5·80	5·64	4·62	4·22	4·28	1·96	119	23	203
1·72	1·72	1·72	1·72	1·72	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	40	14	204
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·28	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	7	08	205
.	.	.		1·50	—·32	—·32	—·32	—·80	—·48	—·48	.		.	11	04	206
—·46	—·46	—·46	—·46	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	.	8	34	207
1·44	1·52	1·68	1·70	1·76	1·82	1·80	1·78	1·78	.	.	.	.	.	29	34	208
.	1·42	1·42	1·42	1·44	1·42	1·44	1·44	1·40	1·40	1·40	.	.	.	34	20	209
—·84	—·98	1·02	—·94	1·04	1·26	1·—	—·94	1·10	1·12	1·12	.	.	.	28	94	210
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	20	—	211
3·37	—·10	1·32	1·34	1·34	4·46	2·28	2·30	2·08	1·58	1·60	.	.	.	39	35	212
2·82	3·54	1·90	2·02	2·02	2·64	2·71	2·44	3·48	3·52	3·54	—·94	.	.	72	99	213
.	.	.	.	.	.	.	.	1·68	1·68	1·70	.	.	.	5	06	214
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·50	—·52	.	.	.	5	70	215
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	19	20	216
—·60	—·60	—·60	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	.	.	.	.	.	.	14	22	217
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	10	80	218
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	60	219
6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	6·—	.	.	.	.	.	127	30	220
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	—	221
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·75	—·75	—·75	.	.	.	22	17	222
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	4	80	223
—·94	—·94	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	.	.	.	17	46	224
—·82	—·82	1·78	1·78	1·80	1·80	1·80	1·80	2·52	2·54	2·62	.	.	.	27	20	225
.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·54	—·54	—·56	.	.	.	3	26	226

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlung	1900 Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
227	Kriegern	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·46	—·46	—·48	—·48
228	Krieglach	9·78	2·66	2·68	2·50	2·50	2·52	2·52	—·68	—·68	—·68	—·68
229	Kriesdorf b. N.-Gabel	1·60	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.
230	Kritzendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·82
231	Kruman	16·71	4·20	4·18	4·20	4·02	4·02	4·03	2·59	3·10	3·13	2·72
232	Krummnußbaum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
233	Křemusch	2·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
234	Kufstein	2·08	1·22	1·16	—·86	1·06	1·16	1·24	1·34	1·44	1·34	1·14
235	Kukan	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40
236	Kunnersdorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·40
237	Kuttowitz	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
238	Laa a. d. Thaya	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
239	Ladowitz	2·40	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20
240	Lampersdorf b. Schatzl.	2·10	2·10	.	.	.	.	.	.	.	.	.
241	Landeck	.	2·12	3·36	3·37	2·59	3·57	2·81	4·05	3·—	2·99	3·53
242	Landskron	.	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·62	—·48	—·48	—·48	—·48
243	Langenbruck	.	.	.	.	.	.	.	—·82	—·82	—·82	—·82
244	Langendörflas	—·52	—·54	—·54	—·54	.	.	.	.	.	.	.
245	Langenwang	4·08	1·18	1·18	1·18	1·20	1·20	1·20	—·76	—·76	—·76	—·76
246	Lanz bei Falkenau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
247	Lauterbach, Dorf	1·20	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
248	Lend	2·30	1·34	1·34	1·06	1·06	1·08	1·28	1·68	—·86	1·42	—·84
249	Leoben	27·05	18·—	14·—	18·54	21·50	19·82	19·34	17·34	14·82	15·06	16·70
250	Leobersdorf	2·44	—·50	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·48	—·48	—·48	—·48
251	Liboje bei Petrowce	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
252	Lichtenstadt	5·26	1·02	1·02	1·02	1·02	1·02	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80
253	Lichtenwörth	2·48	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·32	—·32	—·34	—·34
254	Liebenau	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
255	Lienz	4·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	.
256	Liesing	4·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	3·02	—·30	—·30	—·30	—·30
257	Lilienfeld	7·96	1·94	1·96	1·94	1·98	1·98	1·98	—·54	—·54	—·54	1·98
258	Linz	39·40	19·67	20·76	21·06	16·76	20·78	22·18	24·16	25·16	18·44	23·75
259	Littnitz	21·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
260	Lofer	—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
261	Lossin bei Staab	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
262	Lundenburg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
263	Lusdorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
264	Machendorf	—·84	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·86	—·50	—·50	—·50	—·50
265	Mähr.-Ostrau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
266	Mähr.-Neustadt	2·48	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.
267	Mähr.-Schönberg	14·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·40	—·58	3·40	3·52
268	Mähr.-Trübau	1·64	1·64	1·65	1·42	1·42	1·42	1·44	1·70	1·70	1·70	1·44
269	Maffersdorf	9·52	1·24	1·24	1·24	1·24	1·24	1·26	1·26	1·44	1·44	1·44
270	Maglern bei Feistritz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
271	Maltheuern	—·44	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
272	Mantau b. Chotieschau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
273	Marburg	.	5·—	6·62	8·50	8·82	10·48	9·74	9·08	9·28	13·—	10·60
274	Marchegg	4·18	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·76	—·76	—·74	—·78
275	Marienbad	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·24
276	Marienberg	3·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
277	Marschendorf	2·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
278	Mautern	2·56	—·38	—·38	—·38	—·40	—·40	—·40	—·32	—·32	—·32	—·32
279	Mauthausen	14·40	—·72	—·72	—·72	—·73	—·73	—·73	—·73	—·73	—·73	—·73
280	Meran	4·62	2·32	1·62	1·62	1·62	1·64	1·64	2·70	2·70	2·70	2·70
281	Merkelsgrün	5·40	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·78	—·78	1·42	1·42
282	Mistek	.	—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·40	—·40	—·40	—·40
283	Mistelbach	1·38	—·70	—·50	—·50	—·50	—·64	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52
284	Mitterdorf	—·56	—·56	—·54	—·54	—·54	—·60	—·50	—·50	—·50	—·52	—·28

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·66	—·66	—·68	.	.	.	13	80	227
—·68	1·16	1·16	1·18	1·18	1·18	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.	.	36	82	228
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	84	229
—·82	—·76	—·76	—·88	—·92	—·92	—·94	—·94	—·94	—·94	—·82	—·82	—·84	—·84	13	76	230
2·86	2·90	2·78	4·—	3·96	2·88	2·72	4·06	3·53	4·38	3·68	3·29	.	.	93	94	231
.	.	.	.	.	.	.	4·—	.	.	.	.	.	6·22	10	22	232
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	50	233
1·26	1·—	—·98	—·94	1·08	—·98	—·86	1·04	1·32	—·80	—·80	—·80	.	.	25	90	234
—·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	235
—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	6	60	236
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	12	—	237
—·60	—·60	—·60	—·62	—·62	—·63	—·64	—·64	.	.	.	.	.	.	4	95	238
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	31	20	239
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	20	240
4·10	4·10	4·10	4·70	6·41	5·52	4·83	3·09	3·10	4·65	4·63	4·74	4·97	3·85	94	18	241
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	10	92	242
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·98	15	78	243
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	14	244
—·76	—·76	—·76	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	—·78	.	.	.	.	.	21	22	245
4·—	.	.	.	.	.	.	2·80	—·40	—·40	—·40	.	.	.	8	—	246
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·40	—·40	—·40	.	.	.	12	40	247
—·34	—·48	—·46	1·02	—·42	—·38	—·14	—·16	.	.	—·17	—·17	—·48	.	18	48	248
13·42	13·47	18·04	14·11	12·46	16·34	15·20	13·72	10·59	8·45	6·48	8·26	7·10	.	359	81	249
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·50	1·04	1·06	1·06	.	.	.	.	.	13	52	250
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·48	.	.	—	48	251
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	25	56	252
—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	9	20	253
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	6	90	254
.	.	.	.	.	.	1·72	1·72	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	27	84	255
—·30	1·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	1·30	—·30	.	.	.	.	.	15	92	256
1·76	—·62	—·62	—·62	—·24	1·48	—·56	—·58	1·39	1·39	1·05	—·80	—·80	—·80	36	05	257
16·26	19·80	19·26	18·62	18·06	17·92	18·72	15·48	14·74	19·64	17·58	13·04	17·78	3·38	482	40	258
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	21	80	259
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	40	260
.	—·49	.	—·80	.	.	.	.	.	.	—·78	—·58	—·58	.	3	21	261
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·74	—·74	—·74	.	2	22	262
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	9	60	263
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	12	—	264
.	.	.	.	.	.	.	.	5·10	5·34	5·30	5·26	5·26	.	26	26	265
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	—	266
3·60	3·30	3·84	4·34	4·34	4·34	5·44	5·44	4·16	4·64	4·56	2·—	2·40	2·70	84	—	267
1·46	1·46	1·46	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·08	1·10	1·10	.	.	31	31	268
1·68	1·68	2·48	2·52	2·—	2·—	2·—	2·—	1·78	1·78	1·78	1·10	1·10	1·10	47	56	269
.	2·16	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	16	270
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	44	271
.	.	2·87	2·—	3·20	1·34	.	.	4·20	2·70	3·42	2·32	2·34	2·34	26	73	272
10·29	10·94	13·24	13·35	13·36	10·96	2·96	2·96	2·96	14·02	5·61	5·93	6·60	2·60	206	90	273
—·78	—·78	—·74	—·78	—·74	—·72	—·72	—·64	—·58	—·58	—·72	—·70	—·68	.	19	88	274
—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·46	—·48	—·48	—·48	.	.	4	20	275
1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	14	—	276
—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	14	40	277
—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	10	64	278
—·73	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	30	80	279
2·70	2·70	2·70	2·72	2·72	2·72	2·72	2·72	.	.	.	.	.	.	47	58	280
1·42	1·42	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	.	.	.	.	.	.	26	68	281
—·42	—·42	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	9	48	282
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·56	—·56	.	.	.	.	.	.	11	06	283
—·28	—·34	—·36	—·62	—·48	—·34	—·34	—·18	—·32	—·34	.	.	.	.	9	24	284

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
285	Möderbrugg	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
286	Mödling	5·30	—·80	—·80	—·96	—·62	—·96	—·62	1·26	—·62	1·14	—·62
287	Molln	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
288	Mondsee	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·42
289	Moosbrunn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
290	Morchenstern	6·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
291	Müglitz	1·32	—·22	—·22	—·22	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.
292	Mühlbach	—·97	1·—	—·77	—·72	—·59	—·60	—·66	—·68	—·68	—·56	—·58
293	Mürzzuschlag	7·96	3·32	3·32	3·—	3·—	4·—	4·—	1·60	5·98	4·94	5·18
294	Murau	.	—·82	—·82	—·64	—·68	—·70	—·70	1·18	.	.	1·22
295	Nallesgrün	2·04	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
296	Nassengrub	—·90	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.
297	Nesselsdorf	1·78	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	—·16	.	.	.	.
298	Neuberg	5·28	1·78	1·78	1·78	1·32	1·32	1·32	1·12	1·12	1·12	1·12
299	Neudonawitz	1·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·52	.	.	.	.	.
300	Neudonitz	6·28	1·06	1·06	1·06	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
301	Neudorf b. Sebastiansb.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
302	Neundorf bei Kratzau	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
303	Neunkirchen	6·42	—·54	—·54	—·54	—·54	—·54	2·24	—·54	6·94	—·94	—·94
304	Neuofen bei Salnau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
305	Neu-Prenneth bei Taus	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
306	Neurode bei Reichenberg	1·68	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·24	—·24	—·24	—·24
307	Neustadt bei Tafelfichte	23·88	4·	4·—	4·—	4·—	4·—	4·—	—·84	—·84	—·84	—·84
308	Neutitschein	3·07	—·20	—·20	.	.	.	3·—	1·12	1·12	1·12	1·12
309	Neu-Zedlisch	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
310	Neuzeug	—·72	—·24	·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·56	—·58	—·58	—·58
311	Niedereinsiedel	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
312	Niedergrund b. Warnsd.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
313	Niederehrenberg	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
314	Niemes	8·48	5·74	5·76	5·76	4·08	4·08	4·10	4·06	4·08	4·10	4·08
315	Nikolsburg	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
316	Nixdorf	.	.	.	.	.	.	.	—·70	—·70	—·70	—·90
317	Nürschan	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
318	Oberalm bei Hallein	2·44	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·28	—·28
319	Obergeorgenth. b. Brüx	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·30	—·30	—·30	—·30
320	Obergrafendorf	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
321	Oberhennersdf. b. Rumb.	.	.	.	.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32
322	Oberhollabrunn	1·64	—·56	—·76	—·76	—·78	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44
323	Oberkratzau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·60
324	Oberleutensdorf	6·88	2·60	2·60	2·20	2·20	2·20	2·20	2·30	2·30	2·30	2·30
325	Oberplan	3·62	—·42	—·42	—·44	—·38	—·38	—·38	—·56	—·57	—·58	—·96
326	Oberrothau bei Graslitz	1·—	—·50	—.50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
327	Oberwittig	—·72	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·30	—·30	—·30
328	Obertannwald	2·80	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·82	—·82	—·82	—·82
329	Oderberg	3·40	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
330	Odrau	6·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
331	Olmütz	—·52	—·28	—·40	2·—	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.
332	Pankraz	.	.	.	.	.	.	1·72	—·32	—·32	—·32	—·28
333	Parchen-Schelten	.	.	.	.	.	.	.	1·40	1·40	1·40	1·40
334	Paulsdorf	2·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·70	—·70	—·70	—·70
335	Paulusbrunn b. Tachau	.	.	.	.	.	.	.	—·75	—·75	—·60	—·52
336	Pechgrün bei Chodau	.	—·60	—·60	—·60	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
337	Perchtoldsdorf	9·60	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·26	—·26	—·26	—·26
338	Petschau bei Karlsbad	.	.	.	.	.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—
339	Pfraumberg	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	.	.	.	.
340	Piesting	10·46	—·46	—·46	—·38	—·38	—·40	—·46	—·48	—·48	—·48	—·44
341	Pihlerbaustellern	1·40	1·40	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
342	Pirano	1·32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1901 Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	1902 Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	Summe K	h	Fortlaufende Nummer
.	.	.	.	—·30	—·32	—·32	—·36	—·36	—·36	—·20	—·20	—·22	.	2	64	285
—·98	—·62	—·20	.	—·54	.	—·12	.	—·72	—·32	.	—·06	.	.	17	28	286
.	.	.	—·44	—·46	—·46	—·46	—·46	—·70	—·70	—·72	—·72	.	.	5	12	287
—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·30	—·30	—·32	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	5	92	288
.	.	.	.	.	.	.	.	1·82	1·84	1·84	1·60	1·60	1·60	10	30	289
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	60	290
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	18	291
—·54	—·54	—·56	—·58	—·54	—·54	—·52	—·54	—·80	—·80	—·40	—·40	—·40	.	14	97	292
5·20	5·24	5·56	4·80	4·90	5·06	5·—	4·28	5·98	4·10	3·08	2·96	2·80	.	105	26	293
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	76	294
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	16	32	295
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	296
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	74	297
1·12	1·32	1·34	1·34	—·66	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	26	88	298
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	02	299
—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	46	300
.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	4	—	301
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	—	302
—·94	—·94	—·94	—·95	—·73	—·74	.	.	.	.	.	.	.	.	25	96	303
.	.	.	.	.	2·06	2·06	2·16	2·14	2·20	2·20	.	.	.	12	82	304
.	.	.	1·04	1·04	1·26	1·10	.	.	.	—·92	—·82	.	.	6	18	305
—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.	.	.	6	04	306
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·86	—·86	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	63	—	307
1·12	1·12	1·12	2·—	2·—	2·84	2·84	2·86	2·60	2·60	2·62	.	.	.	34	69	308
.	.	.	.	.	.	.	.	—·54	—·54	—·50	—·50	—·50	—·50	3	08	309
—·58	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	11	80	310
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	3	—	311
.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	3	60	312
—·20	—·20	·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	80	313
4·08	4·10	4·74	4·74	4·76	3·08	3·08	3·10	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	6·—	100	—	314
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·40	—·40	—·40	.	.	.	5	20	315
—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.	8	20	316
.	.	.	.	.	.	.	1·46	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	7	46	317
—·28	—·28	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	.	.	.	.	.	.	7	78	318
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	9	60	319
.	.	.	.	—·32	—·32	—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	1	28	320
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	4	—	321
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	10	70	322
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	9	—	323
2·30	2·40	2·40	2·40	2·40	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	50	98	324
—·96	—·54	—·54	—·54	—·54	—·24	—·28	—·28	—·24	—·18	—·18	—·24	—·26	—·26	13	99	325
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	10	—	326
—·30	—·30	—·20	—·20	—·20	—·20	—·22	—·22	—·22	—·22	.	.	.	.	5	58	327
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	.	.	.	.	.	.	17	—	328
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	1·24	1·26	1·24	1·26	.	.	.	.	19	50	329
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	54	—	330
1·—	.	.	1·—	.	1·—	.	—·20	1·—	1·—	1·—	1·—	—·50	.	14	90	331
—·28	—·28	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	5	32	332
1·40	1·40	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	333
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	15	60	334
—·52	—·52	—·54	—·46	—·46	—·46	—·40	—·40	—·36	—·36	—·36	.	.	.	7	46	335
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	60	336
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	18	48	337
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	16	—	338
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	48	339
—·44	—·46	—·34	—·34	—·36	—·48	—·48	—·50	—·44	1·16	1·20	—·74	.	.	21	82	340
—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	14	—	341
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	32	342

Fortlaufende Nummer	Ort	1900 Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
343	Birkenhammer	2·90	1·45	1·45	1·20	1·20	1·20	1·20	—·36	—·36	—·36	—·36
344	Plan	.	.	.	.	.	.	.	—·38	—·38	—·74	—·74
345	Platten b. Joachimsthal	2·10	—·72	—·72	—·72	—·54	—·54	—·56	—·56	—·56	—·56	.
346	Pleil-Sorgenthal . .	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
347	Podersam	6·76	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·44	1·60	1·60	1·60	1·60
348	Pörtschach a. W. . .	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
349	Polaun	.	.	.	.	.	.	.	.	2·64	.	.
350	Pomeisl	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·50	—·50	—·50	—·50
351	Pontafel	.	1 02	1·06	—·96	—·94	—·96	—·90	—·90	—·80	—·62	.
352	Pottendorf	3·—	1·50	1·50	.	.	.	.	2·24	2·24	2·26	2·26
353	Pottenstein	1·38	.	.	.	.	.	1·20	—·40	—·40	—·40	.
354	Prachatitz	1·96	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·16	—·16	—·16	—·16
355	Prag	3 02	—·52	—·52	—·52	—·52	—·92	—·92	—·94	—·94	1·32	1·34
356	Prassedix bei Teplitz .	4·80	—·40	—·40	—·40	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30
357	Preheischen	.	1·50	1·50	1·50	1·24	1·24	1·24	1·10	1·58	1·30	—·70
358	Preßbaum	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
359	Prestawlk bei Tachau .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
360	Priesen bei Komotau .	.	.	.	.	.	.	.	—·18	—·18	—·18	—·18
361	Priesten-Straden . . .	2 16	—·36	—·36	—·36	—·36	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
362	Probstau bei Teplitz .	9·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	.	.	.	.
363	Prödlitz bei Aussig . .	—·56	—·56	—·58	—·58	1·18	1·18	1·18	1 04	1·04	1·04	1·03
364	Proschwitz	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	—·80	—·80
365	Proßnitz	.	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·44	—·44	—·44	.
366	Puchberg a. S.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
367	Puletschnei bei Gablonz	1·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
368	Puntigam bei Graz .	.	.	.	.	.	.	.	1·80	1·80	1·80	—·26
369	Puschwitz	.	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66
370	Raad	.	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.
371	Rankweil	2·34	—·70	—·70	—·72	—·60	—·60	—·62	—·96	—·96	—·98	—·58
372	Ratschendorf	.	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68
373	Reichenau bei Falkenau	2·22	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·32	—·32	—·32	—·32
374	Reichenau bei Gablonz	5·04	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42
375	Reichenau bei Payerbach	.	1·09	—·52	—·53	—·54	—·54	1·38	1·40	1·40	1·92	1·94
376	Reichenberg	5·48	6·04	7·—	6·08	7·26	6·92	7·78	8·16	8·08	9·08	9·44
377	Reitendorf	.	2·36	2·36	2·36	2·36	2·38	2·38	1·80	1·80	1·80	—·60
378	Rettendorf	3·48	1·16	1·18	1·18	1·—	1·—	1·—	—·84	—·84	—·84	—·66
379	Ried	.	—·62	—·64	—·64	—·58	—·66	—·66	1·10	1 08	1·02	1·24
380	Ringelstein	2·04	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22	—·22
381	Rochlowa	4·—	1·—	1·—	1·—	.	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90	—·90
382	Röchlitz	4·07	2·—	2·—	2·—	1·82	1·82	1·82	1·84	1·86	1·86	1·87
383	Röhrsdorf bei Zwickau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
384	Römerstadt	2·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
385	Rosenthal I	2 40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42
386	Rosenthal II	3·—	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
387	Roßnitz	2·76	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·46	—·30	—·30	—·30	—·30
388	Rothau-Schindelwald .	4·26	1·42	1·42	1·42	1·42	1·42	1·44	—·90	—·90	—·90	—·90
389	Rottenmann	—·84	—·84	—·84	—·88	—·88	—·90	—·90	—·74	—·74	—·74	—·76
390	Rudig	3·36	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·56	—·56	—·56	—·58
391	Rückersdorf	1·08	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·30	—·30	—·30	—·28
392	Rumburg	3·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·80	—·80	—·80	—·80
393	Ruppersdorf b. Rchbg.	3·96	—·66	—·66	—·68	—·68	—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66
394	Saalfelden	—·74	—·36	—·36	—·22	—·22	—·24	—·24	—·22	—·68	—·34	2·56
395	Saaz	17·22	2·58	2·58	1·72	1·72	1·72	5·28	1·28	1·28	1·28	1·28
396	Salzburg	21·65	16·12	12·34	10·66	16·66	10·98	12·56	15·23	12·73	13·31	15·67
397	St. Egyd a. N. . . .	4·70	1·14	1·14	1 14	1·22	1·22	1·22	1·20	1·20	1·20	1·20
398	St. Johann i. P. . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
399	St. Lambrecht	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
400	St. Michael bei Leoben	3·60	1·20	1·20	1·20	1·16	1·54	—·86	—·98	1·26	1·08	—·76

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	14	96	343
—·74	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·78	—·78	—·34	—·36	1·04	—·90	—·74	—·56	12	22	344
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	58	345
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	346
1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	32	80	347
—·20	—·22	—·22	—·18	—·18	—·18	—·18	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	3	16	348
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	64	349
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	11	40	350
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	16	351
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	—	352
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	78	353
—·16	—·16	—·16	—·16	—·18	—·18	—·18	—·18	.	.	.	.	.	.	6	—	354
1·34	—·84	—·84	—·86	—·86	.	.	.	.	.	.	.	.	.	16	22	355
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	.	.	.	9	60	356
—·70	—·70	—·60	1·62	1·62	1·80	1·56	1·22	1·26	1·34	1·04	.	.	.	26	36	357
.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	—·44	—·42	2	18	358
.	.	—·50	.	—·50	.	.	.	.	.	1·04	.	.	.	2	04	359
—·18	—·18	—·18	—·18	—·19	—·20	—·74	—·76	—·99	—·99	—·90	—·96	—·87	—·84	8	88	360
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	11	80	361
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	19	20	362
1·03	1·04	—·55	—·55	—·56	—·88	—·88	—·88	1·12	1·14	1·14	.	.	.	29	74	363
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	18	40	364
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	365
.	.	—·76	—·70	—·64	—·60	—·50	—·44	.	.	.	.	.	.	3	64	366
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	15	—	367
—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	8	80	368
—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	16	—	369
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	80	370
—·58	—·60	—·70	—·70	—·72	—·84	—·84	—·84	—·50	—·50	—·50	.	.	.	17	08	371
—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	—·68	.	.	.	.	.	.	12	24	372
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	.	.	.	.	.	.	8	50	373
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	14	40	374
2·78	2·22	2·24	—·55	—·94	—·60	—·39	—·65	.	—·38	—·68	.	.	.	22	72	375
11·22	8·54	9·40	8·80	9·38	7·52	11·78	8·24	10·22	7·98	11·80	9·42	7·30	9·28	212	20	376
—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	22	—	377
—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	—·66	—·66	—·68	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	21	52	378
1·18	1·08	1·20	1·28	1·34	1·52	1·32	1·58	1·64	1·76	1·70	1·62	1·74	—·66	27	88	379
—·22	—·22	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	7	32	380
—·92	—·92	—·92	—·88	—·90	—·90	—·90	—·90	—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	—·92	25	16	381
1·88	1·88	1·10	1·10	1·10	1·11	1·12	1·12	2·98	2·99	1·88	.	.	.	41	22	382
.	.	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	—·44	—·44	—·42	—·42	2	60	383
.	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	—	384
—·42	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·28	—·28	.	.	.	.	.	.	8	78	385
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	12	60	386
—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	9	12	387
—·90	—·90	—·90	—·90	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	22	40	388
—·76	1·18	1·18	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·46	—·46	—·46	—·48	.	.	18	04	389
—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	14	40	390
—·28	—·29	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	.	.	.	.	.	.	6	79	391
—·80	1·—	1.—	1·02	1·02	—·52	—·52	—·52	—·42	—·44	—·44		.	.	16	90	392
—·68	—·68	—·66	—·66	—·66	—·66	—·68	—·68	1·32	1·32	1·32	1·32	1·36	1·36	24	—	393
2·22	2·22	2·62	2·46	2·50	3·16	3·18	3·16	4·70	4·70	3·28	—·54	—·26	—·48	41	66	394
1·28	1·28	1·28	1·28	1·28	—·82	—·82	—·82	.	.	.	.		2·26	49	06	395
12·12	12·56	11·80	11·48	13·02	17·26	12·12	12·78	14·03	13·67	10·98	12·38	6·—	.	317	51	396
1·24	1·34	1·34	1·34	1·34	1·34	1·56	1·56	1·22	1·22	1·22	1·22	1·24	1·24	85	.	397
.	.	.	—·68	—·68	—·46	—·46	—·46	—·47	—·48	—·48	.	.	.	4	17	398
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·14	.	1	14	399
1·28	1·18	1·—	1·40	1·04	—·86	1·12	1·22	—·66	1·24	1·44	—·74	1·20	—·96	30	18	400

Fortlaufende Nummer	Ort	1900										
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
401	St. Peter bei Leoben	1·34	—·38	—·38	—·42	—·42	—·42	—·44	—·50	—·50	—·50	—·50
402	St. Pölten	14·16	1·20	2·44	1·14	1·66	—·94	—·94	—·92	—·92	—·92	1·50
403	St. Stefan	11·64	5·82	5.84	5·84	5·84	6·82	6·82	6·82	6·84	5·50	5·50
404	St. Valentin	1·54	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.
405	St. Veit a. d. Glan	6·94	6·94	6·38	6·12	6·36	5 80	5·96	5·38	6·42	5·70	9·75
406	St. Veit a. d. Triesting	3·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·32	—·32	—·32
407	Sangerberg	1·64	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	—·56	.	.	.	.
408	Schaben bei Daßnitz	.	.	.	.	.	.	.	4·—	.	.	.
409	Schärding	2·—	—·70	—·70	—·34	—·32	—·32	—·34	—·40	—·40	—·40	.
410	Scharnstein	6·94	2·48	1·82	2·04	.	1·90	1·20	1·88	1·56	2·42	2·42
411	Schaßlowitz b. B.-Leipa	3·36	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48
412	Schatzlar	.	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	1·-	1·—	1·—	1·—	1·—
413	Scheibbs	7·19	—·80	—·80	—·80	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32	—·32
414	Scheibmühl	1·12	1·16	—·78	—·78	—·78	—·78	—·80	1·—	—·66	1·14	—·92
415	Schlaggenwald	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
416	Schloppenhof bei Eger	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
417	Schluckenau	.	.	.	.	.	.	.	—·20	—·20	—·20	—·20
418	Schmiedeberg	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.	.
419	Schneegattern	4·78	1·04	1·04	1·04	1·06	1·06	1·06	1·10	1·10	1·10	1·10
420	Schöbritz	—·62	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·62	—·62	—·62	—·64
421	Schönau bei Hainspach	1·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
422	Schönau bei Teplitz	.	.	.	.	—·82	—·82	—·82	.	.	.	.
423	Schönborn b. Reichenbg.	1·80	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·26	—·26	—·26	—·26
424	Schönbrunn	.	.	.	.	.	.	.	—·42	—·42	—·42	—·42
425	Schönbrunn bei Tachau	—·84	—·84	—·86	—·66	—·66	—·68	—·72	—·72	—·74	—·42	—·42
426	Schönfeld bei Petschau	2·42	—·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.
427	Schönlinde	6·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
428	Schwanberg	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·30	—·46
429	Schwarzwasser	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
430	Schwechat	1·12	—·30	—·30	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·27	—·28
431	Selzthal	3·26	1·22	1·24	1·24	1·24	1·24	1·24	1·80	2·30	.	1·90
432	Servola	—·96	—·32	—·32	—·32	—·62	—·62	—·62	—·52	—·52	—·52	—·54
433	Setzdorf	1·37	—·18	—·18	—·18	—·18	—·18	—·19	—·20	—·20	—·20	—·20
434	Siebenhirten	4·80	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	.
435	Silberbach	.	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70
436	Sodau bei Karlsbad	.	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·48	—·48	—·48	—·48
437	Söhle bei Neutitschein	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
438	Soldatenhäuser bei Asch	1·20	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.
439	Sollenau	—·72	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14
440	Sonnenberg	3·88	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·46	—·46	—·50
441	Sophienthal-Heinrichsb.	7·04	1·02	1·02	1·02	1·02	1 02	1·02	1·14	1·14	1·14	1·14
442	Spital am Pyhrn	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
443	Spittal a. d. Drau	.	.	.	.	.	.	2·—	.	.	.	.
444	Spittelgrund	2·88	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·96	—·48
445	Sporitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
446	Staab	10·80	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·34	—·34	—·34	—·34
447	Stadlau	6 34	5 88	5·40	5·76	5·86	5·38	5·66	5·40	6·50	5·18	4·96
448	Stainach	.	1·56	1 56	1·70	1·72	.	.	.	.	.	.
449	Stefanau	.	.	.	.	.	.	.	2 48	.	.	.
450	Steinaugezd	4·17	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·70	—·48	—·48
451	Steinpöhl	6·—	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
452	Steinschönau	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
453	Sternberg	16·73	8·11	8 39	9·46	8·96	8 58	8·97	8·85	6·39	9·14	6·04
454	Steyr	23·30	5·58	5·58	5·40	5·40	5·34	5·46	4·68	4·70	5·02	5·04
455	Steyrermühl	.	.	.	.	.	.	.	—·78	—·78	—·78	—·80
456	Stockerau	2·40	.	—·50	—·50	—·64	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·56
457	Strahl bei Kosten	1·20	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
458	Suczawa	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
—·50	—·50	—·36	—·38	—·38	—·38	—·36	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	9	80	401
1·26	3·20	1·20	1·20	1·24	3·46	—·59	1·60	—·54	—·54	—·54	—·55	.	.	42	66	402
5·50	5·50	5·66	5·66	5·66	5·68	.	.	.	.	.	.	.	.	106	94	403
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	—	404
8·49	5·46	6·30	6·52	5·84	6·28	6·16	8·70	9·33	6·34	5·96	5·98	6·14	.	159	25	405
—·32	—·32	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	—	406
.	.	.	.	.	—·74	—·74	—·74	—·76	—·76	—·76	.	.	.	9	50	407
.	4·—	.	.	.	.	.	.	10·—	.	.	.	.	.	18	—	408
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5	92	409
1·86	1·78	1·91	1·56	1·56	1·26	1·62	1·34	1·34	1·50	1·10	.	.	.	41	49	410
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	.	.	.	.	.	.	12	—	411
1·—	1·—	1·—	1·—	3·—	3·—	3·—	3·	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	32	—	412
—·32	—·32	—·32	.	.	1·—	.	2·—	.	.	.	.	.	.	15	79	413
—·86	—·86	—·84	—·94	—·94	—·96	—·92	—·88	1·14	1·10	1·12	.	.	.	20	48	414
.	.	.	.	.	.	.	.	—·80	—·80	—·80	.	.	.	2	40	415
.	.	.	.	.	.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	2	40	416
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	3	—	417
.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	418
1·12	1·12	—·92	—·92	—·94	—·94	—·94	—·94	.	.	.	.	.	.	23	32	419
—·64	—·64	—·60	—·60	—·60	—·60	—·46	—·46	—·46	—·48	.	.	.	.	12	48	420
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	6	—	421
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	46	422
—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	.	.	.	.	.	.	6	72	423
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	.	.	4	20	424
—·42	—·36	—·36	—·36	—·36	—·54	—·56	—·56	—·52	—·52	—·52	—·54	—·54	.	13	72	425
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	3	22	426
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	24	—	427
—·46	—·32	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·40	—·28	—·28	—·28	—·28	.	.	7	64	428
.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	4	20	429
—·28	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·76	—·76	—·78	—·40	.	.	9	61	430
2·—	2·56	1·82	2·54	1·52	1·54	2·64	2·	2·18	2·74	2·64	2·40	.	.	43	26	431
—·54	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·70	·70	—·72	—·72	.	.	.	.	11	44	432
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	5	46	433
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	.	.	7	36	434
—·70	—·70	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	40	435
—·50	—·50	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	.	.	.	.	.	.	7	26	436
.	.	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·	1·—	1·—	.	.	.	8	—	437
.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	4	80	438
—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·14	—·15	—·16	—·16	—·16	—·16	.	4	03	439
—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	10	88	440
1·14	1·06	1·06	1·06	1·08	1·24	1·24	1·26	1·24	1·24	1·26	1·26	1·26	.	33	12	441
.	.	.	.	.	—·40	—·42	—·42	—·61	—·61	—·62	—·66	—·66	—·68	5	08	442
.	.	.	.	1·10	.	1·76	—·54	.	.	.	.	.	.	5	40	443
—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·60	—·60	—·60	.	.	.	17	64	444
.	.	.	.	.	.	.	1·06	.	.	.	.	.	.	1	06	445
—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·34	—·36	—·36	1·10	1·10	1·10	.	.	.	21	82	446
5·68	6·06	5·76	6·—	6·36	6·60	10·16	6·42	6·52	7·20	6·80	6·18	.	.	142	06	447
.	.	.	1·98	1·98	2·—	2·04	2·04	1·90	1·90	1·94	1·96	1·94	1·94	28	16	448
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	48	449
—·49	—·50	—·50	—·50	—·74	—·74	—·76	—·76	.	.	—·80	.	.	.	16	52	450
—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	—	451
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	25	—	452
6·32	6·32	5·32	6·24	6·74	4·70	5·60	6·79	7·61	5·55	9·55	.	.	.	170	36	453
5·06	4·66	4·66	7·60	7·82	7·28	6·50	5·68	5·79	5·51	2·90	2·28	2·58	2·06	145	88	454
—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	2·—	2·20	2·20	2·20	2·20	2·20	22	54	455
—·56	—·56	—·56	—·58	1·13	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	14	89	456
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	20	457
.	.	.	.	.	—·76	—·76	—·76	1·20	1·20	1·20	1·60	1·60	1·60	10	68	458

Fortlaufende Nummer	Ort	Restzahlung	1900									
			Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
459	Tachau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2·—
460	Tannwald	.	.	.	.	.	.	.	—·50	—·50	—·50	—·50
461	Tarvis	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
462	Taschwitz	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
463	Teichstatt	1·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
464	Teplitz	22·—	4·—	4·—	4·—	4·—	3·60	3·60	3·10	3·10	3·10	2·60
465	Tetschen a. d. Elbe . .	2·64	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·40	—·40	—·40	—·40
466	Thiergarten bei Plsbr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
467	Thörl bei Aflenz . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
468	Thomasroith	4·86	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36
469	Tischau bei Teplitz . .	3·84	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	.	.	.	.
470	Tollinggraben	.	.	.	1·—	.	1·—	.	.	.	.	1·12
471	Traisen	2·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	.	.	.	.
472	Traiskirchen	4·80	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
473	Traun	2·10	—·42	·42	—·42	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	1·—
474	Trautenau	1·56	2·14	2·16	2·10	2·22	2·22	2·22	2·24	2·24	2·28	2·26
475	Triest	.	.	.	.	.	.	.	1·50	1·50	1·52	1·86
476	Trofaiach	—·62	—·62	—·63	—·46	—·46	—·46	—·46	—·38	—·38	—·38	—·32
477	Troppau	22·98	8·16	9·34	8·72	4·62	4·62	9·84	7·78	7·80	7·80	7·90
478	Tulln	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
479	Turn bei Teplitz . . .	11·75	—·48	—·48	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.
480	Tuschkau a. d. M. . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
481	Ullersdorf	1·84	—·72	—·72	—·72	—·56	—·58	—·58	—·60	—·60	—·62	—·44
482	Ullitz bei Mies . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
483	Unterlangendorf . . .	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
484	Untermaxdorfb.Gablonz	—·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
485	Unterseeferan bei Staab	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
486	Unzmarkt	13·38	—·86	1·92	1·92	1·76	1·78	1·76	2·54	2·54	2·57	—·64
487	Urfahr	4·80	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
488	Veitsch	1·74	1·22	1·10	1·12	1·19	1·24	1·26	1·28	1·26	1·26	1·34
489	Villach	37·80	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	—·92	4·62	4·62	5·34
490	Voigtsgrün	1·50	—·50	.	.	.	.	.	.	.	.	.
491	Voitsberg	11·52	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
492	Vordernberg	.	2·—	4·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
493	Vordersdorf	3·36	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	.	.	.	.
494	Wagstadt	1·52	1·18	1·18	—·68	—·68	1·38	1·38	—·82	—·82	—·82	—·82
495	Waidhofen a. d. Thaya	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
496	Waidhofen a. d. Ybbs .	9·80	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	—·76	1·22	1·22	1·22	1·24
497	Wallern	2·02	—·66	—·66	—·68	—·66	—·66	—·68	.	.	.	.
498	Warnsdorf	15·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	2·—
499	Wartberg	3·62	1·22	—·66	—·66	—·66	—·66	—·66	—·56	—·56	—·56	—·56
500	Wehedtz	3·50	1·38	1·38	1·38	1·38	1·40	1·40	1·80	1·80	1·84	1·06
501	Weipert	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·36	2·36	2·36	2·36
502	Weißbach	1·44	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·24	—·20	—·20	—·20	—·20
503	Weißkirch	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
504	Weißkirchen bei Kratzau	3·60	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·2	1·20	1·20	1·20	1·20
505	Weiz	.	.	.	—·42	.	.	.	.	.	.	.
506	Wellhotten	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.	.	.	.
507	Welhenitz bei Teplitz .	.	.	.	.	.	.	.	—·24	—·24	—·24	—·24
508	Wels	7·34	1·88	1·88	1·82	1·82	1·82	1·82	1·58	1·58	1·58	1·58
509	Wenussen bei Tuschkau	2·—	—·50	—·50	·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
510	Wernersreuth	.	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64
511	Wernstadt	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
512	Wetzwalde	.	—·66	—·66	—·68	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60
513	Weyer a. d. Enns . .	.	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—
514	Wien	1228·89	478·63	490·88	506·99	492·53	510·66	499·59	498·44	498·86	495·38	497·39
515	Wiener-Neustadt . . .	7·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	2·06	2·08	2·08	2·—
516	Wiesen-Rabersdorf . .	2·40	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·80	—·90	—·90	—·90	—·90

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	24	—	459
—·50	—·50	·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	.	.	.	6	—	460
.	.	.	.	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	1·50	.	13	50	461
.	.	.	.	.	1·50	.	1 50	—·50	—·50	—·50	.	.	.	4	50	462
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	5	60	463
2·60	2·60	2·60	2 60	2·60	2·60	2·60	2 60	1·10	1·10	1·10	— 60	—·60	— 60	83	—	464
—·40	—·40	—·40	—·40	—·42	—·42	—·42	—·42	.	.	.	.	.	.	10	16	465
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·56	—·56	—·56	.	2	68	466
.	1·96	1·56	1·70	—·96	1·70	1·52	1·18	1·14	1·88	.	.	.	.	13	60	467
—·36	—·36	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·38	—·50	—·50	—·50	.	.	.	12	96	468
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	80	469
.	.	.	1·—	.	.	.	1·64	—·70	—·70	—·70	.	.	.	7	86	470
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	471
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	472
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	.	.	.	.	.	16	—	473
2 40	2·46	2·56	2·60	2·56	2·62	2·64	2·74	2·92	3·—	3·04	3·06	3·04	3·30	62	58	474
2·18	1·44	1·88	2·26	1·74	2·08	2·36	1·38	1·92	1·92	1·62	1·64	1·64	1·64	32	08	475
—·34	—·34	—·32	—·34	—·34	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·36	—·38	10	11	476
7·90	7·92	7·76	7·77	7·77	7·04	7·04	7·04	4·80	4·80	4·82	.	.	.	174	22	477
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	5·—	5	—	478
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	13	71	479
.	.	.	—·40	—·40	—·40	—·40	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	4	—	480
—·44	—·44	—·62	—·64	—·64	—·64	—·64	—·64	—·52	—·54	—·54	.	.	.	14	28	481
.	.	—·15	.	.	.	.	.	.	—·44	—·44	.	.	.	1	03	482
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—·30	—·30	—·30	—	90	483
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	9	60	484
.	1·13	.	.	.	.	—·96	1·08	—·82	—·96	1·68	1·14	1·16	1·16	10	09	485
—·64	—·64	2·58	2·60	2 60	2·66	3·20	2·92	2·78	1·88	1·88	1·74	1·74	1·74	61	27	486
—·40	— 40	—·40	— 40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	12	—	487
1·08	—·50	—·38	—·38	1·48	1·20	1·54	—·98	1 18	1·14	1·14	1·10	.	.	26	11	488
5·96	4·66	4·54	4·68	5·48	6·99	4·95	5·18	—·42	.	.	.	.	.	98	34	489
.	.	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	—	490
2·—	2·—	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	2·40	57	12	491
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	1·86	1·86	1·86	1 86	1·86	1·86	49	16	492
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	80	493
—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·84	—·24	.	.	.	.	.	.	17	40	494
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1	—	495
1·36	1·38	1·40	1·40	1·40	2·02	2·06	2·06	2·31	2·31	2·31	—·78	.	.	40	04	496
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	02	497
2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	.	.	.	.	42	—	498
—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	—·58	.	17	92	499
.	.	.	.	5·44	.	.	.	3·23	.	.	.	.	.	26	99	500
2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2·36	2 36	2 36	2·—	2·—	2·—	2·—	.	.	50	32	501
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	5	28	502
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1 —	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	25	—	503
1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	1·20	.	.	.	28	80	504
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	—	42	505
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	40	506
—·24	—·24	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·26	—·32	—·34	—·34	.	.	.	4	—	507
1·60	1·96	1·96	1·96	1·10	1·10	1·10	1·10	1·14	1·16	—·48	.	.	.	39	36	508
—·46	—·44	—·44	—·44	—·44	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·28	—·52	—·54	—·54	12	50	509
—·64	—·64	—·64	—·64	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	8	96	510
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	1·—	.	.	1	—	511
—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	14	60	512
1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	1·—	24	—	513
498·47	494·46	487·70	469·39	495·76	499·17	478·72	504·75	441 43	392·26	366·97	256·33	256·58	130·62	11,973	55	514
2·—	2·05	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	1·60	—·40	.	.	.	.	.	36	67	515
—·90	—·90	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	12	60	516

Fortlaufende Nummer	Ort		1900									
		Restzahlung	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April
517	Wiesenberg	13·—	3·48	3·48	3·50	6·32	6·34	6·34	2·66	2·66	2·68	2·30
518	Wigstadtl	19 64	6·60	6·60	6·60	4·16	4·16	4·18	6·60	6·60	6·60	6 60
519	Wilhelmsburg	7·14	—·40	—·40	—·42	—·44	—·44	—·44	1·30	1·30	—·50	—·50
520	Wilhelmshöhe b. Schkh.	.	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·48	—·42	—·42	—·42	—·42
521	Willomitz	2·40	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20
522	Wilten	3·88	—·64	—·64	—·64	—·66	—·66	—·66	1·08	1·08	1·10	1·10
523	Wintersgrün	1·—	1·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.
524	Wistritz	7·08	1·56	1·58	1·58	1·18	1·18	1·18	1 18	1·18	1·18	1·18
525	Wölmsdorf	2 40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40
526	Wörgl	14·86	2·70	2 70	2·56	2·56	2·58	2·58	1·50	1·50	1·50	1·52
527	Wolfsberg i. K.	3·86	—·95	1·48	1·—	1·46	1·—	1·26	1·44	1·18	1·06	1·—
528	Wolfsberg b. Schönlinde	3·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	—·60	.	.	.	.
529	Wolfsegg	2·—	.	2·—	.	.	2·—	.	.	.	2·—	.
530	Wustung bei Tannwald	6·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
531	Zech bei Elbogen . .	2·48	—·42	—·42	—·42	1·42	—·42	1·42	.	1 88	.	2 —
532	Zell am See	4·08	—·90	—·91	—·92	—·92	—·46	—·46	—·44	—·68	—·70	—·82
533	Zeltweg	—·86	1·20	1·08	—·88	—·94	—·90	1·26	1·26	1·34	1·76	1·34
534	Znaim	5·80	.	.	.	.	.	.	—·60	—·60	—·60	—·52
535	Zuckmantel bei Teplitz	11·—	—·82	—·82	—·84	—·84	—·84	—·84	1·60	1·60	1·60	1 60
536	Zwettnitz	5·64	—·94	—·94	—·94	—·94	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50	—·50
537	Zwickau	5·54	1·10	1·12	1·12	3·04	3·06	3·06	2·92	9·92	2·94	—·48
638	Zwittau	.	.	.	.	.	.	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—
539	Zwodau	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4·60	.

1901								1902						Summe		Fortlaufende Nummer
Mai	Juni	Juli	August	September	October	November	December	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	K	h	
2·30	2·30	4·—	4·—	4·—	2 28	2·30	2·30	3·37	3·38	3·38	.	.	.	86	37	517
6·60	6·60	6·60	6·60	6·60	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	6·36	169	58	518
—·50	—·50	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	—·44	.	.	.	.	.	.	16	92	519
—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	—·42	— 44	—·44	.	.	.	.	.	.	7	96	520
—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	—·20	.	.	.	.	.	.	6	—	521
1·10	1·10	—·94	—·94	—·94	—·94	—·94	— 94	.	.	.	.	.	.	19	98	522
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	2	—	523
1·18	1·18	1·18	1·18	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	24	78	524
—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	—·40	.	.	.	.	.	.	9	60	525
1·54	1·50	1·22	1·22	1·22	1·22	1·22	1 24	1·24	1·—	1·—	1·—	.	.	51	18	526
1·40	2·08	1·22	1·14	1·10	1·78	2·30	2·35	1·04	1·47	3·51	.	.	.	35	08	527
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	7	20	528
2·—	.	.	2·—	.	2·—	2·—	.	4·—	.	.	.	.	.	20	—	529
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	6	—	530
.	.	3·—	.	2·—	.	.	.	.	.	.	.	.	.	15	88	531
—·82	1·10	— 90	—·62	—·60	—·70	—·50	—·52	—·58	—·58	—·68	— 66	—·58	—·60	20	73	532
2·42	1·34	1·12	1·32	1·26	1·24	1·76	1·22	2·34	1·46	—·74	1·26	1·14	.	31	44	533
—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	—·52	15·86	2·86	—·52	·52	—·52	.	.	.	31	52	534
1·60	—·70	—·70	—·72	1·22	1·22	1·22	1·22	1·32	1·34	1·34	.	.	.	35	—	535
—·50	—·50	—·50	—·50	—·54	—·54	—·56	—·56	—·86	—·86	—·86	—·86	.	.	20	04	536
—·48	—·48	1·38	1·40	1·40	2·70	2·70	2 72	1·10	1·10	1·10	.	.	.	43	86	537
2·—	2·—	2 —	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	2·—	.	36	—	538
.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4	60	539

Betheiligung der einzelnen Wahlkreise an der Gesammtsumme der Reichsparteisteuer.

Kronland	Wahlkreis	Zahl der Orte	Summe Kronen	Landessumme der Orte	Landessumme Kronen
Böhmen	I	1	16·22	309	5,377·16
	III	40	440·03		
	IV	59	919·31		
	V	45	918·03		
	VI	19	884·67		
	VIII	91	1,448·29		
	IX	33	521·06		
	XVI	9	183·47		
	XVIII	3	46·08		
Bukowina	I	1	30·47	2	41·15
	II	1	10·68		
Kärnten	—	11	470·03	11	470·03
Küstenland	Triest, Istrien, Görz	4	58·46	4	58·46
Mähren	I	1	137·04	35	911·70
	II	1	92·33		
	III	4	43·90		
	V	1	3·—		
	VI	11	287·95		
	VII	17	347·48		
Niederösterreich	I—V	1	11,973·55	67	13,737·24
	VI	24	507·34		
	VII	8	263·09		
	VIII	9	581·12		
	IX	25	412·14		
Oberösterreich	I	5	547·54	27	1,159·50
	II	19	536·50		
	III	3	75·46		
Salzburg	—	10	491·68	10	491·68
Schlesien	I	15	719·30	18	761·83
	II	3	42·53		
Steiermark	I	8	1,212·41	51	2,999·34
	II	35	1,433·71		
	III	6	327·62		
	IV	2	25·60		
Tirol	I	6	446·57	9	600·06
	II	3	153·49		
Vorarlberg	—	5	208·35	5	208·35
	Summe . .	539	26,816·50		

Anträge zum Parteitag.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Parteiorganisation.

1. Antrag des Parteivorstandes.

Artikel I des Organisationsstatuts für die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs soll durch folgenden Zusatz ergänzt werden:

„Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein vom Parteivorstande zu berufendes sechsgliedriges Schiedsgericht. Die Hälfte der Beisitzer werden von denjenigen nominirt, die den Ausschluß beantragen, die andere Hälfte von dem durch den Ausschluß Betroffenen. Den Vorsitzenden bestimmt der Parteivorstand. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichtes steht den Betroffenen die Berufung an den Parteitag zu.“

An Stelle der bisherigen Artikel II und III ist folgender Wortlaut zu setzen:

II. Vertrauenspersonen.

Alle in einem Orte befindlichen Parteigenossen und -Genossinnen bilden zusammen die Lokalorganisation. Zur Wahrnehmung der Parteiinteressen wählen die Parteimitglieder der einzelnen Orte in zu diesem Zwecke berufenen Parteiversammlungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen. Die Art der Wahl dieser Vertrauenspersonen richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Als Grundlage für den Ausbau der Lokalorganisation ist nach Thunlichkeit die Straßen- und Häuserorganisation durchzuführen.

Die Vertrauenspersonen mehrerer Lokalorganisationen bilden zusammen die Bezirksorganisation, deren Umfang, unter Berücksichtigung der territorialen Verhältnisse, von der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz bestimmt wird. Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig erscheinen lassen, können Agitationsbezirke, ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen, gebildet werden.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Wahlkreis-, respektive Landeskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben.

Die Wahlkreisorganisation, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Diesem obliegt die Förderung und Ueberwachung des Ausbaues der Organisation als auch die Agitation im Wahlkreis.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation auf Berufung des Agitationscomités nach Bedarf, mindestens aber einmal innerhalb eines Jahres, zu einer Konferenz zusammen. Die Wahlkreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der dem Kreise angehörenden Bezirksorganisationen unter Angabe von Gründen es verlangt. Die Wahlkreiskonferenz entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisorganisationen eines Kronlandes können sich zu einem Verbande (Landesorganisation) vereinigen. Zur Besprechung und Beschlußfassung von Angelegenheiten, die das ganze Kronland betreffen, und soweit sie durch das eigene

Organisationsstatut dem Verbandsausschuß nicht vorbehalten sind, treten die Wahlkreisvertrauensmänner des betreffenden Verbandes nach Bedarf zu einer Verbandskonferenz zusammen.

Die Wahl der Vertrauenspersonen erfolgt alljährlich, und zwar im Anschluß an den vorausgegangenen Parteitag.

Die Vertrauenspersonen der Lokal-, Bezirks-, Wahlkreis- und Landesorganisationen haben ihre Wahl mit genauer Angabe ihrer Adresse sofort dem Parteivorstande mitzutheilen.

2. Antrag der Lokalorganisation Wien:

Wenn nicht genügende Gründe die Abhaltung des turnusmäßigen deutschen Parteitages veranlassen, so soll der Parteivorstand berechtigt sein, von der Einberufung desselben abzusehen.

3. Antrag der Bezirksorganisation Braunau in Böhmen:

Um eine planmäßige Agitation in Ostböhmen zu ermöglichen und durchzuführen, ist in diesem Landestheil Böhmens eine Zentralstelle zu schaffen. Die Reichsparteileitung wird beauftragt, sich sofort mit der Gewerkschaftskommission ins Einvernehmen zu setzen, eine Konferenz der in Frage kommenden Bezirke einzuberufen und dort Vorschläge, respektive Anträge zur Aufbringung der Mittel zu machen.

4. Antrag der Bezirksorganisation Saaz:

Der Parteitag empfiehlt dem Landesausschuß in Böhmen, eine praktische Eintheilung der einzelnen Wahlkreise untereinander nach Agitationsdistrikten durchzuführen.

5. Antrag des Genossen L. Winarsky:

Der Parteitag fordert die Genossen auf, der Jugendorganisation mehr Beachtung zu schenken, überall dort, wo noch keine Vereine jugendlicher Arbeiter existiren, solche zu gründen, die jungen Genossen auch nach der Vereinsgründung mit Rath und That zu unterstützen und dem nächsten Parteitag hierüber zu berichten.

6. Antrag der vereinigten Lokalorganisationen Kosten, Strahl und Klostergrab:

Der Parteitag beschließt: Der ordentliche Parteitag wird jedes vierte Jahr abgehalten. Ein außerordentlicher Parteitag kann abgehalten werden, wenn zwei Drittel der Parteivertretungsmitglieder dafür sind oder wenn ein Drittel der Lokalorganisationen es verlangt.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung: Parteipresse.

7. Antrag der gemeinschaftlichen Konferenz der Bezirke Gablonz an der Neiße und Tannwald:

Der Parteitag möge die Herausgeber der Maifestschrift sowie des Arbeiterkalenders verpflichten, die Bilder dieser beiden Schriften in Zukunft gediegener herzustellen. — Ferner beantragt die Konferenz, dem Arbeiterkalender das Jahrmarktverzeichniß für die Kronländer beizulegen.

8. Antrag des II. schlesischen Wahlkreisausschusses:

Die „Bielitzer Volksstimme“ ist als Parteiorgan anzuerkennen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung: Wahl der Parteileitung.

9. Antrag des IV. böhmischen Wahlkreisausschusses:

Der Umstand, daß in dem engeren Parteiausschuß der deutschen Sozialdemokratie und damit in der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs kein mit den spezifisch böhmischen Verhältnissen vertrauter und daran interessirter Genosse bisher

vertreten war, woraus wohl die bisherige mangelhafte Berücksichtigung der speziellen deutschböhmischen Angelegenheiten und Bedürfnisse zu erklären ist, beantragt der Wahlkreisausschuß des IV. böhmischen Wahlkreises: Der Parteitag wählt in den engeren Parteiausschuß auch mindestens einen als Kenner der deutschböhmischen Verhältnisse bekannten, in Wien wohnhaften bewährten Parteigenossen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung: Eventuelles.

10. Antrag des Bezirksagitationscomités Saaz:

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, ehebaldigst im Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf einzubringen, der die obligatorische Krankenversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter sowie aller Dienstboten bezweckt.

11. Antrag der Lokalorganisation Teplitz:

In Hinkunft sind alle deutschen Parteitage, falls nicht ein Grund dagegen vorliegt, in Wien, als dem geographischen Mittelpunkt des Reiches, abzuhalten.

12. Antrag der Lokalorganisation Hanichen bei Reichenberg:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Aussig an der Elbe wolle beschließen:

Es sei zur nächsten Reichsrathssession eine neuerliche Aktion zur Erringung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung für die Arbeiterschaft einzuleiten.

Während der Verhandlungen gestellte Anträge.

Parteiorganisation.

13. Antrag Bretschneider (Zusatz zu Antrag 2):

Der Parteitag muß jedoch vom Parteivorstand einberufen werden, wenn ein Drittel der deutschen Wahlkreise die Einberufung fordert.

14. Antrag Pölzer:

Im vorletzten Absatz vom Antrag 1 einzufügen: insoferne sie nicht schon durch die Bestimmungen der Kronländer geregelt ist.

15. Antrag Wlczek:

In allen Orten, wo sich k. k. Tabakfabriken befinden, werden die Parteigenossen, insbesondere die Vertrauensmänner aufgefordert, sich angelegentlich um die Organisirung der in diesen k. k. Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zu kümmern.

16. Antrag Freundlich:

Im letzten Absatz vom Antrag 1 soll es heißen: — sprachlichen und territorialen Verhältnisse.

17. Antrag Muchitsch:

Die Anstellung von Bezirksvertrauensmännern nach Vorschlag des betreffenden Bezirkes kann nur nach Zustimmung der Landes- oder Wahlkreisvertretung geschehen, die auch über die Person entscheidet.

Parlamentarische Thätigkeit.

18. Antrag Czech:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, alljährlich zu jedem Parteitage einen ausführlichen und detaillirten Thätigkeitsbericht (nach dem Muster unserer reichsdeutschen Fraktion) zu erstatten und in Druck legen zu lassen. Gleich-

zeitig wird die Parteivertretung ersucht, die zu diesem Zwecke nothwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen und für die weiteste Verbreitung dieses Thätigkeitsberichtes Sorge zu tragen.

19. Antrag der Lokalorganisation Hanichen:

Es sei zur nächsten Reichsrathssession eine neuerliche Aktion zur Erringung der Alters- und Invaliditätsversicherung, der Witwen- und Waisenversorgung für die Arbeiterschaft einzuleiten.

20. Antrag Brod:

Die Parteileitung wird aufgefordert, in ihrer Taktik immer dessen eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann, und daß alle bürgerlichen Parteien gegen uns Reaktionäre sind. Kompromisse mit bürgerlichen Parteien, durch die unsere Partei nur kompromittirt werden kann, sollen thunlichst vermieden werden.

21. Antrag Schäfer, Muchitsch, Polke, Prähauser, Schrammel, Spielmann:

Der Parteitag nimmt den Bericht des Verbandes der Abgeordneten zur Kenntniß und spricht ihm für sein entschiedenes Eintreten für die Interessen der gesammten Arbeiterschaft des Reiches Dank und Anerkennung aus.

Parteipresse.

22. Antrag Czech:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, darauf zu dringen, daß der von der Regierung vorgelegte Preßgesetzentwurf in der nächsten Session des Parlaments zur Verhandlung gelange und im Sinne unserer Prinzipien abgeändert und ausgestaltet werde.

23. Antrag Polke:

In Erwägung, daß die Maifestschriften durch die unglückliche Reproduktion des Farbendruckes bisher der Würde der Sache nicht entsprachen, stelle ich den Antrag, in Zukunft von dem Farbendruck abzusehen und die Maifestschriften in Schwarzdruck erscheinen zu lassen.

24. Antrag der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung:

Der Parteitag beschließt: Die Kolportage anderer Parteiblätter als des Zentralorganes „Arbeiter-Zeitung" in Wahlkreisen, in denen die eigenen Wahlkreisblätter um ihre Existenz zu kämpfen haben, wird als unstatthaft bezeichnet. Insoweit sie bereits besteht, ist sie sofort einzustellen.

25. Eventualantrag der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung (falls der vorstehende Antrag abgelehnt wird):

Mit Ausnahme des Zentralorganes „Arbeiter-Zeitung" darf kein Parteiblatt in irgend einem Wahlkreise billiger als das Wahlkreisblatt kolportirt werden; der über den wirklichen Preis hiedurch eingehobene Mehrbetrag ist dem betreffenden Wahlkreise zu Wahlkreiszwecken von dem Blatte abzuliefern.

26. Eventualantrag Piraschütz, Sever, Volkert, Hauschka, Kütt, Grosse:

Ueber den Antrag 26 der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung geht der Parteitag zur Tagesordnung über.

27. Antrag Volkert, Schuhmeier, Sever, Wlezek, Piraschütz:

Der Parteitag macht es den Parteigenossen Wiens zur Pflicht, im Interesse der Gesammtpartei alle ihre Kräfte für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" einzusetzen, und fordert insbesondere die Vertrauensmänner der territorialen Organisation auf, bei jeder Zusammenkunft dieser ihrer Pflicht sich bewußt zu sein.

28. Antrag Czech:

Der Antrag des II. schlesischen Wahlkreisausschusses „auf Anerkennung der „Bielitzer Volksstimme" als Parteiorgan" wird der mährisch-schlesischen Landeskonferenz zugewiesen.

29. Antrag Eldersch:

Die Parteivertretung wird aufgefordert, die Volksbuchhandlung zu veranlassen, die in der „Arbeiter-Zeitung" erschienenen, ungemein instruktiven Erläuterungen der Preßreform des Ministeriums Körber, in einer Broschüre zusammengefaßt, in Vertrieb zu bringen, damit die genaue Kenntniß dieser für die organisirte Arbeiterschaft äußerst wichtigen Gesetzesvorlage weiten Kreisen unserer Parteigenossen vermittelt wird.

30. Antrag Seliger:

Der Verband der deutschböhmischen Wahlkreise wird aufgefordert, im Einvernehmen mit der Parteivertretung die Frage der Gründung eines Parteitagblattes für Deutschböhmen in ernste Erwägung zu ziehen und dem nächsten Parteitag hierüber Bericht zu erstatten.

31. Antrag Skaret:

Der Parteitag beschließt, daß die Herausgabe von Kalendern und Parteifestschriften jeder Art nur im Einvernehmen und mit Zustimmung der Parteivertretung erfolgen darf.

32. Antrag der Bezirksorganisation XIX Wien:

Der Parteitag erklärt es für nothwendig, die Presse endlich von ihren Fesseln zu befreien, und fordert die Fraktion auf, mit allen Mitteln darauf zu dringen, daß die Regierung die Preßreform in der Herbstsession des Reichsrathes der Erledigung zuführe.

Eventuelles.

33. Antrag Smrcka:

Der nächste deutsche Parteitag hat in Salzburg zu tagen.

34. Antrag Pölzer:

Wenn nicht besondere Gründe vorliegen, den nächsten Parteitag an einem anderen Orte abzuhalten, empfiehlt der Parteitag der Parteivertretung, den nächsten Parteitag in Wien abzuhalten.

35. Antrag Hackenberg und Bretschneider:

Es wird der Parteivertretung überlassen, den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

36. Antrag Zuschratter:

In Anbetracht der Wichtigkeit der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleiches und der Komplizirtheit des Wesens desselben wird die Parteivertretung beauftragt, für sämmtliche Vertrauensmänner der Partei eine gemeinverständliche Darstellung der Ausgleichsfragen ausarbeiten zu lassen, diese in Druck zu legen und den in Betracht kommenden Genossen, die mit der Agitation sich befassen müssen, sowie den Redaktionen der Parteiblätter zur Verfügung zu stellen.

Resolutionen.

37. Resolution des Parteivorstandes:

Der Parteitag erklärt:

Der österreichisch-ungarische Ausgleich, in einem Augenblick tiefster politischer Ohnmacht Oesterreichs entstanden, bedeutet seit seinem Bestehen eine ununterbrochene Kette politischer und wirthschaftlicher Schädigungen für unsere Reichshälfte.

Während Ungarns Interessen immer entschiedener die äußere Politik des Gesammtstaates bestimmen, dagegen hemmend auf die organische Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse Oesterreichs wirken, wird durch das verschwommene System des Dualismus, das in der parlamentarischen Karitatur der Delegationen gipfelt, unser Parlamentarismus entnervt und unser Konstitutionalismus verfälscht.

Und während Ungarn seine wirthschaftlichen Potenzen zu kraftvoller Entfaltung gebracht und starke Grundlagen für seine Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat geschaffen hat, ist unsere ökonomische Entwicklung stillgestanden, ja zurückgegangen, eine direkte Wirkung der völlig zielbewußten Politik Ungarns, auf unsere Kosten und auf unseren Schultern zu einer höheren wirthschaftlichen Entwicklungsstufe emporzusteigen.

Aber diesen Prozeß des ungarischen Vorwärts- und des österreichischen Rückwärtswirthschaftens muß überdies Oesterreich überwiegend mit eigenem Gelde bezahlen, da die von Anbeginn ungerechtfertigte Höhe der Quote infolge des wachsenden Mißverhältnisses der Prosperität in beiden Staaten mit immer stärkerer Ungerechtigkeit Oesterreich belastet.

Dieses für Oesterreich so verderbliche Vertragsverhältniß dient vorgeblich den sogenannten Gesammtstaats- und Großmachtsinteressen, in Wahrheit aber lediglich dynastischen Interessen. Die Kosten dafür müssen in erster Linie die Arbeiter in der Form enormer, fortwährend wachsender indirekter Steuern sowie der Vertheuerung ihrer Nahrung durch Agrarzölle, aber auch in der Form des politischen und wirthschaftlichen Entwicklungsstillstandes, der Lähmung und Versumpfung des staatlichen und sozialen Lebens auf allen Gebieten bezahlen.

Ohne irgendwie den Ungarn, am allerwenigsten den ungarischen Arbeitern, mit denen sie die brüderlichen Interessen der Klasse verbinden, das Recht und die Möglichkeit der freiesten Entwicklung schmälern zu wollen, verlangt die österreichische Arbeiterschaft auch für Oesterreich das Recht der vollen, freien, politischen und ökonomischen Selbstbestimmung, und sie vermag die Möglichkeit hiezu lediglich in einer vollständigen politischen und fiskalischen Trennung der beiden Reichshälften zu erblicken, einer Trennung, die keineswegs nothwendig zu einem Zollkrieg führen muß, sondern in durchaus friedlicher und einverständlicher Weise vollzogen werden kann, und als Endziel durch den wirthschaftlichen Zusammenschluß der alsdann gleich berechtigten und gleich starken Staaten zur Schaffung eines großen einheitlichen Wirthschaftsgebietes führen soll.

Um diesem Ziele näher zu kommen, genügen nicht Scheinsiege der Regierung, die übermüthige Neuforderungen der Ungarn zurückweisen, sondern es muß vor Allem die Grundlage des Badenischen Ausgleichs, der Oesterreich ausliefert, vollständig verlassen werden.

In der lauen und verschwommenen Haltung der bürgerlichen Parteien und der Regierung erblickt jedoch die Arbeiterschaft ein trügerisches Scheingefecht, und sie brandmarkt die Konzessionen zu Gunsten einzelner Parteien sowie den leeren Wortschacher um den Text des Vertrages, der uns auf eine weitere Reihe von Jahren in Abhängigkeit von Ungarn bringen soll, und durch den der günstigste Augenblick zur

Emanzipation Oesterreichs versäumt wird, als einen ausgesprochenen Verrath an den politischen und geistigen, den nationalen und materiellen Interessen der Völker Oesterreichs, insbesondere aber seiner Arbeiterklasse.

38. Resolution Starek:

Der Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei spricht den polnischen und ruthenischen Landarbeitern in Galizien angesichts ihres aufopferungsvollen und berechtigten Lohnkampfes gegen die profitgierige Schlachta die wärmsten Sympathien aus und protestirt gegen die einseitigen Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung der ärmsten Schichten des Proletariats in Ostgalizien.

39. Resolution Schrammel:

In dem Maße, als die Arbeiterklasse politische Rechte erobert und an politischem Gewicht zunimmt, wächst auch das Bedürfniß der herrschenden Klassen, Arbeiterstimmen für sich zu gewinnen und die Macht der Arbeiter durch ihre Spaltung zu schwächen. Wenn sich die bürgerlichen Parteien um die Arbeiter kümmern, so geschieht es gemeinhin, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, um den Klassenkampf zu verwirren, abzustumpfen und zu verfälschen.

In Oesterreich insbesondere ist die korrupte und korrumpirende Einrichtung der fünften Kurie für die bürgerlichen Parteien Veranlassung, Möglichkeit und Verleitung, neben der eigenen Parteiorganisation Afterorganisationen aus proletarischen Elementen zu bilden, die unter der falschen Flagge von „Arbeiterparteien" Ausbeuterinteressen dienen. Diese Filialen der bürgerlichen Parteien mit proletarischer Firma sind eine Schule der Versimpelung und Korrumpirung der irregeleiteten Arbeiter, die ihren schlimmsten Feinden als Werkzeug und Marionette dienen müssen. In schamloser Nachäffung der sozialdemokratischen Organisationen und der echten Gewerkschaftsbewegung dienen die sogenannten nationalen und christlich-sozialen Arbeiterparteien ausschließlich dem mehr oder minder bewußten Betruge der Arbeiter.

Wenn es allerdings im Allgemeinen nur die an Einsicht und Charakter schwächeren Elemente der Arbeiter sind, die diesem Betrug unterliegen und sich dazu verleiten lassen, der Arbeiterklasse in ihrem politischen und wirthschaftlichen Kampfe in den Rücken zu fallen, so können trotzdem zu Zeiten und bei günstiger Gelegenheit diese Verfälschungen vorübergehend eine gewisse Bedeutung gewinnen und das Fortschreiten der ernsthaften proletarischen Organisation für eine Zeitlang empfindlich hemmen.

Es ist darum die Pflicht der Parteigenossen, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter den Arbeiterparteischwindel überall und bei Zeiten als das erkennen, was er ist: ein plumper Versuch, die indifferenten Arbeiter von ihren wahren Zielen abzulenken, gegen ihre eigenen Interessen zu mißbrauchen, ja direkt Arbeitswillige und Streikbrecher zu züchten.

Es muß rücksichtslos aufgezeigt werden, wie dort statt klaren Klassenbewußtseins konfuse Allerweltsduselei, statt proletarischen Stolzes spießbürgerliche Eitelkeit, statt mannhaften Kampfesmuthes erbärmliche Knechtseligkeit gefördert wird. Es muß den Arbeitern gezeigt werden, daß, wie die Sozialdemokratie die Frucht der Kraft und der Reife des Proletariats ist, ihre bürgerliche Verfälschung nur möglich ist durch die Schwäche und Rückständigkeit der Arbeiter.

Der Parteitag fordert demnach die Genossen auf, die bürgerlichen Betrüger rücksichtslos zu brandmarken, er erwartet aber auch, daß sie den so betrogenen Proletariern mit aller jener zähen Aufklärungsarbeit zur Seite stehen, deren gerade diese so sehr bedürfen, und daß sie, stets bereit zur Versöhnung, jede Gelegenheit begünstigen werden, die den verblendeten Brüdern erleichtert, auf

den Boden zurückzukehren, der ihre Heimat ist und den sie nur, der Versuchung folgend, verlassen haben, auf den Boden des proletarischen Klassenkampfes.

Zugleich erklärt der Parteitag auch aus diesem Anlasse, daß die Beseitigung des Privilegienparlaments sammt der korrumpirenden fünften Kurie, die Ersetzung des Wahlunrechtes durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht nur eine Forderung des Rechtes, sondern auch ein Gebot der politischen Reinlichkeit ist.

40. Resolution Beutel:

Nachdem die bürgerliche Verfälschung der Arbeiterbewegung auch in den nationalen Turn- und Vergnügungsvereinen einen starken Nährboden findet, sind auch diese von den Genossen überall in geeigneter Weise zu bekämpfen, und es haben speziell die Arbeiter-Turn- und Gesangvereine darauf hinzuarbeiten, daß ihre Reihen durch diesen Kampf gekräftigt und so die jüngeren, noch nicht zielbewußten Arbeiter der Präparirungsarbeit der nationalen Chauvinisten entzogen und für das Eintreten in die sozialdemokratische Bewegung vorbereitet werden.

Erster Verhandlungstag.

Freitag den 15. August 1902. — Vormittagssitzung.

Schrammel (Aussig): Als uns mitgetheilt wurde, daß die Parteivertretung den Parteitag in Nordböhmen abzuhalten gewillt ist, waren wir selbstverständlich sehr erfreut, und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Zehntausende von Parteigenossen diesem Beschlusse zugejubelt haben. Wir sind überzeugt, daß die Berathungen des Parteitages für uns in Nordböhmen von großem Werthe sind. Sie werden unsere Arbeit neu beleben, sie werden uns mit frischer Kraft erfüllen, uns neuen Muth und neue Arbeitsfreude für unseren schweren Kampf mitgeben, den wir hier auf diesem von nationalen Wirren zerklüfteten Boden zu führen haben. Im Namen der organisirten Arbeiter des VI. böhmischen Wahlkreises, im Namen der Aussiger Arbeiter begrüße ich Sie auf das Herzlichste. (Beifall.)

Popp (Wien): Wir haben uns zusammengefunden, um wieder einmal über den Stand unserer Organisation zu berathen und uns wieder für die nächste Zeit eine Richtschnur für unsere Arbeiten zu geben. So mancher der Genossen war vielfach nicht zufrieden mit der Thätigkeit der Partei, die ihm vielleicht zu ruhig erschienen sein mag. Allein eine Partei, wie unsere, kann nicht von Demonstrationen leben, sie braucht auch eine ruhige Zeit, um das Material, das sie durch die Demonstrationen gewonnen hat, auch festzuhalten, die neuen Genossen auch principiell zu bilden und zu schulen. Wir wollen heute sehen, wie weit wir diese Arbeit in den letzten zwei Jahren geleistet haben.

Daß dieser Parteitag in Nordböhmen abgehalten wird, auf dem Gebiete, wo die Wellen der nationalen Politik so hoch gehen, wo die bürgerlichen Parteien versucht haben, auch die Arbeiter in ihr Schlepptau zu nehmen und sie für ihre Zwecke zu benützen, wird für die Zukunft wahrscheinlich von Bedeutung sein. Die Arbeiter von Nordböhmen werden uns an der Arbeit sehen, und sie werden sich überzeugen können, welche Partei ihre Partei ist, die socialdemokratische, die alle ihre Kräfte für die Arbeiter opfert, oder die bürgerlichen Parteien, die die Arbeiter bloß für ihre egoistischen Zwecke benützen wollen.

Den Aussiger Genossen, die uns einen so schönen Empfang bereitet haben, sei von vorneherein der Dank ausgesprochen. Wir werden gewiß eine schöne Erinnerung nach Hause mitnehmen, und ich hoffe, daß auch die Arbeiten dieses Parteitages, wie die aller früheren Parteitage ruhig und sachlich geführt werden, und daß wir von diesem Parteitag reiche Ernte nach Hause mitnehmen werden. (Beifall.)

Hiemit begrüße ich Sie auf das Herzlichste und erkläre namens der Gesammtparteivertretung den Parteitag der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs für eröffnet.

Der Parteitag schreitet hierauf zu seiner **Constituirung.**

Genosse **Skaret** schlägt vor: als Vorsitzende Popp (Wien) und Schrammel (Aussig); als Schriftführer Winarsky (Wien), Schäfer (Reichenberg), Muchitsch (Graz).

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt.

Hierauf wird die **Tagesordnung** festgestellt. Die Punkte: Parlamentarische Thätigkeit, Parteitaktik, Parteipresse wurden vorläufig zurückgestellt.

Es werden hierauf die **Commissionswahlen** vorgenommen.

Skaret schlägt vor: für die Mandatsprüfungscommission Nießner (Brünn), Bretschneider (Wien), Sigl (Linz), Beutel (Aussig), Kiesewetter (Gablonz).

Der Parteitag nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.

Popp: Ein Wiener, Jenitschek, hat wegen seiner Ausschließung an den Parteitag berufen. Da wir uns mit dieser Angelegenheit nicht vor dem ganzen Plenum beschäftigen können, so schlage ich Ihnen eine Commission vor, die diese Ausschließung und deren Gründe zu überprüfen und darauf bezügliche Anträge dem Parteitag zu stellen hat.

In diese Commission werden gewählt: Winarsky, Schloßnickel, Schlinger, Bösmüller, Resel.

Popp: Es sind zwei darauf bezügliche Schreiben von den Genossen Jenitschek und Richter eingelangt, die ich der Commission übergebe.

Skaret: Zur Wahl in die vorbereitende Commission zur Wahl der Parteivertretung schlage ich folgende Mitglieder vor: Für Wien: Bretschneider, für Niederösterreich: Schlinger, für Böhmen: Sponer, für Steiermark: Resel, für Oberösterreich, Salzburg und Tirol: Sigl, für Mähren: Schloßnickel.

Der Vorschlag wird angenommen.

Popp: Die deutsche Bruderpartei hat, wie alljährlich, auch heuer, zwei Delegirte entsendet, unseren alten Freund und Genossen Kaaden (Bravo!) und den altbewährten Genossen Fischer aus Dresden. (Bravo!) Von der czechischen Partei ist Genosse Nemec delegirt wurden. (Beifall.) Wir begrüßen alle drei aufs Herzlichste (Bravo!) und wünschen, daß sie mit dem denkbar besten Eindruck von uns gehen mögen. (Beifall.)

Kaaden (Dresden): Ich überbringe Ihnen die Grüße der Socialdemokratie Deutschlands (Beifall) und ich muß sagen, ich habe mich sehr gefreut darüber, daß ich diesmal ausersehen wurde, die deutsche Partei hier zu vertreten, weil ich vor vielen Jahren mit den Genossen Oesterreichs und namentlich mit denen Nordböhmens sehr viel in Verbindung stand. Ich brauche kein langes Lied darüber anzustimmen, wie es uns in Deutschland geht. Sie wissen das. Sie wissen auch, wie wir in allen Ländern zu kämpfen haben, um unsere Forderungen durchzusetzen. Wir wissen, wie sie hier in Oesterreich zu kämpfen haben, und wir sind uns dessen bewußt, daß dieser Kampf ein schwerer ist. Die Regierungen und die herrschenden Klassen suchen in allen Ländern mit aller Macht den Freiheitsgedanken im Volk zu unterdrücken; deshalb müssen wir einander unterstützen und Schulter an Schulter kämpfen. Mögen auch die Hiebe hageldicht fallen, möge man uns auch gewaltsam unterdrücken wollen, wir werden siegen, trotz alledem. (Beifall.)

Fischer (Dresden): Die Socialdemokratie Deutschlands ist zwar nur durch zwei Delegirte vertreten, aber die ganze Socialdemokratie Deutschlands verfolgt Ihre Berathungen mit derselben Spannung und mit demselben Interesse wie unsere eigenen Parteitage. Uns einigt ja nicht nur das geistige Band, das die Socialdemokraten aller Länder einigt, das Band der Brüderlichkeit und Solidarität; uns bringt auch der gleichartige Charakter der Bewegung, die gleiche Art des Kampfes viel näher. Wenn auch der Kampf in allen Ländern das gleiche Ziel hat, so ist doch die Form in den meisten Ländern verschieden. Der Charakter ändert sich nach dem Temperament, er wird bedingt durch die nationalen und politischen Verhältnisse jedes Landes. Aber in Deutschland und Oesterreich ist eine größere Uebereinstimmung des Kampfes vorhanden. Wir haben uns immer gegenseitig beeinflußt. Wie die österreichische Socialdemokratie von der deutschen gelernt hat, so lernen wir auch von Euch und sind namentlich Bewunderer Eurer Energie, Eures Muthes und Eurer Siege. An Eurer Energie rafft sich so mancher Wankelmüthige unter uns empor, Euer Kampfesmuth schafft bei uns neuen Kampfesmuth. Wenn wir mit großem Interesse Ihren Verhandlungen folgen, so deshalb, weil wir von der Zuversicht erfüllt sind, daß Ihre Arbeiten nicht nur den österreichischen Arbeitern, sondern auch uns in Deutschland nützen werden. Wir wissen, daß Sie in Oesterreich das politische Leben viel mehr beherrschen, als das Ihrer Stärke entspricht, viel mehr, als das in anderen Ländern der Fall ist, weil Sie hier in diesem wirren Chaos die einzige treibende Kraft, weil Sie die Hoffnung Oesterreichs sind.

Wenn ich sage, daß wir uns an Eurem Muthe stärken, so will ich damit nicht sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie etwa schlaff oder nachlässig ge-

worden wäre. Aber die deutsche Socialdemokratie ist heute groß und mächtig geworden, und wie ein großer breiter Strom ruhiger, aber mächtiger dahinfließt als ein in die Tiefe stürzender Gebirgsbach, so ist es auch bei den Parteien. Unser Kampf ist aber auch ein einheitlicherer: wir haben nicht nach verschiedenen Richtungen zu kämpfen wie Sie, unser Kampffeld ist einheitlicher und klarer.

Wir treten im nächsten Jahre wieder in einen Wahlkampf ein, ja, wir sind schon seit einem Jahre in diesem Wahlkampf; es ist ein großer entscheidender Kampf, nicht nur von wirthschaftlicher, sondern auch von größter politischer Bedeutung für die ganze zukünftige Gestaltung Deutschlands.

Und das ist auch Euch nicht gleichgiltig, so wenig es uns gleichgiltig ist, wie die Verhältnisse in Oesterreich liegen. Unsere Siege sind Eure Siege; Eure Siege die unseren. Deshalb sind Eure Verhandlungen für uns von solchem Interesse und deshalb wünschen wir deutschen Socialdemokraten Euren Berathungen den besten Erfolg. (Beifall.)

Nemec (Prag): Es ist mir der ehrende Auftrag zutheil geworden, Sie namens der Parteivertretung der czechischen Socialdemokratie willkommen zu heißen und ihren Berathungen den besten Erfolg zu wünschen. Wir czechischen Socialdemokraten sind gewiß auf Eure Mitarbeit angewiesen, wie auch Ihr auf unsere Mitarbeit. Deshalb müssen wir auch immer und bei jeder Gelegenheit treue Kampfgenossenschaft halten, wie wir sie bisher immer gehalten haben, und dieser Kampfgenossenschaft rufe ich ein brüderliches Na zdar! zu. (Beifall.)

Der Parteitag tritt nun in die Tagesordnung ein. Der erste Punkt ist der **Bericht der Parteivertretung**.

Das Referat erstattet

Skaret (Wien): Ich kann mich wohl bezüglich des Berichtes der Parteivertretung der äußersten Kürze befleißen, schon deshalb, weil ja ein ziemlich ausführlicher Bericht gedruckt vorliegt. Es wurde von einzelnen Genossen die etwas veränderte Form der Berichterstattung vermerkt. Zu dieser wurde man aber dadurch gedrängt, daß die Berichterstattung aus den Wahlkreisen eine höchst mangelhafte war. Ich will das nicht so sehr den Wahlkreisvertrauensmännern zuschreiben, als vielmehr den Local- und Bezirksorganisationen, deren Berichterstattung vielfach Alles zu wünschen übrig läßt. Ich glaube, es geht doch nicht an, daß eine Anzahl, wenn auch eine *kleine* Anzahl, von Wahlkreisorganisationen überhaupt sich der Verpflichtung der Berichterstattung zum Parteitag, wie das diesmal geschehen ist, vollständig entschlägt. Ich habe nicht umhin können, in dem Bericht diejenigen Organisationen zu nennen, von denen Berichte überhaupt nicht eingelangt sind. Es wird gerade durch das Verhalten dieser Organisationen vollständig unmöglich gemacht, daß wir über jene Ziffern Klarheit gewinnen, die uns im Interesse der Entwicklung unseres Parteilebens unbedingt nothwendig sind. Soweit ich bis jetzt mit den Genossen gesprochen habe, habe ich gefunden, daß die Form unseres Berichtes Zustimmung findet, da sie sich wirklich günstiger repräsentirt als die ungefähr 26 Berichte der einzelnen Wahlkreise, die in ihren Grundzügen nichts sind als ewige Wiederholungen desselben Textes, in dem nur die Ziffern andere sind, jedoch Ziffern, an deren Richtigkeit zu zweifeln wir sehr viel Grund haben.

In der letzten Zeit wurden der Parteivertretung wiederholt Vorwürfe gemacht, daß die Lebhaftigkeit der Bewegung der früheren Jahre, daß jenes Vorwärtsstürmen, das wir von früher gewohnt waren, verschwinde. Aber ich meine, *eine Partei braucht nicht nur eine Zeit des Sturmes, des Demonstrirens und Kämpfens, sie braucht auch eine Zeit, wo sie ihre Organisation ausbauen und sich innerlich kräftigen kann.* Es geht nicht immer so, wie es die Genossen wünschen möchten. Aber ich glaube, wenn die Zeit des Friedens zum Ausbau der Organisation entsprechend benützt würde, so würde unserer Bewegung ein bedeutend größerer Dienst erwiesen als durch die lärmendsten Demonstrationen.

Ich will hier einen besonderen Umstand aus unserem Berichte hervorheben, daß ist die Action für die *Alters- und Invalidenversicherung*. Diese Action wurde von einzelnen Genossen übel vermerkt, und es wurde die Meinung

ausgesprochen, daß wir von unserem alten Princip abgewichen seien und jetzt vom Petitioniren unser Heil erwarten. Sie können die Versicherung hinnehmen, daß, wenn wir die Petitionen eingebracht haben, wir damit durchaus nicht den revolutionären Charakter unserer Partei abgeschwächt haben, wir haben nur den einen Zweck damit verfolgt, unserer Agitation durch die Unterschriftensammlung von Haus zu Haus, von Person zu Person eine breitere Basis und eine nachhaltigere Wirkung zu geben. Es wurde eine größere Zahl von Personen für unsere Bewegung zu interessiren versucht, als das durch die sonstige Art der Agitation möglich ist.

Das Verlangen nicht nur nach Referenten, sondern, wie es sich in der letzten Zeit herausbildete, sogar ein Verlangen nach einer ganz besonderen Kategorie von Referenten führt zu immer größeren Unsitten. Es ist in den Reihen unserer Parteigenossen eine so merkwürdige Sucht eingerissen, nur dann einen Referenten herbeizuwünschen, wenn er irgendeinen officiellen Titel als Abgeordneter hat. Nur wenn man bescheiden ist, nimmt man mit einem Landtagsabgeordneten oder einem Gemeinderath vorlieb. (Heiterkeit.) Jedes Referat, das ein anderer Sterblicher halten würde, hat nach der Anschauung solcher Vertrauensleute keine Wirkung. Die Abgeordneten sind ein gesuchter Artikel in der Parteiagitation geworden, die anderen Agitatoren sind im Preise sehr gesunken. Auch der Umstand, daß innerhalb der wenigen Abgeordneten noch eine besondere Auslese getroffen wird, macht die Sache noch schwieriger. Es werden einzelne Abgeordnete nur als Lückenbüßer angesehen, und ich bitte Sie, endlich mit diesem Unfug gründlich aufzuräumen. Wir anerkennen vollständig, daß eine Menge Leute einmal den oder jenen Abgeordneten kennen lernen wollen, aber Sie dürfen uns, wenn wir nicht immer so bereit sind, den betreffenden Abgeordneten parat zu haben, daraus keine Staats- und Parteiaction machen. Nicht nur, daß wir häufig den Wünschen der betreffenden Vertrauensleute nicht entsprechen können, hat sich sogar ein Usus herausgebildet, daß man mit irgendeinem Abgeordneten eine Agitationstour inscenirte, ohne daß man vorher wußte, ob der betreffende Abgeordnete abkommen kann; der Abgeordnete erhält erst drei, vier Tage vorher eine Verständigung und kann sehr oft gar nicht abkommen. Dann wendet man sich an die Parteivertretung und macht uns für die Blamage der Partei, für den Ruin der Organisation am Orte, und wie diese Ausdrücke sonst noch heißen, verantwortlich. Aber nicht wir, nicht die Parteivertretung und auch nicht die Abgeordneten, sondern die Leichtfertigkeit solcher Vertrauensmänner ist schuld an derartigen Schädigungen der Partei. Wir sind gewiß jederzeit bereit, ihre Actionen zu unterstützen, aber über unsere physischen Kräfte hinaus unterstützen können wir auch nicht.

Noch einen Punkt möchte ich hervorheben. Man macht der Parteivertretung den Vorwurf, daß sie zur Belebung der Organisation nichts thue, daß sie die Provinzverhältnisse nicht genügend würdige und dergleichen. Wir waren stets bereit, den jeweiligen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn wir Vieles nicht thun konnten, was viele Leute als das einzig Wichtige angesehen haben, dann war das deshalb, weil wir doch nicht immer gleicher Meinung mit unseren Genossen waren. Der Schwerpunkt unserer Thätigkeit in der Partei hat sich in der letzten Zeit, seitdem wir eine parlamentarische Fraction haben, stark verschoben. Wir haben neben der parlamentarischen Fraction auch eine Gesammtexecutive. Es ist unrecht, wenn uns immer wieder vorgeworfen wird, daß Vieles hätte geschehen können, was nicht geschah, und ich möchte die Genossen einladen, sie mögen uns nicht mit nachträglichen Besprechungen in den Bezirksorganisationen oder vor dem Parteitag kommen, sondern uns lieber mit Rath und That rechtzeitig unterstützen! Der Vorwurf, daß die Parteivertretung nur Politik treibe und die Organisationsverhältnisse nicht berücksichtige, zerfällt in nichts, wenn man die Wahlkreis- und Landeskonferenzen verfolgt und gar nichts herausfindet, was einer Directive für die Parteivertretung gleichschauen würde.

Wir constatiren auf diesem Parteitag mit größter Zufriedenheit, daß — selbst gegen die Meinung derer, die beklagen, daß nicht mehr der Geist, das Leben von einst vorhanden ist — gerade in den letzten Jahren immer mehr an

positiver Kleinarbeit geschaffen wurde. Gerade in den letzten Jahren hat unsere Partei auf dem Gebiete der communalen und Länderverwaltungen einen großen Einfluß errungen. Die Socialdemokratie beeinflußt die communalen Verwaltungen in bisher nicht erreichtem Grade. Der Grad dieses Einflusses hängt ab von der Macht unserer Organisation in den einzelnen Orten. Namentlich in Nordböhmen haben unsere Genossen in dieser Hinsicht große Erfolge errungen. Wir haben nicht nur den dritten, sondern vielfach auch den zweiten Wahlkörper erobert. In manchen Orten haben wir die Bürgermeister- oder wenigstens die Vicebürgermeisterstelle erobert. Wir glauben aber unsere Aufgabe voll und ganz erfüllt zu haben, wir hoffen, daß Sie die künftige Parteivertretung ebenso unterstützen, und daß auch in Zukunft wieder emsige Arbeit im Interesse der Partei geleistet werde. Ich danke Ihnen für die Unterstützung, die Sie uns angedeihen ließen und auch für die materiellen Opfer, die Sie gebracht haben. Die Parteivertretung hofft auch in Zukunft ihr Interesse voll und ganz befriedigen zu können. (Bravo!)

Den **Bericht des Parteicassiers** erstattet

Dr. Ellenbogen (Wien): Die Sprache des Parteicassiers sind Ziffern. Ich weiß nicht, ob Sie Alle diese Sprache verfolgen. Aber aus den Ziffern können Sie ersehen, daß trotz der wirthschaftlich drückenden Situation insofern ein Fortschritt zu verzeichnen ist, als der Eingang an Parteisteuer um 2000 Kr. sich gehoben hat. Das beweist, daß der Ausbau der Organisation fortgeschritten ist. Es gibt keinen schärferen Maßstab, diese Erfahrung haben wir in der Parteivertretung gemacht für die Organisation, als die Parteisteuer. Aus der bezüglichen Tabelle ist ersichtlich, welche Genossen sich selbst anklagen müssen, wenn Sie die Tabelle vergleichen. Die geringe Schlußsumme ist darauf zurückzuführen, daß im Broschürenconto die Controle noch nicht erfolgt ist, so daß wir diese Beträge von circa 5000 Kr. noch nicht einsetzen konnten. Wir konnten mit den finanziellen Ergebnissen vollständig zufrieden sein. (Bravo.)

Den Bericht der **Controlore** erstattet

Tomschik (Wien): Die Controlore haben die Gebahrung der Parteivertretung geprüft und Alles in Ordnung befunden. Ich beantrage, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und zum zweiten Punkte der Tagesordnung übergegangen: **Parteiorganisation.**

Berichterstatter **Skaret** (Wien): Unser Organisationsstatut ist höchst mangelhaft. Es enthält eine Reihe von wichtigen Dingen nicht, und da muß man sich dann mit Interpretationen begnügen. Die Parteivertretung hat aber eine gründliche Revision des Organisationsstatuts noch nicht für angebracht gehalten, obzwar unser nächster Parteitag diese Frage gewiß wird beantworten müssen. Unsere Organisation beruht auf Localorganisation, Bezirksorganisation, Wahlkreis- oder Landesorganisation. Wir haben wohl eine große Anzahl von Localorganisationen in den Wahlkreisorganisationen, aber wenn man der Sache auf den Grund geht, sieht man, daß zuweilen außer dem Localvertrauensmann von einer Localorganisation nicht viel besteht. Darauf ist wohl sehr viel, auch der Ausgang der letzten Reichsrathswahlen zurückzuführen. Ich muß Ihnen unumwunden erklären: Wenn auch unsere Organisation nicht für die Wahlen gemacht wird, so ist doch die Organisation ausschlaggebend für den Ausgang der Wahlen. Insbesondere dort, wo die directen Wahlen endlich an die Stelle der indirecten getreten sind. Solange wir in Wien eine festgegliederte Straßen- und Häuserorganisation nicht hatten, solange wir uns bloß auf die mündliche und schriftliche Agitation beschränkten, hatten wir zwar schön besuchte Versammlungen, aber am Wahltage machten wir schlechte Erfahrungen. Wir sind deshalb zur Ueberzeugung gedrängt worden, daß wir unumgänglich die Kleinarbeit, die Häuser- und die Straßenorganisation benöthigen. Die nebulose Form der Localorganisation muß schwinden! Unsere Organisation muß eine positive Grundlage haben! Unerläßlich ist unserer Partei die genaue Evidenzhaltung jener Parteigenossen, die wir als solche kennen. Gerade in kleineren Orten, wo Einer dem Anderen bis in die

Eingeweide schauen kann, ob er ein Soci oder ein Nazi ist, ist dies viel leichter möglich. Mit der bloßen Evidenzführung ist's freilich nicht gethan. Wir brauchen auch die nöthigen Mittel. Wir haben fast keine Wahlkreisconferenz, keine Bezirksconferenz vorübergehen sehen, wo nicht Anträge angenommen wurden, daß jeder Genosse einen bestimmten Betrag an Parteisteuer abzuführen hat. In den meisten Fällen ist es bei dieser Beschlußfassung geblieben! Nur in wenigen Bezirken ist die Parteisteuer wirklich durchgeführt worden! Es gehört nicht zu den Annehmlichkeiten, wenn man da energisch ist. Die Popularität der Vertrauensmänner steigt nicht bei energischem Eintreiben der Parteisteuer. Aber sind wir überzeugt, daß wir ohne Mittel nichts machen können, dann müssen wir, ob's angenehm ist oder nicht, auf der Durchführung dieser Beschlüsse beharren, damit es uns nicht gehe wie bei den letzten Wahlkämpfen, daß wir im Frieden nichts sammeln und im Kampfe der nöthigsten Mittel entblößt sind. Gewaltige Reformen wären in dieser Hinsicht nöthig, obzwar es an präcise ausgearbeiteten Statuten nicht fehlt. Fehlen thut's nur an der Durchführung. Wir haben den Beschluß des Wimberger-Parteitages, wo wir die Wahlkreisautonomie geschaffen haben und wo wir dachten, die einzelnen Bezirke zu festen Massen zusammenzufügen. Was sehen wir heute? Eine Reihe von Unterströmungen und separaten Bestrebungen in den Wahlkreisen. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß wir an einzelnen Orten zurückgegangen sind, von persönlichen Streitigkeiten, die uns oft am bittersten schaden, ganz abgesehen.

Seitens der Parteivertretung haben wir Ihnen deshalb einen Antrag unterbreitet, der die Einschiebung eines Schiedsgerichtes in unser Organisationsstatut verlangt und wodurch es uns möglich ist, auf Streitigkeiten in einzelnen Orten mehr Einfluß zu nehmen. Was bedeutet das? Bis jetzt wurde gegen einzelne Personen, die sich gegen das Parteiprincip vergangen haben, an den betreffenden Orten entschieden. Dadurch bildeten sich gewöhnlich zwei Gruppen. Die eine stand auf Seite der officiellen Vertrauensmänner, die andere auf Seite der Ausgeschlossenen. Wir sind überzeugt, daß eine ganze Reihe solcher Streitfälle, wenn unparteiische Leute sich der Sache annehmen, viel leichter und auch gerechter geschlichtet werden können.

Bezüglich unseres zweiten Antrages, der sich auf die Vertrauenspersonen bezieht, ist zu sagen, daß darin keine wesentliche Aenderung begehrt wird. Es handelt sich nur um eine genauere Präcisirung unseres Statuts.

Nun gestatten Sie mir zum Antrag der Localorganisation Wien, der den Parteivorstand ermächtigen soll, bei der Abhaltung eines deutschen Parteitages vom Turnus eventuell abzugehen, einige Worte. Ein ähnlicher Antrag liegt ja auch seitens der Localorganisationen Kosten, Strahl, Klostergrab vor. Ich glaube, es ist kein Unglück, wenn die Vertrauensmänner alle zwei Jahre zusammenkommen und sich berathen. Ein Zeitraum von zwei Jahren scheint mir genügend lang, weil wir ja dazwischen immer einen Gesammtparteitag haben, der ja eine ganz andere Zusammensetzung hat. Eine derartige statutenmäßige Bestätigung, wie sie in diesen Anträgen verlangt wird, sollten wir nicht annehmen. Wo unsere Parteiverhältnisse im Laufe von zwei Jahren sich so gestalten, daß die Abhaltung eines Parteitages unnöthig wäre, da wird die Parteivertretung durch ein Circular die Wahlkreisorganisation verständigen und sie fragen, ob sie besondere Gründe für die Abhaltung anführen kann. Ich meine gerade die Beschickung des diesjährigen Parteitages, die Anwesenheit von so vielen Bezirksvertrauensmännern soll uns beweisen, wie nothwendig es ist, daß wir von Zeit zu Zeit zusammenkommen. Wenn Sie diese Anträge erwägen, so bedenken Sie auch die Möglichkeiten des Falles von Differenzen mit der Parteileitung. Wir hätten im Falle der Annahme des Antrages das Werkzeug in Händen, den Parteitag zu verschieben und abzuwarten, bis wieder die Liebe zur Parteivertretung eingekehrt ist. (Heiterkeit.) Der Antrag Kosten, Strahl und Klostergrab ist schon deshalb unannehmbar, weil derselbe eine Abänderung des Gesammtstatuts erfordern würde. Vier Jahre können wir nicht auf einen Parteitag warten. Wenn Sie sich darüber beklagen, daß nicht mehr so frisches Leben wie einst in der Partei herrsche, dann dürfen Sie die Verschiebung des Parteitages auf vier Jahre nicht genehmigen.

Den Antrag der Bezirksorganisation Braunau, der die Schaffung einer Centralstelle für die planmäßige Agitation in Ostböhmen fordert, bitte ich der Parteivertretung zu überlassen. (Zwischenruf: Bestattung erster Classe!) Es wird gerufen: erster Classe. (Zwischenruf: Nein, zweiter Classe!) Also zweiter Classe. Die Classe ist ja gleichgiltig, in der Sie den Antrag erledigen. Wir können einen solchen Unfug nicht einreißen lassen, da und dort die Bezirksorganisationen mit Vertrauensmännern zu versehen, weil dann in ganz Oesterreich nicht eine einzige Bezirksorganisation wäre, die nicht einen Vertrauensmann brauchte.

Was den Antrag der Bezirksorganisation Saaz, der die Eintheilung der Wahlkreise nach Agitationsdistricten fordert, betrifft, so kann ich Ihnen mittheilen, daß wir im Laufe dieses Parteitages uns einen Zeitpunkt aussuchen werden, um eine deutsch-böhmische Landesconferenz abzuhalten. Das ist der einzige Ort, wo derartige Fragen geregelt werden. Ich bitte Sie, diesen Antrag zurückzuziehen und ihn dann dieser Conferenz vorzulegen.

Noch ein Antrag des VI. böhmischen Wahlkreisausschusses, der die Zuziehung eines mit den böhmischen Verhältnissen vertrauten Genossen in die Parteivertretung begehrt, muß besprochen werden. Ich glaube, wie Genosse Spielmann sehr richtig gesagt hat, daß wir uns mit der Geschichte vom Landsmannminister (Heiterkeit) nicht beschäftigen können. Wenn die Genossen in Böhmen einen Wunsch oder eine Forderung haben, so hindert sie Niemand, an die Parteivertretung heranzutreten, wir werden ihnen gerne Rechnung tragen. Nachträglich wurde mir privatim mitgetheilt, daß der Antrag nicht so sehr die Absicht hatte, in die Parteiexecutive einen Kenner Böhmens hineinzuschieben, sondern die Parteivertretung sollte in Gruppen getheilt werden, Gruppe aus den Alpenländern, Gruppe aus den mährisch-schlesischen Ländern 2c. 2c. Ich zeige Ihnen damit nur die Tendenz des Antrages. Ich glaube, wir können von dem schwerfälligen Apparat einer Parteiexecutive, deren Mitglieder so viele Kilometer von einander wohnen, keinen Gebrauch machen, ganz abgesehen von den großen Kosten, die es verursachen würde. Es liegt auch für die Schaffung eines Landsmannministers keine besondere Veranlassung vor.

Der Antrag Winarsky, der uns die Organisirung der jugendlichen Arbeiter ans Herz legt, liegt gleichfalls vor. Wir können heute nicht auf dem Standpunkt stehen, daß die Organisation der jugendlichen Arbeiter so ganz ohne Mithilfe der Parteibewegung geschaffen werden soll. „Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft." Sie wissen, wie sehr unsere Gegner von der Wahrheit dieses Ausspruches überzeugt sind und darnach handeln. Katholische Gesellenvereine, nationale Jugendvereine sind überall. Es ist allerdings mit der größten Vorsicht vorzugehen, weil die Abhängigkeit der Lehrlinge eine besonders große und ihre Stellung eine leicht gefährdete ist. Aber wir sind verpflichtet, sie in unsere Organisationen einzubeziehen und mit Rath und That zu unterstützen.

Ich halte es vor Ihnen, als drei-, viermal gesiebten Vertrauensmännern, für überflüssig, zu sagen, je fester das Gefüge unserer Parteiorganisation, je besser das Einvernehmen der verschiedenen Organisationen, je größer unsere Mittel sind, desto rascher geht es vorwärts. Unsere socialdemokratischen Organisationen sind nichts Anderes als in die Gemeindekörper eingefügte Verwaltungen, die sich zu entwickeln haben und die die Hülle der heutigen Gesellschaft zu zersprengen und einen immer größeren Einfluß auf die Verwaltungen zu gewinnen haben. Ich bitte Sie also, die Anträge, die auf Verschiebung der Parteitage abzielen, sowie jene Anträge, die auf Anstellung und Subventionirung von Vertrauensmännern gerichtet sind, abzulehnen oder der Parteivertretung zuzuweisen. Den jugendlichen Arbeitern wollen wir eine größere Unterstützung zukommen lassen. In dem Maße, als unsere Organisation wächst, hebt sich unser Einfluß, unsere Macht! (Lebhafter Beifall.)

Rießner (Brünn): Auch ich bin der Ansicht, der Winarsky in seinem Antrag Ausdruck gegeben hat, daß der Organisation der jugendlichen Arbeiter eine große Bedeutung zukommt. Es läßt sich nicht leugnen, daß bezüglich der Erziehung oder Heranbildung der arbeitenden Jugend große Fehler gemacht werden. Dem ist es zuzuschreiben, daß wir vielfach nur einen sehr geringen

Nachwuchs haben. Ein großer Theil der jugendlichen Arbeiter ist im Lager der Clericalen und Nationalen. Unsere Gegner haben die Wichtigkeit der Organisation der Jugend erkannt. Wir schaden uns durch derartige Versäumnisse selbst, denn später sind dann die Leute für uns schwerer zu gewinnen, als wenn wir rechtzeitig Vorsorge treffen. Es ist allerdings in der letzten Zeit einigermaßen besser geworden, aber es bleibt noch viel zu thun übrig.

Pernerstorfer (Wien): Die Frage der Jugendorganisation ist speciell in Wien schon seit einer Reihe von Jahren erörtert worden. Die jugendlichen Arbeiter sind wirklich Schmerzenskinder unserer Partei, und wir haben in Wien schon verschiedene Versuche mit ihrer Organisation gemacht. Bretschneider war der Obmann eines Comités, das in einer Reihe von Sitzungen, denen auch jugendliche Arbeiter angehörten, Vorschläge für die Art der Agitation ausgearbeitet hat. Ich glaube, daß der Weg, den wir damals beschritten haben, der beste war, und wenn wir nicht sehr viel weiter gekommen sind, so liegt das wesentlich darin, daß wir für diese Art der Agitation nicht die genügenden Kräfte haben. Ich habe in den damaligen Berathungen immer den Standpunkt vertreten, daß wir es eigentlich so machen müßten, wie es in den katholischen Jünglingsvereinen gemacht wird: wir müßten die jungen Leute nicht so sehr unter dem Titel der Partei zusammenbringen als unter dem Titel geselliger Zusammenkünfte. Wir haben das in Wien einmal mit Unterstützung von Lehrern und kunstausübenden Leuten versucht; es waren etwa 80 jugendliche Arbeiter da, die wir dazu genommen haben, um ihnen zu zeigen, wie das wäre. Allen hat diese Art ausgezeichnet gefallen. Dazu haben wir aber nicht genügend Leute, und wir werden uns nun so einstweilen noch fortwursteln müssen.

Ich habe mich hauptsächlich zum Worte gemeldet, um gegen die Anträge zu sprechen, die verlangen, daß die deutschen Parteitage nicht so oft abgehalten werden. Diese Anträge gehen darauf hinaus, den deutschen Parteitag gleichsam herunterzudrücken in seiner Bedeutung. Es ist mir nicht bekannt, ob in der czechischen oder polnischen Partei ein solcher Antrag gestellt wurde, aber ich getraue mir die Prophezeiung auszusprechen, daß weder Czechen noch Polen einen solchen Antrag stellen werden, daß aber wir Deutschen in völliger Verkennung unserer Organisation sofort dazu bereit sind. Wenn es irgendwer will, so verzichten wir gleich auf unseren deutschen Parteitag und begnügen uns mit dem gemeinsamen Parteitag. Das ist aber ein gänzliches Verkennen der Organisationsformen. Nachdem sich die Nationen selbstständig organisirt haben, steht es uns nicht gut an, daß wir bei jeder Gelegenheit die Taktik verfolgen, unsere Organisation, soweit sie eine deutsche Organisation ist, zurückzustellen, sie in ihrer Bedeutung herabzudrücken und sie als minderwerthig erscheinen zu lassen. Vergessen Sie nicht, daß die deutsche Socialdemokratie — und das ist Feststellung einer Thatsache, keine Ueberhebung — die älteste und größte socialdemokratische Partei Oesterreichs ist. Warum gerade wir so wenig Werth legen sollten auf die Stellung, die wir uns durch eine dreißigjährige Geschichte erworben haben, verstehe wer kann, wenn man nicht immer wieder auf den Gedanken zurückkommt, daß der Deutsche immer geneigt ist, seine eigenen nationalen Interessen in die Schanze zu schlagen, wenn ein anderer es auch nur wünscht. (**Nemec**: Welcher Andere wünscht das? Das wünscht ja kein Anderer, daß Sie den Parteitag nicht abhalten!) Ich meinte nicht ein Anderer, außerhalb der Partei, sondern innerhalb der Partei. (Zu Nemec gewendet): Gewiß schlagen Sie uns das nicht vor, aber lachen werden Sie schon, wenn Sie hören, daß wir solche Pläne haben. Ich möchte mich also mit aller Deutlichkeit gegen diese Anträge aussprechen. Ich bin überzeugt, daß sie gewiß abgelehnt werden, aber ich verhehle mir nicht, daß sie ein für uns Deutsche nicht sehr ehrenvolles Zeugniß sind. Es ist für das nationale Empfinden der Deutschen kein sehr hervorragendes Zeugniß, daß solche Anträge überhaupt gestellt werden. (Widerspruch.) Das ist das Malheur bei uns. Den Czechen und Polen fällt es nicht ein, ihr nationales Empfinden zurückzustellen. Ich wünsche, daß diese Anträge abgelehnt werden, und ich wünsche mit aller Deutlichkeit zu sagen, daß kein oder kein guter Sinn darin liegt, wenn in der deutschen Organisation solche Anträge gestellt oder gar angenommen werden.

Bretschneider (Wien): Von den Vertrauensmännern der Wiener Localorganisation bin ich beauftragt, den Antrag zu vertreten, gegen den Pernerstorfer jetzt gesprochen hat. P e r n e r s t o r f e r hat gemeint, dem Parteivorstand das Recht zu geben, den deutschen Parteitag nicht einzuberufen, wenn er überflüssig ist, sei einem Hintansetzen unserer nationalen Gefühle sehr ähnlich. Wir hätten uns damit gewissermaßen selbst des Rechtes begeben, uns als Deutsche zu fühlen. Ich muß schon sagen, das ist den Wiener Vertrauensmännern wirklich a m a l l e r w e n i g s t e n e i n g e f a l l e n. Ich glaube, die deutsche Organisation wird auch in Zukunft nicht verschwinden, wenn zum Beispiel einmal in sechs Jahren vielleicht der deutsche Parteitag entfällt. Die deutschen Genossen haben noch oft Gelegenheit, zusammenzukommen: in Wahlkreis- und Landesconferenzen u. s. w., und ich meine, vom nationalen Standpunkt kann man bei diesen Dingen überhaupt nicht sprechen. (Sehr richtig!) Da kommt vielmehr der m a t e r i e l l e Standpunkt in Betracht. Wien kann 25 Delegirte zum deutschen Parteitag entsenden, die Kosten einer solchen Delegation sind sehr groß, aber es würde übel vermerkt werden, wenn Wien statt 25 bloß 10 Delegirte herschicken würde. Warum sollen wir „Muß-Parteitage“ einberufen und „M u ß - T a g e s o r d n u n g e n“ aufstellen? Da wollen wir dem Parteivorstande das Recht einräumen, uns solche „Muß-Parteitage“ zu ersparen. Es ist sehr schön vom Vorstande, daß er das selbst nicht will, und das bietet uns die Gewähr, daß wir nicht sobald einen Vorstand bekommen werden, der etwa sechs Jahre lang auf der faulen Haut liegen und den Parteitag gar nicht einberufen wird. Wir beabsichtigen mit unserem Antrage nichts Anderes, als daß den Organisationen nicht unnöthige materielle Opfer auferlegt werden. Mir ist der Gesammtparteitag in vielen Dingen viel maßgebender. Wir können dort genug leisten, deshalb wollen wir uns unnöthige Opfer ersparen. Bedenken Sie nur: es finden Wahlkreis-, Landes- und Bezirksconferenzen statt, dann sind Wahlen, dann der Reichsparteitag. Alles das kostet Geld. Ja, um Gotteswillen, hören Sie nur einmal, was unsere Vertrauensmänner da sprechen; sie sagen, daß sie einfach keine Delegirten entsenden können. Dieser Parteitag ist ja sehr gut beschickt. (E l d e r s c h: Na also!) Ja, aber aus den b ö h m i s c h e n Bezirken. Die anderen Länder sind nur sehr schwach vertreten.

Sie sehen also, gar so unnütz ist der Antrag nicht, damit aber die Gewähr geboten werde, daß der Parteivorstand nicht willkürlich vorgehe, stellen wir den Z u s a t z a n t r a g:

Der Parteitag muß jedoch vom Parteivorstand einberufen werden, wenn ein Drittel der deutschen Wahlkreise die Einberufung fordert.

Resel (Graz): Die Redner, die bisher gesprochen haben, haben sich hauptsächlich mit zwei Anträgen beschäftigt. Aber ich glaube, daß diese beiden Anträge doch nicht die wichtigsten sind. S k a r e t hat darauf verwiesen, daß unsere Organisationsbestimmungen sehr mangelhaft sind und einer Abänderung bedürfen, und die Parteivertretung legt uns auch einen Abänderungsantrag vor, der aber meines Erachtens doch nicht den Bedürfnissen entspricht. Aus dem Bericht der Parteivertretung ersehen Sie, daß manche Länder daran gegangen sind, die W a h l k r e i s o r g a n i s a t i o n a u f z u g e b e n und eine einheitlichere, größere Gebiete umfassende Organisation zu bilden. Wir in Steiermark haben die Wahlkreisorganisation nie durchgeführt, weil wir sahen, daß diese nichts bedeuten würde als eine Zerschlagenheit der Einheitlichkeit der Bewegung des Landes. Wir haben gleich vom Anbeginn an erkannt, daß die Festlegung der Wahlkreise durch Badeni für uns nicht die Grundlage für unsere Organisation sein kann. Die Wahlkreisorganisation hat in manchen Gegenden zu einer völligen Zersplitterung der Organisation geführt; auch bei uns ist es einigen Organisationen eingefallen, auch Wahlkreisorganisationen bilden zu wollen. Wir haben uns aber mit aller Macht dagegen gewehrt. Es mögen die Genossen noch so viel von Demokratie und Autonomie reden, ich bin für e i n e s t r a m m e, w o m ö g l i c h g r o ß e T h e i l e e i n h e i t l i c h r e g e l n d e O r g a n i s a t i o n.

S k a r e t hat in seinem Bericht darauf verwiesen, daß sich bei den Wahlen gezeigt hat, daß wir eine ganze Menge Localorganisationen haben, die bloß auf dem Papier stehen, die aber nicht actionsfähig sind, weil sie bloß aus einem

Vertrauensmann bestehen. Aber auch der Antrag der Parteivertretung läuft wieder darauf hinaus, eine Localvertrauensperson zu bestimmen. Es müßte auch bestimmt werden, daß die Localorganisation nicht aus allen Parteiangehörigen des Ortes, sondern aus den Delegirten der im Localorganisationsgebiet seßhaften Parteiangehörigen besteht, und daß diese ein Localcomité, nicht aber eine Localvertrauensperson zu wählen haben. Wir hätten auch noch einige kleine Aenderungen; so sollte es bei Punkt 3 statt „Wahlkreisorganisation" heißen: „Landes-, beziehungsweise Wahlkreisorganisation".

Was die Häuserorganisation betrifft, so haben wir in Graz diese Organisation bereits ziemlich durchgeführt, soweit es in der kurzen Zeit möglich war, und wir sind daran, sie in ganz Steiermark durchzuführen. Ich glaube aber, daß da etwas Bestimmtes gesagt werden sollte, weil in die Häuserorganisation auch Jene einbezogen werden, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Es müßte festgestellt werden, wie sich die Organisation aufbaut, damit festgestellt werde, inwieweit Jemand, der in der Häuserorganisation eingezeichnet ist, im Localcomité mitzureden hat, ob die Leistung der Parteisteuer zur Zugehörigkeit zur Partei genügt.

Die Wiener Localorganisation schlägt uns vor, daß Parteitage nicht regelmäßig abgehalten werden. Ich meine, es ist wirklich nicht besonders gut, Parteitage abzuhalten, wenn man nicht recht weiß, was man dort thun soll. Wir haben schon Alle manchen Parteitag mitgemacht, wo ziemliche Theilnahmslosigkeit herrschte, und der Parteitag soll doch agitatorisch wirken, die Beschlüsse sollen einen Zweck haben; man soll aber nicht zusammenkommen müssen und dann Beschlüsse fassen, weil man schon gerade beisammen ist. Aber ich glaube doch, daß man davon, daß alle zwei Jahre der Parteitag stattfindet, nicht abgehen soll — zum Theil aus den von Pernerstorfer angeführten Gründen, wenn ich auch erklären muß, daß ich mit seinem sogenannten nationalen Empfinden nicht einverstanden sein kann. Ich begreife, daß man die Nation, der man angehört, nicht verachtet, daß man sie werthschätzt, aber daß man solche dem Wortschatz unserer bürgerlichen Gegner, der Herren Nationalen, entnommene Ausdrücke und Wendungen gebraucht, erachte ich für schädlich, weil es verwirrend wirkt. (Sehr richtig!)

Was die Organisation der jugendlichen Arbeiter betrifft, so kann das am Parteitag nicht einfach beschlossen werden; das ist vielmehr Sache der Genossen am Orte. Dort, wo die Genossen die Wichtigkeit dieser Organisation erkannt haben, werden sie sie fördern. Aber wenn wir den Beschluß fassen, so werden die Genossen, die mit sich selbst nicht auf gleich kommen können, am wenigsten die Lehrjungen organisiren.

Es liegen jetzt schon so viele Anträge vor, daß man eine Commission wird einsetzen müssen, die die Anträge sichtet und sie in eine Form bringt, die keine Verwirrung erzeugt und unserer Sache förderlich ist. (Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Es wird noch beschlossen, an die Prager Arbeiterausstellung ein Begrüßungstelegramm abzusenden.

Schluß der Vormittagssitzung.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr Nachmittags. Die Debatte über den Punkt **Parteiorganisation** wird fortgesetzt.

Bauer (Wien): Ich bin mit den Ausführungen Bretschneider's vollkommen einverstanden. Was uns bei dem Antrage wegen des Parteitages geleitet hat, sind hauptsächlich finanzielle Rücksichten. Es mag ja zu erwägen sein, ob nicht das Ansehen der deutschen Socialdemokratie leiden könnte, wenn man den Parteitag nicht regelmäßig abhält. Aber wir haben uns doch gesagt, daß vom praktischen Gesichtspunkte aus mehr Argumente gegen die Abhaltung sprechen. Ferner mache ich Sie noch aufmerksam, daß Sie, wenn Sie unseren Antrag annehmen, auch die Bestimmung ändern müssen, daß die Vertrauensmänner alljährlich, und zwar im Anschlusse an den Parteitag gewählt werden.

Winarsky (Wien): Gegen die Abänderungsvorschläge Resel's kann man im Großen und Ganzen wohl wenig einwenden. Es kommt aber bei allen diesen Bestrebungen weniger auf die Präcision der einzelnen Organisationsbestimmungen an, als darauf, ob in den einzelnen Orten auch die Personen vorhanden sind, die diese Organisationsbestimmungen durchzuführen im Stande sind. In einzelnen Kronländern haben sich die Genossen bereits die detaillirten Statuten geschaffen, wie sie Resel wünscht, so die Wiener, die Steiermärker und mehrere deutschböhmische Wahlkreise. Aber es ist nicht möglich, derartige Detailbestimmungen für das ganze Reich festzustellen. Das Wichtigste ist, daß überall die nöthigen Personen vorhanden sind, und für diese muß Vorsorge getroffen werden. Diesen Zweck hat auch unser Antrag auf Förderung der Organisation der arbeitenden Jugend, den ich infolge Aufforderung der Wiener jugendlichen Arbeiter eingebracht habe. Wien hat eine solche Organisation, der etwa 1100 jugendliche Arbeiter angehören; wir haben auch in den Provinzstädten Niederösterreichs, dann in Brünn solche Vereine, in Graz wurde ein Verein aufgelöst und in Aussig ist eine Organisation in Constituirung begriffen. Es ist nothwendig, daß die älteren Genossen den gegründeten Vereinen dann an die Hand gehen. Es wurde hier Vieles versäumt. Manche Genossen stehen dem ziemlich pessimistisch gegenüber; so hat in der Linzer „Wahrheit" Spielmann gemeint, daß mein Antrag ganz überflüssig sei. Andere Genossen wieder meinen, die Forderung selbstständiger Vereine bedeute eine Schädigung der gewerkschaftlichen Organisation, weil die jugendlichen Arbeiter eigentlich in die Gewerkschaften hineingehören würden. Aber alle diese Anschauungen beruhen auf Mißverständnissen. Es ist selbstverständlich nicht möglich, in allen kleinen Orten gleichmäßig eine Organisation jugendlicher Arbeiter zu schaffen, weil sie doch nicht existenzfähig wäre; dort werden andere Formen der Organisation an ihre Stelle treten müssen. Aber in allen größeren Orten mit starker Industrie wird es möglich sein, auf diese Weise die arbeitende Jugend in den Bannkreis der socialistischen Bewegung zu ziehen. Dort wird man aber vernünftigerweise ältere Genossen an die Spitze stellen müssen, die den Verein nach außen decken. Wir thun da auch ein großes Werk, nicht nur für die Verbreitung unserer Ideen selbst, sondern auch für die einzelnen jugendlichen Arbeiter persönlich. Wir bereiten sie für den Kampf um ihr eigenes Dasein vor. Wir verhindern auch, daß die Demagogie der bürgerlichen Parteien ein so gutes Wirkungsfeld an den jungen Arbeitern besitzt. Auch der Gewerkschaftskommission wird dadurch gedient; denn wenn diese auch vielleicht manchmal ein paar Kreuzer an Mitgliedsbeiträgen — viel Kreuzer sind ja von den jüngeren Arbeitern nicht hereinzubringen — verliert, wird doch die Jugend für sie in der Denkweise des Socialismus geschult. Diese Vereine sind eine Vorschule des Socialismus für die Gewerkschaften; die jungen Leute werden durch sie bereits als fertige Mitarbeiter den Gewerkschaften zugeführt.

Nun noch einige Worte über den Antrag der Wiener Localorganisation. Pernerstorfer hat vom nationalen Empfinden Allerlei gesprochen. Ich muß Ihnen da schon sagen: Wir, die wir den Antrag eingebracht haben, haben wirklich nicht einen Augenblick gedacht, daß er nationale Complicationen zur Folge haben könnte. Wir haben praktische Zwecke vor Augen gehabt. Nun bringt aber Pernerstorfer das Ganze auf das nationale Gebiet. Mit Pernerstorfer ist es eine eigene Sache. Wir haben ihm nicht genug nationales Empfinden; aber mir kommt wieder vor, als ob er eine zu starke nationale Empfindlichkeit hätte; eine, die zu stark auf alle Eindrücke reagirt und mitunter auch auf Eindrücke, die gar nicht vorhanden sind. Wir glauben nicht, daß der Ausspruch Pernerstorfer's, daß wir eine national organisirte Partei seien, richtig ist. Wir sind eine einheitliche, internationale, aber nach Sprachgruppen organisirte Partei. (Lebhafter Beifall.) Das ist unsere Auffassung gewesen, sowohl auf dem Parteitag beim Wimberger, wo dies beschlossen wurde, wie auch in Brünn, wo wir uns über die nationale Organisation und über unsere Forderungen auf nationalem Gebiete verständigt haben. Ob es den polnischen und czechischen Genossen einfällt, auch einen solchen Antrag zu stellen, das hat gar nichts mit

nationalem Empfinden zu thun; es ist eine praktische Frage, die nur nach praktischen Gesichtspunkten geregelt wird. Auch wir Deutschen können uns das erlauben, da nur praktischen Erwägungen nachzugeben. Wir vergeben uns damit weder politisch noch national etwas. Die Empfindung, daß wir Angehörige eines großen Volkes sind, das große gemeinsame Culturinteressen besitzt, in allen Ehren, aber nationale Empfindlichkeit sollten wir uns denn doch vom Leibe halten. (Lebhafter Beifall.)

Pölzer (Wien): Es heißt im Antrage der Parteivertretung, daß die Wahl der Vertrauensmänner alljährlich im Anschluß an den Parteitag erfolgen soll. Das ist unpraktisch. Manche Landesorganisationen haben das bereits anders und, wie ich glaube, besser geregelt. Ich beantrage daher, daß diesem Absatze beigefügt werde: „insoferne sie nicht schon durch die Bestimmung der Kronländer geregelt ist". Was die Verschiebung des Parteitages betrifft, so halte ich es für selbstverständlich, daß, wenn nichts vorliegt, auch kein Parteitag abgehalten werden soll. Wir haben unsere Landesconferenzen, auf denen wir alle unsere Landesangelegenheiten regeln. Auf dem Parteitage müssen wir dann dasselbe sagen. Das ist überflüssig. Den Antrag Winarsky begrüße ich. Aber ich meine, daß man sich nicht auf unüberlegte Gründungen einlassen soll. Es müssen einige ältere Genossen da sein, die die jungen Leute beaufsichtigen und sie immer auf den richtigen Weg lenken. Wenn das nicht geschieht, dann geht es schief.

Prähauser (Salzburg): Ich muß erklären, daß wir in Salzburg und Oberösterreich durchaus nicht mit dem Antrage der Wiener Localorganisation einverstanden sind. Uns haben die Argumente der Wiener nicht überzeugt. Ich glaube, die Parteitage sind so wichtig, daß man, wenn es nur anginge, sie alljährlich abhalten sollte. Ich möchte die deutschen Genossen fragen, ob sie sich schon einmal gesagt haben: Wir wissen nicht, was wir zu reden haben. Skaret hat gesagt, daß sehr viel Kleinarbeit zu machen ist. Die Gesammtorganisation des Reiches hätte alle Ursache, sich damit zu beschäftigen, wie die Beschlüsse des Parteitages durchgeführt wurden, warum sie nicht durchgeführt werden konnten, was zu ändern wäre u. s. w. Das allein, glaube ich, wäre schon wichtig genug. — Der Antrag wegen der jugendlichen Arbeiter scheint mir so selbstverständlich, daß er schon überflüssig ist. Bei solchen Anträgen kommt es mir oft vor, als ob der Antragsteller nicht wüßte, daß hier die Vertrauensmänner der Socialdemokratie beisammensitzen, die doch auch eine Ahnung haben, was zu thun ist. Daß wir die Jugend zu erziehen haben, wird Jeder auch ohne Winarsky gewußt haben. Aber die Vereinsgründungen sind bei uns nicht so leicht wie in den großen Städten. Ich bin immer an die Genossen herangetreten, daß sie die Kinder im Interesse unserer Ideen erziehen, denn es gibt viele Parteigenossen, die zu Hause in der Familie ganz vergessen, daß sie Parteigenossen sind. Der Antrag Winarsky wird uns zwar nicht den Kragen umdrehen, aber er wird ein Antrag sein, wie die vielen anderen, die immer beschlossen, aber nie ausgeführt werden. (Beifall.)

Tuller (Leoben): Es war höchste Zeit, daß wir darangegangen sind, die Form der Organisation zu ändern. Bis heute waren wir größtentheils von den Personen in den Gewerkschaften abhängig. Haben diese Personen gewechselt, so hat oft auch die Thätigkeit der Partei aufgehört. Nun haben wir hier einen Antrag auf Ausbau der Straßen- und Häuserorganisation. Aber wir finden kein Wort darüber, wer in das Localcomité gewählt werden kann. Es könnten also auch Leute hineinkommen, die keiner politischen oder Branchenorganisation angehören. Man müßte also unbedingt hinzufügen, daß nur solche Genossen gewählt werden können, die ihre Parteipflicht erfüllen. Wir haben auch keine Bestimmungen über die Orte, wo keine Lokalorganisation möglich ist. Ich beantrage, daß in allen solchen Orten Vertrauensmänner aufzustellen sind. Man muß dort ja auch Jemanden haben. (Bravo!)

Smrcka (Wien): Ich glaube, daß die gegenwärtige Form unserer Organisation vorzüglich ist. Der Fehler ist nur, daß man die Beschlüsse, die man gefaßt hat, nicht durchführt. In Graz haben wir zum Beispiel den Beschluß gefaßt, daß jeder Parteigenosse der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation angehören muß. Ist das wirklich vollständig durchgeführt? Dann wurde der Beschluß

gefaßt, eine populäre Erläuterung des Wiener Programms herauszugeben. Dieser wichtige Beschluß wurde nicht durchgeführt. Dieses Verhältniß haben wir auch bei den jugendlichen Arbeitern. Ich war einer Derjenigen, die am Grazer Parteitag die Anregung machten, wir sollen uns um die jugendlichen Arbeiter mehr kümmern. Bezüglich der Aenderung des Organisationsstatuts wäre es sehr wünschenswerth, die Form der Agitation einzelnen Bezirken zu überlassen, die doch immer nur nach den örtlichen Verhältnissen betrieben werden muß.

Wlczek (Wien): Ich finde alle vorgeschlagenen Abänderungen der Organisationsbestimmungen entsprechend. Wenn Befürchtungen auftauchen wegen der Häuserorganisation, so ist das deshalb, weil die politische Organisation als solche zu wenig für die gewerkschaftliche Organisation macht. In den Orten zum Beispiel, wo Tabakfabriken bestehen, können wir vielfach unsere politische Organisation nicht dazu bringen, die Gründung von Organisationen der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in die Hand zu nehmen. Damit die Genossen verhalten seien, sich um diese k. k. Sclaven zu kümmern, empfehle ich Ihnen, den von mir eingebrachten Antrag anzunehmen.

Hackenberg (Gmünd): Es hat mich sehr gewundert, daß die Parteivertretung gegen den Antrag der Wiener Localorganisation Stellung genommen hat. Dieser Antrag sagt doch nicht mehr, als daß der Parteitag nicht stattfinden soll, wenn er keinen Zweck hat. Die Salzburger sind von den Argumenten der Wiener nicht überzeugt. Ich werde Ihnen also einige Argumente aus der Provinz anführen. Sie wissen Alle, wie schwer die Geldmittel immer aufgebracht werden. Jedes Jahr haben wir Landesparteitage, alle zwei Jahre Reichsparteitage, in den beiden anderen Jahren deutsche Parteitage, jährlich fünf bis sechs Conferenzen im Wahlkreis. Alles das kostet viel Geld. Ich sehe ein, daß der Parteitag für uns von großem agitatorischen Werth ist, gewissermaßen eine Hochschule für uns. Aber von größerem agitatorischen Werth für die Partei sind die Wahlkreis- und Landesconferenzen. Bei den Parteitagen sind immer dieselben Leute, bei den Landes- und Wahlkreisconferenzen könnten die Anderen auch ausgebildet werden. Wir haben aber oft nicht das Geld dafür. Es wäre wichtiger, wenn die Genossen zu den Landesconferenzen kommen könnten, da könnten wir organisatorisch bedeutend mehr Erfolg erzielen als bei den Parteitagen, wenn zu diesen nicht die nöthigen Gründe vorhanden sind. Sind aber genügend Gründe vorhanden, dann wird die Parteileitung eben den Parteitag einberufen.

Brod (Wien): Was den Antrag auf Verschiebung des Parteitages betrifft, so begreife ich ihn sehr gut vom Standpunkte Niederösterreichs aus. Sie haben eine verhältnißmäßig gute Organisation und können auf die regelmäßigen Parteitage sehr leicht verzichten. Anders verhält es sich aber mit den anderen Kronländern, für die die regelmäßige Abhaltung der Parteitage schon aus agitatorischen Rücksichten nothwendig ist. Wir dürfen nicht auf dem Standpunkte stehen, daß wir nicht zusammenkommen, wenn nichts vorliegt, denn dadurch würden wir der Nachlässigkeit und Schlamperei mancher Genossen Vorschub leisten. Pernerstorfer hat gefragt, ob es den Czechen und Polen einfällt, ihre Parteitage nicht regelmäßig abzuhalten, und hat darin einen Beweis gesehen, daß den Deutschen nationales Empfinden fehle. Die Deutschen, meine ich, sind ebensowenig national indifferent wie die Czechen. Nur haben die Deutschen die löbliche Gewohnheit, nicht bei jeder Gelegenheit stolz darauf zu sein, daß sie Deutsche sind. Wenn Pernerstorfer immer das nationale Moment hervorhebt, kann das der Organisation nicht von Nutzen sein. Pernerstorfer bewies damit, daß er sich von den Brüsten der Frau Germania nicht trennen kann. (Heiterkeit.) Wenn dann ihrerseits die Slaven von den Brüsten der Frau Slavia sich nicht trennen wollen (Heiterkeit), so kommen wir in den nationalen Strudel hinein. (Winarsky: Millirahmstrudel! Heiterkeit.) Die nationale Frage ist in Oesterreich eine kleinbürgerliche Frage. Wir müssen immer das hervorheben, was uns verbindet, nicht, was uns trennt. Nur durch Internationalität kann man der eigenen Nation nützen. (Bravo!)

Seliger (Teplitz): Die Parteivertretung schlägt uns im zweiten Antrag eine Aenderung des Parteistatuts vor, die in der Debatte fast gar nicht ins

Auge gefaßt worden ist, die aber von einiger Bedeutung ist. Eine bedeutende Aenderung führt der sechste Absatz ein, worin die Parteivertretung förmlich vorschlägt, daß wir zu den ehemaligen Landescommissionen zurückkehren sollen. Ich bin mit diesen Vorschlägen vollständig einverstanden. Sie sind, wie sich gerade in Deutschböhmen gezeigt hat, der Nothwendigkeit entsprechend. Wir haben die Organisation in Wahlkreisen seinerzeit beim Wimberger beschlossen, um uns den bestehenden Bedürfnissen anzupassen. Aber dadurch wurde der Zusammenhang der Genossen in einzelnen Ländern, namentlich in Böhmen, gelockert. Anderswo hat man ja die alte Landesorganisation beibehalten. Für Böhmen haben wir uns im Vorjahre eine neue Landesorganisation geschaffen. Nun schlägt die Parteivertretung vor, in ganz Oesterreich Landesorganisationen wie hier in Böhmen einzurichten. Wenn Sie den vorliegenden Antrag annehmen, so müßte in Steiermark, Niederösterreich und vielleicht auch in Schlesien eine vollständige Aenderung eintreten. Die Wahlkreise eines jeden Kronlandes können untereinander zu einem Verband zusammentreten, sie setzen sich eine oberste Leitung ein. Daneben aber hätten wir die auf der Landesconferenz gewählte Executive.

Es bleibt also die Organisation für Niederösterreich und Steiermark bestehen und es trägt diese Fassung auch einem Bedürfniß der neu geschaffenen Organisation in Böhmen Rechnung.

Pernerstorfer ist wiederholt Gegenstand heftiger Angriffe gewesen. Aus seinem nationalen Empfinden macht ihm Niemand einen Vorwurf. Meinetwegen bin auch ich stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Aber momentan hat Pernerstorfer einen ganz unpassenden Augenblick für sein „nationales Empfinden“ erwischt, denn die Genossen, die den Antrag stellten, hatten nicht die geringste Absicht, sich national etwas zu vergeben. Sie sind da nur von rein finanziellen Erwägungen ausgegangen. Es ist unmöglich, daß wir in deutschen Parteitagen von vier zu vier Jahren zusammentreten. Wir könnten da den Zusammenhang zueinander verlieren. Bei den Gesammtparteitagen werden ganz andere Dinge behandelt, hier hauptsächlich Fragen der deutschen Organisation. (Hackenberg: Der Ausgleich?) Warum sollen wir uns in die Suppe nicht auch ein Körnchen Salz hineingeben? Der Ausgleich gehört allerdings auf den Gesammtparteitag, aber wir fürchten, daß wir nicht mehr auf dem Gesammtparteitag über den Ausgleich reden könnten. Die Genossen der anderen Nationen werden es gewiß begreifen, daß wir die Gelegenheit noch energisch beim Schopf packen, sie werden auf ihren Parteitagen gewiß auch zum Ausgleich Stellung nehmen. Ich bitte Sie um Ablehnung der Anträge, die auf Verschiebung der Parteitage abzielen.

Der Antrag Winarsky wäre anzunehmen, wenn er uns auch keinen besonderen Nutzen bringen wird. Vielleicht in Wien wird's nützen. (Hueber: Auch in Wien nicht!) Soll sich die Organisation der jugendlichen Arbeiter als Kampforganisation vorstellen, so muß es eine Gewerkschaftsorganisation sein. Eine Trennung zwischen jugendlichen und älteren Arbeitern darf nicht herbeigeführt werden. Diese Jugendorganisationen sind auch nicht Kampforganisationen. (Winarsky: Erziehungsorganisationen!) Wenn die Partei das thun will, dann haben wir allerdings einen ganz gewaltigen Fortschritt gemacht. Ich glaube, wir haben nicht die Mittel und Kräfte dazu und werden sie auch in absehbarer Zeit nicht haben. Wir haben uns in das Gemüth dieser Jungen hineinzudenken, das sind schwierige pädagogische Fragen. Ich sage das nicht, weil ich ein Gegner dieser Jugendorganisation bin, aber ich möchte Sie warnen, solche Organisationen zu bilden und einzurichten mit der Voraussicht, daß sie zugrunde gehen werden. Der Antrag Winarsky ist nur deshalb anzunehmen, weil er nichts Bestimmtes enthält. Wir dürfen uns da nicht übereilen. Es handelt sich da um eine schöne Idee, die aber nicht allzu schnell realisirt werden soll. (Beifall.)

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Manche Wahlkreise in der Provinz sind aus dem territorialen Zusammenhang des Wahlkreises so ungünstig herausgerissen, daß einzelne Bezirke vom Centrum abgeschnitten sind und mit dem Wahlkreis ganz außer Zusammenhang stehen. Ich bitte daher die Worte: „wo es die sprachlichen und territorialen Verhältnisse zulassen“ einzufügen. Die Schiedsgerichte werden sich sehr nützlich erweisen. In den Localorganisationen

spielen Antipathien und Leidenschaftlichkeiten bei der Behandlung persönlicher Angelegenheiten doch oft eine sehr große Rolle. Wir dürfen die Jugendorganisation nicht in derselben Weise behandeln wie die Frauenorganisation. Es gibt viele Genossen, die förmlich Krämpfe kriegen, wenn sie von Frauen- und Jugendorganisation hören. Wenn wir diese Arbeit nicht leisten, so werden sie uns Andere abnehmen! (Sehr richtig!) In Gegenden, wo wir mit den Nationalen zu thun haben, wird gerade die Jugend gegen uns aufgeboten. Das sind die Leute, die man zu Prügeleien und dergleichen gegen uns benützt. Ich selbst habe schon gesehen, daß Kinder guter, alter Parteigenossen bei dem Klimbim bürgerlicher Parteien die Staffage abgegeben haben. Der Antrag Winarsky ist ein anspornender. Die Gewerkschaftler, die gegen diese Jugendorganisationen sind, dienen damit ihren Gewerkschaften sehr wenig. Es liegen auch Anträge vor, die Parteitage in größeren Zeiträumen abzuhalten. Es sind das Stimmungsproducte der sterilen Zeit, wo wir keine Bombenpunkte auf der Tagesordnung haben.

Mit **Pernerstorfer** will ich schonend umgehen. Brod hat ihm ja energisch die Leviten gelesen. Wir sind uns unserer nationalen Pflichten ganz gut bewußt. Wir wissen, was wir unserem Volke schulden, und wir wissen wirkliche nationale Rechte zu vertheidigen. **Wir müssen jedoch energisch dagegen protestiren, daß nationalistische Finessen in unsere Parteibewegung hineingetragen werden.** Wir dürfen uns von dem nationalen Tohuwabohu der Bürgerlichen nicht verwirren lassen. (Bravo!)

Schloßnickel (Sternberg): Die Ursachen der Niederlagen in den mährischen Wahlkreisen liegen tiefer als nur im schlechten Ausbau unserer Organisation. In unserem Wahlkreis haben wir die Straßenorganisation durchgeführt, aber gerade viele alte Genossen, die noch befangen sind in Anschauungen alter Zeiten, stemmen sich gegen den Ausbau der Organisation. Sie können es nicht fassen, daß die jetzige große Partei ganz andere Formen braucht wie früher, als sie noch klein war.

Auch sonst ist es oft schwer, die Häuserorganisation ganz durchzuführen, weil diese Organisationsform große Anforderungen an den Vertrauensmann stellt. Der wichtigste Punkt ist die Parteisteuer. Vielleicht werden wir einmal eine Parteiexecution durchführen müssen. (Heiterkeit.) Gerade die ältesten Genossen aus den Anfängen der Partei sagen da: „Ja, wir werden das Geld nach Wien schicken, wir brauchen es lieber für uns.“ Was nun die Parteitage anlangt, so wundere ich mich nicht, daß Wiener Genossen die Verschiebung des Parteitages verlangen; aber über die Provinzgenossen wundere ich mich. Die Wiener Genossen sitzen an der Quelle und können sich leicht über Alles informiren. Aber für die Provinz haben die Parteitage ganz anderen Werth. Er ist uns auch eine Autorität. Nehmen Sie zum Beispiel die Frage der Abgeordneten als Referenten. Wir Vertrauensmänner dämpfen da sowieso. Das Verlangen wird aber doch immer wieder laut. Wenn wir uns nun auf die Autorität des Parteitages berufen können, so wird dieser Unfug doch besser werden! Je weniger Parteitage wir hätten, desto geringer wäre das Erträgniß der Parteisteuer. Auch in Sternberg haben wir uns schon mit der Frage der Jugendorganisationen beschäftigt. Die jugendlichen Arbeiter, die wir haben, machten aber gleich im Anfang einen Fehler, indem unnöthigerweise ein Zwiespalt zwischen alten und jungen Genossen heraufbeschworen wurde. Die Organisation der jugendlichen Arbeiter ist nothwendig, das wissen wir! Die jungen Burschen mit der Kornblume im Knopfloch, die ärgsten „Heil“-Schreier, lehren uns das! Schon deshalb müssen wir diese Organisation in die Hand nehmen. Es darf aber kein Zwist mit den Alten entstehen. (**Winarsky**: Gewiß! Gerade deshalb müssen wir's in die Hand nehmen.)

Behr (Saaz): Ich bin für den Antrag des Parteivorstandes auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes. Es war sehr oft möglich, daß persönliche Gehässigkeiten in der Localorganisation den Ausschlag gaben. Eine höhere Instanz ist vonnöthen! Die Straßen- und Häuserorganisation habe ich auf der letzten Kreisconferenz in Teplitz auch angeregt, sie wurde nicht durchgeführt. Die Parteigenossen marschiren sehr langsam in dieser Beziehung. Durch die Wahlkreis-

organisation sind viele Territorien zerrissen worden. Es muß etwas gethan werden, damit die Agitation richtig besorgt werden kann. Deshalb empfehle ich Ihnen den Antrag der Organisation Saaz. Es fehlt oft an Geld zur Beschickung der Parteitage. Aber, Genossen, aus demokratischen Gründen können wir nicht für die Hinausschiebung der Parteitage sein. (Beifall.) Wir verlieren dadurch die Controle über die Parteileitung. Ich bin also nicht aus nationalen Gründen, wie Pernerstorfer, für Beibehaltung des jetzigen Modus. Ich bin und war immer international!

In den Antrag Winarsky über die Organisation der jugendlichen Arbeiter möchte ich das Wort „Arbeiter-Turnvereine" einfügen. Diese Turnvereine sind kein Schaden für die Bewegung, wenn nämlich alte, erfahrene Genossen sich mehr um diese Vereine kümmern würden. Dann werden sie nicht die dummen Aeußerlichkeiten bürgerlicher Turnvereine annehmen, son ern zur Stärkung von Geist und Körper unserer Jugend wirken.

Hermann (Kratzau): Auch ich habe den Auftrag, für die Abhaltung der Parteitage in längeren Perioden einzutreten. Die Genossen hören wohl gern Berichte von den Parteitagen, aber die Mittel dafür geben sie nicht gern her. Es soll der Parteivertretung überlassen bleiben, die Parteitage einzuberufen.

Albrecht (Reichenberg): Für das Schiedsgericht sind wir auch. Was die anderen Anträge betrifft: Seitdem die Partei besteht, kommen wir aus den Organisationsänderungen nicht heraus. Kaum hat sich eine eingelebt, wird schon eine andere eingeführt. Ich glaube, wir können gar nicht genügend viel Conferenzen und Parteitage abhalten. Ich bin daher unbedingt für die Abhaltung von deutschen Parteitagen alle zwei Jahre. Nach dem Antrage der Saazer sollen die Bezirke anders eingetheilt werden, das steht ja eh' schon in den alten Statuten drin. Die Kreisleitungen verständigen sich einfach und die Sache ist abgethan. Wir sind auch für die Organisirung der jugendlichen Arbeiter. Die Lehrjungen sind hier größtentheils Czechen. Die Jugendorganisation kann sich bei uns hauptsächlich nur auf die jugendlichen Fabriksarbeiter beziehen. Die Turnvereine sind für sie da, weil ja die Arbeiter-Bildungsvereine leider weg mußten. Wer hat heute die Jugend in Händen? Der Lehrer und der Pfaffe. Ist der Lehrer national, so schreit auch der Schulbub schon „Heil!", und im anderen Falle nimmt ihn der Pfaffe in Arbeit. Die Eltern müssen selbst die Erziehung übernehmen, damit nationale Lehrer und Pfaffen sie nicht um ihre Kinder bringen können! (Bravo!)

Nemec (Prag): Wenn wir auch als Czechen und Deutsche in zwei Organisationen getrennt sind, so haben wir doch ein gemeinsames Programm und dies verbindet uns bedeutend fester, was sich auch bei unserem gesammten Vorgehen äußert. Deswegen auch haben wir ein Interesse an Ihrem Vorgehen in jeder Richtung, deswegen interessiren wir uns auch für Ihre Parteitage. Wenn Sie Ihren Parteitag nicht mehr alle zwei Jahre abhalten wollten, müßten wir Czechen vielleicht dasselbe thun. Denn wenn ich auch nicht die Bedenken Pernerstorfer's, der als oberster Hüter aller nationalen Gefühle gesprochen hat, theile, gegen die Verschiebung bin ich wie er. Man redet von einer „Muß-Tagesordnung". Nun, wir werden uns daran gewöhnen müssen, auf unseren Parteitagen diese Fragen der Kleinarbeit zu besorgen, auf der die Partei beruht. Man redet von Geldersparniß. Das Geld ist allerdings überall sehr knapp. Ich meine aber: Je mehr gearbeitet wird, desto mehr Geld werden wir haben. Eine Aenderung der nationalen Parteitage hätte auch eine Aenderung der Gesammtparteitage zur Folge. Es wurde gesagt, daß, wenn der Parteitag im Norden tagt, mehr nördliche, wenn er im Süden tagt, mehr südliche Genossen kommen. Das ist ja gut so, deswegen werden ja auch die Parteitage abwechslungsweise an verschiedenen Orten abgehalten. Es ist absolut nothwendig, daß wir in fortwährendem Contact miteinander bleiben; wir Czechen haben schon einmal praktisch die böse Erfahrung gemacht, wie die Sache aus dem Leim geht ohne den regelmäßigen, verbindenden Parteitag. Deshalb empfehle ich Ihnen, ich habe kein Entscheidungsrecht, die Ablehnung der betreffenden Anträge. (Lebhafter Beifall.)

Gröbner (Wien): Ich habe eine andere Anschauung über die jugendlichen Arbeiter. Wir sollten einmal Versammlungen mit der Tagesordnung abhalten: „Wie soll der Lehrling in der Werkstätte von den organisirten Arbeitern behandelt werden?" Selbstverständlich durch Mißhandlungen kann kein Lehrling zur Socialdemokratie erzogen werden. Viele Gehilfen sehen es nicht gerne, wenn die Lehrlinge zur selben Zeit Feierabend machen wie sie selbst, sie sagen: „Ah was, zu meiner Zeit war das auch nicht so." Dann gibt es Väter, die alle Lehrlinge gerne, nur nicht ihre Kinder als Mitglieder in Jugendvereinen sehen. Es gibt Gehilfen, die es unter ihrer Würde halten, an den Lehrling einige Worte zu verlieren über die Gewerkschaftsorganisation oder dergleichen. Wenn Socialdemokraten sich so benehmen, das wäre der größte Schaden für die Fortentwicklung der Jugendorganisation. (Widerspruch.) Wir müssen in den Gewerkschaftsversammlungen sagen, wie die organisirten Arbeiter die Lehrlinge behandeln sollen. (Beifall.)

Dr. **Ellenbogen**: Gröbner hat zu viel generalisirt. (Sehr richtig!) Im Allgemeinen ist wohl kein wirklicher Socialdemokrat je ein Lehrlingsschinder. Aber nach einem Weg, die jugendliche Organisation möglich zu machen, sollten wir suchen. Wir sind ja keine geschulten Pädagogen und sollen deshalb in dieser Frage unser Augenmerk auf die socialdemokratischen Lehrer lenken. Ich gebe mich keiner Täuschung hin, es sind ihrer nicht zu viele, und diese sind überbeschäftigt. Aber wo dieser Einfluß hergestellt werden kann, dort soll er's. — Was die Verschiebung der Parteitage anlangt, so bedauere ich vor Allem, daß Pernerstorfer diese Frage ganz überflüssigerweise mit nationalen Fragen verquickt hat. Gerade ein echtes Nationalgefühl wird eigentlich verletzt, wenn es fortwährend mit Dingen, die damit gar nichts zu schaffen haben, vermengt wird. Aber der Antrag erregt den Anschein, als ob wir nichts zu sagen hätten auf unserem Parteitag. (Albrecht: Und es ist heute so viel geredet worden! Heiterkeit.) Ein Parteitag ist eine Heerschau. Und dann haben wir zu großen Fragen Stellung zu nehmen. Wir sind heute so weit, daß jede Regierung, wie einst Caprivi, sich fragt: Wie verhält sich die Socialdemokratie dazu? Darauf müssen wir Antwort geben! Hätte vielleicht heuer der Ausgleich von uns nicht besprochen werden sollen? Man sagt, der Parteitag kostet Geld! Aber dazu ist ja das Geld da! Wir wollen es ja nicht in die Sparcassa legen. Ich bitte Sie um Ablehnung aller dieser Anträge.

Pernerstorfer: Im Ganzen bin ich ja glimpflich behandelt worden. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahr bestritt mir Brod wegen principieller Streitfragen die Parteizugehörigkeit überhaupt, heute hat er mich mit beinahe sentimentaler Liebenswürdigkeit behandelt. (Heiterkeit.) Ich bin durchaus mit Brod einverstanden, daß in der Nationalitätenfrage das Einigende betont werden muß. Meinen Nationalismus habe ich auch zu der Zeit, als ich noch nicht officiell zur Partei gehört, sehr gut mit proletarischem Empfinden zu vereinigen gewußt. Ich habe zu der Zeit, als ich ohne officielles Mandat proletarische Interessen im Parlamente vertrat, nie darnach gefragt, ob es sich um czechische, polnische oder deutsche Arbeiter handelte. (Sehr richtig!) Auch ich glaube, daß wir echte Internationale sein müssen, wenn auch nicht vom Schlage Derer, die da glauben, die Internationalität fordere von dem Einzelnen, daß er seine Nationalität zurückstellen, daß er anational oder antinational sein müsse. Ich bin international im Sinne der Verbrüderung der Völker, um mit Hilfe dieser Verbrüderung die Nationen erst frei zu machen und zu großen Volksganzen zu gestalten. Wir in Oesterreich müssen uns besonders mit nationalen Fragen beschäftigen, wir können uns nicht auf den abstracten Standpunkt großer geschlossener Nationen stellen, da wir täglich mehr mit der nationalen Frage zu thun haben. Der Wiener Parteitag hat 1897 die nationale Organisation der verschiedenen Völker Oesterreichs beschlossen. Damit konnte ich Mitglied einer Partei werden, die es mir nicht verwehrt, national zu empfinden. Von nationalistischen Finessen ist bei mir keine Rede. Freundlich hat mit diesem Ausdruck die Grenzen des Zulässigen überschritten. Ist er wirklich dieser Meinung, dann müßte er offen auftreten und

meinen Ausschluß beantragen. Mein Nationalismus ist der Stolz auf deutsche Cultur, auf Schiller und Goethe, auf deutsche Philosophie und Wissenschaft. (Vereinzelter Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Ich wollte dem Redner nicht in die Rede fallen, da er sich gegen Angriffe zu vertheidigen hatte; aber ich glaube doch, daß wir etwas mehr über die Frage der Organisation als über die nationale Frage reden sollten. (Lebhafte Zustimmung.)

Widholz (Wien): Ich will mich in diese nationale Debatte nicht einmischen, aber ich muß gegenüber Pernerstorfer doch feststellen, daß der Parteitag von 1897 unsere nationalen Anschauungen nicht geändert hat. Nur Zweckmäßigkeitsgründe haben die veränderte Organisationsform herbeigeführt und die Trennung in nationale Gruppen bedingt. Entweder hat sich Pernerstorfer also vor 1897 der Partei ebensogut anschließen können wie nachher oder gar nicht! (Beifall.) Der Antrag der Wiener Localorganisation scheint mir sehr bedenklich. Der Parteitag hat auch die Controle über die Parteivertretung auszuüben. Ich habe unbegrenztes Vertrauen zu unserer Parteileitung und ich gelte in Wien als ungeheuer parteitreu, ich kritisire sehr wenig. Aber ich meine, es kann doch kommen, daß wir etwas zu kritisiren haben. So meine ich, daß der Vorwurf nicht ganz unberechtig ist, daß der Beschluß des Wiener Parteitages, eine populäre Darstellung des Parteiprogramms herauszugeben, nicht durchgeführt wurde. Es könne uns auch einfallen, an der Parteivertretung Kritik zu üben, daß den Verhältnissen nicht ganz entsprechende Berichte über international wichtige Vorkommnisse gemacht werden. Erinnern Sie sich nur an den belgischen Generalstreik, der in der deutschen Presse rücksichtslos kritisirt wurde, während man bei uns geschwiegen hat. Wir brauchen die Kritik. Wir brauchen den Parteitag, um frisches Leben in die Partei zu bringen. Wir haben auch einige Abgeordnete zu überwachen. Vielleicht werden wir einmal mit ihnen nicht zufrieden sein.

Ich bin für den Antrag Winarsky. Ich meine, daß wir als Socialdemokraten verpflichtet sind, uns der Jugend anzunehmen. Wir haben uns in Wien um die unglücklichsten der Lehrlinge zu kümmern, um die sich Niemand kümmert. Wir müssen uns oft an die Eltern und Vormünder wenden und uns von ihnen die Vollmacht geben lassen, daß wir etwas thun können. Die Organisation der Jugend führt uns alle diese unglücklichen Lehrlinge zu, sie gibt uns Gelegenheit, sie in Schutz zu nehmen, und wenn wir einen solchen Lehrling einem ruchlosen Unternehmer entreißen und ihm eine anständige Lehre verschaffen, so wird er, ohne daß wir ihm auch nur ein Wort von Socialismus zu erzählen brauchen, später ein braves Gewerkschaftsmitglied werden. (Beifall.)

Beer (Wien): Ich glaube, man unterschätzt die Bedeutung unserer Parteitage, wenn man glaubt, ihrer entrathen zu können. Ich glaube, wir müssen zumindest alle zwei Jahre einmal zusammenkommen. Die Parteigenossen in Deutschland haben einen weitaus besseren Organisationsapparat, aber deshalb wird es ihnen nicht einfallen, den Parteitag nicht jedes Jahr abzuhalten. Wenn ich also gegen den Antrag der Wiener Localorganisation bin, so bin ich durchaus nicht einverstanden mit der Begründung, die Pernerstorfer gegeben hat.

Die nationale Frage, die Pernerstorfer bei dieser Gelegenheit in ganz überflüssiger Weise anschnitt, hat mit dem Antrage nicht das Geringste zu thun. Die Antragsteller selbst erklären, sie hätten ihren Antrag nur aus Zweckmäßigkeitsgründen gestellt; wie konnte da Pernerstorfer das Gegentheil sagen? Ich meine, daß Pernerstorfer der Sache, der er dient, gerade damit den schlechtesten Dienst erwiesen hat, dadurch, daß er vielleicht mehr, als es nothwendig war, die Ueberzeugung anderer Genossen verletzte.

Uebrigens befindet sich Pernerstorfer auch in einem sachlichen Irrthum, weil der Parteitag beim Wimberger durchaus nicht eine principielle Sonderung beabsichtigt hat, sondern nur eine Scheidung der nationalen Gruppen aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen. Nun hat Pernerstorfer die Erklärung abgegeben, es

wäre ihm, wenn der Parteitag damals diese Scheidung nicht vollzogen hätte, unmöglich gewesen, der Partei beizutreten. Aber, Genosse Pernerstorfer, Sie sind schon vorher officiell der Partei beigetreten. Ich hielt es für nothwendig, diese übrigens bekannte Thatsache hier festzustellen.

Was die Organisirung der jungen Arbeiter betrifft, so bin ich der Ansicht, daß sie überhaupt nur in größeren Städten möglich ist. Ich glaube nicht, daß eine Schädigung der Gewerkschaftsbewegung dadurch eintreten wird. Aber es wird nothwendig sein, diese jungen Arbeiter in einer Weise zu behandeln, die ihrem Alter entspricht. (Bravo!)

Resel (Graz) beantragt, eine fünfgliedrige Commission zur Durchberathung der zu diesem Punkte vorliegenden Anträge einzusetzen.

Skaret bekämpft den Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

In einer thatsächlichen Berichtigung erklärt **Pernerstorfer**, er sei zwar schon vor 1897 Mitglied der Partei geworden, aber zu einer Zeit, wo es schon sicher war, daß die nationale Gliederung auf dem Parteitag beim Wimberger zur Sprache kommen und Thatsache werden werde. Er habe das damals von einigen Parteigenossen, vor Allem von Victor Adler erfahren.

Skaret (Schlußwort): Die Debatte hat sich mehr um nationale als um organisatorische Fragen gedreht. Ich will aber nur kurz auf die Ausführungen Pernerstorfer's reagiren, der erklärte, es sei ihm nur durch die Trennung der Partei in nationale Gruppen möglich geworden, sich der Partei anzuschließen. Aber worauf es ihm bei dieser Trennung in nationale Gruppen angeblich ankam, war nicht so sehr die Frage, in welcher Sprache die Organisations- und Agitationsarbeiten geleistet werden sollen, sondern die Frage, welche Stellung wir zu den anderen Nationalitäten einnehmen. Da aber ist kein Zweifel, daß sich unsere principielle Stellung zu den anderen Nationalitäten im Jahre 1897 gar nicht geändert hat. Wir haben nur aus praktischen Gründen eine andere Organisationsform geschaffen.

In der Debatte wurde uns auch der Vorwurf gemacht, daß wir den Beschluß auf Herausgabe einer populären Darstellung des Parteiprogrammes nicht ausgeführt haben. Es ist richtig, daß Adler mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut wurde; wenn das aber bis jetzt nicht möglich war, so ist das einzig und allein nur der Ueberarbeit Adler's zuzuschreiben. Was den Vorwurf betrifft, wir hätten das Vorgehen der Belgier nicht kritisirt, so meine ich, daß das kein Fehler war; wir können uns über die Verhältnisse im Ausland gewiß unser Urtheil bilden, aber ich weiß nicht, ob uns ein Recht zusteht, den ausländischen Genossen, die ja selbst für ihre Handlungen die Verantwortung tragen, in ihre Angelegenheiten dreinzureden und ihnen unter Umständen die Stellung in ihrem Lande zu erschweren — wenn auch, ohne es zu wollen. (Beifall.)

Es folgt die Abstimmung.

Angenommen werden die Anträge **1** (mit den Abänderungsanträgen **14, 16, 17**) **5, 15,** der Parteivertretung zugewiesen Antrag **3,** abgelehnt die Anträge **2, 4, 6, 13.**

Die Sitzung wird geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Samstag den 16. August 1902. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Schrammel** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr. Vor Eingang in die Tagesordnung erhielt das Wort

Kiesewetter: Ich glaube Ihren Empfindungen zu entsprechen, wenn ich mit wenigen Worten eines Mannes gedenke, der sich große Verdienste um die

Arbeiterbewegung in Oesterreich, besonders aber in Nordböhmen, erworben hat: Josef Schiller's, dessen fünfter Todestag heute ist. Schiller wurde 1846 in Reichenberg als Sohn armer Eltern geboren und hatte schon in seiner Jugend mit Noth und Elend zu kämpfen. Aber sein seltenes Talent befähigte ihn, eine große Rolle an der Wiege der Socialdemokratie zu spielen. Der „Schiller-Seff", wie er im Volksmunde genannt wird, war nie ein Stratege, dafür aber ein Haudegen ersten Ranges; er verstand, wie kein Zweiter, Ackerarbeit zu verrichten. Schon als Jüngling von 18 Jahren sog er freie Gedanken in sich auf, seine Dichternatur macht ihn für die Arbeiterschaft unsterblich. Ein strammer Parteigänger war er wohl nie, aber er gehörte doch mit seinem ganzen Empfinden und Denken dem kämpfenden Proletariat. Leider war es ihm nicht gegönnt, in seiner Heimat zu bleiben. Das Mißgeschick, an dem er allerdings nicht ganz ohne Schuld ist, trieb ihn im Jahre 1896 über das Meer nach Amerika, wo ihn am 16. August 1897 der dürre Sensenmann dahinraffte. So wollen wir an seinem Todestage seiner gedenken (die Versammlung erhebt sich von den Sitzen), wollen geloben, in seinem Geiste weiter zu kämpfen unter dem rothen Banner.

Skaret stellt folgenden Antrag:

Der Parteitag der deutschen socialdemokratischen Arbeiterpartei spricht den polnischen und ruthenischen Landarbeitern in Galizien angesichts ihres aufopferungsvollen und berechtigten Lohnkampfes gegen die profitgierige Schlachta die wärmsten Sympathien aus und protestirt gegen die einseitigen Maßnahmen der Regierung zur Unterdrückung der ärmsten Schichten des Proletariats in Ostgalizien.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es wird sodann in die Tagesordnung eingegangen.

Zur Verhandlung gelangt der dritte Punkt der Tagesordnung: **Der österreichisch-ungarische Ausgleich.** Das Wort erhält der

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen**: Sie kennen das berühmte Wort: „Bella gerant alii, tu felix Austria nube", zu deutsch: „Glückliches Oesterreich, als Schlachtengewinner hast du deinen Beruf verfehlt, etablire dich lieber als Heiratsbureau." Dieses Wort, in dem das Geschick unserem Vaterlande gerade keine heroische Aufgabe zugewiesen hat, enthält zugleich die Erklärung für den ganzen österreichischen Jammer. Mit Blut und Eisen wurden andere Staaten zusammengeschweißt, Oesterreich aber war seit jeher kein Staat, sondern ein Sammelsurium von Heiratsgütern. Wenn man Völker, die sich nie ein Leid zugefügt, plötzlich zwingen will, einander zu lieben, so zu lieben, daß sie zu Gunsten eines Gesammtstaates sich in der Bethätigung ihrer nationalen Kraft und Eigenart Schranken auferlegen, so muß man dazu wohl festere Bindemittel suchen als die ökonomischen Herzensneigungen zweier Fürstenkinder. Aber die Geschichte läßt sich nicht foppen, und die Sünden der Väter, der Erzeuger des österreichischen Staates, mußten sich an den Kindern und Kindeskindern rächen. Was bei dem Entstehen des österreichischen Staates versäumt wurde, mußte im Laufe seines Bestehens nachgeholt werden. Die Völker, die nicht auf einem normalen Wege zu einem Staate zusammengefügt wurden, mußten im Nachhinein unterworfen werden, denn sie wollten sich dem Bunde des Gesammtstaates nicht fügen. In der Schlacht am Weißen Berge ist das mit den Czechen gelungen, bis zu welchem Grade, lehrt allerdings die Geschichte seit 1848. Mit Ungarn aber ist es nie gelungen. 300 Jahre haben die Ungarn gegen diese verhaßte Oberherrschaft gekämpft. Im Jahre 1849 erlitten sie die letzte Niederlage, aber auch da wurde Ungarn nicht von Oesterreich allein unterworfen, sondern mit Hilfe der kosakischen Truppen. Aber Oesterreich vermochte durchaus nicht, diesen Scheinsieg zu einer endgiltigen Niederlage Ungarns auszunützen. Im Gegentheil, die Reaction in Oesterreich schritt von Blamage zu Blamage, bis sie schließlich in den Jahren 1859 und 1866 so entscheidend auf das Haupt geschlagen wurde, daß sie vor der ungarischen Unabhängigkeitsidee endgiltig capituliren mußte.

Die politische Lage Oesterreichs nach 1866 ist am besten zu charakterisiren mit den Worten des Grafen Julius Andrassy: „Eine vollständig zerrüttete finanzielle Lage, zwei verlorene Feldzüge, zwei verlorene Provinzen, vollständige

Isolation im europäischen Staatensystem, unzufriedene Völker im Innern: das war das Ergebniß des Absolutismus." Es ist begreiflich, daß diese Schwäche Oesterreichs von den Ungarn nach allen Richtungen ausgenützt wurde, um ihre politische Unabhängigkeit nicht nur festzustellen, sondern auch so viel als möglich Capital daraus zu ziehen. Die Ungarn, die durch 300 Jahre Selbstverwaltung zu Politikern erzogen wurden, wären schlechte Politiker gewesen, wenn sie es nicht gethan hätten.

Worin besteht nun der Ausgleich der Form nach? Vor Allem in dem Gesetz vom 21. December 1867 über die gemeinsamen Angelegenheiten. Dieses bestimmt, daß als gemeinsam anzusehen seien: die auswärtigen Angelegenheiten, das Heer und die gemeinsamen Finanzen. Ueberdies sollen zwar nicht gemeinsam sein, aber nach gleichen Grundsätzen behandelt werden: die commerciellen Angelegenheiten, insbesonders das Zollwesen, die mit der industriellen Production in innigem Zusammenhang stehenden indirecten Abgaben. (Gemeint sind Bier, Branntwein, Zucker, Petroleum, die Stempelgebühren- und Taxengesetzgebung, die Feststellung des Geldfußes und des Münzwesens, die Verfügungen bezüglich der beiden Reichshälften gemeinsamen Eisenbahnlinien, das Wehrsystem.) Ferner enthält das Gesetz Bestimmungen über die Aufbringung der gemeinsamen Mittel, die Art der Regelung der Quote, die Delegationen, das gemeinsame Ministerium.

Diesem als Grundgesetz des Gesammtstaates anzusehenden Gesetz folgen dann eine große Anzahl seither naturgemäß vielfach abgeänderter Gesetze: über die Quote, das Zoll- und Handelsbündniß, den Münz- und Währungsvertrag, über die indirecten Steuern, über die gemeinsame Staatsschuld, die Vereinbarung mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank 2c. 2c. Die ursprüngliche Form der Beitragsregelung bestimmte, daß die Ungarn zuerst 2 Millionen Gulden (für die Abtretung der Militärgrenze, 1871) zu zahlen hätten, sodann die Reineinnahmen des Zollgefälles zu verwenden sind und daß der dann verbleibende Rest nach dem Verhältniß von 70:30 aufzubringen ist. Ueberdies haben die Ungarn jährlich 29·1 Millionen Gulden zur Verzinsung und 1·1 Millionen Gulden zur Amortisation der Staatsschuld beizutragen.

Fragen wir nun nach den politischen Wirkungen des Ausgleichs.

Die Zeit unmittelbar nach 1866 war die Zeit des tiefsten Standes des politischen Ansehens Oesterreichs. Die Ungarn siegreich am Ziele eines 300jährigen Unabhängigkeitskampfes, geschulte Politiker, von Kraftbewußtsein geschwellt, ein einheitlicher Staat, Oesterreich finanziell zerrüttet, politisch gedemüthigt, innerlich zerrissen. Und in dieser Zeit wurde der Ausgleich mit Ungarn geschlossen. Sie können sich denken, was dabei herauskam.

In der Politik entscheiden bekanntlich nicht Sentimentalitäten, und wenn 1867 Franz Deak dem Kaiser auf seine besorgte Frage, was denn die Ungarn jetzt verlangen könnten, sagte: „Wir verlangen nach Königgrätz nichts Anderes, als was wir vor Königgrätz verlangt haben!" so war das wohl der Ausdruck der chevaleresten Gesinnung dieses zwar ehrenwerthen, aber nicht sehr weitblickenden Mannes, jedoch nicht der Ausdruck der Stimmungen und Bedürfnisse seiner Nation, vor Allem aber nicht der Ausdruck der treibenden Kräfte der Geschichte.

Aber Wind und Wetter waren auch sonst ungünstig vertheilt. Ungarn hatte ausgezeichnete Politiker, Leute, die zumindest wußten, was sie in diesem Augenblicke wollten, Leute, die, gedrängt von ihrer Nation, nichts Anderes vor Augen hatten als die Stärkung ihres Landes, dem gegenüber auch die Interessen der Dynastie zurücktraten; vor Allem aber hatte Ungarn eine Parole, eine öffentliche Meinung. Von alledem war auf österreichischer Seite nichts zu spüren. Sie verzeihen, wenn ich hier wieder ein Citat anbringe, hier das eines österreichischen Politikers, Unger, der die diesseitigen Zustände folgendermaßen charakterisirte: „Regierungen des halben Wollens, des halben Vollbringens, in sich selbst gespalten, durch sich selbst gelähmt, Regierungen der Transaction statt der Action,

die stets unterhandelten, niemals handelten, die ewig schwankten zwischen Verfassungstreue und Verfassungsreue": das waren unsere Vertreter in den Unterhandlungen mit Ungarn. Sie können sich denken, wie die Sache ausging. Gegenüber der ungarischen Einheitlichkeit besaßen wir nichts; um ein Gegengewicht zu haben, mußte es erst erfunden werden: die Idee des Gesammtstaates, die gleichbedeutend ist mit den Interessen der Dynastie. Die Ungarn waren im Augenblick die Mächtigeren, Oesterreich konnte keinen Widerstand innerlich aufbringen, also mußte und konnte Oesterreich preisgegeben werden. Daher kommt es auch, daß alle Ausgleichsbestimmungen einen so unklaren, verschwommenen Charakter tragen mußten, da die Ungarn dank ihrer großen politischen Macht im entscheidenden Augenblick immer die für sie günstigere Interpretation durchsetzen können. Die Oesterreicher hatten keinen Willen, sie mußten sich fügen.

Der erste und zugleich charakteristische Ausdruck dieser Unbestimmtheit der Ausgleichsbestimmungen ist das famose Institut der Delegationen, dieser Hohn auf alle parlamentarischen Begriffe. Man geräth in Verlegenheit, wenn man definiren soll, was die Delegationen sind. Sind sie ein Parlament oder ein Parlamentsausschuß? Sie sind kein Ausschuß, weil sie ja ein selbstständiges Budgetbewilligungsrecht haben; sie sind aber auch kein Parlament, denn wenn es einem der beiden Parlamente einfällt, das Gesammtbudget abzulehnen, so sind die von den Delegationen bewilligten Forderungen auch abgelehnt. Die Delegationen haben etwas bewilligt, die Parlamente können es ablehnen. Vor Allem aber ist es gar nicht sicher, daß die Delegationen zu Stande kommen müssen. Nach lit. O des § 11 des Gesetzes vom 21. December 1867, womit das Grundgesetz über die Reichsvertretung abgeändert wird, gehört zum Wirkungskreis des Reichsraths unter Anderem: „Die Gesetzgebung, betreffend die Form der Behandlung der durch die Vereinbarung &c. als gemeinsam festgestellten Angelegenheiten", das heißt, der Reichsrath kann, wenn er will, diese Form in den Delegationen sehen, wenn es ihm aber beliebt, kann er auch eine andere Form für diese Behandlung beschließen. Die Delegationen hängen also in der Luft. Aber gerade diese Labilität ist für die Ungarn sehr günstig. Denn um den ganzen ewig wackligen Apparat zum Klappen zu bringen, muß man sich auf den Weg der Transaction begeben, der Unterhandlungen. Nehmen wir an, es käme zu einer gemeinsamen Abstimmung beider Delegationen, so ist es klar, daß die Ungarn wie Ein Mann stimmen werden, während auf österreichischer Seite ganz gewiß zumindest Einer umfallen wird, damit nicht etwa die Gesammtstaatsidee leide, und voraussichtlich wird dieser Retter in der Noth gewöhnlich ein Feudaler sein. In einem solchen Falle, wo die beiden Staaten einander direct entgegengesetzte Interessen haben, ist es klar, daß das stärkere Staatsgefühl, die stärkere öffentliche Meinung siegen müssen. Auf österreichischer Seite dagegen war die Annahme des Ausgleichs eine Nothwendigkeit, die einfach „gefressen" werden mußte. Um sie durchzusetzen, mußte mit den Parteien geschachert, es mußten ihnen Separatconcessionen bewilligt werden. Der berühmte luogo di traffico, dieses Schandmerkmal unseres Parlaments, hat seinen letzten Urgrund im Ausgleich. Die Zusammensetzung der Delegationen hat überdies noch das Letzte beigetragen, um die Delegation zu dem zu machen, was sie im Sinne der Ungarn sein soll. Sie sehen, daß dadurch der ganze österreichische Parlamentarismus entnervt und entwerthet wird und zu einem Komödienspiel herabsinken muß.

Als weiterer Beleg für die Mißachtung der parlamentarischen Institutionen durch den Ausgleich diene Ihnen die Thatsache, daß der § 18 des gemeinsamen Grundgesetzes die Schaffung eines eigenen gemeinsamen Ministerverantwortlichkeitsgesetzes verspricht, ein Versprechen, das bis zum heutigen Tage nicht eingelöst wurde.

Mit einem Wort: es war für Oesterreich immer nur ein einziges Interesse ausschlaggebend, das dynastische, und der Zustand des ungarischen Commandirens und österreichischen Gehorchens läßt sich am besten mit dem geistreichen Wort des Baron Offermann charakterisiren: „Wenn die Ungarn aut — aut sagten, antworteten wir jedesmal prompt coûte que coûte, das heißt, wir schlugen Alles in die Schanze, um nur nicht von dem schrecklichen ungarischen ‚Gehorchen oder Trennen' bedroht zu sein, um der Segnungen des Gesammtstaates nicht verlustig zu gehen."

Blicken wir auf die äußere Politik des Staates, so zeigt sich wieder, daß die Interessen Ungarns maßgebend sind. Wir Socialdemokraten sind mit dem Dreibund insoferne einverstanden, als er eine Friedenspolitik betreibt, und weil wir überhaupt dafür sind, daß sich größere Staaten politisch und dann auch wirthschaftlich zusammenschließen. Aber die Dreibundspolitik wurde nicht unsertwegen, sondern nur wegen Ungarn geschaffen. Denn Ungarns Erbfeind ist Rußland. Als isolirter Staat wäre Ungarn der Länderhabgier Rußlands wehrlos preisgegeben und es suchte daher einen Schutz für sich in einem russenfeindlichen westeuropäischen Staatenbündniß. Darum wurde Graf Andrassy der Schöpfer des Dreibundes, und die ungarischen Interessen waren es, die Oesterreich zum Eintritt bestimmten. Ein Beweis dafür ist die Thatsache, daß auch in der Zeit, wo wir in Oesterreich slavische Regierungen hatten, die gerne ein Bündniß mit Rußland gewünscht hätten, am Dreibund festgehalten wurde. So konnte der jüngere Graf Andrassy mit berechtigtem Stolze sagen: Ungarn ist der maßgebende Factor der Monarchie.

Das gemeinsame Grundgesetz ist aber auch so unklar gehalten, daß man in vielen Fällen überhaupt keinen constitutionellen Ausweg findet, man überläßt das letzte Wort der Krone. Durch den Ausgleich haben wir somit ein rein absolutistisches Element in unser Staatsleben hereingebracht. Was geschieht zum Beispiel, wenn die Delegationen sich nicht einigen? Für die Quotendeputation ist ausdrücklich im Falle der Nichteinigung die Entscheidung der Krone vorgesehen, also Absolutismus in optima forma. Wenn jedoch in Bezug auf das Wehrgesetz keine Einigung erfolgt, dann ist eine Lücke da, dann weiß man nicht, was zu geschehen hat. Auch hier entscheiden österreichische und ungarische Machtverhältnisse. Der Präsenzstand unseres Heeres steht in gar keinem Verhältniß zu unseren Leistungen. Während das Mannschaftsverhältniß 56:44 ist, ist das Beitragsverhältniß 70:30. Die Ungarn kostet das Heer nur 11 Percent ihres Budgets, uns kostet es 17 Percent. Da können sich die Ungarn schon ein großes Heer leisten, wenn wir es zahlen. (Zustimmung.) Und es ist bezeichnend, daß, als einmal dem Kriegsminister eine erhöhte Armeeforderung von der österreichischen Delegation abgelehnt wurde, die ungarische sie bewilligte, worauf sie, trotzdem der Minister schon hatte nachgeben wollen, angenommen wurde. In wichtigen Fällen halten sich die beiden Delegationen im Schach. Statt gemeinsam den Willen des Volkes im Gegensatz zur Krone zu vertreten, sind sie nur der Schemel für die Machtgelüste der Krone, stärken die Uebermacht der Dynastie. Es ist bezeichnend, daß in der Führung des Krieges die Krone ganz unbeschränkt ist. Daher der Hochmuth des Kriegsministers, daher dessen Abkanzeln der Delegirten.

Auch unsere innere Politik wird von dem Willen der Ungarn beeinflußt. Die Ungarn haben 1867 den Ausgleich unter der Voraussetzung der deutschen Vorherrschaft geschaffen. Aus guten Gründen. Sie wollen mit einem gleich starken Staate gleichberechtigt sein. Die Deutschen als Beherrscher des österreichischen Staates sind viel dreibundfähiger als die Slaven. Im § 28, Artikel XII, wird gesagt, daß „einerseits die Länder der ungarischen Krone, andererseits die übrigen Länder und Provinzen Seiner Majestät zusammen als zwei gesonderte und ganz gleichberechtigte Theile angesehen werden mögen". Die Ungarn gehen mit unbeugsamer Energie daran, auch einen national einheitlichen Staat zu bilden. Sie haben auch dort sehr viele Nationalitäten! Die Deutschen sind ihnen nicht gefährlich bei der Entnationalisirung, weil sie sich in Oesterreich in der Defensive befinden, daher sich um ihre Connationalen in Ungarn nicht kümmern können, dagegen befinden sich die slavischen Nationen bei uns in der Offensive, in ihnen ist noch nationale Expansionskraft. Die nationale Autonomie in Oesterreich ist den Ungarn ein Dorn im Auge, und sie suchen sie deshalb zu verhindern. Nun aber liegt diese Autonomie im Zuge der Entwicklung. Im vorigen Jahrhundert hat Josef II. auch versucht, gewaltsam die nationale Autonomie zu verhindern; es ist ihm, trotzdem er dabei gute Absichten hatte, mißlungen. Wir würden thatsächlich nicht zur Ruhe kommen, wenn der Ausgleich in der alten Form weiterbestünde, Oesterreich müßte dann weiter der zerfaserte und zerfranste Staat, ein Sammelsurium von Unmöglichkeiten bleiben. Aus Gründen der gesunden

Entwicklung der Nationen müssen wir entschieden gegen die Belassung des alten Ausgleichs Stellung nehmen.

Noch faßlicher sind die wirthschaftlichen Gründe gegen den Ausgleich. Wir sind für große wirthschaftliche Einheiten, wir vertreten allerdings in der Frage des Schutzzolles und Freihandels nicht nur den Arbeiter als Consumenten, sondern auch als Producenten. Deshalb sind wir unter Umständen auch für Schutzzölle für aufstrebende Industrien. Ich könnte Sie jetzt wieder an das bekannte Marx-Citat erinnern. Ohne das Durchlaufsstadium des Capitalismus können wir nicht zum Socialismus gelangen. Wir verstehen also ganz gut den Kampf, der zwischen jungen und alten Industrien geführt wird, und wir begreifen es vollständig, daß sich Deutschland in den Dreißiger- und Vierzigerjahren des vorigen Jahrhunders, dem Rathe Friedrich List's folgend, in den Zollkampf gegen England und Europa eingelassen hat. Es ist ja auch thatsächlich zu einem starken Industriestaat herangewachsen. Aber daß zwischen Vertragsstaaten, die eine Zolleinheit bilden, ein Zollkampf entstehen kann, in dem ein Theil auf Kosten des anderen seine wirthschaftlichen Kräfte zur Entfaltung bringt, ist ungewöhnlich. Die außergewöhnliche wirthschaftliche Jugendkraft Ungarns ist außer den politischen Machtverhältnissen der Grund dafür, und der Ausgleich hat die Kosten dieser Entwicklung auf unsere Schultern geladen.

Die Quote war im Jahre 1867 70 : 30. In Wahrheit hätte sie damals schon eine andere sein sollen, wenn die thatsächlichen Verhältnisse die Grundlage gewesen wären. Nach der Bevölkerungszahl hätte sie heißen müssen 58 : 42 und nach dem Maße der politischen Einflüsse hätte sie mindestens 50 : 50 lauten sollen. Wenn wir auf die Zolleinnahmen blicken, so zeigt sich, daß wir als der vorläufig noch höher entwickelte Staat weit mehr an Zöllen zahlen. Es ist charakteristisch, daß besonders hohe Zölle namentlich auf Artikel, die besonders in Oesterreich consumirt werden, lasten. Das Kilogramm Kaffee ist ja deshalb von 20 auf 48 kr erhöht worden. Darnach wäre die Quote eigentlich mit 80 : 20 festzusetzen. Außerdem sind dadurch die indirecten Steuern riesig gewachsen, besonders für Zucker, Petroleum, Branntwein. 1873 mußten ja Ungarn zuliebe eigene Steuergesetze gemacht werden, weil die Ungarn neue Steuern brauchten. Ich empfehle Ihnen übrigens die bekannte Parlamentsrede des Dr. Verkauf, die außerordentlich viel Material darüber enthält. Inzwischen sind aber in Ungarn Industrie, Bevölkerung und Wohlstand gestiegen. Ein Beweis dafür ist zum Beispiel das Anwachsen der Actiengesellschaften; 1890 waren es 36, 1900 schon 147. Auch ihr Capital hat sich vervierfacht. Im Jahre 1895 allein wurden 42 neue Actiengesellschaften mit 70 Millionen Gulden Actiencapital gegründet und die bestehenden vermehrten ihr Capital um 30 Millionen, also 100 Millionen Gulden mehr in einem Jahr. Die Zuckerproduction in Ungarn hat sich in zehn Jahren vervierfacht, Bier wurden 1889 563.600 Hketoliter und 1893 schon 1,321.000 Hektoliter erzeugt. Der Kohlenverbrauch aus dem Auslande, nach Lotz nebst Roheisen und Baumwolle der wichtigste Maßstab für die Größe einer Industrie, hat 1882 1½ Millionen, 1889 7 Millionen, 1893 13 Millionen betragen. Dabei aber hat die inländische Kohlenproduction Ungarns fortwährend zugenommen. Der Gesammtverbrauch betrug 1890 39 Millionen, 1894 55 Millionen Metercentner. Die Einfuhr gewerblicher Hilfsstoffe ist seit 1889 von 44·4 Millionen Gulden auf 53·7 Millionen Gulden im Jahre 1894 gestiegen, während deren Ausfuhr in der gleichen Zeit von 85·3 auf 79·3 Millionen Gulden gesunken ist. Die Fabricatenausfuhr ist von 171 Millionen Gulden im Jahre 1889 auf 192 Millionen Gulden im Jahre 1894 gestiegen. Der Güterverkehr auf den ungarischen Staatsbahnen hat sich von 9·2 Millionen Tonnen im Jahre 1888 auf 23·9 Millionen im Jahre 1893 gehoben. Die industrielle Bevölkerung selbst ist von 1870 bis 1890 um 41·3 Percent gestiegen, während die Gesammtbevölkerung bloß um 12 Percent gestiegen ist. Aber das stärkste Merkmal ist wohl die Hebung des Seehandels mit Fiume. 1871 betrug er 2 Millionen Tonnen, 14·6 Millionen Gulden ausmachend, 1893 schon 10·1 Millionen Tonnen, 127·1 Millionen Gulden. Um **765 Percent** ist also der Fiumaner Seehandel in 22 Jahren gestiegen, Triest in der gleichen Zeit bloß um 33 Percent! Fiume, das ungünstiger als unser

Triest liegt, ist mit allen Mitteln von den Ungarn zu einem großen Handelsplatz gemacht worden.

Unter Badeni ist nun die Quote mit 34·4:65·6 festgesetzt worden. Aber diese Aenderung zu unseren Gunsten war ein raffinirter Betrug, um die furchtbaren Nachtheile, die damit eingehandelt wurden, zu verschleiern: die ungeheure Erhöhung der indirecten Steuern, der Bier-, Zucker- und Petroleumsteuer um 50 Millionen Gulden, die Auslieferung der Bank, die Ausdehnung des Ueberweisungsverfahrens u. s. w. Trotzdem verhöhnen uns die Ungarn noch, indem sie diese Quote als zu hoch für sie angeben. Einen classischen Beweis für die politischen Mißstände Oesterreichs gegenüber Ungarn liefern die Berathungen dieser Quotendeputationen. In der ungarischen Deputation erklärten die Mitglieder in der Sitzung vom 28. März 1901 einstimmig: „Obwohl die Mitglieder der Quotendeputation ohne Ausnahme der Ueberzeugung sind, daß das gegenwärtig in Kraft bestehende Quotenverhältniß (34·4:65·6) der Leistungsfähigkeit Ungarns nicht entspricht, sondern dieselbe beträchtlich überschreitet, genehmigen sie dasselbe." Dagegen will in der österreichischen Quotendeputation Jeder etwas Anderes. Da machte der Abgeordnete Kaiser einen Quotenvorschlag 50:50, der Abgeordnete Forscht einen nach dem Bevölkerungsschlüssel, Graf Zedtwitz wollte die ungarische Quote nur auf ein Jahr. Abgeordneter Menger beantragte eine Resolution, es sei die Regierung aufzufordern, Unterhandlungen zur Findung eines geeigneten Auftheilungsmaßstabes einzuleiten! (Heiterkeit.) Schließlich wurde mit sechs gegen sechs Stimmen die ungarische Quote bis zum Jahre 1909 angenommen. Der Präsident dirimirte, es war der Graf Schönborn.

Betrachten wir weiter den Binnenverkehr zwischen Oesterreich und Ungarn, so erhebt sich vor Allem die Frage: Welche Wirkungen hat der Ausgleich auf die Zölle? Hauptsächlich wegen der Ungarn haben wir Agrarzölle geschaffen. Auf Brotgetreide zahlen wir 1·8 kr. per Kilo, 4·5 kr. auf Mehl, 1·8 kr. auf Reis, 20 kr. auf Schweinefett. Deshalb ist der Brotconsum, der 183 Kilogramm per Kopf betragen sollte, auf 149 Kilogramm gesunken. Und bei alledem sind wir ein Getreideimportland.

Dabei ist — als weiteres Zeugniß für die Kopflosigkeit der Vertragsbestimmungen — zu erwähnen, daß für den Fall einer Differenz in Zollfragen nichts vorgesehen ist. Auch die Frage, ob, wenn die Trennung erfolgt, die Handelsverträge mit dem Ausland von beiden Staaten eingehalten werden müssen oder was an deren Stelle tritt, wird mit Stillschweigen übergangen.

In dem Ausgleichskampfe hört man immer wieder ein Wort, das heißt: Illoyalität. Die österreichischen Fabrikanten, sagen die Ungarn, halten die Vertragsbestimmungen nicht ein, sie durchbrechen sie illoyal. Im Artikel I des Vertrages heißt es, daß wir ein Zoll- und Handelsgebiet sind, daß beiden Staaten während der Dauer des Bündnisses kein Recht zustehe, Verkehrsgegenstände, welche aus dem einen ins andere Landesgebiet übergehen, mit Ein-, Aus- oder Durchfahrtsabgaben welcher Art immer zu belasten. Trotzdem wird der steirische Kaufmann, der auf den ungarischen Markt kommt, mit Consumsteuern belegt. Commissionslager österreichischer Fabrikanten werden in Ungarn riesig hoch, zum Beispiel mit 75.000 fl. besteuert, trotzdem doch der österreichische Producent zugleich als ungarischer zu betrachen ist. Das Aergste auf diesem Gebiete leisten die Ungarn mit der Besteuerung der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft. Im Artikel VII des Zoll- und Handelsbündnisses heißt es: „In Bezug auf sämmtliche Binnengewässer, welche in ihrem Lauf beide Ländergebiete berühren, wird ein einverständlicher Vorgang in allen auf die Ausübung der Schifffahrt ꝛc. bezüglichen Angelegenheiten beobachtet." Die Donau ist nach den Donauacten vom Jahre 1857, die in das ungarische gemeinsame Grundgesetz recipirt wurden, frei. Die Schifffahrt darf mit keiner Abgabe belegt werden. Was thut nun die schlaue ungarische Regierung? Wir subventioniren die Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft mit einer halben Million Kronen. Die Ungarn belegen sie mit 469.000 Kr. Transportsteuer! Zugleich aber wurde eine ungarische Fluß- und Seeschifffahrtsgesellschaft gegründet, die von Ungarn mit einer halben Million subventionirt wird und keine Transportsteuer zu zahlen hat. Wir zahlen also den Ungarn die

Subvention! Umso unanständiger ist diese Art des Vorgehens, als serbische, rumänische, bulgarische Schiffe keine Transportsteuer zahlen müssen!

Die Ungarn sperren die rumänische Grenze direct gegen unsere Zollverträge unter dem lügenhaften Vorwand, das rumänische Vieh sei verseucht. Die Folge ist, daß unser Export nach Rumänien aufhört. Von 1880 bis 1896 ist der Gesammtexport nach Rumänien von 123 auf 181 Millionen gestiegen, der österreichische Export ist von 63 auf 26 Millionen hinabgesunken. Dagegen ist der belgische, englische, französische, deutsche Export nach Rumänien gestiegen. Also während rings um uns ein wirthschaftlicher Aufschwung erfolgt, verlieren wir infolge des Ausgleiches einen Markt nach dem anderen. Daß wir dieses Gebiet je wieder zurückerobern können, davon ist gar keine Rede.

Wie ist's mit der Eisenbahnpolitik? Der Artikel VIII soll die gleichmäßige Behandlung der Hauptbahnen, die beide Landesgebiete berühren, garantiren. Dagegen sind die Localbahnen außerhalb der Vereinbarung. Was thun nun die Ungarn? Sie behandeln fast jede Bahn als Localbahn. Sie sperren durch Grenzbahnen unsere Industrie ab. Die Ungarn zahlen den ungarischen und deutschen Producenten Refactien, die Oesterreicher erhalten sie nicht! Die ungarischen Fabrikanten erhalten Steuernachlässe und unverzinsliche Vorschüsse. Selbst eigene Gesetze wurden schamlos zu solchen Zwecken in den Jahren 1881 und 1890 geschaffen, wodurch es in die Hand der Regierung gelegt ist, Unternehmern Steuer-, Gebühren- und — Stempelfreiheit zuzugestehen — erinnern Sie sich, daß Stempel und Gebühren nach gleichen Grundsätzen zu behandeln sind —; an nahezu 500 Fabriken wurden bis zum Jahre 1898 diese Nachlässe gewährt. Ungarische Fabriken erhalten Tarifermäßigungen an den Bahnen. So zum Beispiel rühmt die Schlosser- und Blechwaarenfabriksactiengesellschaft in Erlau in ihren Offerten die ihr gewährten 40 Percent Nachlaß auf allen ungarischen Staatsbahnen. Alle diese illoyalen Vorgänge wirken wie eine Zwischenzolllinie, sie wirken wie ein Schutzzoll. Mit der ihren eigenen Energie haben es die Ungarn verstanden, die Eisenbahnen beinahe vollständig zu verstaatlichen. Aber selbst unsere österreichische Eisenbahnpolitik haben sie beeinflußt. Wenn wir erst voriges Jahr den Bau der Tauern- und Karawankenbahn beschlossen, so muß daran erinnert werden, daß dieses Project 30 Jahre alt ist, und daß es die Ungarn sind, die die Ausführung verzögerten. Dank ihrem Einfluß im Kriegsministerium haben wir nur Eisenbahnen von Osten nach Westen gebaut, die dem ungarischen Export über unsere Reichshälfte dienten. Daß wir unsere eigenen Waaren nach unserem eigenen Hafen Triest befördern könnten, das wurde uns nicht erlaubt! (Heiterkeit.) Was haben die Ungarn durch den Kriegsminister Alles gethan, um die Predillinie zu verhindern! Wir müssen durch das öde, leicht einsinkende Karstgebiet mit bedeutend höheren Kosten die Bahn bauen, weil die Ungarn die Predillinie nicht wollen. Die Verhinderung des Baues der zweiten Verbindung hatte eben den Zweck, Fiume zu heben, Triest zu unterdrücken. Wie sehr dies gelungen ist, lehren folgende Ziffern. Von 1887 bis 1897 hat zu- (+), beziehungsweise ab- (—) genommen:

	In Fiume	In Triest
Die Anzahl der eingelaufenen Schiffe . . .	+ 108 Percent	+ 16 Percent
Der Tonnengehalt der Schiffe	+ 96 „	+ 28 „
Der Land- und Seeverkehr	29 „	+ 1·8 „
Die Einfuhr zur See	+ 117 „	— 7 „

Sie sehen: in Fiume Fortschritt, in Triest Rückgang.

Und nun gar Bosnien! Die Ungarn, die 1878 die Occupation nicht wollten, haben heute den ganzen bosnischen Markt sammt Dalmatien an sich gezogen, während dieses Land, das von der Occupation reich zu werden hoffte, immer mehr verarmt, und wie eine Spinne haben sie das ganze Occupationsgebiet commerciell umstrickt. Wir haben auch eine Bahn, der aber plötzlich bei Banjaluka der Athem ausgeht. Die 70 Kilometer zum Anschluß ans bosnische Bahnnetz dürfen nicht ausgebaut werden! Ungarn aber hat dort zwei Bahnnetze ausgebaut. Ja, mit unserem eigenen Kronland Dalmatien dürfen wir über Ungarns Machtgebot keine Verbindung herstellen, und die abenteuerlichsten Pläne, Inselbahnen und dergleichen werden laut, um dieses Verbot zu umgehen! Noch mehr! Falls

heute die wirthschaftliche Trennung zwischen Oesterreich und Ungarn erfolgt, dann gehört der Orient vollständig den Ungarn; sie haben schon jetzt die Verbindung nach Constantinopel, und bei ihrer zielbewußten Politik werden sie die nach Salonich durchsetzen, wenn sie wollen. Wir Oesterreicher haben freiwillig den Ungarn den Orient abgetreten. Der ganze Handel von drüben gehört fast schon ihnen.

Infolge aller dieser zielbewußten Maßnahmen ging Ungarn in die Höhe, wir gingen hinunter. Geflissentlich bemühten sich die Ungarn, uns, ihr „Bruderland", von ihrem Markt zu verdrängen: Der Import nach Ungarn betrug

	1889	1894
aus Oesterreich	85·9	80·9
„ Deutschland	3·68	5·28
„ Frankreich	0·28	0·41

Man kann somit sagen, Ungarn ist das einzige Beispiel in der ganzen Welt, das in dem merkwürdigen Zustand sich befindet, alle Vortheile des Schutzzolles mit allen Vortheilen des Freihandels zu verbinden. Ungarn ist das einzige Beispiel einer solchen Doppelseitigkeit, und wir Oesterreicher müssen diese seltsame Rechnung bezahlen! Die Ungarn haben sich eine Zolllinie gegen Oesterreich geschaffen, wir Oesterreicher aber sind nicht geschützt gegen sie. Sie haben volles Einbruchsgebiet und können so ihre Industrie ungemessen fördern und sind überdies gegen das Ausland durch die gemeinsame Zolllinie geschützt.

Ein wichtiger Punkt des Ausgleichs ist die Bankfrage. Die Oesterreichisch-ungarische Bank, seit dem Ausgleich so genannt, ist beinahe ausschließlich mit österreichischem Gelde gegründet worden. Es ist klar, daß sie hauptsächlich unter österreichischem Einfluß stehen sollte. Wenn wir uns ein Institut gründen, so wäre es merkwürdig, wenn irgend ein Tatar es uns ohneweiters wegnehmen könnte. Die Ungarn aber haben dafür einen Rechtstitel gefunden: die Schulden der Bank kommen nämlich aus Ungarn. Vom Leihcapital der Bank befinden sich 40 bis 50 Percent in Ungarn. An Hypothekarschulden haften der Bank 139 Millionen aus, davon allein 121 Millionen aus Ungarn. Die Ungarn verlangen also nichts Geringeres, als daß die Schuldner über das Capital des Gläubigers verfügen sollen. Selbst der ehemalige ungarische Finanzminister Kerkapolyi wollte nicht mehr, als daß das Leihcapital nach dem Quotenverhältniß vertheilt sei. Sie wissen, daß Badeni und Bilinski die Bank den Ungarn ausgeliefert haben, indem sie in den Generalrath der Bank ebensoviel Ungarn als Oesterreicher ließen. Das Unglaubliche ist also geschehen. Mit anderen Worten: Wir Oesterreicher haben das Geld herzugeben, die Ungarn haben darüber zu verfügen. Die sogenannte Parität wurde hergestellt, das heißt, der ungarische Einfluß überwiegt.

Auf allen Gebieten bietet uns also der Ausgleich Schädigungen. Er kostet uns unsere Freiheit, unser Blut und unser Geld! Wir sind ja für die industrielle Entwicklung, auch Ungarns, wir wünschen auch den Ungarn ihre Demokratie, obzwar ja in Ungarn nur eine Gentrydemokratie besteht und die Betyarenwirthschaft dort am stärksten ist. Wir wollen nicht mehr haben als die volle Freiheit der politischen Entwicklung für uns Oesterreicher. In Wahrheit sind wir Oesterreicher nichts Anderes als der Schemel für die politische Machtentwicklung der Ungarn. Wir wollen nicht für die ungarische Entwicklung büßen. Wir wollen im eigenen Hause selbst Herren sein. Wir sind keine Freunde der Zolltrennung, noch weniger eines Zollkrieges, dessen Kosten ja in erster Linie wir selbst bezahlen müßten. Aber, Genossen, wenn wir gegen die Ungarn selbst Zolltrennung verlangten, so würden wir unseren Principien nicht das Geringste vergeben. Liebknecht hat 1875 auf dem Gothaer Parteitag gesagt: „Zum Schutze der socialen Arbeit brauchen wir Einfuhrzölle gegen solche Länder, die keinen kurzen Normalarbeitstag eingeführt und die Frauen- und Kinderarbeit nicht vernünftigen Beschränkungen unterworfen haben." Der maßlosen und wucherischen Ausbeutung der ungarischen Arbeiter ist zum größten Theile gewiß die ungarische Industrieentwicklung zu danken! Gegen einen solchen Staat könnten wir mit der größten Seelenruhe Schutzzölle verlangen! Aber wir begehren das gar nicht. Um jeden Preis haben wir bisher das Beisammensein bezahlt! Steht aber das Sache jetzt

noch immer so? Wenn die Ungarn heute ebenso energisch Zolltrennung oder Unterwerfung verlangen oder wenn sie es gar auf einen Zollkrieg ankommen lassen wollten, was lehrt uns dann die Zwischenverkehrsstatistik?

Wer über die Zwischenverkehrsstatistik spricht, muß mit einer Verwahrung anfangen. Sie ist bekanntlich erst zwei Jahre alt und wurde auf Grund des § 14 geschaffen. Ihre Daten sind nicht vollkommen verläßlich, weil sie auf dem Wege von Schätzungen gewonnen werden. Immerhin sind die großen Ziffern für uns beweisend genug, denn die Ungarn haben sie noch zu ihren Gunsten gefälscht. Die Ausfuhr an agrarischen Producten betrug 696·6 Millionen Kronen, die Ausfuhr nach Ungarn 81·8 Millionen Kronen, an Industrieproducten die Einfuhr aus Ungarn 230·1 Millionen, die Ausfuhr nach Ungarn 799·8 Millionen Kronen. Würde eine Trennung eintreten, so würden die Ungarn achtmal soviel an Agrarwerthen verlieren, während wir nur dreimal soviel an ausgeführten Industrieartikeln verlieren würden, die Ungarn verlören 614·8 Millionen, wir 569·7 Millionen. So muß man sagen, daß die Ungarn die Trennung zu fürchten haben, allerdings ginge unsere Industrie nicht ohne Wunden aus dem Kampfe hervor. Geschädigt werden könnten auf österreichischer Seite insbesondere folgende

Branchen	deren Einfuhr nach Oesterreich	deren Ausfuhr nach Ungarn beträgt
	Millionen Kronen	
Textilwaaren	44	333
Papier und Baumwolle	2·1	17·8
Lederwaaren	14·4	54·1
Kleider, Putzwaaren	11·2	68·9
Instrumente, Uhren, Kurzwaaren	1·4	40·5
Zucker	2·8	18·6
Maschinen	9·2	35·5
Glas	1·2	7·6
Thonwaaren	0·5	8·1

Dagegen sind weniger gefährdet: Eisen und Eisenwaaren mit 32·4 Millionen Kronen Einfuhr nach Oesterreich und 46·1 Millionen Kronen Ausfuhr nach Ungarn, und Holz, Kohle und Torf mit 34·7 Millionen Kronen Einfuhr nach Oesterreich und 29·6 Millionen Kronen Ausfuhr nach Ungarn.

Das sieht nun im ersten Moment ungünstig aus. Aber ob mit oder ohne Ausgleich, werden wir eben auf einen Theil dieser Ausfuhr verzichten müssen, weil gerade in diesen Industrien die Ungarn große Fortschritte gemacht haben, wie zum Beispiel nach dem Bericht der Prager Handelskammer der Glasexport nach Ungarn jährlich um 20 Percent abnimmt. Haben sie uns doch schon auf manchen Gebieten in unserem eigenen Lande verdrängt. Es ist zum Beispiel eine Thatsache, daß die Wiener Elektricitätswerke mit ungarischen Maschinen arbeiten. Ungarisches Oberleder aus Lipto-Szent-Miklos geht nach Prag, die chemische Industrie macht uns insbesondere auf dem Gebiete der Schwefelsäure- und Kunstdüngerfabrication gefährliche Concurrenz. Aber gar so einfach ist die Schaffung einer Industrie doch auch nicht. So leicht kann ein Barbarenstaat zum Beispiel keine Textilindustrie aus dem Boden stampfen, dazu gehört nicht nur Capital — das die Ungarn übrigens nicht haben — sondern auch geschulte Arbeiter! Der turanische Standpunkt der Arbeiterschutzlosigkeit kann auch in Ungarn nicht fortbestehen! Es wird der Augenblick kommen, wo auch die ungarische Arbeiterschaft energisch aufstehen wird und Arbeiterschutzgesetze verlangen wird. (Beifall.) In dem Augenblick wird die Concurrenzfähigkeit der ungarischen Industrie sehr zweifelhaft sein. Je mehr fremde Arbeiter die neuen Industrien brauchen, desto mehr „unruhige Elemente“ sammeln sich an, nach Heine's Wort: „Ausländer, Fremdlinge zumeist sind's, die bei uns gesäet den Geist der Rebellion“ &c.

Die österreichische Industrie würde also noch auf lange Zeit trotz der Trennung ihre Producte in Ungarn verkaufen können, und in der Zwischenzeit, entsprechend ihrer leichteren Beweglichkeit, neue Absatzmärkte suchen können. Die österreichische Industrie wird eben aus ihrem Schlaf aufwachen müssen. Wir haben also lange nicht soviel zu fürchten von der Trennung wie die Ungarn. Die

ungarischen Werthe sind überdies alle autochthon, an Ort und Stelle erzeugt. Von Industrieproducten, die wir ausführen, sind dagegen 25 Percent nicht in Oesterreich erzeugt.

Wie steht es nun aber mit dem Absatz der Ungarn? Die Ungarn haben agrarische Producte zu verkaufen, sind also viel weniger beweglich als ein Industrieland. Darum sind wir vor Allem nicht so abhängig von ihnen, wie sie von unseren Industrieartikeln. Wir können unser Getreide sehr leicht aus Argentinien und Rußland beziehen! Wo aber werden die Ungarn ihre agrarischen Producte los werden? Der Weltmarkt ist versorgt und schon deshalb wäre das unmöglich, weil der Weltmarktpreis des Getreides ein viel billigerer ist als der ungarische. Der Durchschnittspreis des Metercentners betrug in Kronen

	in Wien	in London
1898	24·75	19·32
1899	18·28	14·80
1900	17·36	15·24

Und betrachten Sie die Landkarte: Wie mit einer eisernen Klammer könnten wir Ungarn von ganz Mitteleuropa abschließen. Und durch eine rücksichtslose Eisenbahnpolitik, durch die Verstaatlichung der Staatseisenbahngesellschaft, durch die wir Marchegg und Bruck, die wichtigsten Einbruchsstellen Ungarns, in die Hand bekämen, könnten wir ihnen den Rest geben! Die Ungarn müßten buchstäblich in ihrem eigenen Fett, auch in ihrem Schweinfett, das sie ausführen, ersticken. (Heiterkeit.) Es wäre das eine der furchtbarsten Katastrophen für sie. Wir als älteres Industrieland haben nicht nur in Ungarn unseren Absatz, und können überdies, wie gesagt, andere Märkte suchen. Die Ungarn aber setzen beinahe Alles in Oesterreich ab! 72 Percent der Gesammtausfuhr der Ungarn gehen nach Oesterreich, während von uns nur 39 Percent nach Ungarn gehen.

Die Bankfrage wird von Vielen als der springende Punkt des Ausgleichs angesehen. In England, sagen sie, wären Badeni und Bilinski wegen ihrer schmählichen Felonie in diesem Punkt in früheren Jahrhunderten gehängt worden. Wir hätten auch hier die Trennung nicht zu fürchten. Unsere Bank hat einen so großen Goldbestand, daß unsere Geldverhältnisse nichts von ihrer Constanz verlören. Die Ungarn aber haben nicht soviel Gold, sie müssen unbedeckte Noten ausgeben, ihre Valuta käme ins Wanken, ihr Credit müßte sinken. Der Zinsfuß bei den Ungarn würde bedeutend steigen, bei uns sinken. Wittelshöfer, ein Kenner dieser Dinge, hat einmal für diesen Fall eine kurze Hausse und eine dauernde Baisse in Ungarn vorausgesagt.

Welche Stellung nimmt nun Parlament und Regierung ein? Wir haben bisher Minister gehabt, die von all den Dingen nichts verstanden haben. Thun, Badeni haben mit ihrer Unwissenheit einen großen Theil ihrer Verbrechen entschuldigen können. Von Herrn v. Körber kann man glauben, was man will. Man mag ihn für modern oder nicht, für einen Politiker oder das Gegentheil halten, Eines ist gewiß: den Ausgleich kennt er bis in seine letzten Fasern. Er versteht ihn bis in die kleinsten Detailfragen. Er wird sich nicht ausreden können wie seine Vorgänger. Mit dem System, das nun 35 Jahre besteht, muß gebrochen werden. Wenn er in dem Moment der Entscheidung sich auf einen Schacher einläßt, so bedeutet das einen eben solchen Verrath, wie der, den Badeni als Unwissender verübt hat. Es ist möglich, daß Herr Körber durch eine Veterinärconvention und durch eine unter furchtbaren Drohungen ihm „abgerungene" kleine Erhöhung der Weinzollclausel die Agrarier und durch einige Zölle oder durch sprachliche Concessionen die Czechen kaufen wird, die Deutschen wird er ohnehin in der Tasche haben, die sind immer zu haben. Eine Majorität kann Herr Körber kriegen! Nicht um politische Quengeleien, nicht um Majoritätsschacher handelt es sich hier. Herr v. Körber muß da mehr als ein feiner Entwirrer sein! Jetzt wird er auch Muth nach oben zeigen müssen, wenn er Oesterreich retten will.

Da wird seit Monaten ein irreführender Zeitungskrieg geführt. Die „Neue Freie Presse" redet immer nur von den Rohstoffzöllen. Das ist ein so perfides Spiel, wie wenn bei einem Gang durch die Judengasse Jemand viel zu hohe Preise angeboten erhält, damit er den scheinbar billigsten, aber noch immer zu

theuren Preis zahlt. Die Rohstoffzölle werden nur hervorgehoben, damit die Ungarn dann einen Scheingrund zum Jammern und wir einen Scheingrund zum Jubeln haben. Das Gleiche gilt von der Loyalitätsclausel, durch die man uns fortwährend zu hypnotisiren sucht. Wenn zwei Leute einen Vertrag schließen, so ist die Voraussetzung, daß sie ihn halten wollen. Aber es ist doch Blödsinn, in einen Vertrag die Bestimmung aufnehmen zu wollen: Du Anderer mußt ein anständiger Mensch sein! Wenn das erst nothwendig ist, dann ist es auch überflüssig und zwecklos.

Aber stehen denn heute die Ungarn überhaupt noch auf dem Standpunkt der Trennung, des aut aut?

Im Jahre 1870 ist ein Oesterreicher, der in einer Versammlung für die Personalunion eintrat, wegen Hochverraths angeklagt worden. Heuer hat der österreichische Ministerpräsident die Trennung angedroht, die ja auch zur Personalunion führen würde, und die Welt ist nicht eingestürzt, Herr v. Körber sprach das eine aut aus, aber vergebens warten wir auf das antwortende aut von jenseits der Leitha! Nichts ist geschehen, als daß Herr v. Szell auf Körber bös wurde. Na, das können wir schließlich vertragen. Aber was sagen die anderen maßgebenden Factoren in Ungarn? Schon vor drei, vier Jahren hat sich die Budapester Handelskammer — nicht erst heuer, wie die „Neue Freie Presse" meinte — gegen eine Zolltrennung ausgesprochen. Vom verstorbenen Minister Horanszky erzählte man, er habe ein Testament zu Gunsten der Zolltrennung hinterlassen, es war nicht wahr, er war entschieden für das Vertagsverhältniß. Apponyi, der ehemalige Führer der Unabhängigkeitspartei, deren Stellung zum Ausgleich schon in ihrem Namen angegeben ist, also angeblich auch ein Gegner des Bündnisses, hat jüngst in Jaszberenyi erklärt, daß gegenwärtig das Vertragsverhältniß eine wirthschaftliche Nothwendigkeit ist! Wer sich in Ungarn von der verantwortungslosen Phrase freigemacht hat, der ist für ein Vertragsverhältniß, und daß das ungarische Parlament einen Kampf mit Oesterreich ablehnen wird, dafür bürgt seine Zusammensetzung: es besteht zu drei Viertel aus Agrariern, für die der Zollkampf den totalen Ruin bedeuten würde. Heute sind wir es, die sagen: Entweder ... Die Ungarn sagen aber nicht: Oder. Wir wollen von den Ungarn nichts erpressen, aber unsere wirthschaftliche und politische Entwicklung wollen wir frei haben! Wenn Herr v. Körber ein Staatsmann in großem Stil sein wollte, dann würde er nicht in kleinlichem Schacher sich ergehen, sondern er würde erklären: Oesterreich muß zugrunde gehen, wenn dieses System so weiter geht. Freiheit der Entwicklung oder Trennung. Niemals war der Augenblick dazu so günstig als jetzt.

Wenn die großen wirthschaftlichen Einheiten unsere Lebenshaltung herabdrücken, uns abhängig machen, so sind wir gegen sie. Um jeden Preis schwärmen wir nicht für die Einheit. Wir haben es satt, die tugendhaften Don Quixotes der Gesammtstaatsidee zu sein. Die Trennung aber wäre ja nur ein heilsames Mittel, um zu gesunden, zu natürlichen Zuständen zu gelangen. Die Völker Oesterreichs haben andere Interessen als die Dynastie. Wenn uns fortwährend pathetisch vom Gesammtstaat geredet wird, so sagen wir: Wir haben andere Vorstellungen vom Gesammtstaat als Ihr: wenn Euere Gesammtstaatsidee lautet: Infanterie, Cavallerie, Artillerie und Gendarmerie, so heißt unser Großmachtsideal: Achtstundentag, politische Rechte, hohe Löhne und freie Schule. Dieselben Ideen, die all unser übriges Handeln bestimmen, leiten uns auch in dieser Frage. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Dr. **Adler**: Es ist selbstverständlich, daß wir in dieser Frage, wie das der Referent ausgeführt hat, in erster Linie die Interessen der Arbeiterclasse in Oesterreich vertreten, aber nicht die Interessen dieser allein, sondern auch die aller übrigen breiten Volksschichten. Es scheint mir aber nothwendig, in dieser Frage, die eine internationale Arbeiterfrage ist, klarzustellen, wie unser Verhältniß zu den ungarischen Arbeitern ist. Es ist das deshalb nothwendig, weil sonst zwischen den ungarischen Genossen und uns Mißverständnisse entstehen könnten, ja vielfach schon entstanden sind. Es ist klar, daß ebenso, wie wir mit der größten Entschiedenheit die Interessen der Arbeiter Oesterreichs

wahren, unsere ungarischen Genossen die Interessen der ungarischen Arbeiter wahren müssen. Es muß deutlich ausgesprochen werden: Nichts, was wir hier beschließen, soll so ausgelegt werden, als würden wir die Entwicklung Ungarns zum Industriestaat irgendwie hemmen oder beeinträchtigen wollen. Ich bin damit nicht im Widerspruch mit dem Referenten, aber ich dachte, daß es ganz besonders hervorgehoben werden muß, daß wir da mit unseren ungarischen Parteigenossen vollständig solidarisch sind.

Wir haben an der Entwicklung Ungarns zum Industriestaate auch ein großes politisches Interesse. Die Zustände in Oesterreich, die Rückständigkeit in der socialpolitischen Gesetzgebung und in der Lage des Arbeiters ist vielfach auch dadurch bedingt, daß unser nächster Nachbar ein Staat ist, wo der Arbeiter absolut rechtlos ist, wo noch so barbarische Zustände herrschen, wie bei uns vor 20 oder 30 Jahren. Das kann nur überwunden werden, und es kann in Ungarn nur eine lebensfähige Socialdemokratie entstehen, in dem Maße als sich ein regelrechtes Industrieproletariat ausbildet. Ich möchte von hier aus den Genossen in Ungarn die Versicherung geben, daß wir nicht wünschen, sie auf dem Wege des Aufschwunges aufzuhalten. Aber es muß uns unbenommen bleiben, daß wir uns auf das Aeußerste dagegen wehren, zu Gunsten des Auslandes ausgebeutet zu werden. Wir wollen die Einigung, so wie sie uns Dr. Ellenbogen dargelegt hat, wir glauben aber, daß eine ehrliche Einigung erst möglich sein wird, wenn sich eine ehrliche Trennung vollzogen haben wird.

Unsere Abgeordneten werden im Parlament eine schwere Aufgabe vor sich haben. Sie werden unstreitig einer fertigen Sache gegenüberstehen. Wenn der Ausgleich einmal von den Ministern abgeschlossen ist, wird man im Reichsrathe sagen: Nun hast du ihn zu schlucken mit Haut und Haar. Friß oder stirb! Nun ist ja das Fressen sehr unangenehm, aber das Sterben ist für Viele noch unangenehmer. (Heiterkeit.) Unsere Genossen werden da zu zeigen haben, daß sie um keinen Preis fressen wollen. (Heiterkeit.) Das wird umso schwerer sein, als die Opposition der Anderen gegen den Ausgleich die verlogenste ist, die man sich vorstellen kann. Man kann es schon heute prophezeien: Es werden jene Parteien, die am meisten über die Magyaren geschimpft haben, vor Allen die Christlich-Socialen und sämmtliche agrarische Parteien, ein ungeheueres Geheul anfangen, aber mit dem festen Entschlusse, unbedingt nachzugeben. Die Gründe sind dann bald beschafft. Wenn es früher geheißen hat, daß man die Judäomagyaren aus dem Sattel heben will, wird sich auf einmal doch vielleicht eine Beziehung zum Terminhandel ergeben, die es ermöglicht, für den Ausgleich zu sein. Es wird sich irgendein Mantel finden, mit dem umhüllt man den Verrath begehen kann. Da wird es für unsere Abgeordneten eine schwierige Aufgabe sein, unsere Meinungen in dieser Frage ganz klar und für die ganze Bevölkerung unmißverständlich darzustellen. Wir dürfen hoffen, daß unsere Abgeordneten der Aufgabe gewachsen sein werden, aber es wird nothwendig sein, daß sich auch weitere Kreise der Partei und der Parteipresse mit den Einzelheiten der Frage beschäftigen. Wir werden in der nächsten Zeit eine sehr ausgiebige Agitation entfalten müssen. Nicht als ob ich meinte, daß wir dadurch die Annahme des Ausgleiches abwenden könnten, aber ich meine doch, daß es von großem Vortheil sein wird, daß, wenn Oesterreich wieder ausgeliefert wird, die Arbeiter und auch die übrige Bevölkerung wisse, was geschehen ist und wer die Einzigen waren, die bis zum letzten Moment und mit aller Kraft sich dagegen zur Wehre gesetzt haben. (Beifall.)

Brod (Wien): Die Resolution gipfelt darin, daß wir sagen: Wir lassen uns scheiden, um uns dann umsomehr lieben zu können. Das ist aber für gewöhnlich doch nicht so, und ich glaube auch, daß das hier ein frommer Wunsch bleiben wird. Trotzdem bin ich für die Resolution. Wir haben gegen unsere ungarischen Genossen ja nichts, aber es wäre Selbstmord und würde auch eine Verletzung unserer Principien sein, wenn wir uns aus lauter Liebe zu den Ungarn das Fell über die Ohren ziehen ließen. Ich nehme die Zahlen, die Dr. Ellenbogen angeführt hat, nicht gar so tragisch, aber ich lege das Hauptgewicht darauf, daß in Ungarn thatsächlich die Arbeiter rechtlos sind und daß die Industrie dort auf

Kosten der Arbeiter einerseits und auf Kosten Oesterreichs andererseits gefördert wird. Dagegen können wir auftreten und deshalb bin ich für die Resolution.

Die Debatte wird geschlossen. Bei der Abstimmung wird die von der Parteivertretung vorgeschlagene Resolution **37** einstimmig angenommen.

Sodann wird zur Wahl der Parteivertretung geschritten.

Zu Scrutatoren werden gewählt: Frömmel (Teplitz), Aster (Karbitz), Patzner (Teplitz).

Im Namen der Wahlcommission erstattet

Schloßnickl (Sternberg) folgenden Vorschlag: In den engeren Parteiausschuß: Dr. Victor Adler, Anna Boschek, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Engelbert Pernerstorfer, Julius Popp, Franz Schuhmeier, Ferdinand Skaret, Josef Tomschik. In die Controle: Heinrich Beer und Laurenz Widholz (Wien), Josef Seliger (Teplitz), Anton Schäfer (Reichenberg), Julius Spielmann (Linz), Jacob Prähauser (Salzburg), Dr. Ludwig Czech (Brünn), Hans Resel (Graz).

Dr. **Stark** (Karlsbad): Im Namen meines Wahlkreises möchte ich einen partiellen Gegenvorschlag machen. Das soll nicht deshalb geschehen, weil wir etwa gegen einen der vorgeschlagenen Genossen etwas einzuwenden hätten. Nicht persönliche, sondern ausschließlich sachliche Gründe sind für uns maßgebend. Dadurch, daß die Mitglieder der Parteivertretung in Wien wohnen müssen, ist das Wiener Milieu auf die Parteivertretung von so großem Einfluß. Die Parteivertretung ist dadurch der Gefahr ausgesetzt, zu einer Interessenvertretung von Wien und Niederösterreich zu werden, sich vorwiegend von den Interessen dieser leiten zu lassen, zu Ungunsten der übrigen Provinzen. Wir wollten ursprünglich den Antrag stellen, daß auch die Controle an den Berathungen theilnehme, aber wir haben den Antrag aus finanziellen Gründen fallen lassen. Aber eine Aenderung ist doch nöthig. Uns ist in Wien ein Genosse bekannt, der die nordböhmischen Verhältnisse genau kennt, Dr. Verkauf. Es ist nothwendig, daß Jemand in der Parteileitung ist, der begreift, daß es außer dem Kampf gegen die Christlich-Socialen noch andere wichtige Dinge in Oesterreich gibt.

Vorsitzender **Popp**: Als Dr. Verkauf den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises, der gestern abgelehnt wurde, las, wußte er sofort, wo der Antrag hinziele. Er nahm mit unserem Parteisecretär Rücksprache und erklärte, daß er eine Wahl entschieden ablehnen würde.

Dr. **Adler** (Wien): Wenn auch gegen den Wunsch, einen bestimmten Genossen in der Parteivertretung zu haben, nichts einzuwenden ist, so ist umsomehr gegen die Begründung dieses Wunsches durch Dr. Stark einzuwenden. Es geht nicht, daß man, um angeblich eine Interessenvertretung im Parteivorstand auszuschließen, sie erst recht einführt. Denn um nichts Anderes handelt es sich Ihnen hier. Auf das Sachliche einzugehen, fehlt mir die Lust. Nur Eines möchte ich geltend machen. Wenn ich auch zugeben will, daß Dr. Verkauf die Verhältnisse in Deutschböhmen sehr genau kennt, so muß ich doch sowohl persönlich als auch im Namen einer ganzen Anzahl Mitglieder der Parteivertretung dagegen protestiren, daß man so thut, als ob wir diese Verhältnisse nicht kennten, und ich glaube ohne Unbescheidenheit sagen zu können, daß wir diese Verhältnisse sogar schon zu einer Zeit kannten, wo sie noch nicht ganz so entwickelt waren wie heute. Ich bin überzeugt, daß die deutsch-böhmischen Genossen ihre Angelegenheiten in den Händen der Genossen, die sich bis heute damit befaßt haben, für nicht schlechter verwaltet ansehen, als das dann wäre, wenn Dr. Verkauf auch darin wäre.

Was hier gegen uns gesagt wurde, ist in Bezug auf eine unserer wichtigsten Functionen ein Mißtrauensvotum. Ich will gar nicht von dem excessiven Angriff sprechen, daß die Parteivertretung nur die Vertretung einer Provinz sei — das war wohl nur eine Redeblume, denn wenn man solche Behauptungen im Ernst ausspricht, so hätte man sie wohl begründen müssen. Nicht immer, wenn man anderer Ansicht ist als die Parteivertretung, hat man schon recht (Heiterkeit), und es mag ja sein, daß Wien ein ungeeigneter Punkt ist, um Oesterreich zu übersehen, aber der Beweis wäre erst herzustellen, daß Karlsbad mehr Objectivität garantirt.

(Heiterkeit.) Wir sind in einer unangenehmen Position. Wir sollen uns vertheidigen, und es wurde nur ein Angriff unternommen, aber ohne Belege. Die Hauptsache ist aber, daß es nicht eingeführt werden darf, daß man in die Parteivertretung Leute wählen will, die für einen bestimmten Wahlbezirk wichtig sind. Womit ich nichts dagegen gesagt haben will, daß Dr. Verkauf einstimmig gewählt werde. Nicht gegen die Person Dr. Verkauf's spreche ich, sondern gegen die Art der Begründung durch Dr. Stark, die wir uns auf das Allerentschiedenste verbeten haben möchten.

Es wird die Debatte geschlossen und die Wahl vorgenommen.

Es erscheinen als gewählt:

In die Parteivertretung: Dr. Victor Adler (124 Stimmen), Anna Boschek (126), Dr. Wilhelm Ellenbogen (125), Engelbert Pernerstorfer (114), Julius Popp (126), Franz Schuhmeier (122), Ferdinand Skaret (125) und Josef Tomschik (120). Die übrigen Stimmen waren zersplittert. Von ihnen entfielen 8 auf Dr. Verkauf, 7 auf Hueber und 3 auf Grosse. Andere hatten noch 2 oder 1 Stimme.

In die Parteicontrole: Heinrich Beer (Wien, 124 Stimmen), Dr. Josef Czech (Brünn, 126), Jacob Prähauser (Salzburg, 126), Hans Resel (Graz, 126), Adolf Schäffer (Reichenberg, 125), Josef Seliger (Teplitz 125), Julius Spielmann (Linz, 126) und Laurenz Widholz (Wien, 121 Stimmen). Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

* *
*

Beutel (Aussig) erstattet im Namen der Mandatsprüfungscommission Bericht. Es wurden alle Mandate für richtig befunden. Anwesend sind 119 Delegirte für 58 Bezirks-, 41 Local-, 15 Wahlkreis- und 3 Landesorganisationen und 2 Frauenorganisationen, ferner 4 Industrieverbände, 6 politische und 2 Fachblätter, dann das Frauen-Reichscomité, die Gewerkschaftscommission und die Controlcommission.

Schluß der Vormittagssitzung um halb 1 Uhr.

Nachmittagssitzung:

Vorsitzender **Popp** eröffnet um 2 Uhr die Sitzung. Zu Punkt 6a der Tagesordnung: **Parlamentarische Thätigkeit**, erhält das Wort als

Berichterstatter **Pernerstorfer** (Wien): Mein Referat wird nicht so sehr ein Bericht über jene Thätigkeit sein, über die Sie sich in der „Arbeiter-Zeitung" ausführlich orientiren konnten, ich werde vielmehr das Hauptgewicht auf jene Fragen legen, die in der Presse und in der Partei eine Controverse hervorgerufen haben.

Es wird Ihnen Allen lebhaft in Erinnerung sein die Session von 1901 bis zum Sommer, die ausgefüllt war durch die sogenannten wirthschaftlichen Reformen, Eisenbahnen und Wasserstraßen. Es ist dem Verbande damals schon der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht gleich vom Anfang an energisch seine oppositionelle Stellung betont habe. Nun wurde schon auf dem Gesammtparteitag nachgewiesen, wie unberechtigt dieser Vorwurf ist. Wir haben immer dort, wo es sich um wichtige parlamentarische Rechte gehandelt hat, gleich durch scharfes Eingreifen verhindert, daß etwa eine Praxis eintrete, die irgendwelche parlamentarische Rechte beschneidet. Ich erinnere Sie nur daran, daß es die Socialdemokraten waren, die den Ausschlag gaben, daß im Frühjahr 1901 das Interpellationsrecht, das schon in früheren Sessionen arg beschnitten worden war, wider dem Wortlaut der Geschäftsordnung gemäß behandelt werden mußte. Bei dieser Gelegenheit erlauben Sie mir gleich auf die strittige Frage einzugehen, die damals schon erörtert wurde. Man hat gegen den Verband den Vorwurf erhoben, daß er womöglich gleich vom Anfang an durch Obstruction das Parlament hätte ruiniren sollen. Der Grundgedanke, von dem man ausging, war der, daß, wenn es gelänge, das Parlament abermals zu sprengen, vielleicht von obenher das käme, was wir anstreben: das allgemeine, gleiche,

directe Wahlrecht. Nun war die politische Lage aber so, daß eine Aussicht auf diesem Wege, auch wenn er gangbar gewesen wäre, wirklich zum allgemeinen Wahlrecht zu kommen, versperrt war, und daß man die Verantwortung, daß uns vielleicht für längere Zeit hinaus eine Tribüne genommen worden wäre, die für uns von ungeheuerster Wichtigkeit ist, auf sich geladen hätte. Wenn die socialdemokratischen Abgeordneten im österreichischen Parlament vielleicht als Abgeordnete zweiter Güte behandelt worden wären, wenn die Gleichberechtigung unseres Verbandes mit allen anderen Verbänden nicht gleich vom Anfang an anerkannt worden wäre, dann wäre die Sache für uns anders gestanden. Nun hat sich gezeigt, daß alle maßgebenden Factoren weit entfernt davon waren, der socialdemokratischen Fraction, so klein sie auch war, irgendeines der Rechte zu nehmen, die dem parlamentarischen Verband überhaupt zustehen. Man ist sogar so weit gegangen, unserem Verbande, der einer der kleinsten des Hauses ist, eine Stelle im Bureau des Hauses anzutragen. Wir haben sie abgelehnt, wohl aber haben wir in Bezug auf die Besetzung der Ausschüsse alle uns angebotenen Rechte in Anspruch genommen. Es war von allem Anfang an nicht sofort sicher, ob bei unserer geringen Zahl uns sofort in allen Ausschüssen Sitze eingeräumt worden wären. Aber es hat sich gleich in den ersten Tagen gezeigt, daß man gar nicht daran dachte, uns auszuschließen, so daß wir jetzt thatsächlich in allen Ausschüssen Sitz und Stimme haben.

Es sind damals sogenannte Obmännerconferenzen eingeführt worden, um die parlamentarische Geschäftsführung einverständlich mit Beiziehung aller Parteien zu ordnen. Es ist das keine neue Form parlamentarischer Berathung. Der deutsche Reichstag hat den sogenannten Seniorenconvent, der die Geschäftsfolge des Hauses festsetzt. Wir wurden zu dieser Obmännerconferenz auch eingeladen, und es hat damals auch Genossen gegeben, die meinten, wir sollten diese Conferenz nicht beschicken, ein Standpunkt, den man vielleicht dann goutiren könnte, wenn man überhaupt gegen den Parlamentarismus eine Kampfstellung einnehmen würde. Aber seit der Reorganisation der österreichischen Partei Ende der Achtzigerjahre sind wir nicht auf dem Standpunkt der Nichtintervention gestanden, wir sind im Gegentheil der Meinung, daß wir überall eindringen müssen, und es ist selbstverständlich, daß wir mit Corporationen, in die wir eindringen, als mit bestehenden Realitäten rechnen müssen und uns dort gewissermaßen häuslich einrichten. Aber dieselben Gründe, die dagegen sprechen, daß wir auf die Zerstörung des Parlamentes hinarbeiten, sprachen dafür, daß wir uns auch an der Obmännerconferenz betheiligen.

In späterer Zeit wurde wiederholt von Parteigenossen an den Verband die Aufforderung gerichtet, in Obstruction zu treten, und erst in letzter Zeit haben viele Genossen gemeint, der Verband solle durch Obstruction die Fahrkartensteuer verhindern. Da muß man nun auf Folgendes aufmerksam machen: Je länger wir uns von der Obstructionszeit entfernen, umsomehr wird sich die Neigung, bei jeder Gelegenheit das Wort „Obstruction" zu gebrauchen, verlieren. Ich will gleich sagen: man ist im Irrthum, wenn man glaubt, daß die Obstruction, die wir erlebt haben, schon alle Mittel der parlamentarischen Obstruction erschöpft hätte. Unsere Geschäftsordnung ist so gemacht, daß sie noch immer eine Fundgrube von neuen Obstructionsmitteln ist, und es ist nur eine Frage der physischen und der Zeitanstrengung, die man anwenden will. Aber wenn die Obstruction noch so leicht ist, so muß den Genossen doch klar sein, daß es nicht angeht, bei jeder unangenehmen Vorlage im Abgeordnetenhaus mit der Obstruction zu drohen. Das Wesen des Parlamentarismus besteht nun einmal darin, daß die Majorität im Recht ist und wir dürfen nicht bei jeder Gelegenheit Obstruction treiben wollen. Wir wissen genau, daß die Grenzen für uns sehr eng gesteckt sind, ja, daß wir wirklich nur im äußersten Nothfall, besonders dort, wo parlamentarische Rechte beeinträchtigt werden, zur Obstruction schreiten dürfen. Diese Einsicht macht sich allmälig auch unter den Parteigenossen immer mehr und mehr geltend. Im Herbst wird uns der Minister den Ausgleich vorlegen, und das österreichische Parlament wird den Ausgleich fressen. Die socialdemokratischen Abgeordneten, die principiell den Aus-

gleich bekämpfen werden, werden auch da wohl nicht in der Lage sein, den Vogel zum Sterben zu bringen. (Rufe: Wie können Sie das jetzt schon sagen?) Ich halte es für thöricht, mit etwas zu drohen, was man nicht durchführen kann, Ich habe vorhin gesagt, wie leicht man mit der Geschäftsordnung unseres Parlaments Obstruction machen kann. Das gilt theoretisch, aber darum noch immer nicht praktisch. Die bürgerlichen Parteien werden ihren Massen schon einzureden wissen, daß der Ausgleich ein Erfolg ist. Wir würden also auch nicht in der glücklichen Lage sein, die großen Massen hinter uns zu haben. Eine Obstruction ist aber praktisch nur dann möglich, wenn die große ausschlaggebende Masse hinter den Obstructionisten steht. (Beifall.)

Als im Herbst das Parlament zusammentrat, schien es durch zwei Monate, als ob in der That wieder eine parlamentarische Krise eintreten werde, daß es sich wieder um Leben und Sterben des Parlaments handle. Es schien, als ob Diejenigen recht behalten sollten, die gesagt hatten, das Parlament werde nicht lange leben. Die Verhandlungen des Ministeriums mit den verschiedenen Parteien schleppten sich lange hin, und als nach Neujahr der Budgetausschuß wieder zu arbeiten begann, war keine Sicherheit vorhanden, ob das Parlament nach so langer budgetloser Zeit wieder das Budget verhandeln werde. Im Herbste vorigen Jahres hat Dr. Körber dem Parlament zugeredet, zuerst milde, dann stärker, und endlich sogar gedroht, doch ein Parlament zu sein, um von seinem Rechte Gebrauch zu machen, so daß der Fernestehende glauben mußte, als ob Herrn v. Körber nichts mehr am Herzen läge als ein starkes Parlament, obwohl doch jeder Sachkundige sah, daß er das Parlament nur zum gefügigen Werkzeug seiner Bestrebungen machen wollte. Denn charakteristisch ist der Umstand, daß überall dort, wo das Haus etwas einstimmig beschloß, was Herrn Körber nicht angenehm war, dieser nichts that, um den Beschluß durchzuführen, ja, daß er seine Versprechungen durch Monate nicht gehalten hat, wie er es zum Beispiel mit dem Preßgesetz gethan hat.

Der Verband hat durch seine Redner sowohl bei der Katastrophe im Jupiter-Schacht wie bei der Affaire von Triest den Standpunkt der Partei klar und energisch vertreten; Daszynski hat in zwei bedeutsamen Reden im Interesse des Proletariats und des demokratischen Gedankens gegen den Militarismus gesprochen. Sie erinnern sich seiner Rede über die Affaire Mattachich und gegen die Institution der Delegationen, die er als Erster im Parlament in ihrer ganzen Nichtigkeit beleuchtet hat. Es ist Ihnen bekannt, daß wir im Parlament wiederholt die Schande aufgedeckt haben, die mit dem Namen Axmann verknüpft ist, und daß es uns endlich gelungen ist, was Mancher in Oesterreich für unmöglich gehalten hat, Axmann wirklich zum Weichen zu bringen.

Am 20. Februar endlich begann die Budgetdebatte, ein seit Jahren ungewohntes Schauspiel. Bei dieser Gelegenheit sind uns nun bedeutsame Vorwürfe gemacht worden, daß wir der sogenannten Contingentirung der Redner zugestimmt haben. Ich weiß nicht, ob Sie eine Ahnung haben, wie schwer man im Parlament zu Worte kommt. Wenn ein wichtigerer Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt wird, so sagt der Präsident: Die Einzeichnung in die Rednerliste ist morgen, eine halbe Stunde vor der Haussitzung in meinem Bureau. Am nächsten Tage um halb 10 Uhr kommen nun in das Präsidentenbureau 100 bis 200 Mitglieder, die alle auf einmal eingezeichnet werden sollen. Da hat sich nun seit Jahren die Uebung ausgebildet, daß die Reihenfolge der Redner ausgelost wird. Es findet also eine Lotterie statt. Da kann es nun der Zufall bringen, daß eine Partei die ersten Plätze besetzt, aber auch, daß sie nur die letzten Plätze erhält, also gar keine Aussicht mehr hat, zu Wort zu kommen. Als nun die Budgetdebatte beginnen sollte, hat der Präsident in Erwartung des großen Andranges die Abgeordneten nicht in sein Bureau, sondern in den Budgetsaal des Hauses kommen lassen. Es war wie eine Völkerwanderung, als die Auslosung begann. Zum zweiten Punkt meldeten sich Hunderte von Rednern, und für das ganze Budget hatten sich ein paar Dutzend Redner gemeldet. Nun hat man die Obmännerconferenz einberufen und hat über einen anderen Modus berathen. Die verschiedensten und thörichtesten Anträge wurden gestellt; endlich kam man

darauf, jeder Partei nach ihrer Größe eine gewisse Anzahl von Rednern zu gewähren, die Redner, wie Einer scherzhaft bemerkte, zu „contingentiren". Eine ähnliche Uebung ist im deutschen Reichstage, wo auch „nach Parteien" gesprochen wird. Dort zeichnen sich die Redner ein, und der Präsident vergibt die Reden nach Gutdünken, und zwar so, daß jede Partei zum Worte kommt. Daß wir auf die Contingentirung eingegangen sind, über die die „Arbeiter-Zeitung" sich weidlich lustig gemacht hat, hat man uns zum Vorwurf gemacht. In der That, unser Einspruch hätte die Contingentirung verhindern können, die nur dann zu Stande kommen konnte, wenn Alle einverstanden waren. Wir haben nun kühl nachgerechnet und haben uns gesagt: Wenn wir auf diesen Modus eingehen, so haben wir die Sicherheit, bei jedem größeren Capitel einen sicheren Redner zu haben; wenn nicht, so riskiren wir, bei wichtigen Angelegenheiten, bei denen wir sprechen mußten, überhaupt nicht zum Worte zu kommen. Deshalb haben wir zugestimmt. Allerdings hat dieses System nicht den erwarteten Erfolg gehabt, daß dadurch die Budgetdebatte abgekürzt werden würde, wie ich es übrigens von allem Anfange an vorhergesagt habe.

Ich habe das deshalb so ausführlich auseinandergesetzt, weil der Vorwurf, der uns gemacht wurde, eine gewisse Berechtigung zu haben scheint. Uebrigens haben wir auch während der Budgetdebatte wiederholt durch Dringlichkeitsanträge über andere wichtige Dinge gesprochen, so am 28. Februar mit dem Dringlichkeitsantrag wegen der Preßreform, wo Rieger in einer großen Rede unsere Forderungen begründete, am 30. April mit dem Dringlichkeitsantrag wegen der Grubenkatastrophe in Brüx; am 15. Mai sprach Daszynski über die Delegationen, am 2. und 4. Juni über die Vorfälle in Lemberg. Außerdem ist es wesentlich unser Verdienst, daß das kindische Gesetz über den Ingenieurtitel mitten in den Berathungen von der Tagesordnung abgesetzt wurde und daß das Gesetz über die Verhältnisse bei den Regiebauten der Eisenbahnen durchging.

Sie werden auch den Kampf, den die „Arbeiter-Zeitung" gegen das Parlament führt, genau kennen, und Sie können überzeugt sein, daß der Grundgedanke des Kampfes bei uns Abgeordneten gewiß volles Verständniß findet. Da wir nicht der Meinung sind, daß es in der nächsten Zeit möglich sein wird, dieses Parlament wegzufegen, so müssen wir innerhalb des Parlaments die Interessen der organisirten Arbeiterschaft zu vertreten suchen. Innerhalb des Parlaments können wir die Aufgabe, das Parlament zu spornen und zu peitschen, nur erfüllen, wenn hinter uns die organisirten Massen stehen. Wir glauben aber, daß einige Zeit vergehen wird, bevor wir wieder einen offensiven Vorstoß machen können, wie er in den Neunzigerjahren vollzogen wurde. So unvollkommen die Vertretung des Proletariats heute im Abgeordnetenhause ist, theoretisch ist der Arbeiterschaft das Thor des Parlaments aufgemacht worden, und jenes Argument, das in den Neunzigerjahren so oft mit Recht ausgesprochen wurde, daß das Abgeordnetenhaus für die Arbeitermassen nicht zugänglich sei, ist heute hinfällig. Wir haben in der Partei heute drei Hauptformen, in denen sich unser Leben abspielt und in denen wir unsere Macht zum Ausdruck bringen können: unsere politische und gewerkschaftliche Organisation, unsere Presse und das Parlament. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir durchaus nicht immer und jederzeit in der Lage waren, Alles zu thun, was gethan werden mußte, oder Alles so zu thun, wie es am besten hätte gemacht werden können. Aber andererseits glaube ich, darf uns das Zeugniß nicht versagt werden, daß wir mit allen unseren Kräften und aller parteimäßigen Treue und Entschiedenheit im Abgeordnetenhause unsere Aufgabe erfüllt haben. (Beifall.) Unsere Stellung in dem Tohuwabohu der heute sich bekämpfenden und morgen sich in den Armen liegenden Parteien ist umso schwieriger, je mehr wir gezwungen sind, unserer Ueberzeugung gemäß und den Verhältnissen entsprechend ohne Concession und ohne uns irgendwie auf Mogeleien einzulassen, unsere Aufgaben zu erfüllen.

Seit einigen Tagen erhebt sich vor dem Parlament ein neues Standbild, vor dem Hause des Volkes steht Athene, die Göttin der Weisheit und Besonnenheit, die Göttin, die die höchste Intelligenz, Wissen und Können verkörpert.

Ein schönes Standbild, das seinem Schöpfer alle Ehre macht und das nur den großen Fehler hat, daß es — vor dem österreichischen Parlament steht (Heiterkeit und Beifall), in dem Weisheit, Besonnenheit und Intelligenz gerade nicht im Uebermaße gefunden werden. Allerdings, wenn es nach unserem Willen ginge, dann könnte das Parlament sich wirklich unter der Devise dieser Athene versammeln. Das ist eine jener vielen Ironien, an denen die Geschichte Oesterreichs ja überreich ist. Aber es mag kommen wie es wolle, es mag dieses Parlament noch einige Jahre hinsiechen, wir Socialdemokraten werden innerhalb und außerhalb des Hauses immer als eine geschlossene Partei wirklich unter der Devise der Athene, unter der Devise der Vernunft den politischen Kampf in unserem Vaterland weiterzuführen bereit sein. Das gedeihliche Zusammenwirken von Partei und Fraction ist das erste Erforderniß einer gedeihlichen Arbeit auch für uns im Parlament. Deswegen, Parteigenossen, sagen Sie Alles, was Ihnen an uns nicht recht ist. Wenn wir Ihre Vorwürfe begründet finden, werden wir uns zu bessern suchen. (Heiterkeit und Beifall.)

Das Wort erhält sodann zu Punkt 6a der Tagesordnung: **Parteitaktik**, der

Berichterstatter Dr. **Adler:** Pernerstorfer hat am Schlusse seiner Rede erzählt, wie da vor dem Parlament ein Standbild der Athene aufgerichtet wurde, ein schöne Göttergestalt, die ruhig dasteht, in der einen Hand den Speer, auf der anderen Hand die Göttin des Sieges tragend. Aber vor dem Parlament steht nicht nur diese Göttin so ruhig, sondern es geht dort sehr lebendig zu. Da sitzen eine Menge alter Herren herum, die Geschichte studiren, Reden halten, Rösser bändigen; oben auf dem First des Hauses fahren sie gar mit Wagen herum (Heiterkeit), kurz, es ist ein sehr lebhaftes Schauspiel dort, nur meine ich, wenn ein Fremder dort hinkommt, so wird er nicht ahnen, daß da hinter diesem Schauspiel ein Parlament stehen soll. So ist es einmal bei uns in Oesterreich. Wir dürfen uns nicht nur auf die Göttin der Weisheit einrichten, wir sind dazu verdammt, uns auch mit der Rösserzähmung zu beschäftigen. (Heiterkeit.) Das ist unser Unglück, daß wir so viel primitive Arbeit machen müssen. Das Schönste bei der Sache ist, das diese Göttin auf einem Brunnen steht, dem nur Eines fehlt: das Wasser, sonst ist Alles in Ordnung. Es ist ein treffendes Bild unseres Parlaments. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wer über die österreichische Parlamentsthätigkeit und die politische Thätigkeit in Oesterreich überhaupt sprechen will, der hat die Pflicht, die Schwierigkeit unserer Verhältnisse sehr genau in Betracht zu ziehen. Die Parteitage sind ja dazu bestimmt, daß die Genossen an ihren Vertrauensmännern Kritik üben. Ich bin gefaßt darauf, daß im Laufe der Debatte eine ganze Reihe von Vorwürfen kommen wird, was Alles hätte geschehen können innerhalb des Parlaments und außerhalb, und es wird gewiß die Empfindung — die ich auch habe, wie Jeder von Ihnen — einen lebhaften Ausdruck finden, daß wir zwei Jahre der Parteithätigkeit hinter uns haben, die viel weniger lebhaft waren als viele andere. Diese Lebhaftigkeit wird vielfach mit Recht vermißt. Es ist gar kein Zweifel, daß auf die Periode des Sturmes, die von 1892 etwa bis 1901 gedauert hat, auf die Periode der Erregung nun eine Periode der Ruhe gefolgt ist, und es ist selbstverständlich, daß einer Generation von Genossen, die im Sturme aufgewachsen ist, diese Ruhe sehr wenig behagt. Aber vergessen wir nicht, daß wir gestürmt haben, um einen Platz zu erobern, von dem wir Besitz nehmen wollten, um dort Arbeit zu leisten. Wir haben den Vorstoß gemacht, nicht um immer weiter vorzustoßen, immer weiter zu stürmen, auch wenn es nicht mehr nöthig ist, sondern — um ein anderes Bild zu gebrauchen — auf die Zeit der Aussaat mußte eine Zeit der Ernte kommen. Wenn ich von einer Zeit der Ernte spreche, spricht aus mir nicht etwa die Zufriedenheit und Behaglichkeit. Aber wir haben der Arbeiterschaft in jenen Kämpfen eine Stellung erobert, zu der wir nun Jahre brauchen, um ihren Inhalt vollständig auszuschöpfen.

Wir sind in das Parlament eingedrungen, man hat uns die Thür nicht aufgemacht, sondern wir haben sie aufgestoßen. Es ist uns aber nicht gelungen, die Thür weit aufzuthun, sondern wir sind durch einen schmalen Spalt hineingekommen, aber wir haben in unserer Fraction — in der des ersten wie in der

des zweiten Parlaments — gezeigt, was in gleicher Weise, in Oesterreich wenigstens, noch nicht da war. Da ich nicht Abgeordneter bin, bin ich in der glücklichen Lage, das constatiren zu können, was kein Abgeordneter vielleicht zu sagen die Offenheit haben wird. Es gibt keine Partei im österreichischen Parlament, die bei einer gleich beschränkten Anzahl auch nur den kleinsten Theil des Gewichtes, des Einflusses und Ansehens hat wie die socialdemokratische Fraction (Beifall), und es ist eine Sünde an uns selbst, eine Sünde an der Partei, wenn wir das nicht bei jeder Gelegenheit unumwunden anerkennen. (Lebhafter Beifall.) Das ist nun freilich nicht die Arbeit der zehn Männer allein, sondern die zehn Männer sind getragen von dem breiten Rücken der Arbeiterschaft, und sie verdanken ihre Bedeutung und ihren Einfluß der Thatsache, daß sie eine Million Arbeiter vertreten, wie auch, daß sie nach einem bestimmten, klar begründeten Programm ihre parlamentarische Thätigkeit verrichten. Aber nicht nur das müssen wir anerkennen, sondern auch, daß diese zehn Leute Arbeit leisten für hundert Leute. Wir haben sehr große Parteien im Parlament, die alle miteinander nicht das an parlamentarischer Arbeit leisten, was unsere kleine Fraction geleistet hat. (Beifall.) Das sind wir schuldig, hier auf dem Parteitage zu bekennen, schuldig, unseren Parteigenossen als Ermuthigung mitzugeben, daß sie sich nicht durch kleine Bedenken die Arbeit vergällen lassen. Jeder von uns hat ja trotzdem etwas auf dem Herzen gegen sie (**Brod:** Sehr viel!), der Brod natürlich sehr viel (Heiterkeit), aber glauben Sie nicht, daß unsere Abgeordneten selbst mit Allem zufrieden sind. Es ist nicht ihre Rolle, sich auf dem Parteitage selbst anzuklagen, aber sie wissen ganz genau, trotz der großen Arbeit, die sie geleistet haben, wieviel sie eben nicht leisten konnten; weil die Aufgabe, die sie zu leisten hätten, eben zu groß ist und die Verhältnisse zu ungünstig.

In dem Maße, als wir eine Parlamentsfraction haben, tritt nun die äußere Thätigkeit der Parteiorganisationen, die Thätigkeit in den Versammlungen, ich möchte sagen, die Massenthätigkeit, naturgemäß in den Hintergrund, insoferne sie ein politischer Hebel ist. Wir waren gewohnt, solange wir Niemanden im Parlament hatten, den Willen der Arbeiterschaft in großen und demonstrativen Actionen Ausdruck zu geben, in Actionen, wie sie eigentlich kein anderes Land kennt. Wir haben in Deutschland eine weitaus größere, ältere und einflußreichere und eine weit höher entwickelte Partei, als die österreichische Socialdemokratie es ist. Aber der deutschen Socialdemokratie ist es niemals eingefallen und es konnte ihr nicht einfallen, weil sie gewissermaßen schon als Kind in das Parlament eingetreten ist, ihre Evolutionen, ihre taktischen Bewegungen in Versammlungen zu vollziehen. Auch dort sind große Actionen durch Versammlungen unterstützt worden, aber so, wie wir ein Jahrzehnt lang unsere Politik ausschließlich auf der Straße gemacht haben, war es in Deutschland niemals und würde dort wahrscheinlich auch gar nicht möglich gewesen sein. Einer der Gründe, warum es auch in Oesterreich immer schwerer wird, ist der, daß bereits ein anderer Ausdruck für den Willen der Arbeiterschaft durch das Parlament gegeben ist. Ich will damit die Wichtigkeit der außerparlamentarischen Thätigkeit nicht herabsetzen, ich meine aber, daß es ein wesentliches Gebot unserer Parteitaktik ist, die Kraft, die wir nach der einen Seite sparen können, weil wir ein anderes Organ für diese Arbeit gefunden haben, auf einen Punkt zu lenken, der während der Zeit der bisherigen Thätigkeit der Partei — sagen wir es offen — vernachlässigt wurde und vernachlässigt werden mußte.

Wir können zum Glück sagen: Es ist der großen Opferfähigkeit der österreichischen Arbeiterschaft gelungen, daß während der Zeit des Kampfes sich neben dem Kampfe eine beträchtliche gewerkschaftliche Organisation mit großer Schnelligkeit aufbauen konnte. Aber unsere politische Organisation und das Erziehungswerk, das wir an den Arbeitern zu leisten haben, sind während dieser Zeit des Kampfes in bedauernswerther Weise zurückgeblieben. Die ganze Thätigkeit war nach außen gedrängt. Nun kann man auf der Straße sehr viel thun, man kann dem Gegner imponiren, man kann ihm etwas abzwingen, man kann Selbstbewußtsein und Rechtsgefühl in der Arbeiterschaft verbreiten, aber man kann die

Arbeiter auf der Straße nicht erziehen, vor Allem sie nicht zu wirklichem socialdemokratischen Bewußtsein und zu socialdemokratischer Einsicht ausbilden. Ich sage hier offen, daß der Grundgedanke der Taktik heute ist, daß endgiltig auf diese Formen des äußerlichen Kampfes verzichtet werde, die heute zunächst nicht nothwendig und, weil sie nicht nothwendig, nicht möglich sind, und daß wir mit Bewußtsein sagen: Zurück in das Haus, zurück in die Vereine, zurück zu einer erziehenden Arbeit im Einzelnen! (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich hier dreimal zurück gesagt habe, so verstehen Sie wohl, daß das nur heißt: zurück, um, wenn es nothwendig ist, in verstärkter Zahl mit mehr und mit tüchtigeren Leuten hinauszuziehen und sagen zu können: Vorwärts, vorwärts, und erst recht vorwärts! (Neuerlicher, lebhafter Beifall.) Nun haben wir da immer die Schwierigkeiten, die entstehen dadurch, daß wir temperamentvolle Leute haben, die eine andere Arbeit gar nicht erlernt haben, die deshalb unzufrieden sind und sich unbeschäftigt fühlen. Da heißt es dann: Es ist kein Leben in der Bude! Parteigenossen! Es gibt Arbeit genug und es wäre sehr gut, wenn Alle, die unzufrieden sind, recht anpacken würden. Aber ich fürchte, daß die Unzufriedenen es am nothwendigsten hätten, diese Erziehung erst selbst zu genießen.

Wenn ich von hier aus eigentlich weniger die Politik des Parteivorstandes vertrete, als eine Predigt an die Masse der Genossen halte, so hoffe ich, daß Sie damit einverstanden sein werden. Diejenigen thun nicht gut, die meinen, es sei der Gipfel aller vernünftigen Politik, fortwährend ein Ziel — und wenn es auch ein so wichtiges ist wie das allgemeine Wahlrecht — zu „erstreben", unsere Genossen nur auf diese Formel zu dressiren und sie zu einer maßlosen Ueberschätzung dieser Sache zu verleiten. Sie thun darum nicht gut damit, weil diese Ueberschätzung gar nicht zu Stande kommen kann, ohne daß zugleich eine Unterschätzung aller übrigen Dinge platzgreift: und ich gestehe Ihnen, daß ich sehr die Befürchtung habe, daß es heute verhältnißmäßig weniger Genossen gibt, die sich in Bezug auf die Details unserer anderen Forderungen und Bedürfnisse so genau auskennen, wie das vor zwanzig Jahren gewesen ist in der kleinen Zahl, die wir damals waren. Diese Kenntniß ist aber dringend nothwendig nicht nur im Interesse der Erziehung überhaupt, sondern darum, weil unsere Actionen und unsere Vorstöße nicht nur von dem Muth und der Energie abhängen, mit der wir vorgehen, sondern vor Allem von der Nachhaltigkeit und Zähigkeit, mit der unsere Leute an ihr festhalten, und von dem Grade ihrer Einsicht in das Einzelne. Unsere Fortschritte hängen davon ab und vor Allem hängt davon das Maß ab, in dem wir das, was wir erobert haben, für die Arbeiterschaft ausnützen können.

Mit diesen allgemeinen Bemerkungen ist die Frage der Taktik noch lange nicht erschöpft. Die parlamentarische Taktik hat Pernerstorfer ja besprochen. Wir werden uns in Zukunft wohl damit abfinden müssen, daß bis auf Weiteres dieses Parlament nicht umzubringen sein wird. Es scheint, daß es die Lust verloren hat, sich selbst umzubringen; und daß wir es umbringen, dazu waren wir seit jeher zu schwach. (Ein Zwischenruf: Muth!) Ich weiß nicht, welchen Muth Sie meinen, den Muth des Parlaments zum Selbstmord oder unseren Muth? Wenn Sie meinen, daß es unseren zehn Abgeordneten an Muth gefehlt hat, das Parlament von 425 Mann zu sprengen, da kann ich Sie nur fragen, welche Sorte von Muth meinen Sie da? Ich weiß nicht, woher die Genossen diesen Muth beziehen sollen, um unmögliche Dinge zu machen. Es gibt einen Muth, der nicht beneidenswerth ist, das ist der Muth, der sich vor der Lächerlichkeit nicht fürchtet. Das Einzige, was die Genossen hätten versuchen können, wäre gewesen, mit dem Kopfe gegen eine offenbar sehr feste Mauer zu rennen. Das hätte dann den Vortheil für die Anderen gehabt, daß die socialdemokratische Partei sich unsterblich blamirt hätte. Wir fürchten nur einen Tod, das ist der Tod an der Lächerlichkeit, und den wäre die Fraction gestorben; dann hätten allerdings Diejenigen, die ihr heute den Muth absprechen, mit derselben lächelnden und überlegenen Miene ihr den Verstand abgesprochen, und da hätten sie allerdings recht gehabt. (Lebhafter Beifall.) Wenn schon das Parlament als Ganzes

nicht Alles kann, so kann eine Fraction von zehn Mitgliedern schon gar nicht Alles. Es ist also die Meinung aller oder wenigstens der vernünftigen Leute, daß es heute nicht geht, das Parlament umzubringen. Man muß sich darauf gefaßt machen, daß es einmal gehen wird, und ich habe den Wunsch, daß nächstens irgendeine Sache kommt, wo das Parlament hineinplumpst. Aber wir müssen warten. Wir sind in derselben Lage wie die Partei in anderen Ländern. Die müssen auch mit ihren Parlamenten vorlieb nehmen, wie sie sind, es gibt noch mehr Länder, wo es kein allgemeines Wahlrecht gibt, und wo es eines gibt, wird noch lange nicht davon der vernünftige Gebrauch gemacht, den wir Oesterreicher mit unserem bißchen Wahlrecht machen. Wenn wir uns also darauf einrichten müssen, so müssen wir fragen: Was läßt sich aus dem Parlament, wie es einmal ist, herauskriegen?

Da können wir ruhig sagen: Wir sind auch an positiven Erfolgen durchaus nicht so arm, als es den Anschein hat. Aus der langen Reihe von Actionen möchte ich nur einige hervorheben. Wenn wir den Neunstundentag für die Bergarbeiter haben, so verdanken wir das außer den Bergarbeitern selbst der Thätigkeit unserer Abgeordneten; wenn heute die Preßreform in eine greifbare Nähe gerückt ist — über ihre Gestalt werden wir noch zu sprechen haben — wenn sogar die Frage der Altersversorgung etwas näher gerückt ist, so ist das ausdrücklich das Verdienst der Socialdemokraten. Das sind Erfolge, die sich nicht hätten gewinnen lassen ohne eine parlamentarische Fraction.

Ob das Parlament zu lebhaften Episoden kommen wird, weiß ich nicht, Pernerstorfer, der den Dingen doch etwas näher steht, meint nicht, daß es beim Ausgleich zu einer Obstruction kommen werde. Ich möchte mich nicht auf das Prophezeien einlassen, aber verschwören möchte ich die Obstruction doch nicht. Sicher ist, daß wir die möglichen ernsthaften Mittel erschöpfen werden. Ob dazu die Obstruction gehören wird, ist eine Frage, die sich heute gar nicht entscheiden läßt. Nach meiner Ansicht ist das parlamentarische Gesetz der Majorität für Jedermann bindend, solange es von der Majorität eingehalten wird, und man wird immer mit dem Untergang bestraft, wenn man diesen Boden verläßt. Erst wenn das Recht von der Majorität gebrochen wird, wenn also anstatt des Gesetzes der Majorität die Gewalt proclamirt ist, hat man das Recht — aber auch nur dann — die Möglichkeit der Obstruction, das ist der Gewalt. Aber daß man glaubt, jeden beliebigen Beschluß hindern zu können, die Majorität durch eine Minorität vergewaltigen zu können, auf die Dauer durch die fortgesetzt angewendete Methode der Obstruction — das ist ein hirnrissiger Gedanke. Es hat ja Leute gegeben, die gemeint haben, man hätte gegen die Fahrkartensteuer Obstruction machen können. Die Fahrkartensteuer ist eine sehr gehässige Steuer, gewiß, man hätte sie ablehnen können, wenn man in der Majorität gewesen wäre, aber die Obstruction hätte das nie erzielt. Die Jungczechen hätten, wenn sie nicht umgefallen wären, durch parlamentarische Mittel den Beschluß hinausschieben können, aber daß eine kleine Partei die Majorität hätte hindern können, gewaltsam die Fahrkartensteuer zu machen, daß man wegen dieser Steuer das Parlament hätte zertrümmern können, das kann nur ein politisches Kind glauben, und wenn Pernerstorfer gesagt hat, daß die Geschäftsordnung sehr viele Handhaben für eine Obstruction bietet, so hat er sehr richtig hinzugefügt, daß das nur theoretisch möglich ist. Die praktische Möglichkeit entsteht immer erst dann, wenn das Recht gebrochen ist. Es fällt mir, wie gesagt, nicht ein, über den Ausgleich zu prophezeien. Ich glaube, es wäre Thorheit, uns heute zu binden, ob wir die Obstruction machen oder unterlassen sollen. Man kann schwer prophezeien, was die Anderen machen werden, aber fast noch schwerer, was man selbst machen wird.

Nun komme ich auf ein anderes Gebiet. Unter Parteitaktik versteht man nicht nur die innere Entwicklung und Richtung der Parteithätigkeit, sondern auch das Verhältniß zu den anderen Parteien, und da haben wir in Oesterreich ganz ungeheure Schwierigkeiten — mehr als in anderen Ländern —

weil wir in Oesterreich keine einheitliche Politik haben. In jedem Lande sind die Parteiverhältnisse verschieden. Es ist keine leichte Sache, in diesen Einzelkämpfen eine gewisse Gleichmäßigkeit und Consequenz festzuhalten. Sie gestatten, daß ich in die Thätigkeit der Partei die Thätigkeit der „Arbeiter-Zeitung" einbeziehe, des Centralorgans der Partei, das aber durchaus nicht Organ der Parteivertretung in dem Sinne ist, daß für jedes Wort, das die „Arbeiter-Zeitung" schreibt, etwa die Parteivertretung verantwortlich gemacht werden könnte. Es wird wohl Niemand glauben, daß jedes Wort, das in der „Arbeiter-Zeitung" steht, auf einem Beschluß der Parteivertretung beruht, und es wird wohl Niemand die Fehler, die etwa die „Arbeiter-Zeitung" gemacht hätte (ein Zwischenruf: Hat!) — ich sage „hätte", denn ich gebe es nicht zu — der Parteivertretung zuschieben. Es ist schwer, eine einheitliche Politik festzuhalten, und wir haben schon ein classisches Beispiel, wieviel uns diese Schwierigkeit zu schaffen macht.

Eine der wichtigsten Fragen, die wir heute haben, ist neben der nationalen Gefahr, das heißt neben den Schwierigkeiten durch die Ausschreitungen des Chauvinismus, die clericale Gefahr. In Bezug auf den Clericalismus hat sich die Stellung der Socialdemokratie im Laufe von dreißig Jahren wiederholt wesentlich geändert. Nicht etwa, als ob die österreichische Socialdemokratie jemals etwas Anderes gewesen wäre als die erbittertste und consequenteste Feindin des Clericalismus, nicht etwa, als ob wir jemals aufgehört hätten, die Clericalen als eine volksfeindliche Partei zu bekämpfen. Aber es hat große Schwankungen in dem Maße gegeben, in dem wir die clericale Gefahr als die wichtigste angesehen haben. Ende der Sechziger- und Anfangs der Siebzigerjahre war einer der bezeichnendsten Punkte der Partei der Kampf gegen den Clericalismus. Ich erinnere Sie nur daran, daß die Unfehlbarkeitsbulle in Wien in einer Volksversammlung feierlich verbrannt wurde. Es war eine große Bewegung, die dann ein bißchen zurückgedämmt ist. Es sind andere Momente mehr in den Vordergrund getreten. Der nächste Vorstoß des Clericalismus war Mitte der Achtzigerjahre: der Liechtenstein'sche Schulantrag hat die Arbeiterschaft wieder auf dem Posten gefunden. Wieder hat die Partei eine Zeitlang — es war nicht auf lange nothwendig — ihre ganze Front gegen die Clericalen gerichtet. Es sind dann andere Dinge gekommen, und wir haben lange Zeit nicht gegen die damals verhältnißmäßig schwachen Clericalen, sondern gegen die herrschenden Liberalen und ihren Anhang in erster Linie zu kämpfen gehabt.

Jetzt ist wieder eine Zeit gekommen, wo der Clericalismus eine gefährliche Macht geworden ist und sich mit einer Wucht in den Kampf stürzt, der Niemand gewachsen ist als die socialdemokratische Arbeiterschaft, gegen die es kein anderes Bollwerk gibt als diese. Denn die bürgerlichen Parteien erliegen entweder den Verführungen des Clericalismus und lassen sich von ihm mißleiten, wie das beim Wiener Bürgerthum der Fall ist, oder sie sind feig dem Clericalismus gegenüber, wie das von der großen liberalen Partei und ihren meisten Gruppen gilt. Aber diese Gefahr des Clericalismus wird nicht im ganzen Reiche gleich stark empfunden. Die verschiedenen Verhältnisse bringen es mit sich, daß wir in den Alpenländern und in Wien im Clericalismus einen viel gefährlicheren Feind sehen, daß er uns viel näher auf den Leib rückt, als das in den nördlichen Kronländern der Fall ist. Während sich bei uns der größte Theil des Kleinbürgerthums mit den Clericalen verbündet hat und die Minorität nur einen schwächlichen Widerstand leistet, so existirt in Böhmen, Mähren und Schlesien der Clericalismus als politischer Machtfactor überhaupt nicht.

Die Socialdemokratie hat nun die Aufgabe, den Elementen, die in jedem Moment die gefährlichsten sind, am schärfsten entgegenzutreten, und sie hat ferner die Aufgabe, jene Elemente, die diesen gefährlichsten Feinden selbst feindlich gegenüberstehen, wenigstens nicht allzusehr zu stören, wenn wir uns auch nicht darüber täuschen, wie kurzathmig diese Leute sind. Aus dieser einfachen Klugheitsregel entspringt nun eine ganze Reihe von Consequenzen, die richtig zu ziehen freilich mitunter schwierig ist. Die Politik

ist überhaupt keine besondere Kunst, es dreht sich da immer nur um das Einmaleins, immer nur um ganz einfache Fragen, die mit der Klugheit zu entscheiden sind.

Wir sind in diesem Moment gezwungen, nach zwei Fronten zu kämpfen: in den Alpenländern gegen das clericale Kleinbürgerthum und im Norden gegen dasselbe Kleinbürgerthum in seiner nationalen Gestalt. Wir in Niederösterreich sind genöthigt, mit allen Kräften gegen den überwuchernden Einfluß des Clericalismus zu kämpfen, und wir sind genöthigt, jede Spur des Widerstandes gegen die Clericalen nicht abzutödten und zu verhöhnen, sondern zu ermuthigen und zu fördern. Dazu sind wir genöthigt, weil wir allein noch nicht die Macht haben, diese Mächte zu besiegen. Selbstverständlich — das ist ein alter Conflict mit den Nordböhmen oder eigentlich nur mit einigen Genossen in Nordböhmen — finden diese, daß wir die Nationalen in Niederösterreich nicht so scharf bekämpfen, wie man es hier braucht. Das geschieht aus demselben Grunde, aus dem Sie in Böhmen die Clericalen nicht bekämpfen. Bei uns in Niederösterreich sind nämlich die Nationalen nicht vorhanden; wo sie vorhanden sind, dort sind sie eine schwache, ziemlich einflußlose Partei. Man darf eben in der Politik nur nicht glauben, daß der Ort, wo man gerade lebt, der Nabel der Welt ist. (Heiterkeit.) Ich habe diese Dinge gesagt, nicht, um der Debatte vorzugreifen, sondern, um zur Debatte aufzustacheln. Gebrauchen Sie Ihre kritischen Gaben nach Herzenslust.

Ein Punkt, der uns schon wiederholt auf Parteitagen beschäftigt hat, ist unser Badeni'sches Wahlrecht. Wir führen jetzt einen Kampf ums Landtagswahlrecht. Sie könnten sagen: Ihr in Niederösterreich habt nichts für das Landtagswahlrecht gethan, während man sich in Graz, Brünn, Linz sehr angestrengt hat! Jedermann weiß, daß wir heute für den Landtag bloß eine Uebertragung der Badeni'schen fünften Curie kriegen. Man kann nun sehr wohl der Meinung sein: lieber gar nichts als eine solche Curie. Das Gift der fünften Curie, wenn es erst in die Landtagsgesetze eingedrungen ist, wird dann nur sehr schwer aus dem Reichsgesetzkörper herauszubringen sein. Ich lade Sie nicht zu einem Beschluß ein, denn in diesen Fragen muß man sich nach den Verhältnissen richten. Ich persönlich aber sage Ihnen: Ich habe nicht die geringste Trauer über das Scheitern der Landeswahlreform in Steiermark empfunden. Ich hoffe, die Grazer selbst haben einen etwas übertriebenen Schmerz geäußert und werden sich schon ein wenig beruhigt haben. Hier könnten wir einen Gefangenen machen, der uns noch gefährlich werden kann.

Eines möchte ich am Schlusse noch sagen: Wir können mit den Erfolgen der Partei im Großen und Ganzen zufrieden sein. Uns hat nicht nur die Zeit der größten parlamentarischen Verwirrung, der politischen Anarchie nichts anhaben können, sondern auch die Zeiten der Ruhe, der politischen Versumpfung, die die nationalen Parteien eine nach der anderen zugrunde richtet, hat unsere Partei siegreich bestanden. Die ehrliche Politik, die aus wirklichen Bedürfnissen hervorgeht und die mit schonungsloser Selbstkritik jede Phrase von sich entfernt, diese ehrliche proletarische Politik muß uns zum Siege führen. Wir machen vielleicht im Einzelnen Fehler, aber sie haben uns nicht im Geringsten geschadet. Unwahr sind wir nie geworden und schwindelhafte Politik haben wir nie getrieben. Wir haben nur eine Aufgabe: immer aus der Arbeiterschaft, aus der psychologischen und thatsächlichen Möglichkeit heraus die Schritte der Partei zu lenken! In einer Zeit des Stillstehens ist es ebenso thöricht und schwindelhaft, Sturm zu „machen", wie in einer Zeit des Sturms, Ruhe zu predigen. In die Verwaltungen eindringen, das ist jetzt unsere Aufgabe. Die geistige Grundlage unserer Partei, die Gehirne unserer Parteigenossen vernünftig zu bearbeiten, das ist jetzt das Wichtigste. Benützen wir die Zeit redlich! (Lang anhaltender Beifall.)

Pölzer (Wien X): Ich spreche im Auftrage meines Bezirkes und wollte an die Parteivertretung und die Fraction die Anfrage richten, was sie in der Frage des Ausgleiches zu thun gedenken. Pernerstorfer hat mir aber eigentlich schon geantwortet. Ich halte es aber für einen taktischen Fehler, daß der Vertreter der Fraction hier erklärt: Zur Obstruction werden wir nicht greifen.

Dr. Adler hat das ja ausgebessert, indem er sagte: Wir wissen es noch nicht, was wir thun werden. Ist der Ausgleich so schlecht, wie wir fürchten, dann müssen wir mit allen möglichen Mitteln ihn zu verhindern suchen. Dr. Adler ist immer vorsichtig. Wer weiß, ob im Jahre 1897, wenn Dr. Adler im Parlament gewesen wäre, auch die Tribüne gestürmt worden wäre? Wenn wir immer so Alles vorausgewußt und überlegt hätten, dann wäre die Arbeiterschaft heute noch nicht so weit vorwärts gekommen. Ich glaube, die ganze Arbeiterschaft würde der Fraction bei der Obstruction gegen den Ausgleich zujubeln. Wir würden sogar große Kreise aus anderen Classen und Parteien mitreißen. Nicht zu den Abgeordneten, sondern zu uns Vertrauensmännern dringen fortwährend die Beschwerden, daß zu wenig geschieht, daß Alles für die Katz ist 2c. Ich glaube, es wird einen schlechten Eindruck machen, wenn wir im Ausgleichskampf sagen: Wir können nichts dagegen machen. (Beifall.)

Dr. **Stark** (Karlsbad): Ich habe den Auftrag, das Folgende in Vertretung des IV. böhmischen Wahlkreises zu sagen, bitte jedoch im Vorhinein, es nicht als meine ausschließliche persönliche Meinung aufzufassen: Wir vermuthen, daß andere als die angegebenen Gründe die Ursache der zuwartenden Haltung der Partei dem politischen Marasmus in Oesterreich gegenüber bilden. In Westböhmen ist man vielfach der Ansicht, daß die connivente, opportunistische Haltung dem Ministerium Koerber gegenüber nicht so sehr in der Ueberzeugung wurzelt, sondern man glaubt, daß sie vielmehr hauptsächlich der Rücksichtnahme auf die Verhältnisse in Niederösterreich entspringe. Man neigt bei uns vielfach zu der Anschauung, daß die Ursachen der conniventen Opportunitätspolitik der letzten Zeit darauf zurückführbar seien, daß die Parteipolitik dieser Zeit nur niederöstereichische Landtagswahlpolitik gewesen sei. Ich bin beauftragt worden, auf die Folgen dieser Politik aufmerksam zu machen. Die Genossen in Niederösterreich, Steiermark und anderwärts kommen über die Zeit der Ruhe in der hohen Politik leicht hinüber, weil sie den Parteigenossen im Kampfe gegen locale oder provinzielle Gegner eine Beschäftigung bieten. In Böhmen leben wir diesbezüglich jetzt in Ausnahmsverhältnissen. Ruhe in der hohen Politik, kein greifbarer Gegner localer oder provinzieller Natur infolge Zerfalles der Nationalen und infolge des Umstandes, daß sich der neue Gegner noch nicht krystallisirt hat. Politisch können wir unsere Arbeiter also, da sich die ewigen Schilderungen der „Lage", sowie die zum Ueberdruß gewordenen Belehrungen über die Parteiprincipien als nicht genügend zugfähig und Interesse erregend erweisen, nicht beschäftigen. Eine Aenderung der Organisationsform der großen Branche der Porzellanarbeiter, die noch in Durchführung begriffen ist, persönliche Zänkereien unter den Bergarbeitern hindern uns auch auf dem Gebiete gewerkschaftlicher Arbeit an hervorragender Thätigkeit. Auf dem Wege der Beschäftigung in den sportlichen Organisationen (Gesang-, Turnvereine 2c.), sowie auf dem Gebiete des Bildungswesens halten wir unsere Truppen beisammen, befriedigen sie aber nicht, haben vielmehr fortwährend Vorwürfe zu hören, daß die Führer nichts thäten. Es ist nichts zu machen, die passive Haltung der Führer beweise dies, behaupten die Leute. Wenn dem so ist, wozu dann unnütz Zeit, Geld, Nachtruhe 2c. durch Theilnahme an Organisationsbestrebungen, Versammlungen 2c. opfern? Und sie bleiben wirklich zahlreich zu Hause unsere westböhmischen Arbeiter, wenn von uns irgend etwas veranstaltet wird. Aber nicht genug daran. Der wankende Glaube an die Richtigkeit der Classenorganisation und des Classenkampfes läßt die Leute vielfach direct in das Gegentheil ihrer früheren Anschauung verfallen. Auch der Glaube an die Bedeutung des Parlamentarismus überhaupt, nicht nur des privilegirten, als nützliche Waffe im proletarischen Emancipationskampfe wird durch die zuwartende Haltung der Partei erschüttert und wankend. Die Unabhängigenbewegung, die in Böhmen nie ganz verschwunden ist, könnte wieder aufleben.

Sie werden fragen: was wünschen wir, daß geschehen solle? Darauf kann ich Ihnen mit einem Citate aus der „Arbeiter-Zeitung" vom 2. August d. J. aus

dem Artikel „Das clericale Problem" antworten. Das Citat bezieht sich auf eine Enunciation des Berliner „Vorwärts" bezüglich der Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten und verlangt die Erkämpfung des Wahlrechts und nicht die Erwartung des Heils vom Himmel. Das österreichische Unglück wurzelt in der Privilegienvertretung; wenn wir diese nicht zertrümmern, kann jenes sich nicht zum Besseren entwickeln. Für eine Wahlrechtsbewegung ist gerade jetzt thatsächlich keine passende Gelegenheit. Wenn man aber einen Anlaß suchen wollte, würde man ihn bald finden. Es ist nothwendig, auszusprechen, welche Consequenzen aus der gegebenen Stellung zum Ausgleich unsere Genossen Parlamentarier zu ziehen verpflichtet werden sollen, mit welchen Mitteln der Kampf gegen den Ausgleich geführt werden soll. Und da möchte ich dem Gen. Pernerstorfer gegenüber meiner Meinung schon dahin Ausdruck geben, daß, wenn auch schon die Fahrkartensteuer keine Veranlassung zur Obstruction gewesen sein mag, aber doch der Ausgleich, wenn er unseren Bedürfnissen nicht entspricht, mit allen parlamentarischen Mitteln, eventuell mit Obstruction wird bekämpft werden müssen. Hiedurch die bürgerlichen unaufrichtigen Volksfreunde entweder zum Anschlusse und damit zur Verhinderung des Attentates der Gesetzwerdung des Ausgleiches zu zwingen, oder aber sie zu zwingen, ihre Scheinopposition einzustellen, wird unsere Aufgabe sein. Im ersteren Falle wird uns Herr v. Körber vom Privilegienparlament erlösen müssen, im letzteren Falle werden wir gezwungen sein, gegen das seinen Privilegiencharakter so kraß demonstrirende Parlament die wirthschaftlich bedrohten Massen in Form einer Wahlrechtsbewegung in Bewegung setzen zu müssen. In diesem Kampfe werden unsere Abgeordneten eventuell zur Abstinenz greifen müssen, um an der Spitze der Volksmassen um die Demokratisirung der Verfassung zu streiten. Das habe ich im Auftrage meiner Mandatsgeber vorzubringen gehabt, wollte aber Niemanden verletzen.

Behr (Saaz): Die gegenwärtige Situation scheint mir nicht für gewaltige Actionen geeignet, der Ausgleich wird, fürchte ich, die Massen nicht aufrütteln. Wir sollten uns auf die Kleinarbeit verlegen, unsere Redner sind durch die großen Versammlungen ohnehin verwöhnt. Einen Wunsch haben wir vorzubringen: Die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter unseres Bezirkes haben an das Parlament eine Petition um Erweiterung des Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes entrichtet. Genosse Hueber schrieb uns jedoch zurück: das lasse sich nicht eher thun, als bis das Alters- und Invaliditätsgesetz geschaffen wird. Hier handelt es sich aber nur um den Ausbau bestehender Gesetze; da braucht man nicht zu warten.

Resel (Graz): Nach den Vorfällen des vorigen Jahres muß ich erst die Frage aufwerfen, ob es überhaupt erlaubt ist, zu dem Bericht der parlamentarischen Fraction Stellung zu nehmen, ohne kindische Vorwürfe und grobe satirische Angriffe empfangen zu müssen. Im Vorjahre hat auch die Landesconferenz von Steiermark diese Angriffe als „ungehörig" gekennzeichnet. Ich vermisse einen Geschäftsbericht der Fraction nicht, weil es alleseins ist, ob eine Interpellation mehr oder weniger eingebracht worden ist.

Wenn unsere Genossen im Parlament auch nicht zur Obstruction treiben konnten, so haben sie doch, glauben wir, zuviel gethan, um alle Hindernisse der parlamentarischen Arbeit noch aus dem Wege zu räumen. Der Dringlichkeitsantrag wegen der Altersversicherung wurde bereitwilligst zurückgestellt. (Abgeordneter Eldersch: Weil der Zeitpunkt höchst ungünstig gewesen wäre!) Ich begrüße diese Erwägung, aber ich glaube sie nicht. (Heiterkeit.) Wir haben oft schon schlechte Gelegenheiten für unsere Actionen gewählt. (Dr. Adler: Das war ein Fehler!) Auch wegen Triest hätte man mehr gewünscht als ein paar heftige Reden. Was werden die Erfolge des Herrn v. Körber sein? Ein miserabler Ausgleich. Ist er erledigt, so fehlt jeder Hebel, von der Regierung etwas herauszupressen. Die vollständige Apathie und Gleichgiltigkeit in Bezug auf die Abgeordneten und ihre Thätigkeit besteht in der Masse. Ich sage das ungern wegen der Rolle, die ich selbst früher gespielt habe. (Heiterkeit.) Die Fahrkartensteuer wurde sang- und klanglos angenommen. Nicht eine Versammlung fand statt, um sie zu verhindern. Es wurde auf den Neunstundentag der Bergarbeiter als Erfolg der Fraction hingewiesen. Das ist eine kleine, sagen wir:

Verschiebung der Sache. Die Ursache ist in einer Vorperiode, im Bergarbeiterstreik, zu suchen gewesen. Ich bezweifle, daß es dem Drängen der Abgeordneten zuzuschreiben ist, daß das Gesetz verhandelt wurde. Herr v. Körber hatte selbst ein Interesse am Neunstundentaggesetz. (Dr. Adler: Damit er selbst nicht so lange arbeiten muß. — Heiterkeit.) Ruhe ist in unseren Reihen eingetreten. Ich constatire, daß keine Katze sich um die politische und wirthschaftliche Bewegung gekümmert hat. (Dr. Adler: Wo denn?) In Wien geht es noch schlechter als bei uns in Graz. Ich erinnere Sie an den Besuch der Altersversicherungsversammlung, wo Dr. Verkauf referirte. Man muß in der Zeit der Ruhe Punkte herausgreifen, um die Leute in Bewegung zu erhalten. Wir Grazer Particularisten sind ja darüber hinweggegangen, haben fleißig agitirt und können uns nicht beschweren, daß es in unseren Bezirken zu ruhig war. Den Lueger, den man jetzt so heftig angreift, hätte man schon seinerzeit nicht stützen sollen. (Bretschneider: Wann hat man ihn denn gestützt?) Vor Jahren schon! — Auch ich bedauere, wie Genosse Dr. Adler, das Scheitern der steiermärkischen Wahlreform nicht. Die Nationalen haben sich dabei weniger geschickt und vielleicht auch noch weniger anständig wie die Clericalen benommen. Die gemeine, niederträchtige, hinterlistige Haltung der Nationalen zu erkennen, war für uns belehrend! Der parlamentarische Verband soll ein ganz unzweifelhaftes Verhalten gegenüber der Regierung einnehmen, nicht der Schein eines Zweifels soll obwalten! Die Parteivertretung möge etwas mehr Initiative ergreifen. Folgten wir nur ihr, so wäre uns der Agitationsstoff ausgegangen. (Beifall.)

Prähauser (Salzburg): Von den Abgeordneten wird zuviel große Staatspolitik getrieben. Außer Christlich-Socialen und den Polen, die von Schuhmeier und Daszynski natürlicherweise gepackt werden müssen, gibt es auch noch Gesammtinteressen des Proletariats zu vertreten. Man redet von der Ruhe, die überall herrscht. Also werden wir wieder einmal Ruhestörer! Der Unwille gegen den Ausgleich und die Vertheuerung der Lebensmittel durch Zölle und indirecte Besteuerung sollte durch lebhafte Demonstrationen Ausdruck gegeben werden.

Dr. **Czech** (Brünn): Jeder Genosse hat das Gefühl, daß die Fraction zu wenig gethan hat. Anläßlich der Triester Ereignisse hatte man das Gefühl, daß zu wenig geschehen sei. Es waren nur Worte, die man gegen Körber hatte. (Zwischenruf: Was hätte man thun sollen?) Ja, man hätte wohl nicht mehr thun können, wenn man auch das Bedürfniß darnach hatte. Was möglich war, geschah. Das glaube ich. Pernerstorfer hat, meine ich, nicht gesagt, daß es beim Ausgleich zu keiner Obstruction kommen wird. Das werden wir erst in dem Moment entscheiden können, wenn der Ausgleich da ist. Leider ist in den Massen kein Verständniß für die Bedeutung des Ausgleichs. Man müßte die Massen erst aufklären. Eine Action außerhalb des Parlaments muß den parlamentarischen Kampf gegen den Ausgleich ergänzen. — Im großen Ganzen hat die Fraction ihre Pflicht gethan.

Ich empfehle Ihnen den von mir eingebrachten Antrag auf Herausgabe eines Thätigkeitsberichtes (Antrag **18**) zur Annahme, weil ein solcher Thätigkeitsbericht von großem agitatorischen Werth ist und gewiß auch die Kosten hereinbringen wird. (Bravo!)

Albrecht (Reichenberg): Ich will nicht als Ankläger gegen die parlamentarische Fraction und die Parteivertretung auftreten, weil ich mir sagen muß, daß, wenn die Abgeordneten mehr hätten thun können, so hätten sie es gewiß gethan. Auch die Parteivertretung hätte mehr gethan, wenn sie es vermocht hätte. Was hätte die Partei thun sollen, um den österreichisch-ungarischen Ausgleich unmöglich zu machen? Seinerzeit, als die einen Theil des Ausgleiches bildende Zuckersteuer zur Berathung stand, hatten wir Volksversammlungen abgehalten, welche massenhaft besucht waren, und dennoch konnten wir die Zuckersteuer nicht verhindern. In Reichenberg und auch an anderen Orten wurden Volksversammlungen, die sich mit dem Ausgleich beschäftigen sollten, einberufen, die aber so schlecht besucht waren, daß sie keinen Erfolg hatten. Die Massen haben für den Ausgleich kein Verständniß und demzufolge auch kein Interesse.

Wird der Ausgleich nicht parlamentarisch gemacht, so wird er eben unparlamentarisch gemacht, so wie die Zuckersteuer. Der § 14 ist ja immer noch nicht beseitigt. Unsere Bewegung ist wohl breiter, aber nicht tiefer geworden. Deshalb begrüße ich mit Freuden, daß der Wunsch nach Erziehungsarbeit wieder geäußert wurde. Wir wünschen, daß die Action für die Altersversicherung nicht einschlafe und empfehle Ihnen den Antrag der Localorganisation Hanichen bei Reichenberg (Antrag 12) zur Annahme.

Sponer (Reichenberg): Mit der parlamentarischen Thätigkeit sind die Genossen im Großen und Ganzen zufrieden. Wenn der Genosse Adler gesagt hat: Zurück! Zurück! Zurück in die Organisation! so müssen wir sagen: Gut, aber macht uns auch die Thüren ordentlich auf! Gewiß können wir nicht, wie Genosse Stark wollte, künstlich Sturm erzeugen, es wäre ein Sturm im Wasserglas. Es muß die ruhige Arbeit in den Organisationen verrichtet werden.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung um ½7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Sonntag den 17. August. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr und spricht den Genossen von Aussig und Umgebung für das Arrangement der gestrigen Stromfahrt den Dank des Parteitages aus. Es wird den Congreßtheilnehmern unvergeßlich sein, wie uns die Aussiger Genossen hier empfangen und an dem schönen Abend bewirthet haben, wie uns die Genossen der Umgebung vom Gebirge durch Höhenfeuer begrüßt haben. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde der Einlauf verlesen. Begrüßungen sendeten: Genossin Anna Boschek, Genosse Sorger, Abgeordneter Daszynski, Bielitzer Genossen, Brüxer Handlungsgehilfen, Localorganisation Friedland, Genosse Altschul, Verein socialdemokratischer Kleingewerbetreibender und Kaufleute Wiens, Genosse Mitzner, Petraschek, Gröbner, Genosse Thomas, Bezirksverband der Arbeiter-Turnvereine Niemes, Union der Textilarbeiter, Ortsgruppe Böhmisch-Leipa, Friedrich Leßner (London), Comité der Arbeiterausstellung in Prag, Verein socialdemokratischer Frauen und Mädchen in Favoriten, Localorganisation Tetschen a. E., die abgerüsteten Reservisten von Beneschau, Consumvereinsangestellte Teplitz, Jägerndorfer Arbeiterschaft, Genosse Schermann, die polnische socialdemokratische Parteivertretung, erster Tiroler Wahlkreis, Währinger Sängerbund, Localorganisation Oberleutensdorf, organisirte Metallarbeiter Polas, organisirte Drechsler Wiens.

Die Debatte über **parlamentarische Thätigkeit und Parteitaktik** wird fortgesetzt.

Dr. **Czech** beantragt Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Brod (Wien): Aus den Rössern auf dem First unseres herrlichen Parlaments wurde gestern vielerlei Moral gezogen. Gestatten Sie, daß auch ich meine Moral daraus ziehe. Die Rösser stürmen nämlich nach allen Richtungen hin, die einen nach Wildwest, die anderen nach der Leopoldstadt, und so scheint es auch, als ob unsere Parteigenossen im Parlament sich auch danach richteten. Obgleich unsere Fraction so klein ist, besteht doch nicht die wünschenswerthe einheitliche Auffassung. Der Mangel an Disciplin hat sich vor Allem darin manifestirt, daß in allen Fragen, die den mindesten nationalen Anstrich haben, verschiedene nationale Strömungen sich zeigten. Pernerstorfer verliert, wenn von Deutschen und Czechen die Rede ist, gleich das Gleichgewicht. Ich erinnere nur an den Vorfall mit dem Abgeordneten Stransky. Ich kenne den Abgeordneten Stransky nicht, aber wenn ich zwischen ihm und Deutschnationalen wie Herzog und Stein zu wählen habe, so möchte ich mich doch eher für Stransky entscheiden als für die wildgewordenen Spießer, deren ganzer Radicalismus darin besteht, die Arbeiter noch mehr zu beschimpfen. Statt sich als lachender Dritter zu freuen, hat Perner-

storfer mitgeschimpft. Die Milch der Frau Germania ist ihm zu Kopf gestiegen. (Heiterkeit.) Da komme ich darauf zu sprechen, welche Taktik wir bei einem Streit zwischen rein bürgerlichen Parteien einnehmen sollen. Da zerbrechen wir uns die Köpfe darüber, wer schlechter ist, die Deutschnationalen oder Christlich-Socialen. Ich sage, wir haben mit beiden nichts zu thun. Es hat aber Momente gegeben, wo wir schon so weit waren, für die Deutschnationalen gegen die Christlich-Socialen einzutreten. Und doch sind beide, wie auch Adler gesagt hat, Kleinbürger. Sie sagen auch manchmal die Wahrheit, aber schon Lassalle hat gesagt: Wenn eine Wahrheit verkehrt ausgesprochen wird, so richtet sie mehr Unheil an als die Lüge. Dr. Adler sagt, wir müssen zwischen gefährlichen und minder gefährlichen Gegnern unterscheiden. Diejenigen, die nicht eingeweiht sind, wissen gar nicht, wo das hinaus soll. Adler tanzt um den heißen Brei herum, ohne anzubeißen, er spricht nur indirect, daß wir uns bei den Wahlen mit einer bürgerlichen Partei verbinden können. Ich bin kein Fanatiker, ich gestehe zu, daß man das unter Umständen thun kann. Aber diese Umstände sind jetzt nicht da. Wir begeben uns auf die schiefe Ebene. Wenn wir einmal anfangen, wissen wir gar nicht, wo wir aufhören, und wir engagiren uns zu viel. Wenn einmal ein socialdemokratischer Abgeordneter nicht nur durch die Arbeiter gewählt ist, muß er den bürgerlichen Wählern Concessionen machen (Ohrufe), sonst wird er nicht mehr gewählt. (Dr. *Ellenbogen*: Nun, dann wird er nicht mehr gewählt!) Ja, aber Manche betrachten es als das größte Unglück, wenn sie nicht gewählt werden. Mit bürgerlichen Parteien Compromisse zu schließen, ist gefährlich, und man kann nicht vorsichtig genug sein, zumal wenn der Gewinn dabei so klein ist. Das macht unsere Genossen kopfschen. Wir müssen uns klar sein, *daß das Proletariat nur befreit werden kann, wenn es immer revolutionär, classentreu bleibt*, keine Concessionen macht und immer des Wortes Lassalle's eingedenk ist, daß alle bürgerlichen Parteien eine große reactionäre Masse sind. Und wenn wir zwei Mandate gewinnen, so bedeutet das gar nichts gegen den Verlust an Thatkraft, den wir erleiden würden. Es wurde von *Obstruction* gesprochen. Ich glaube, daß man das nicht commandiren kann, ebensowenig, wie man das Fieber commandiren kann. Der Körber hat es verstanden, es so einzurichten, daß unsere Abgeordneten gar nicht empört sind. Es geht ihnen ganz gut. Ich meine aber, daß, wenn sie unter den Spießern dort sitzen, dürfen sie nicht vergessen, welches Unrecht an dem österreichischen Proletariat begangen wird, daß es noch immer Unterdrückung, Elend, Jammer und Noth gibt. (Beifall.)

Der Redner stellt folgenden Antrag:

> Die Parteileitung wird aufgefordert, in ihrer Taktik immer dessen eingedenk zu sein, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk des Proletariats selbst sein kann, und daß alle bürgerlichen Parteien gegen uns Reactionäre sind. *Compromisse mit bürgerlichen Parteien*, durch die unsere Partei nur compromittirt werden kann, *sollen thunlichst vermieden werden.*

Polke (Wien): Die Fraction wurde gestern einer Kritik unterzogen, die ich nicht theilen kann. Vergessen Sie nicht, daß unsere Fraction nur zehn Mann stark ist. Es geht auch nicht an, daß man auf der einen Seite die Fraction tadelt, weil sie zu wenig gethan habe, und auf der anderen Seite die parlamentarische Thätigkeit geringschätzt. Es wurde vom Ausgleich gesprochen und gesagt, daß die Parteigenossen kein Interesse dafür haben. Ich glaube, daß man es falsch anpackt, um das Interesse hiefür zu wecken. Eine schlechte Handelspolitik macht ja die ganzen Arbeiterschutzgesetze illusorisch. Das wissen wir; aber wir verstehen es den Leuten nicht recht klar zu machen. Thäten wir das, so würde sich das Interesse der Arbeiter sofort einstellen. Aber bisher hat man immer so gethan, als ob das so eine capitalistische Sache wäre, die uns nichts angeht. Brod hält Compromisse für eine Gefahr. Ich glaube aber, wenn wir etwas erreichen wollen, kann man sie doch nicht vermeiden. Wir haben die Parole ausgegeben, unter allen Umständen die christlich-sociale Majorität im Landtag zu zertrümmern. Das ist aber nur möglich, wenn man alle Stimmen entweder auf die Socialdemokraten oder Fortschrittler vereinige. Alle Mittel müssen ergriffen werden, wenn die christlich-

sociale Majorität beseitigt werden soll. Ein großer Theil unserer radicalen oder radical scheinenden Genossen hat sich eine Kampfweise zurechtgelegt, die nicht geeignet ist, Anhänger zu werben. Es wird in den Versammlungen ungeheuer geschimpft. Die Masse ist vielfach schon so weit erzogen, daß, wenn Einer von der Rednerbühne nicht fortwährend schimpft, die Leute sagen: „Ah, das heißt nichts, das ist kein Redner!" Es ist nothwendig, daß wir von dieser Art abgehen. Die Massen müssen zur Sachlichkeit erzogen werden.

Vieth (Tachau): Schon im vorigen Jahre wurde gesagt, daß man im Parlament in der gegenwärtigen Zusammensetzung nicht viel thun kann und daß man es vielmehr als Tribüne ansehen muß. Es scheint mir, als ob die Genossen jetzt Alles vom Parlament erwarteten. Es wurde mehr dem Verbande der Vorwurf gemacht, aber wenn Sie schon Vorwürfe machen, so halten Sie sich an die Parteileitung, die doch hinter den Abgeordneten stehen muß. Es ist auch nicht wahr, daß wir im Parlament nichts errungen haben. Unsere Abgeordneten haben durch ihr kräftiges Eingreifen manchen Vortheil für uns erkämpft und unsere Wünsche dort zum Ausduck gebracht. Ist das Alles nichts? Nicht die lärmende Arbeit ist das Wichtigste, auch bei uns draußen. Wenn wir das den Leuten klar machen, werden sie nicht immer unzufrieden sein, wenn kein Krawall ist. Wenn wo Kleinarbeit geleistet wurde, so möchte ich die Parteileitung bitten, uns da zu unterstützen, dann werden wir auch unsere Arbeit leisten können.

Bartel (Karlsbad): Es hat Dr Stark, der Delegirte der Karlsbader Localorganisation, von einer Mißstimmung gesprochen, die unter der westböhmischen Arbeiterschaft gegen die Fraction und die Parteileitung herrscht. Diese Ansicht ist zum Theil richtig. Bei einem nicht geringen Theile der Arbeiterschaft Westböhmens wie auch anderer Wahlkreise herrscht diese Mißstimmung. Nur meine ich, daß diese Mißstimmung auf die eigentlichen Ursachen zurückgeführt werden muß, wenn sie begriffen werden soll. Diese Mißstimmung ist der Ausdruck der allgemeinen Verdrossenheit gegenüber dem politischen Leben überhaupt, die in der Arbeiterschaft Oesterreichs zu finden ist. Die letzten Jahre, insbesondere die letzten zwei Jahre waren nicht darnach angethan, innerhalb der Arbeiterschaft das Interesse am politischen Leben zu wecken. Man hört hie und da ziemlich harte Worte. Da darf man sich nicht wundern, wenn die Leute die Ursachen suchen, wenn sie die Schuldigen suchen. Das Erste ist, daß sie die Fraction packen, dann kommt die Parteivertretung daran. Aber dabei bleibt es nicht. Genau so, wie man auf den Parteitagen die Fraction und die Parteivertretung beim Wickel hat, so werden in den Bezirksconferenzen die Localvertrauensmänner und in den Kreisconferenzen die Kreisvertretungen beim Ohr genommen. (Heiterkeit und Beifall.) Die Leute wollen Jemanden haben, an den sie sich halten können. Nun ist es ja wahr, daß in den letzten Jahren in Oesterreich nicht zu viel Lebendigkeit geherrscht hat, daß es ziemlich still zugegangen ist und daß wir Alle davon nicht gerade erfreut sind. Aber wir müssen uns fragen: Was hätten wir machen sollen und wie hätten wir es machen sollen? Es war die Rede davon, wir könnten keine Obstruction gegen den Ausgleich machen. Andere haben es für unklug erklärt, daß man das schon vorher sagt. Aber was haben wir davon, wenn wir die fürchterlichste Drohung ausstoßen und dann doch nichts thun können. Es ist doch gleichgiltig, ob wir vorher sagen, wir können nichts machen, oder ob man es nachher sieht. Wir möchten sehr gerne Lebendigkeit schaffen, wenn wir nur wüßten, wo wir anpacken sollen. Es liegt nichts vor.

So ist es auch mit der Wahlrechtsbewegung. Ich war in Graz auch für eine große Wahlrechtsbewegung. Aber ich bin allmälig zu der Ansicht gekommen, daß es nicht genügt, zu sagen, daß wir eine Massenbewegung brauchen. Wir brauchen auch die Mittel, um diese Bewegung machen zu können. Wir können heute nachdenken wie wir wollen, wir bringen die Arbeiter nicht mehr so in Bewegung wie früher, das liegt in den gegenwärtigen Verhältnissen. Die Arbeiter stimmen uns immer zu, wenn wir sagen, daß etwas gethan werden soll. Aber zu Actionen sind sie dann nicht zu haben. Wir sind in dieser Situation und fühlen uns dabei nicht wohl, aber wir können einstweilen nichts thun, um daraus herauszukommen. Das allein nützt nichts, wenn man nur immer sagt, daß wir etwas machen wollen. Wahr ist, daß die Siege von 1897 uns noch heute in den Knochen

liegen. (Beifall.) Als wir 1897 auf einmal 15 Mandate bekamen, waren diese Mandate nicht nur einigen Abgeordneten, sondern auch der Masse zu Kopf gestiegen. Wir haben uns und den Anderen eingeredet, daß wir eine riesig starke Partei sind, aber wir waren viel stärker, als wir noch schwächer waren, das heißt, als wir uns auf unsere Stärke noch nicht soviel einbildeten und nicht die innere Thätigkeit verabsäumten.

Wir sollen nicht nach großen Actionen schreien, die nicht möglich sind, sondern unsere innere Organisation ausbauen. Adler hat das Wort von der Erziehung der Massen ausgesprochen. Das ist selbstverständlich und gar nichts Neues. Wenn wir heute mit Versammlungen kommen, wo ein erzieherisches Programm ist, so kommen sie gerne. Aber immer die alten politischen Sachen wollen sie nicht mehr hören. Wir brauchen keine breitere Partei, sondern besser ausgebildete Parteigenossen.

Noch etwas will ich hervorheben. Wir sind heute zu unvorsichtig bei der Wahl der Vertrauensmänner. Man soll nicht Jeden, der ein bißchen reden kann oder sich vordrängt, gleich zum Vertrauensmann wählen.

Nur solche Genossen sollen Vertrauensmänner sein, die mit den Arbeitern in Fühlung stehen und selbst praktische Parteiarbeit leisten. Wenn wir so arbeiten, dann wird es schon wieder lebendig werden und die Partei wird erstarken nach innen und außen. (Beifall.)

Hueber (Wien): Als Vertreter der Gewerkschaftscommission habe ich an den Parteitag eine Bitte zu stellen, und ich glaube zugleich, daß die Genossen in ihrem Wahlkreise sehr viel Arbeit bekommen werden, wenn sie unseren Wunsch erfüllen. Es handelt sich darum, eine Reichsaction einzuleiten, um endlich den Gewerkschaften jene Bewegungsfreiheit zu geben, die sie brauchen. Es ist nicht so gleichgiltig für die Socialdemokratie, wie sich die Gewerkschaften entwickeln können, und Sie kennen ja alle die Entscheidungen des Reichsgerichtes und die Praxis unserer Verwaltungsbehörden, die in das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in den Gewerkschaften gewaltsam eingreifen. Es ist an die gewerkschaftlich organisirte Arbeiterschaft die Nothwendigkeit herangetreten, eine Action einzuleiten, um überall zu zeigen, wie in Oesterreich mit gleichem Maße gemessen wird. Ich verweise da nur auf die mächtige Organisation des Unternehmerthums, die sich eine Streikversicherung schaffen durfte, eine Kampforganisation der Unternehmer, die jede Bewegung der Arbeiter zur Verbesserung ihrer unmittelbaren Lage im Keime ersticken will. Parteivertretung und Fraction haben uns bereits ihre Hilfe zugesagt, und wir sind bereits an der Arbeit, einen Gesetzentwurf zur Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes in Oesterreich auszuarbeiten und dem Verbande zu übergeben, damit er ihn im Parlament vertrete. Ich glaube, man wird das geschickt mit dem Ausgleich in Verbindung bringen können. Preßgesetz, Reform des Vereinsrechtes und die Alters- und Invaliditätsversicherung, diese drei Dinge könnten wir Herrn von Körber auf dem Präsentirteller entgegenhalten, sobald er mit dem Ausgleich kommt. Ich glaube, wenn auch nicht alle drei Forderungen sogleich durchgehen werden, so werden wir doch erreichen, daß Herr v. Körber wird Farbe bekennen müssen, wie er über die versprochenen Reformen denkt. Ich meine, diese drei Forderungen, mit dem Ausgleich in Verbindung gebracht, könnten zum Gegenstand einer rührigen Agitation gemacht werden in großen Volksversammlungen und kleinen Branchenversammlungen. Ich glaube, die Arbeiter werden zu diesen Versammlungen gehen und Sie haben dadurch wieder Gelegenheit zur Arbeit. Ich bitte Sie daher, wenn Ende September oder anfangs October diese Action eingeleitet wird, uns Ihre Unterstützung zu leihen.

Ich will hier gleich einen Irrthum richtigstellen, der mich betrifft. Behr hat gesagt, ich hätte nach Saaz geschrieben, daß wir die Petition der Hopfenarbeiter nicht im Parlament einreichen lassen könnten, bevor nicht die Altersversicherung Gesetz geworden sei. Das ist unrichtig. Die Petition des Vereines der land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter wurde von mir dem Socialdemokratischen Verband überreicht. Aber diese Petition fiel gerade in die Zeit, wo wir im ganzen Reiche für die Altersversicherung aller Berufe eine Action durchführten, und es wäre daher taktisch unklug gewesen, eine separate

Petition im Hause einzureichen, besonders da in unserer Petition ausdrücklich auch für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter die Alters- und Invaliditätsversicherung gefordert wird.

Nun Einiges über unsere Stellung zu den Bildungsvereinen, die den Genossen in Reichenberg noch immer nicht recht ist. Die Genossen werden schon entschuldigen, aber die Weltgeschichte dreht sich nicht um Reichenberg und auch nicht um die dortigen Arbeiter-Bildungsvereine. Wir Gewerkschaftler sind keine Dogmatiker und besonders nicht in Oesterreich. Wir wissen, daß wir unsere Organisation der geschickten Taktik und dem organisatorischem Talent unserer Parteigenossen zu verdanken haben, daß die Gewerkschaftsorganisation in Oesterreich ein Kind der Socialdemokratie ist. Das vergessen wir nie, aber wir könnten nicht dafür, daß die Arbeiterclasse in ihrem Emancipationskampfe mit den alten Formen der Organisation nicht mehr auskommt. In einer Zeit der industriellen Entwicklung, in einer Zeit, wo der Capitalismus die Arbeiter in ihrem Vormarsche aufzuhalten sucht, braucht die Arbeiterclasse eine Form der Organisation, wo sie als Masse sich frei bewegen kann. Die Arbeiter können eben nicht darauf warten, daß das Parlament ihre wirthschaftlichen Forderungen erfüllt, sondern sie müssen aus eigener Kraft gegen das Unternehmerthum vorrücken. Es gibt zweierlei Formen des Classenkampfes: den Kampf der Classe als Allgemeinheit im Staate und der Kampf gegen die einzelnen Unternehmer. Wir können nicht warten, bis man uns etwas gibt, sondern wir müssen die Zeit ausnützen, um nicht zu degeneriren und dann für die Socialdemokratie überhaupt werthlos zu werden. Es geht nicht, daß die Reichenberger immer so über die Gewerkschaftsorganisation losziehen. Das Gewerkschaftssecretariat in Reichenberg mag Ihnen ja unangenehm sein. (Ruf: Im Gegentheil!) Dann begreife ich nicht, was Sie so gegen Wien reden. Sie sind ja in ihren Angelegenheiten autonom. Wir wissen, wie es dort mit der Partei steht und welchen Werth die Gewerkschaftscommission in Reichenberg hat, und wir haben mit unseren geringen Mitteln dem Wunsche der Reichenberger organisirten Arbeiter nachgegeben und dort ein Secretariat errichtet, denn wir sagten uns: Wenn in keinem Lande Oesterreichs die Gewerkschaftsorganisation unmöglich ist, so ist sie erst recht in Reichenberg möglich, und wenn man dort mit Bildungsvereinen der Arbeiterschaft irgendwelche Dienste zu erweisen glaubt, entschuldigen Sie, daß wir das verneinen. Wenn es möglich ist, in allen Ländern Oesterreichs schöne gewerkschaftliche Erfolge zu erzielen, warum sollte es nicht in einer Gegend möglich sein, wo 200.000 bis 300.000 großindustrielle Arbeiter wohnen. Ist es ein unbilliges Verlangen, wenn die Gewerkschaftscommission darauf dringt, daß dort alte, veraltete Formen der Organisation beseitigt werden? Wo in einem Bildungsvereine hundert Textilarbeiter sind, schadet das der Partei, weil sie in der Gewerkschaftsorganisation sein könnten. Kann Einer erklären, daß sich eine Gewerkschaft geweigert hätte, der Partei Dienste zu leisten? Nein! Aber das ist der alte chinesische Zopf bei Ihnen; haben Sie keine Angst, wir schneiden ihn Ihnen nicht weg, zum Andenken sollen Sie den Zopf noch recht lange behalten. (Heiterkeit.) Aber die Entwicklung geht vorwärts, und ob Einer oder der Andere sich dagegen stemmt, Sie werden sie nicht aufhalten. Die Arbeiter im Reichenberger Bezirk sind sich im Allgemeinen schon längst klar darüber, daß die Gewerkschaftsorganisation für sie eine Nothwendigkeit ist, aber auch für Sie sollte die Erkenntniß obwalten, diese Organisationen kräftig zu unterstützen. (Beifall.)

Schuhmeier (Wien): Die strengsten Parteigenossen haben hier an unserem Verhalten Kritik geübt. Selbst Diejenigen aber, die auszogen, um arg zu fluchen, mußten schließlich ihren Segen geben. Selbst die Rösser vor dem Parlament wurden von Genossen Brod in die Debatte hineingezogen, als ob sie Mitglieder des Parlaments oder gar des Verbandes wären. (Heiterkeit.) Ich will bei der Polemik mit den Rössern nicht anfangen, weil ich sonst nicht wüßte, bei welchem Roß ich aufhören soll. (Heiterkeit.) Unser Verhalten, wurde gesagt, soll nicht einmal den Schein eines Zweifels an dem Verbande aufkommen lassen. Der Zweifel wäre gut, wenn man auch nur den Schein einer Thatsache vorbringen würde (Adler: Könnte!), ja, vorbringen könnte. Der Adler hat ja immer recht. (Heiterkeit.) Was die Fahrkartensteuer betrifft, so waren wir die Einzigen, die mit einer dem Körber sehr unangenehmen Begründung dagegen stimmten.

Wir sagten dem Ministerium, daß aus dem Ertrag der Fahrkartensteuer nicht die Ausfälle durch die Aufhebung der Mauthen ꝛc. gedeckt werden sollen, sondern die Auslagen für Haubitzen und andere Werkzeuge der Mordcultur. Resel hat gesagt, daß die Erledigung des Neunstundentaggesetzes der Bergarbeiter nicht im Geringsten unser Verdienst ist. Resel weiß eben nicht, was für schwere Arbeit im Hause wir leisten mußten, bis es uns gelang, dieses Gesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Das war nur unseren Bemühungen zu danken. Resel sprach auch von der Apathie, die eingerissen ist. Er ist nobel und hat gleich höher hinaufgegriffen wie Bartel und hat deshalb die Mitglieder des parlamentarischen Verbandes dafür verantwortlich gemacht. Daß in einzelnen Bezirken Gleichgiltigkeit eingerissen ist, ist oft der Wahl der betreffenden Vertrauensmänner zu danken. Im Allgemeinen hat aber Resel da sehr aufgeschnitten. Das viel verlästerte Wien hat ungeheure Organisationsarbeiten in dieser Zeit geleistet. Wir haben eine Agitation und Organisation für das Centralorgan durchgeführt. Prähauser hat gemeint, die Genossen wünschen, daß große allgemeine Parteipolitik gemacht wird. Er hat davon geredet, daß nicht nur gegen die Christlich-Socialen gekämpft werden soll. Aber jeder Erfolg, Genossen, gegen die Christlich-Socialen ist ein Erfolg der ganzen socialdemokratischen Partei. (Zustimmung.) Es ist uns gelungen, die Christlich-Socialen, die einmal im Parlament sehr mächtig waren, stark an die Wand zu drücken. Wir sind durch unsere steten Angriffe dahin gekommen, daß die Herren schließlich den Beschluß faßten, sich mit den Socialdemokraten gar nicht mehr einzulassen. Das war ein Rückzug erster Classe. Wir müssen in Niederösterreich diesen Gegner unbedingt bekämpfen. Die Christlich-Socialen wären niederträchtig genug, die Aeußerung Prähauser's so umzudeuten, als ob wir vielleicht gar jetzt den Christlich-Socialen Frieden geben sollten, weil sie Gott weiß wie anständige Leute sind. Deshalb muß ich auf die gewiß nicht so gemeinten Aeußerungen Prähauser's eingehen.

Die Aeußerung des Abgeordneten Genossen Pernerstorfer über den Ausgleich wurde mißverstanden. Wir müssen gegen den Ausgleich ankämpfen, weil wir da wieder neue Belastungen zu erwarten haben. Wir haben der Bevölkerung zu zeigen, daß die Volksinteressen den dynastischen Interessen in Oesterreich stets untergeordnet werden! Die Behandlung des Ausgleiches wird uns ein Anlaß zur Agitation sein, wie wir ihn seit Langem nicht hatten. Wie wir den Ausgleich bekämpfen werden, das können wir heute noch nicht sagen, denn wir müssen warten, bis die Vorlage da sein wird. Dann erst werden wir unsere Kampfmittel wählen.

Es war noch kein Parteitag, auf dem nicht die Karlsbader Angriffe erhoben. Auch als Verkauf Abgeordneter war, waren sie unzufrieden, es gibt also kein Mittel dagegen. (Heiterkeit.) Auch in diesem Wahlkreis gäbe es sehr viel zu thun, und wenn nichts an Parteithätigkeit zu leisten wäre, so könnte Erziehungsarbeit geleistet werden. Auch in Karlsbad! Ich danke noch dem Genossen Brod dafür, daß er uns sagt, wir dürfen nicht vergessen, von wem wir gewählt worden sind, und daß es immer noch eine Noth in Oesterreich gibt. (Heiterkeit.) Wir verkehren aber auch noch mit anderen Genossen als mit dem Brod, und deshalb benöthigen wir diese Aufklärung nicht im Geringsten. Solche Aufklärungen können nur von den gegnerischen Blättern verwerthet werden. Die socialdemokratischen Abgeordneten, sagt Brod, sind „nicht genügend empört". Es gibt eben Leute, die immer nicht genügend empört sind. (Heiterkeit.) Wenn sie aber die Vergangenheit prüfen, so werden Sie finden, daß Sie uns gerade in puncto Empörung keinen Vorwurf machen können. Da waren wir immer am Platz, denn Niemand empört sich leichter als Jemand, der das Herz am rechten Fleck hat. Brod empört sich immer nur am Parteitag, ob er sich im Parlament ebenso heftig empören würde, ist eine andere Frage. Brod will freilich stets das Gute, wenn er auch zumeist so das Böse schafft. (Brod: Das überlasse mir!) Was seinen Antrag anlangt, die Parteileitung möge nie vergessen, daß sie nur proletarische Interessen zu vertreten hat, muß ich schon sagen, daß wir damit in Aussig Wasser in die Elbe tragen. Ein Mißtrauen kann wohl Niemand darin lesen, aber überflüssig ist der Antrag vollständig. (Zwischenruf: Ablehnen!) Keine einzige Thatsache kann ihn begründen!

Es liegt auch ein Antrag des Dr. Czech auf Drucklegung eines Thätigkeitsberichtes der Abgeordneten vor, ich empfehle ihn Ihnen. Es wäre wirklich nicht schlecht und wir haben das selbst am Schluß der letzten Session erwogen, wenn wir auf Kosten des Verbandes unsere Thätigkeit zusammenfassen und diese Schrift herausgeben würden. Darauf haben Sie ein Recht, deshalb nehmen Sie den Antrag an. Adler sagte: Zurück ins eigene Haus, um im Innern Alles in Ordnung zu bringen! Er hat recht. Speciell im Punkt Vortragswesen ist Vieles zu verbessern. Viele frühere Vortragende sind jetzt durch anderweitige Beschäftigung abgehalten. Alles in Allem möchte ich unser Verhalten zusammenfassen: Wir haben im Parlament immer ohne alle Rücksicht nach oben und mit aller Rücksicht nach unten unsere Pflicht erfüllt. Nur sehr ungeschulte Köpfe können glauben, daß wir der Regierung je auch nur die geringste Gefälligkeit erwiesen haben. Wir zehn Mann können das übrigens gar nicht. Ueberall haben wir uns fürs gute Recht eingesetzt! Es liegt ein Antrag vor, dem parlamentarischen Verband den Dank auszusprechen. Sie machen uns mit der Annahme kein Geschenk; wir haben das redlich verdient. (Beifall und Händeklatschen.)

Muchitsch (Graz): Man hat von Stillstand der Bewegung gejammert, ich kann in diesen Jammer nicht miteinstimmen. Es ist das nur Unzufriedenheit mit dem bestehenden Fortschreiten. Das letztemal haben wir in den Zeiten ungünstigster wirthschaftlicher Conjunctur in den Reichsrath gewählt. Wenn wir in Graz nicht durch den Niedergang der Fahrradindustrie Tausende von Fahrradarbeitern und im Köflach-Voitsberger Revier durch Auswanderung von Bergarbeitern nicht viele hundert Wähler verloren hätten, dann wäre trotz des Bündnisses der Clericalen und Nationalen das Mandat nicht verloren gegangen. Keiner der Redner hat auf die ganz ungeheuren Wirkungen der wirthschaftlichen Krise verwiesen, wodurch unsere Organisationen naturgemäß Schaden leiden mußten. Es ist aber nicht wahr, daß ein solcher Stillstand in der gewerkschaftlichen Bewegung eingetreten ist, wie hier gesagt wurde. Nach der Statistik der Gewerkschaftscommission ist die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter nur ganz unbedeutend zurückgegangen. Dadurch, daß wir während der Krise in den Organisationen standhielten, haben wir unsere Festigkeit am besten bewiesen. Es wurde ferner gesagt, die Abgeordneten hätten nichts dazu beigetragen, daß das Neunstundengesetz der Bergarbeiter zu Stande gekommen ist. Nun, wir haben den Bergarbeitern erzählt, wem wir das Zustandekommen des Gesetzes zu danken haben, wir haben darauf verwiesen, daß durch den Streik allein das Gesetz nicht erreicht worden wäre, wenn wir nicht eine Vertretung im Parlamente hätten und wenn unsere Abgeordneten nicht mit allem Nachdruck dafür eingetreten wären, und haben damit nur den Thatsachen entsprochen. Genosse Dr. Hugo Stark hat von einer Verwässerung des Classenkampfes gesprochen. Der Kampf um politische Rechte ist gewiß ein bedeutendes Stück Classenkampf, aber nicht der ganze. Genosse Stark soll es Berufeneren überlassen, über die Reinheit des Classenkampfes zu wachen, solchen, die mit der Bewegung mehr Fühlung haben, die mitten drinnen stehen. (Stark: Ich stehe drin!) Das kann ich nicht entscheiden, aber jedenfalls stehen wir in einem anderen Verhältniß zur Bewegung wie Sie. Ich habe die Empfindung, dies sagen zu müssen, da auch Dr. Stark nur ganz persönliche Meinungen hier vertreten hat. Der Kampf gegen die Fahrkartensteuer wird den Classenkampf nicht verstärken und nicht verwässern. Es wäre besser gewesen, wir hätten beim Punkt Parteiorganisation eine nutzbringendere Debatte gehabt als bei der Frage der Parteitaktik. (Beifall.)

Löw (Karlsbad): Wir müssen uns gegen den Vorredner Genossen Muchitsch verwahren. Es sind hier nicht Delegirte erster und zweiter Classe. Wir in Westböhmen sind mit der politischen Taktik des Verbandes nicht ganz einverstanden. Die Debatten über Triest und Lemberg haben mit dem größten Pathos eingesetzt. Diese Bewegung ist aber plötzlich abgebrochen. Wenn man da geschickt eingesetzt hätte, so hätte mehr geschehen können, als geschehen ist. Unser Wahlkreis ist verloren gegangen, weil die Parteivertretung gewartet hat, bis wir abgeschlachtet waren. Die Parteileitung hätte früher eingreifen sollen, nicht erst, als wir umgebracht waren. Der Wahlkreis ist total zerfahren. Wir können nicht, wie Adler sagte, weiter zurückgehen, wir sind schon weit zurück. Die Parteivertretung hat Raufereien

der Einzelnen zu lange mitangesehen. In der Partei muß bessere Disciplin herrschen. (Rufe: Bei Euch!) Auch bei uns. Unsere Vorgänger sind bei uns die Schuldtragenden. Die Parteileitung hätte sagen müssen: Bis hieher und nicht weiter! Nicht einmal heute noch schreitet sie ein. (Skaret: Und was macht ihr am Ort?) Wir können den Streit nicht schlichten, weil wir die Personen nicht beseitigen können, welche die Störefriede sind. Der Wahlkreis wäre nicht verloren gegangen, wenn die Partei nur einen Mann in den Wahlkreis gestellt hätte, der sich der Sache angenommen hätte. (Zwischenruf: Ein Bezirkshauptmann! — Heiterkeit.) Wenn einmal ein unrichtiges Wort fällt, so darf nicht gleich der betreffende Delegirte angegriffen werden, namentlich nicht so wie von Genossen Dr. Adler, der Jeden, der über die Parteivertretung etwas sagt, was nicht nach seiner Meinung ist, niederbeißt. Aufgeregt haben sich die Abgeordneten genug, manchesmal nur zu viel. Ich erinnere nur an das Wort Schuhmeier's gegen Geßmann. (Schuhmeier: Da habe ich mich gar nicht aufgeregt. — Heiterkeit.) Die Partei soll die Reibereien unter den Parteigenossen nicht so ruhig mitansehen bis zu dem Moment, wo dann nichts mehr zu machen ist.

Schäfer (Reichenberg): Die Parteileitung und der Verband dürfen mit der Debatte vollständig zufrieden sein, waren doch die Angriffe der Unzufriedenen fast durchgehends unbegründete. Die Stürmer vergessen, daß unsere Bewegung heute nicht mehr dieselbe ist wie zur Zeit des Wahlrechtskampfes. Damals ist uns ein großer Theil des Bürgerthums sympathisch gegenüber gestanden. Die demagogischen Parteien waren noch nicht so entwickelt. Wer mehr stürmen will, vergißt, daß heute nicht mehr die Stimmung hiezu vorhanden ist. Damals haben wir eine schwache Organisation und eine stärkere Bewegung gehabt. Heute haben wir eine stärkere Organisation und ein stärkeres Verlangen nach inneren Organisationsarbeiten. Der Ruf nach innerer Arbeit ist ein guter! In manchem Wahlkreis in Böhmen sieht es nicht rosig aus. Aus jenem Wahlkreis, wo es am traurigsten liegt, werden die meisten Angriffe gegen die Parteileitung laut. Aber im gleichen Athem sagen diese Vertreter selbst, daß ihnen Niemand in die Versammlungen kommt. Wir haben die Stimmung im IV. böhmischen Wahlkreis nicht nach den Aeußerungen der Delegirten zu beurtheilen. Hunderte dortiger Genossen, ich kenne den Bezirk, beurtheilen die Dinge ganz anders. Nun zu Reichenberg. Ich bedaure aber, daß ein Delegirter da die Frage Arbeiter-Bildungsverein—Gewerkschaft aufgeworfen hat, die schon längst erledigt ist. Nur eine sehr kleine Anzahl von Genossen lebt noch in der Meinung, die alte Organisationsform dürfe nie verändert werden. Es ist so viel zu thun für Alle, die arbeiten wollen, daß Niemand sagen darf: es wird zu wenig Arbeit gefordert. Man darf eben nicht immer auf irgendeine Ordonnanz warten und braucht nicht von der Parteileitung sich erst stoßen zu lassen. (Beifall und Händeklatschen.)

Rießner (Brünn): Es besteht wohl nur eine Meinung auf dem Parteitag, daß die Fraction sehr viel geleistet und sich brav und tapfer gehalten hat und unseren Dank verdient. In zwei Fällen hat die Fraction aber gebremst: bei der Fahrkartensteuer und bei den Triester Vorfällen. Der erste Fall ist nicht von großer Bedeutung. Aber im zweiten Falle hätte man nicht gleich — auch im Centralorgan — erkennen lassen sollen, daß man es nicht allzu böse meint. Ich fürchte mich nicht vor dem Wort Obstruction. Wenn die Fraction energisch vorgegangen wäre, so hätte Körber nicht in solcher Weise vorgehen können. In großen Kreisen hat diese Taktik, wenn nicht Befremden, so doch Verwunderung erregt. Aber man braucht deshalb kein großes Geschrei zu erheben, ich hätte mich deshalb auch nicht zum Wort gemeldet. Es geht auch nicht an, daß man Parteivertretung und Fraction zum Prügelknaben oder gar, wie ein böhmischer Delegirter wollte, zum Mädchen für Alles macht. Wenn man selbst in einem Wahlkreis nicht Ordnung macht, so kann das auch die Parteivertretung nicht. Die Schuld des Stillstandes liegt in der wirthschaftlichen Krise, an der fünften Curie, die viele Genossen nicht dauernd befriedigt. Durch lärmende Thätigkeit ist für den Ausbau der Organisation nichts gemacht worden. Es ist gut, daß eine Zeit kommt, wo wir für den Ausbau der Organisation Ruhe haben. Adler sagte, daß die niederösterreichischen Genossen sich an dem Kampfe um das Landtagswahlrecht nicht betheiligt haben, damit das Princip der fünften Curie nicht in die Landtage ein-

dringe. Die Parteivertretung hätte den einzelnen Landesvertretungen diese sehr vernünftige Erwägung mittheilen sollen, damit die Landesvertretungen es sich zur Richtschnur genommen hätten.

Vorsitzender **Popp**: Es ist folgender Antrag eingelaufen:

Der Parteitag nimmt den Bericht des Verbandes der Abgeordneten zur Kenntniß und spricht ihm für sein entschiedenes Eintreten für die Interessen der gesammten Arbeiterschaft des Reiches Dank und Anerkennung aus.

Schäfer, Muchitsch, Polke, Prähauser,
Schrammel, Spielmann.

Die Debatte ist geschlossen.

Es folgen thatsächliche Berichtigungen:

Sponer (Reichenberg): Es wurde uns der Vorwurf gemacht, daß wir in Reichenberg gewissermaßen einen Zopf hätten. Wir sind nicht Gegner der gewerkschaftlichen Organisation, wir haben schon seinerzeit einen Fachverein der Textilarbeiter gehabt, der circa viertausend Mitglieder hatte. Wir haben auch andere Branchen organisirt. Ich erkläre in der Regel, daß die gewerkschaftliche Organisation die beste Form der Arbeiterorganisationen ist. Wenn Hueber sagt, die Welt dreht sich nicht um Reichenberg, so muß ich sagen, die Welt dreht sich auch nicht um die Gewerkschaftscommission. Denn die Verhältnisse bestimmen die Menschen und nach diesen muß man sich richten. Wir haben eine Menge Leute, die gewerkschaftlich nicht so leicht zu organisiren sind, und auch für die müssen wir den passenden Rahmen schaffen.

Behr (Saaz): Ich habe nur die Meinung ausgesprochen, daß es noch wichtigere Fragen als den Ausgleich gibt, und zwar that ich das deshalb, weil zwei Redner vor mir eine Action gegen den Ausgleich einleiten wollten.

Brod (Wien): Ich berichtige thatsächlich: Die Fraction hat bei der Berathung der Fahrkartensteuer es einem bürgerlichen Abgeordneten überlassen, für Arbeiterkarten die Befreiung von der Fahrkartensteuer zu begehren. (Ellenbogen: Das war eben nur Pflanz!) Genosse Schuhmeier ist unter die Aesthetiker gegangen, aber es kann sich nicht Jedermann mit den unteren Partien des menschlichen Körpers befassen. (Vorsitzender: Das überschreitet den Rahmen einer thatsächlichen Berichtigung.)

Dr. **Stark** (Karlsbad): Ich bin seit neun Jahren mitten in der Bewegung. Nur aus Unkenntniß der Verhältnisse kann ich mir die Aeußerungen des Genossen Muchitsch erklären. Es dürfen nicht Delegirte erster und zweiter Classe geschaffen werden. (Muchitsch: Wie sind Sie denn zu Ihrem Mandat gekommen?) Das fragen Sie die Karlsbader.

Schuhmeier (Wien): Dem Genossen Brod gegenüber berichtige ich thatsächlich, daß wir im Parlamente stets am Platze waren. Was die Fahrkartensteuer betrifft, sei gesagt, daß wir es eben nicht verhindern können, daß zuweilen auch ein bürgerlicher Abgeordneter einen arbeiterfreundlichen Antrag stellt, ohne daß er kommt und uns frägt, ob wir das erlauben. Meine Privatangelegenheit wegen des Götz von Berlichingen geht Brod nichts an.

Es erhält nunmehr das Schlußwort

Berichterstatter **Pernerstorfer**: Gestatten Sie, daß ich zuerst meine Stellung zu den eingebrachten Anträgen markire. Dem Antrage Czech stimme ich zu. Ich werde versuchen, daß auch noch nachträglich über die Thätigkeit der Socialdemokraten in den verflossenen Sessionen ein statistischer Bericht gemacht werde, obwohl die Arbeit sehr langwierig und langweilig ist. Zum Antrag Brod habe ich zu bemerken: So weit die Bemerkungen in ihm wahr sind, sind sie so alt und so überflüssig, daß ich nicht glaube, daß die Nothwendigkeit vorliegt, den Antrag anzunehmen. Die zweite Hälfte des Antrages ist aber ganz unmöglich. Compromisse, durch die die Partei compromittirt werden kann, sollen thunlichst vermieden werden; das heißt, es wird uns zugemuthet, daß wir vielleicht doch einmal ein Compromiß eingehen, durch das wir compromittirt werden. Ich bin kein solcher Dogmatiker wie Brod, der mir gegenüber ein bibelfester Mensch ist, ich bin

nicht absolut gegen Compromisse, aber ein Compromiß, durch das wir compromittirt werden, kann ich nicht eingehen, ich, der Opportunist und Compromißler. (Heiterkeit.)

Die Debatte hat sich vornehmlich mit der Frage des Ausgleiches und der Obstruction beschäftigt. Dr. Adler hat gesagt: Obstruction kann nur gemacht werden im Falle eines wirklichen Rechtsbruches. Ich stimme dem bei, aber auch nur mit einer Einschränkung. Rechtsbeugungen sind bei uns sozusagen das tägliche Brot; sie sind nicht so selten, weder in der politischen Verwaltung noch im Parlament. Sie können also an sich noch keinen Anlaß zur Obstruction geben. Die Obstruction ist nur dann möglich, wenn diese Rechtsbeugung so kraß ist, daß sie große Massen in Erregung bringt. Aber die Obstruction ist auch möglich, wo keine Rechtsbeugung vorliegt, sondern wo es sich um eine Verletzung wichtiger Interessen großer, bewußter Massen handelt, um solche Interessen, die den breiten Massen an den Leib gehen. Dann kann die parlamentarische Minorität, die aber in der That die Majorität des Volkes repräsentirt, parlamentarische Obstruction machen. Die Obstruction ist, rein theoretisch betrachtet, nach unserer Geschäftsordnung jeden Tag möglich. Sie können bestimmen: wir fangen um so und so viel Uhr an, Obstruction zu machen. Theoretisch und rein abstract genommen, ist das möglich. Aber eine andere Frage ist es, ob eine solche Obstruction jenen Wiederhall in der Bevölkerung findet, daß sie mit Erfolg durch längere Zeit durchgeführt werden kann. Nun hat man es mir verübelt, daß ich gesagt habe, der Ausgleich werde wahrscheinlich im Parlamente angenommen werden. Man hat sogar, weil ich gesagt habe: „Wir werden ihn fressen" gemeint, unsere Fraction werde zustimmen. Das ist ein Mißverständniß, das ich nicht aufzuklären brauche. Wir Socialdemokraten werden selbstverständlich Alles thun, um die Ausgleichsvorlagen zu Fall zu bringen. Wenn ich „wir" sagte, so meinte ich natürlich „wir, das Parlament." Aber man hat auch gesagt, es sei taktisch ungeschickt, das zu sagen. Da bin ich nun der Meinung, daß es in der Politik das Sicherste und Beste ist, wenn man ganz offen spricht. Es hat auch in den Reihen der Delegirten eine große Anzahl gegeben, die mit Recht sagten: Es ist nicht so leicht, in den Massen die Ausgleichsfrage so „populär" zu machen, daß sie den Anhaltspunkt für eine Obstruction bilden könnte. Wenn es gelingen sollte, durch eine Verknüpfung von heute ganz unbekannten und ganz unmöglich erscheinenden Verhältnissen eine solche Bewegung im Volke hervorzurufen, dann liegt eine geänderte Situation vor. Wie die Dinge heute stehen, wird es wohl bei dem bleiben, was ich gesagt habe.

Pölzer, der als erster Redner sich mit dieser Frage beschäftigte, hat überhaupt gemeint, wenn wir immer so in der Partei überlegt hätten, wie wir das jetzt thun, wäre es schlecht gewesen. Ich glaube, auch in der Zeit, wo die Partei mehr eine äußerliche, eine außen in die Augen springende Politik getrieben hat, hat sie das auch mit voller Ueberlegung gethan. Auch als die Partei in Wien auf die Straße ging, ist das nicht geschehen, weil plötzlich ein unwiderstehlicher Drang die Partei erfaßt hat, sondern die Vertrauensmänner der Partei haben am grünen Tisch darüber gesprochen, und man ist mit großer Ueberlegung auf die Straße gegangen. Als der berühmte Tag der Lex Falkenhayn war, da war es auch nicht anders. Um 3 Uhr Nachmittags war die Sitzung aus und um 10 Minuten später sind die 14 Mitglieder des Verbandes am grünen Tisch gesessen, und in dieser Sitzung wurde Punkt für Punkt genau bestimmt, was unsere Abgeordneten am anderen Tage zu thun haben. Dr. Adler und ich waren auch dabei. Sie sehen, wie unrecht Sie thun, wenn Sie etwa den Dr. Adler verdächtigen, als ob ihm das Bremsen sozusagen im Blute läge. Gewiß, es gibt Leute, die vielleicht in einem Augenblicke zu viel überlegen, aber ich glaube, der Fehler ist noch immer eher zu ertragen als der andere, wenn man nämlich zu wenig überlegt. Der Verband ist bei der Kritik, so weit ich übersehen kann, noch immer ganz gut weggekommen. Es sind von einigen Seiten schwere Anwürfe erhoben worden, aber es hat sich gezeigt, daß die Mehrheit des Parteitages doch nicht auf der Seite Derjenigen steht, die uns so verurtheilen. Doctor Czech war selbst so einsichtsvoll, zu sagen, er habe manchmal die Empfindung

gehabt, daß der Verband zu wenig gethan habe, aber schließlich sei er selbst daraufgekommen, daß es doch nur eine Empfindung sei. Andere aber haben gegen den Verband mit bloßen Schlagworten gearbeitet, so wenn Dr. Stark von einer zuwartenden Haltung des Verbandes gegenüber dem politischen Marasmus spricht. Ich weiß nicht, ob Dr. Stark den Marasmus innerhalb der Partei meint. Ich glaube, ein Marasmus, eine politische Theilnahmslosigkeit der Partei läßt sich denn doch nicht behaupten. Wenn aber Stark jenen Marasmus meint, an dem wir in Oesterreich seit jeher leiden, den können wir nicht mit einem Schlage aus der Welt schaffen. Einiges haben wir auch da schon geleistet. Und Dr. Stark selbst wird nicht leugnen können, daß schon durch das Bestehen der Partei in den politischen Verhältnissen Oesterreichs bedeutende Wandlungen hervorgegangen sind, und wenn man von den Dingen in Böhmen spricht und sich nicht erinnert, wie es hier noch vor 15 Jahren in politischer Beziehung ausgeschaut hat und wie heute, so scheint mir das eine große Ungerechtigkeit.

An dieser Stelle gleich möchte ich einfügen, daß, obwohl es nicht ausgesprochen wurde, ein Grund der Unzufriedenheit mit den Abgeordneten auch speciell darin liegt, daß wir nicht überall hinkommen, wohin wir gerufen werden. Denken Sie daran, daß die sieben deutschen Abgeordneten unmöglich allen jenen Anforderungen nachkommen können, die an sie gestellt werden. Die Genossen aus Karlsbad speciell haben es gern, wenn wir hinkommen, und wenn es nach den Karlsbadern ginge, wir sieben hätten das ganze Jahr sehr viel bei ihnen zu thun. Ich glaube auch, daß das kein sehr gutes Zeichen für das Mißtrauen ist, das auch die Karlsbader Genossen zu uns haben. Sie müssen uns doch nicht für gar so schlechte Praktiker und Taktiker halten, weil wir ja auch bei ihnen die Praktik und Taktik der Partei und des Verbandes vertheidigen würden. (Heiterkeit und Beifall.) Das ist nicht nur in Karlsbad so, sondern das ganze deutsche Organisationsgebiet schreit nach den Abgeordneten. Der Parteisecretär könnte Ihnen ein Lied davon erzählen. Das hat eben seine Gründe. Da hat man eine große Rede des Schuhmeier oder Seitz in den Zeitungen gelesen. Die sind nun sehr berühmte Männer und in ganz Oesterreich will man sie hören.

Dr. Stark hat dem Verband eine connivente Haltung gegen Körber vorgeworfen, und auch Resel hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir geholfen hätten, das Parlament lebendig zu machen. Ich gestehe Ihnen offen: als Körber im vorigen Jahre den geschickten Einfall hatte, durch große wirthschaftliche Vorlagen die nationalen Dinge in den Hintergrund zu schieben, da haben wir uns eindringlich gefragt, was wir thun sollen, und der gesammte Verband kam zu dem Entschluß, daß wir die Verantwortung nicht auf uns nehmen, außer in den Fällen der allerdringendsten Noth, etwas zu thun, um das Parlament zu ruiniren. Wir wissen, wie werthvoll der Bestand eines parlamentarischen Bestandes ist und wie sehr wir wirken können. In der That hat Resel insoweit recht, daß er sagen kann: Der Verband hat nichts gethan, um das Parlament zu sprengen. Wir wollten nicht activ gegen das Parlament wirken, schon deshalb nicht, weil im Falle einer Zerstörung des Parlaments wir dann die Schuld hätten tragen müssen, wenn Zustände gekommen wären, die wir nicht wünschen. Am allerwenigsten hat Stark recht, wenn er glaubt, daß die Rücksichtnahme auf specielle Verhältnisse Wiens und auf die niederösterreichischen Landtagswahlen für die Haltung des Verbandes und der Parteileitung maßgebend gewesen wäre. Es ist naturgemäß, daß die niederösterreichischen Verhältnisse für uns nicht ohne Belang sind, aber glauben Sie doch nicht, daß der Kampf, den wir in Niederösterreich führen, nur niederösterreichische Interessen berührt. (Beifall.) Die Verhältnisse in Wien sind eben nicht ohne jeden Einfluß auf die Entwicklung der Dinge in Oesterreich überhaupt. Wien ist trotz den großen aufstrebenden centrifugalen nationalen Bewegungen doch das Haupt des Reiches, und was in Wien geschieht, ist nicht ohne Belang für das Reich.

Je geringer der Einfluß Lueger's im Parlament geworden ist, umso freier ist die Bahn für alle jene Elemente, die wenigstens das Eine wollen: daß nicht das Allerpöbelhafteste in Oesterreich obenauf schwimmt, und es ist nicht gleichgiltig, welche Partei uns gegenübersteht. Wir führen im österreichischen Parlament den erbitterten Kampf gegen die Christlich-Socialen. Ja, aber schauen Sie sich

die Verhältnisse dort doch an. Wer schimpft denn auf die Arbeiter in der unflätigsten Weise? Es sind die Christlich-Socialen und die Schönerianer, gegen die wir wahrhaftig auch nicht milde vorgegangen sind. Wenn heute die Deutsche Volkpartei und die Liberalen in den Formen conciliauter gegen uns sind, mag das vielleicht nur dem Umstande zuzuschreiben sein, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse es ihnen nicht angezeigt erscheinen lassen, mit voller Offenheit gegen uns vorzugehen. Aber in der Politik stehen die Dinge eben so, daß sich die Verhältnisse verschieben, und uns ist es heute nicht gleichgiltig, ob andere bürgerliche Parteien in Niederösterreich das Uebergewicht erlangen oder ob die Christlich-Socialen es behalten. Das ist zwar zunächst eine Frage für Niederösterreich. Aber die weitere Befestigung der christlich-socialen Herrschaft in Oesterreich bedeutet auch die Befestigung aller ohnehin so scharfen clericalen Bestrebungen.

Auch daß die Führer nichts thun, hat Stark gesagt. Ich weiß nicht, was er sich darunter vorstellt. Meint er, daß wir für die Agitation nichts erfinden oder daß wir nichts in der Partei leisten? Auch diese Behauptung gehört in die Kategorie jener, die nichts sind als allgemeine Redensarten, die durch keine concreten Beweise belegt sind. Er hat von der Einschläferung des Classenbewußtseins gesprochen. Aber ich kann versichern, daß die Reden unserer Abgeordneten alle von proletarischem Geiste getragen waren, und daß aus diesen Reden, die doch massenhaft gelesen werden, nicht eine Erschlaffung, sondern eine Stärkung des Classenbewußtseins resultirt. (Beifall.)

Stark meint, wenn trotz Obstruction und trotz aller Mittel der Ausgleich Gesetz wird, sollten wir die schärfste Obstructionswaffe in die Hand nehmen: wir sollen zur Thür hinausgehen und Abstinenz treiben. Wenn wir in einem anderen Lande lebten, wäre es vielleicht erklärlich, wenn ein solcher Vorschlag gemacht würde, aber nicht in Oesterreich, wo die Politik der Abstinenz einmal von einem großen mächtigen Volksstamm, den Czechen, geübt wurde. Und was war die letzte Folge dieser Abstinenz? Die Czechen haben gesehen, daß die Abstinenz nicht etwa ihr Gewicht und ihr Ansehen vermehrt, sie mußten im Gegentheil fürchten, daß der Zeitpunkt kommen werde, wo man sie einfach als eine Menge, die man gar nicht mehr zu beachten braucht, ansehen werde. Sie haben sich noch rechtzeitig entschlossen, die Abstinenz aufzugeben. Das war vor nun mehr als zwanzig Jahren, und ich glaube nicht, daß die Czechen für sich eine bessere Politik gemacht haben vor ihrem Wiedereintritt in das Parlament als nachher.

Zum Schluß hat Stark gesagt, bei der Masse sei eine Gleichgiltigkeit gegen das Parlament und gegen den Verband eingetreten. Da möchte ich nur wieder darauf verweisen, wie oft man uns als Redner wünscht. Und ich habe mich gerade im Gegentheil oft gewundert, wie genau die Genossen unsere parlamentarischen Actionen verfolgen und wie sie mit den Details vertraut sind. Schon Schuhmeier hat darauf hingewiesen, daß es eine arge Täuschung wäre, wenn man glauben würde, der Neunstundentag wäre auch ohne uns gekommen. Da kann ich Ihnen mit Sicherheit sagen, er wäre nicht gekommen, wenn wir nicht so seccante Leute gewesen wären, die durch Wochen hindurch der Regierung keine Ruhe gelassen haben. Vieles, was gethan wird, wird in der Oeffentlichkeit nicht bekannt. Aber wir sind unangenehme Dränger, und wenn Sie meinen, es sei der Socialdemokraten nicht würdig, daß wir das auch hinter den Coulissen thun, so übersehen Sie, daß wir hier andere Verhältnisse haben als unsere Genossen in Preußen. Es steht einmal bei uns und in den süddeutschen Landtagen so, daß halt die Minister nicht solche Leute sind wie die preußischen Herrgötter. Es gibt unter unseren Ministern in Süddeutschland und Oesterreich solche, die keine Ladstöcke verschluckt haben und selbst mit einem Socialdemokraten sehr gern reden. Nicht wir brauchen sie anzureden, sie kommen selbst zu uns. Es ist da auch der Volkscharakter in Anschlag zu bringen: der Verkehr unter den Leuten ist anders, nicht so schroff wie in Preußen. Selbst Brod, der doch so ein Principienwächter ist, wird mir zugeben, daß es nicht nothwendig ist, mit Ministern nicht zu sprechen, bloß weil sie Minister sind. Prähauser hat dem Verband vorgeworfen, er mache zu hohe Politik. Das ist auch so eine Bemerkung, mit der ich nichts zu machen weiß. Wir müssen die Politik machen, die im Abgeordnetenhause zu machen ist.

Wir müssen uns auch mit der „hohen" Politik, ja sogar mit der auswärtigen Politik beschäftigen. Daß wir aber je vergessen würden, auch die kleinen nothwendigen Dinge zu machen, speciell bei Berathung von Gesetzesvorlagen die Interessen der Arbeiter zu vertreten, das kann uns ja Niemand vorwerfen.

Brod hat in seiner Polemik gegen mich gemeint, einmal hätte ich mich ganz besonders vergangen, nämlich dem Stransky gegenüber. Ich will zugestehen, es war unvorsichtig, daß ich zugehört habe. Ich hätte es machen sollen wie die Anderen (Adler: Ausspucken und weggehen!), dann hätte mir das nicht passiren können. Brod aber sagt, gegen Deutschnationale würde ich das nicht thun. Wir haben unter den Deutschnationalen gegenwärtig keinen, der diese Art von Geschäftspolitik getrieben hätte wie Dr. Stransky. Er ist etwa anfangs der Neunzigerjahre in das Haus gekommen. Das war die Zeit, wo der Badeni in der Nähe war. Damals war es der Stransky, der den Unterhändler abgab und die Jungczechen dem Badeni zugeführt hat. Die Jungczechen hatten doch in den letzten Jahren im Parlament eine ganz nette Figur gemacht, jetzt wurden sie mit allen Mitteln der Geschäftspolitik zu Badeni hinübergeführt. Daß sie sich von Badeni zu Schurkereien haben benützen lassen, würde ich ihnen aber noch immer nicht so verargen. Dem Kramarsch zum Beispiel verzeihe ich noch eher Alles, weil ich mir da noch immer denke: Bei ihm kommt es — wenn es mir auch unsympathisch ist — doch aus einer starken Leidenschaft, und wenn ein Mensch aus Leidenschaft etwas thut, was auch immer es sei, so pardonnire ich ihn zum Schluß doch. Aber der Stransky, das ist ein Mensch, der die größten Tiraden, die größten Drohungen mit einem so höhnischen, selbstgefälligen Lächeln begleitet, daß ich auf der ganzen Welt, so weit ich herumgekommen bin, keinen Menschen wüßte, der so das Bild eines widerwärtigen Charakters gibt. (Beifall), eines Charakters, bei dem der Widerspruch dessen, was er redet und thut, worüber er sich aber innerlich lächerlich macht, mit dem was er glaubt, so sehr in die Erscheinung tritt. (Abgeordneter Schuhmeier: Der czechische Geßmann! Beifall.) Das ist der Grund, warum ich mich damals nicht zurückhalten konnte, und es war nicht geschmackvoll von Brod, mir zuzumuthen, daß ich Stransky deshalb, weil er ein Czeche ist, so angreife. Dieser Vorwurf war ebensowenig geschmackvoll, als wenn ich sagte, Brod habe mit Stransky wegen der alten heimatlichen Klänge und Zusammenhänge so viel Mitgefühl. (Große Heiterkeit und Beifall.) Brod meinte auch, der Umstand, daß wir socialdemokratischen Abgeordneten vielfach auch bürgerliche Stimmen erhalten haben, macht uns zu Concessionen geneigt. Sie wissen ja, wie die fünfte Curie beschaffen ist. Wir müssen, wenn wir candidiren, vor die gesammte Bevölkerung treten. Aber man könnte uns einen Vorwuf doch nur dann machen, wenn wir bei unseren Candidatenreden oder später im Parlament wirklich auf die Interessen der Bourgeosie Rücksicht nehmen würden. Nun sagen Sie mir einen Fall, wo wir gegen die Interessen der Arbeiter oder auch nur ohne Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter etwa die Interessen des Bürgerthums vertreten hätten.

Es gibt wirklich einen solchen Fall, der merkwürdigerweise in der ganzen Debatte gar nicht erwähnt wurde: unsere Abstimmung beim Verbot des Terminhandels. Damals haben wir gesagt: Das ist eine Sache, die nicht gegen das Interesse des Proletariats, sondern nur gegen die bisherigen Ergebnisse aller wissenschaftlichen Betrachtung geht. Die Bauern aber glauben, daß ihnen das etwas hilft. Warum sollen wir ihnen also in die Suppe spucken, die sie für schmackhaft halten! Sie werden schon selbst darauf kommen, aber wir haben damals gestimmt nach einer ausdrücklichen Erklärung, die in unserem Namen Abgeordneter Eldersch abgab. Wenn wir alle Vorwürfe Brod's zusammenfassen, so glaube ich, gehen sie im letzten Grunde darauf aus, der Parteitag solle beschließen, daß die zehn Abgeordneten des Verbandes das Programm zehnmal abschreiben sollen, damit sie es sich endlich merken. (Lebhafte Heiterkeit.)

Löw hat uns gesagt, wir hätten bei der Triester Affaire früher eingreifen sollen. Da muß er die Parlamentsverhandlungen doch nicht gut im Kopfe haben. Wir haben, bevor in Triest geschossen wurde, bereits eine parlamentarische Action eingeleitet, aber wir haben auch privatim, und zwar vor Zeugen dem Körber 24 Stunden früher gesagt: „Sie werden dafür verantwortlich sein

wenn geschossen wird!" Wir haben Alles vorher gethan, was möglich war. Rießner hat sich auch beklagt, daß wir damals nicht genug scharf vorgegangen seien. Ich verstehe wirklich nicht, was er will. Man kann verschiedener Ansicht sein über das, was man hätte machen sollen, aber darüber kann kein Zweifel sein: Was die Kraft der Ausdrücke betrifft, die wir damals gebraucht haben, so ist das Menschenmögliche geschehen, und zwar in einem Grade, der manchem Genossen bereits über die Hutschnur gegangen ist.

Es soll doch einer der Parteigenossen sagen, was man hätte thun sollen. Es ist wahr, brutal und niederträchtig war das Vorgehen in Triest. Der Körber hat einfach das decken müssen, was der Goëß, der ja hohes Blut in sich hat, gethan hat. Aber in früheren Zeiten war bei solchen Gelegenheiten das Nächste, daß die Leute für das Schießen Orden bekommen haben: aber diesmal — und ich glaube, ich werde es nicht einmal dadurch verhindern, daß ich es hier prophezeie — ist es sicher, daß die Tage des Goëß in Triest gezählt sind. Sie dürfen aber nicht erwarten, daß die Socialdemokratie und die politische Anständigkeit in Oesterreich schon so stark sind, daß eine bureaukratische Regierung, und eine solche ist doch die Regierung des Körber, gegenüber der vollendeten Thatsache einer militärischen Schießerei etwa zugeben könnte, es sei ein Unrecht geschehen. Das ist für einen Mann wie Körber und für jeden österreichischen Ministerpräsidenten eine selbstverständliche Sache, daß das Militär recht hat. Aber so wenig der Ministerpräsident ein Held ist, daß ihm die Sachen, die ihm der Goëß gemacht hat, nicht angenehm waren, können Sie mir glauben.

Aber wir werden Gelegenheit haben, ihm wiederum zu sagen, wie leichtsinnig und im höchsten Grade geringschätzig die Regierung Körber mit dem Leben des Volkes umgeht. Das Parlament wird zusammentreten und das Erste wird sein, daß wir den Landarbeiterstreik in Galizien in die gehörige Beleuchtung stellen werden (Beifall), und bei der Gelegenheit wird den herrschenden Mächten wiederum in reichlichem Maße die Wahrheit gesagt werden.

Ich habe gestern gesagt, daß wir uns dessen bewußt sind, nicht Alles gethan zu haben, was gethan werden mußte; aber das Eine nehme ich für uns in Anspruch: der Verband hat in seiner Gesammtheit, und jeder Abgeordnete hat für sich in ehrlicher, aufrichtiger Absicht und nicht ganz ohne Erfolg seine Arbeit in die Wagschale geworfen zum Besten des österreichischen Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung um ½1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr und ertheilt zunächst zum Bericht der Commission, welche über die Ausschließung des Genossen Jenischek zu berathen hat, das Wort an

Resel (Graz): Ein Wiener, Genosse Jenischek, wurde von der Organisation des XIX. Bezirkes aus der Partei ausgeschlossen und hat dagegen Berufung an den Parteitag ergriffen. Der Parteitag soll nun darüber entscheiden, ob Jenischek eine solche unehrenhafte Handlung begangen hat, daß er nicht weiter werth ist, unserer Partei anzugehören. Die Commission hat nach eingehender Untersuchung entschieden, daß die Ausschließung nicht gerechtfertigt ist, und zwar mit Rücksicht auf das der Ausschließung Vorhergegangene. Jenischek ist schon seit langer Zeit in der Partei thätig, wenn auch sein Name nicht in weiteren Kreisen bekannt ist. Er war im Arbeiter-Bildungsverein „Lassalle" eifrig thätig; es haben sich jedoch Streitigkeiten ergeben und es wurde beschlossen, ihn als störendes Element aus dem Verein auszuschließen. Jenischek war bestrebt, diese Ausschließung rückgängig zu machen und verlangte, es solle das Schiedsgericht einberufen werden. Das Verlangen wurde aber nicht erfüllt. Er appellirte an die Generalversammlung, war aber, als diese tagte, krank; der Brief, den er an die Generalversammlung gerichtet hatte, wurde gar nicht vorgelesen. Er wendete sich dann an andere

Factoren, allerdings nicht mit dem nöthigen Nachdruck, wurde aber abgewiesen. Nun wendete er sich an die Polizei, diese möge den Verein verhalten, den Statuten entsprechend vorzugehen. Er hat darauf verwiesen, daß bei der Generalversammlung nicht ordnungsmäßig Protokoll geführt wurde, daß nicht ordentliche Controle vorgenommen wurde und daß der Verein die Einberufung des Schiedsgerichtes abgelehnt habe. Als nun der Polizeirath die Erledigung dieses Ansuchens an den Verein schickte und die Genossen so erfuhren, daß sich Jenischek an die Polizei gewendet habe, wurde Jenischek vom XIX. Bezirk ausgeschlossen. Es war der Commission klar, daß es unstatthaft ist, wenn ein Genosse in einer derartigen Angelegenheit die Polizei als Hilfe oder Richter anruft.

Unter Umständen wäre ein solches Vorgehen entschieden hinreichend, um Jemanden aus der Partei auszuschließen, aber in Berücksichtigung dessen, daß man vorher Jenischek, der früher immer fleißig gearbeitet hatte und auch während der Wahlen seine Pflicht gethan, wirklich bitteres Unrecht gethan hat, und daß Jenischek sein Recht nirgends finden konnte, sowie mit Rücksicht auf das lebhafte Temperament, das daran schuld sein soll, daß er nicht immer bei seinen Ueberlegungen die nöthige Zeitdauer eintreten läßt, um einen überlegten Beschluß hervorzurufen (Heiterkeit), hat die Commission beschlossen, zu empfehlen, daß der Ausschluß des Jenischek aus der Partei nicht gutgeheißen werde. Ein Genosse, der aus der Partei ausgeschlossen wird, ist moralisch ruinirt, und man muß es sich sehr wohl überlegen, ob man gegen einen Genossen, der früher seine Pflicht gethan, mit diesem äußersten Mittel vorgeht. Andererseits geht es doch nicht an, daß eine derartige Handlung, wie sie Jenischek begangen, ohne Sühne bleibe.

Die Commission fand nach eingehender Prüfung des Falles Jenischek:

Der Ausschluß Jenischek's aus dem Bildungsverein „Lassalle" kann weder der Form noch dem Inhalte nach als gerechtfertigt bezeichnet werden.

Jenischek hat nun aber im Kampfe gegen das ihm widerfahrene Unrecht zu Mitteln gegriffen, die bei strenger Auslegung der Parteiorganisationsbestimmungen seinen nachher erfolgten Ausschluß aus der Partei gewissermaßen rechtfertigen ließen.

Aber mit Rücksicht darauf, daß der Fehltritt Jenischek's im Kampfe gegen erlittenes Unrecht erfolgte, beantragt die Commission:

Dem durch die Organisation des XIX. Wiener Bezirkes erfolgten Ausschluß Jenischek's aus der Partei stimmt der Parteitag nicht zu, sondern beschließt:

Jenischek ist zwar nicht als aus der Partei ausgeschlossen zu betrachten, aber er hat dadurch, daß er im Streite mit seiner Organisation die Polizei als Helfer angerufen hat, den Anspruch, in der Partei oder einer ihr zugehörigen Organisation eine Function zu bekleiden, verloren.

Der Parteitag genehmigt den Beschluß der Commission.

Sodann erhält das Schlußwort zur **Parteitaktik** der

Berichterstatter Dr. **Adler**: Am Ende einer eingehenden Discussion über die Parteitaktik muß man sagen, daß der Einladung der beiden Referenten, Beschwerden vorzubringen, in reichlichem Maße Folge gegeben wurde. Aus der Debatte geht die erfreuliche Thatsache hervor, daß die Genossen unzufrieden sind, unzufrieden mit dem, was erreicht wurde, unzufrieden mit der Schnelligkeit und der Energie der Vertrauensmänner. Das ist darum erfreulich, weil daraus hervorgeht, daß, wenn die Vertrauensmänner mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Energie und nach allen Möglichkeiten, die die Lage gibt, zum Kampfe übergehen, sie hinter sich Leute wissen, denen es noch immer zu langsam geht. Es ist das eine weit angenehmere Lage, als wenn wir das Bewußtsein haben müßten, daß wir zwar vorausmarschiren, daß aber Niemand hinter uns kommt. Es ist uns lieber, daß wir uns sagen können: Wenn wir noch so energisch losgehen, erreicht das noch immer nicht den Ingrimm, der im Lande ist, als daß wir uns von den bürgerlichen Parteien den Vorwurf gefallen lassen müßten, den sie oft erhoben: Ihr zerreißet Euch das

Maul, aber die Arbeiterschaft ist sehr zufrieden und weiß von nichts. Damit will ich aber nicht sagen, daß ich über jedes Wort, daß hier gefallen ist, ein besonderes Vergnügen empfunden habe. Meine Phantasie ist so groß, daß ich mir vorstellen kann, daß die Beschwerden und Wünsche mitunter in einer etwas klügeren Form hätten vorgebracht werden können.

Ich muß sogar gestehen, daß, wenn ich mir die Sache recht überlegen würde, ich einige andere schwache Punkte entdecken würde, die der Aufmerksamkeit der Kritiker entgangen sind, während sie hingegen an Punkten angepackt haben, wo es vielleicht nicht ganz am Platze war. Sie haben nicht unsere schwächsten Punkte getroffen, sondern unsere stärksten. (Heiterkeit.)

Wir sind seit den Wahlen zum erstenmale beisammen, und es ist begreiflich, daß viele der Erinnerungen und Stimmungen, die bei den Wahlen und aus Anlaß ihrer Resultate bei den Genossen rege geworden sind, hier reproducirt werden. Nun freilich müßte man meinen, daß anderthalb Jahre eigentlich Zeit genug gewesen wären, um ein bißchen zur Besinnung zu kommen. Man müßte das umsomehr annehmen, als insbesondere hier in Böhmen diese Zeit ausgereicht hat, um die Verhältnisse hier so wesentlich zu ändern. Wenn die Genossen von Böhmen unmittelbar nach den Wahlen von 1901, die uns schmerzliche Niederlagen gebracht haben, in voller Entrüstung Himmel und Hölle verflucht und nicht nur die niederträchtige Perfidie der Gegner angeklagt haben, wenn sie damals auch in ihrer Erregung die eigenen Genossen angeklagt haben, so war es zu begreifen.

Ich möchte hier einen Zug besonders hervorheben. Unsere Taktik im Parlament, in der Presse und in der Partei wird vielfach angegriffen, weil sie nicht so lebendig ist, als es gewünscht wird. Es wird aber dabei aus einem gewissen Schamgefühl ein Nachsatz in der Oeffentlichkeit verschwiegen, den sich Viele denken, Manche auch hie und da aussprechen. Die Genossen denken nämlich: Wir bestehen schlecht in der Concurrenz mit den bürgerlichen Parteien. Sehr häufig denken die Genossen: Wenn wir nur auch soviel Spectakel machen würden wie die Deutschnationalen! Jetzt haben die wieder etwas gemacht. Es ist ja einmal höchst naiv von einem Redner herausgekommen — es war der sehr naive Genosse Brod — der der Fraction vorgeworfen hat, daß sie einen Antrag nicht eingebracht hat, den die bürgerlichen Abgeordneten eingebracht haben. Sehr oft wird der Fraction vorgeworfen, daß sie in den Wettrennen der bürgerlichen Demagogie nicht mitthun. Und wenn Sie das Schamgefühl gehabt haben, das hier nicht zu sagen, so rechne ich Ihnen das zur Ehre an. Unser Parlamentarismus ist so heruntergekommen wie in gar keinem anderen Lande, und gerade das, wodurch diese jungen bürgerlichen Parteien, diese kleinbürgerlichen demagogischen Parteien in die Höhe gekommen sind, hat zur Verächtlichmachung der Methode unseres Parlamentarismus am meisten beigetragen. Wollen Sie von unseren Abgeordneten wirklich, das sie sich auf diesen Schwindel miteinlassen, daß sie sich in den Wettbewerb begeben, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen, die verächtlichste Demagogie zu treiben? Die Parteien bringen leere Demonstrationsanträge ein, Anträge, über die die Antragsteller selbst lachen müssen. Wenn Sie das wollen, so suchen Sie sich andere Leute aus als die zehn ehrlichen Männer, die wir im Parlament haben. Dann nehmen Sie sich die Herren Franko Stein und solche Individuen, die keinen Funken Gewissenhaftigkeit, keinen Funken Verantwortlichkeitsgefühl haben. Wir sind als Socialdemokraten erzogen, und unser erstes Gebot ist, daß wir nichts sagen, als was wahr ist und was wir auch vertreten können, daß wir vor Allem unsere eigenen Wähler nicht belügen. Das, was Sie so oft als Besonnenheit belächeln, so oft als Abwiegeln verabscheuen und kritisiren, das ist nichts Anderes als ehrliche Wahrheitsliebe. Wenn Sie aber beschwindelt sein wollen, dann suchen Sie sich, ich wiederhole es, andere Leute. (Beifall.)

Aber der Schwindel hält nicht vor. Sie in Nordböhmen sehen denselben Proceß, den wir in Niederösterreich sehen, daß die beiden demagogischen Parteien — Christlich-Sociale und Deutschnationale — im völligen Abtrachen begriffen sind. Nicht wir können sie umbringen. Wir können unseren Feinden überhaupt nicht soviel anthun, als Manche von Ihnen glauben. Seien Sie aber deshalb unbesorgt, jeder Lump hängt sich zuletzt selbst auf. (Lebhafter Beifall.) Das ist ein wirkliches Gesetz der Nothwendigkeit, so schwindelhafte politische Existenzen

können nicht bestehen, sie müssen zugrunde gehen und sie gehen nicht an der Zufälligkeit einer angeblichen Unsittlichkeit irgendeines Führers zugrunde, auch nicht an einer Dummheit, die Jemand gemacht hat. Menschen sind wir Alle und Dummheiten machen wir Alle. Nicht weil Einzelne von ihnen Lumpereien machen, sondern weil das Wesen dieser Parteien ein unwahres ist, weil sie auf einer ganz unnatürlichen Grundlage beruhen, weil sie auf der Lüge begründet sind, auf der Lüge, daß sie, die die Vertreter kleiner Schichten des Bürgerthums sind, Vertreter aller möglichen Schichten, insbesondere auch der der Arbeiterclasse seien. Diese Demagogie, diese Lüge muß sie dahin bringen, daß sie sich schließlich selbst bis an den Rand des Abgrundes bringen.

Weil diese Parteien kein klares Programm, kein klares Ziel und keine klare Taktik haben und haben können, darum sind sie einzig und allein überall auf eine Person gestellt. Mit der Person geht dann der Krempel caput. Es sind eben Personen, überall fehlbare Menschen. Es müssen zwar nicht Alle so ausgemachte Lumpen sein, aber daß sie Fehler haben, ist sicher. Wenn aber eine Partei nicht auf die wirkliche wirthschaftliche und politische Nothwendigkeit gestellt ist, sondern auf das Ansehen von Personen, dann muß mit den Personen auch die Partei caput gehen. Das geschieht in Wien und auch hier in Nordböhmen.

Ich habe vorhin gesagt, daß heute noch, nach anderthalb Jahren, die Stimmung bei Vielen von Ihnen vorherrscht, die unmittelbar nach dem Ausgang der Wahlen zu begreifen war. Heute sind wir aber in einer ganz anderen Situation wie vor anderthalb Jahren. Dieser Siegesrausch der Deutschnationalen, dieser Triumphzug des deutschen Hochgedankens (Heiterkeit), der auf der nichtswürdigsten Erpressung beruht hat und darauf, daß man als Mittel des Wahlkampfes zum erstenmale in einem Maße, wie das selbst den weit weniger deutsch-hochgedanklich entwickelten Liberalen bekannt war, die Hungerpeitsche eingeführt hat, ist längst verschwunden. Die Dinge sehen heute nach anderthalb Jahren etwas nüchterner aus als damals. Grau und bleischwer liegt auf diesen Leuten die Wirklichkeit, und das sieht durchaus nicht so aus, als ob diese deutschnationalen Kleinbürger, die sich vermessen haben, diesen sehr complicirten und schwer zu führenden Staat zu führen, diese Fähigkeit besitzen. Eine Partei, die nicht einmal ihre kleinen persönlichen Angelegenheiten in einer halbwegs anständigen, wenn auch noch so philiströsen Form zu ordnen vermag, ist nicht befähigt, politisch zu führen oder auch nur ein entscheidender Factor zu sein.

Also, Sie dürften heute ganz anders die österreichische Politik ansehen, und wenn Leute unter Ihnen sind, die niedergedrückt waren darüber, daß die viele Arbeit und Opfer und die Anstrengungen von Jahrzehnten schließlich zu nichts geführt haben als zu der Niederlage gegenüber Leuten, die Sie mit Recht verachten, so können Sie sich heute sagen: das ist eine vorübergehende Stimmung infolge einer vorübergehenden Situation gewesen. Heute ist die Bahn frei, die Gespenster sind verjagt, heute hat sich gezeigt, was Schwindel und was echt ist, und von Tag zu Tag mehr sieht auch der irregeführte Theil der Bevölkerung ein, daß er irregeführt wurde und daß er sich auf ein Phrasen- und Maulmacherthum eingelassen habe, das zerplatzt wie eine Blase, wenn es mit dem wirklichen Leben in Berührung kommt.

Es ist ja begreiflich, daß jede Stimmung eine Form annimmt, die sehr gern etwas Concretes sein möchte, auch wenn es nicht gelingt. Deshalb muß ich auf einige Ausführungen zurückkommen. Die, wenn auch nicht bedeutendste, aber doch heftigste Rede war die des Genossen Dr. Stark. Wir sind ja von ihm Manches gewöhnt und hoffen noch auf manchem Parteitag seine mahnende Prophetenstimme zu hören. Diesmal hat er sein eigenes Maß aber überschritten. Er sagte: Die Genossen in Westböhmen, merken Sie wohl, die Genossen in Westböhmen haben den Eindruck, daß der Parteivorstand von connieventem Opportunismus geleitet werde. Ich bin überzeugt, daß eine Reihe von ebenso werthvollen Genossen, wie Dr. Stark, gar nicht wissen, was sie unter „connieventem Opportunismus" verstehen sollen. (Zustimmung.) Dieser conniveute Opportunismus entspringt aber, das ist Dr. Stark's zweiter Vorwurf, gar nicht unserer Ueberzeugung. Wenn mir Jemand sagt, daß ich gegen meine Ueberzeugung etwas thue, so rede ich nicht weiter mit ihm, vorausgesetzt, daß der Betreffende weiß, was er

redet. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß Genosse Stark nicht gewußt hat, was er redet. Wir sollen aus Gründen der niederösterreichischen Landtagspolitik so connivent opportunistisch sein. Da ich der einzige Landtagspolitiker bin, so habe ich schon gemeint, daß ich allein mich der Connivenz und des Opportunismus schuldig gemacht habe. (Heiterkeit.) Es zeigte sich dann, daß Dr. Stark niederösterreichische Landtags w a h l politik meinte. Ein Redner soll sich bei seinen Angriffen doch etwas vorstellen! Was sollen sich aber die angeblichen Genossen aus Westböhmen vorstellen, wenn von einer angeblichen Wahlpolitik die Rede ist? Was sollen wir denn von der Regierung wollen? Was denn? (S t a r k : Das habe ich ja gesagt!) Kein Mensch hat das entnehmen können. Wie Herr v. Körber mit den Christlich-Socialen steht, das weiß Jeder. Er hat beim Beginn seiner Thätigkeit dem Lueger einen Dienst erwiesen, der ihm nicht vergessen wird. Die Regierung bringt dieser Partei genau soviel Wohlwollen entgegen, als sie Einfluß und Macht hat. Wir haben allerdings dazu beigetragen, daß die Regierung es heute weniger nothwendig hat, aufs Augenzwinkern des Lueger so großen Werth zu legen, wie das noch vor zwei Jahren der Fall war. Wenn der Stark meint, daß das niederösterreichische Landespolitik ist, so kennt er die Dinge nicht, oder er ist ein sehr kurzsichtiger Mann. Ich will nicht davon reden, daß die Bevölkerung von Wien auf die Stimmung der hohen und Hofkreise einen größeren Einfluß hat als die Localorganisation von Karlsbad. Es wäre zum Beispiel nicht nur für Wien und Niederösterreich sehr fatal, wenn statt des conniventen opportunistischen Herrn H a r t e l der sehr unconnivent radicale L i e c h t e n s t e i n Unterrichtsminister wäre, und diese Aussicht war nicht gar so entfernt. Die Christlich-Socialen unterscheiden sich in einigen Punkten doch noch von den nationalen Parteien. Die Deutschnationalen treiben wenigstens Anticlericalismus, sie treiben auch politischen Radicalismus; mit welchem Ernst, wie widersprechend ihre Handlungen zu ihren Worten sind, das ist eine andere Frage. Aber es gibt doch kein in deutscher Sprache geschriebenes Blatt, das, wie das Wiener „D e u t s c h e V o l k s b l a t t", B e i f a l l g e k l a t s c h t hat, als man in T r i e s t a u f A r b e i t e r g e s c h o s s e n hat. Die ganze reactionäre Canaille von Oesterreich hat dort in Wien ihren Kopf und Mittelpunkt! (Beifall und Händeklatschen.) Die alten Jellacic-Patrioten, das sind die Ahnen der Lueger und Consorten! Das Schändlichste ist, daß sich dieses Volk offen mit seiner Niedertracht brüstet. (Beifall.) Vielleicht sind das Alles doch noch andere Sachen, als man sich in Karlsbad träumen läßt.

Diese Sachen, die Stark vorbringt, sind viel zu „gebildet" (Heiterkeit), viel zu gesucht, als daß es Gedanken wären, die wirklich von den Massen, auch in Westböhmen, gedacht werden können. Die Proletarier sind viel gescheiter als Sie, Genosse Stark! (Lebhafter Beifall.) Stark sagte auch, wir sind nicht in der Lage, auf die Straße zu gehen und zu demonstriren, was sollen wir denn thun? Ich werde es Ihnen sagen, Genosse Stark: sich auf die Hosen setzen und etwas lernen. (Heiterkeit und Beifall.) Ich würde ihn nicht auf den Tisch des Saales legen, wenn ich nicht wüßte, daß es sich hier um eine kleine Seuche handelt, um eine locale Krankheit. Stark sagte auch: die Genossen verlieren den Glauben an den Parlamentarismus. Ja, wenn Sie diesen Aberglauben haben, so s o l l er Ihnen untergraben werden! W i r haben diesen Aberglauben nicht, w i r überschätzen den Parlamentarismus nicht, und nicht, was ein einzelner Abgeordneter, eine Gruppe, ja eine Majorität leisten kann. Selbst im besten Falle, was würde uns ein Parlament, das dem Culturzustand Oesterreichs entspricht, sein? Glauben Sie, daß wir mit dieser photographischen Verkleinerung Oesterreichs zufrieden sein könnten? Ich bezweifle, daß uns das schmecken würde. Es ist freilich schwer: Erstens wünschen wir dieses Parlament beseitigt und ein Volkshaus auf Grund des allgemeinen, gleichen und directen Wahlrechtes, wir wünschen also den Ruin des Parlaments. Zweitens aber können wir es nicht entbehren, nicht nur die Partei im Ganzen nicht, sondern jede Organisation nicht. So schlecht und elend es ist, so ist es doch der einzige Schutz, den wir haben. Hier kann die Arbeiterschaft ihren ganzen Einfluß am concentrirtesten zur Geltung bringen. Sie dürfen eben nicht nur fragen: Was geschieht heute in Oesterreich? sondern auch: Was geschieht nicht? Ich habe mir gestern Nachts bei der Stromfahrt gedacht, wenn viele unserer Genossen, die in den letzten zwanzig Jahren gestorben sind, gesehen

hätten, was für Dinge uns in der einst besonders strengen Bezirkshauptmannschaft Aussig gestattet werden: Fahrten zu Schiff, Bergfeuer, Lampions (Heiterkeit), die armen Genossen von damals hätten das gar nicht geglaubt. Ich hätte etwas darum gegeben, wenn sie's hätten sehen können. (Beifall und Händeklatschen.) Unsere modernen Minister, selbst wenn sie secessionistische Cravatten tragen, sind noch reactionär genug. Ja, hat denn, Genosse Stark, irgend Jemand den Körber für einen Vertreter der besitzlosen Classen gehalten? (Sehr richtig.) Frühere Minister haben bei Anlässen wie Triest einfach gesagt: „Es ist nicht genug geschossen worden." Körber sagt: „Zum Teufel, es ist schon wieder geschossen worden." Das ist Alles, und zu diesem bißchen Erleuchtung haben wir redlich mitgeholfen. Wir beeinflussen heute die öffentliche Meinung — ich scheue mich nicht, es zu sagen — in weit höherem Grade noch, als es der Zahl der Socialdemokraten entspricht. Wenn Sie glauben, daß unsere Aufgabe im Ministerstürzen besteht, dann sind wir allerdings schlechte Politiker. Im Ministerstürzen sehen wir nicht immer Erfolge, weil die Aenderung von Namen sehr selten die Aenderung von Systemen bedeutet, und nicht einmal amüsant ist diese Beschäftigung. Uebrigens ist es auch ein schlechtes Geschäft, sich einer Sache zu rühmen, die man gar nicht zusammenbringt. Wir haben eine Regierung, die etwas weniger confiscirt, die etwas weniger einsperrt, etwas mehr freie Luft läßt als früher. Ich muß Ihnen sagen, ich wünsche das nicht zu ändern. Damit ist gar kein Vertrauensvotum für Körber ausgedrückt. Ich werde übrigens darüber noch sprechen.

Was sagte Brod? Sein Antrag ist leider verschwunden, er sollte besagen, daß wir nicht vergessen dürfen, daß unsere Abgeordneten von Arbeitern gewählt sind, daß das sociale Elend noch nicht beseitigt ist und dergleichen. Wenn Brod das für unumgänglich nothwendig hält, so brauchte er deshalb noch nicht zum Parteitag damit zu kommen, er kann sich beim Eingang des Parlaments aufstellen und den vorbeikommenden Abgeordneten wieder ins Gedächtniß rufen, woher sie kommen und was sie sollen. (Heiterkeit.) Wenn die Abgeordneten sich all das übrigens bis heute nicht gemerkt haben, so werden sie sich's wohl überhaupt nie merken. (Heiterkeit.) Auch den Parteivorstand hat Brod ermahnt. Aber da muß ich schon sagen: Entweder haben wir es bis jetzt gut getrieben, dann ist seine Einschärfung überflüssig; haben wir aber nicht so gehandelt, warum haben Sie uns dann wiedergewählt? Ein Parteivorstand, der dieses Rückgrat unserer Anschauungen, diesen Kernpunkt unseres Kampfes nicht vor Augen hätte, dem würde ich auf dem Parteitag nicht erst Instructionen geben. Ich würde ihn einfach nicht wieder wählen lassen. Brod aber legt dem Vorstand nur eine überflüssige Resolution als Umschlag um, das soll uns curiren. Sind wir im Parteivorstand schlechte Socialdemokraten, dann fort mit uns, oder wir sind gute Socialdemokraten, dann brauchen wir diese Schulmeisterei nicht. (Beifall. **Schuhmeier**: Das nützen nur die gegnerischen Blätter aus.) Nein, die haben noch schlechtere Mitarbeiter als den Brod. (Heiterkeit.) Am Parteitag brauchen wir auf gegnerische Blätter keine Rücksicht zu nehmen. Was die sagen, darf uns nicht kümmern. Sie werden morgen schreiben: „Selbst der Genosse Stark hat von Opportunismus gesprochen", und „Sogar Genosse Brod hat erkannt, daß sich die Socialdemokraten mit der Regierung gegen die Christlich-Socialen verbünden" u. s. w., u. s. w. Wäre das nicht gewesen, so hätten sie ein anderes Haar gefunden und von der Heerde, die ein paar Hammel führen, geredet.

Ein Lichtpunkt war die Rede Hueber's. Er hat uns unser nächstes Arbeitspensum vor Augen geführt: die Sicherung des Coalitionsrechtes, der Preßreform, der Alters- und Invaliditätsversicherung. Wir können überzeugt sein, daß wir in der Lage sein werden, positive Erfolge zu erzielen. Was die Preßreform betrifft, so sind wir so weit, einen Entwurf zu haben, der das objective Verfahren verwirft und die Freigebung der Colportage herstellt. Das ist denn doch der Beweis, daß wir in Oesterreich etwas durchsetzen können, denn die anderen Parteien haben für die Preßreform von jeher keinen Finger gerührt. Was das Coalitionsrecht betrifft, so ist unsere Aufgabe eine zweifache. Die Auslegung des Gesetzes ist eine solche, daß unsere Ge-

werkschaften aufs Schwerste geschädigt würden. Deshalb müssen wir eine gesetzliche Aenderung hervorrufen. Das ist aber nur die Hälfte der Sache. Das Zweite ist von der Gewerkschaftsbewegung und der Parteipresse zu thun. Bei uns in Oesterreich haben sich die Unternehmer später organisirt als die Arbeiter. Sie haben natürlich nicht die Hindernisse der Arbeiter zu überwinden gehabt. Wir stehen einem einflußreichen Klüngel gegenüber, der sich gerade auf den Hintertreppen breit macht, der auch seine eigene Presse hat. Die bürgerliche Tagespresse traut sich nicht direct arbeiterfeindlich zu sein, wenigstens nicht in Wien, weniger in der Provinz. Wir Socialdemokraten machen nämlich ein wenig die politische Mode. Starke Kämpfe in der Presse, Kämpfe an allen Gerichtsstellen stehen uns da bevor. Wir müssen eben auch die Anschauungen unserer Bureaukraten so beeinflussen, daß eine gesetzliche Regelung den Boden schon vorbereitet findet. Zuweilen wird in den Gerichten schon etwas vernünftiger geurtheilt als früher. Wir haben nicht nur die Bezirkshauptleute erzogen, sondern auch manchen Richter in Vielem aufgeklärt.

Mit der Alters- und Invaliditätsversicherung steht es vielleicht am schlimmsten, darum, weil die Sache eine Geldsache ist.

Das Ministerium Körber möchte gern populär, es möchte sogar recht gern modern sein, aber es hat in entscheidenden Punkten keinen Muth, vielleicht auch nicht die Macht. Das ist für mich ein sehr geringer Milderungsgrund; wenn ein Minister nicht die Macht hat, dann soll er eben gehen. (Zustimmung.) Das lassen wir als Entschuldigung nicht gelten. Es ist übrigens nicht richtig, daß die Macht des Ministeriums eine gar so geringe ist. Vielleicht war es nicht in der Lage, die Kanonenforderung abzulehnen, weil das gegenüber dem Kriegsminister der entscheidende Punkt ist. Das aber mußte möglich sein, daß nach diesen militärischen Forderungen die anderen Forderungen, die weniger Geld kosten, auch erfüllt werden. Vor Allem die Alters- und Invaliditätsversicherung. Diese Macht mußte die Regierung haben. Die Regierung Körber ist zwar eine relativ vernünftige für Oesterreich, aber sie ist doch nicht einmal das, was sie auch in Oesterreich sein könnte! Körber kann nicht verhindern, daß das Parlament nur von heute auf morgen lebt. Ihm fehlt der Muth, die nationalen Fragen wirklich an der Wurzel anzupacken. Seine Kunst besteht nur im Hinausschieben und Vertrösten. Es liegt im Zuge unserer Gedankengänge, daß die wirthschaftlichen Fragen im Vordergrunde stehen und die nationalen Fragen in den Hintergrund treten. Wir wünschen aber, daß diese Fragen endgiltig durch eine vernünftige Regelung gelöst werden, weil sonst jede solide Arbeit fortwährend gefährdet ist. Das Bett des nationalen Wildbaches muß regulirt werden, damit wir nicht morgen wieder eine Ueberraschung erleben. Hinausschieben ist ein Zeichen von Geschicklichkeit, aber nicht das Zeichen eines Staatsmannes. Ein Staatsmann muß auch etwas wagen! Körber hat nur wenig staatsmännische Momente gehabt, und zwar damals, als er sagte, es sei nöthig, die Grundlage des Parlaments zu ändern. Nicht, wenn ihm die Fortfretterei gelingt, ist Körber ein Staatsmann, sondern wenn er an der Situation verzweifelt. Aber wir müssen fürchten, daß er das Gespenst nur an die Wand malt und nicht weiß, daß diese gründliche Aenderung eine politische Nothwendigkeit für Oesterreich ist.

Wir haben also keine Ursache, uns mit der Regierung auf einen anderen Fuß zu stellen, als zu sagen: So gut wie die früheren ist sie mindestens auch noch. Wir haben aber nicht den geringsten Grund, sie als eine Regierung anzusehen, der gegenüber wir einen Moment lang die Waffen ruhen lassen sollen. Das ist ganz klar seit den Triester Vorgängen. Ich meine das nicht wegen der Flintenschüsse, die fielen. Selbstverständlich ist der Minister verantwortlich für seine Beamten. Er mußte zur Verantwortung gezogen werden. Wir haben die Ueberzeugung, daß in Triest nicht geschossen worden wäre, wenn es vom Ministerium abgehängt hätte. Aber daß er wie ein alter, echt österreichischer, verzopfter Bureaukrat diese Leute in Schutz nahm und die Lügen seiner Beamten vorbrachte, damit hat er die Blutschuld auf sich genommen, von der er früher vielleicht frei war. Ein pflichtbewußter Minister hätte sofort einen vernünftigen Menschen mit ordentlichen Instructionen hinuntergeschickt. Vielleicht hat er damals mit Deutschnationalen verhandeln oder die Klofacianer beruhigen müssen. Wenn

der Statthalter von Triest oder der Polizeidirector am Tage, nachdem geschossen wurde, sofort abgesetzt worden wären, so hätte das für Oesterreich mehr Bedeutung gehabt als die schönsten modernen Redensarten. (Lebhafte Zustimmung.) Dann hätte man sagen können: Dieses Blut in Triest ist nicht umsonst geflossen, es hat einen Fortschritt bewirkt. Es ist der Vorwurf gemacht worden, wir hätten nicht genug gegen den Körber gethan. Ich hätte den Genossen gewünscht, zu sehen — im Allgemeinen ist das Zuschauen im Parlament gewöhnlich eine sehr langweilige Sache — wie Einer unser Abgeordneten nach dem Anderen die Regierung mit Ruthen gezüchtigt hat, so daß ihr die Schamröthe ins Gesicht gestiegen ist. Was können wir mehr thun? Die Todten lebendig machen, das können wir nicht. Sie werden doch nicht glauben, daß der Körber durch seine Reden, während die Flinten noch rauchten, seine Stellung nach oben durch diese Tiraden verschlechtert hat? In der Bevölkerung hat er verloren, in den Hofkreisen, die ihn immer als verdächtigen Bürgerlichen hinstellen wollen, hat er dadurch gewonnen, daß er zeigte, daß er sich auf den Säbel stützen kann. Daß wir diese Demaskirung erzwungen haben, auch das ist unser Verdienst! Es ist gut, daß man jetzt weiß, wie weit man einem sogenannten modernen Minister trauen darf. Mehr hätte man nicht thun können. Der einzige Erfolg ist, daß man es sich immer mehr überlegen wird, gegen die Arbeiterschaft mit dem Säbel loszugehen. (**Widholz:** Der Ausnahmszustand ist ja auch bald aufgehoben worden!) Er war auch bloß eine Formalität. Das war mit eine Folge der Thätigkeit der Fraction. Wir sind jetzt weniger den Excessen der Unvernunft und Brutalität ausgesetzt wie bisher. Daraus folgt für uns, daß wir der Regierung Körber gegenüber in schärfster Opposition stehen, daß wir aber sie doch für fähig halten, einige der Nothwendigkeiten in Oesterreich zu erfüllen. Sie dahin zu treiben, das ist unsere Aufgabe. Wir haben keinen Anlaß, eine Regierung wegfegen zu wollen, die die **Preßreform** machen will. Wir müssen aber die drohendste Stellung gegen sie einnehmen, wenn sie diese Reform **verschleppen** oder gar begraben will.

Es wurde uns vorgeworfen, daß wir **Compromisse** mit anderen Parteien schließen. Leider sehe ich die Parteien nicht, mit denen wir Compromisse schließen sollen. Wo sind sie denn? Wenn es welche gäbe, so würde ich, das sage ich offen, für gewisse Zwecke gern gewisse Compromisse eingehen. Die Phrase von der „einheitlichen reactionären Masse“ ist längst von Engels und Kautsky todtgeschlagen worden. Es ist nicht gleichgiltig, welche von den Parteien uns gegenüberstehen. Nicht alle sind gleich schädlich für die Entwicklung. Es gibt Parteien, die Ueberbleibsel feudaler Zustände sind, das sind die gefährlichsten Feinde, durchaus nicht gleichwerthig mit den anderen. Man sagt auch, die Abgeordneten, wenn sie nicht nur von Arbeitern gewählt werden, kommen auf Abwege. Es gibt in Oesterreich keinen Abgeordneten und in Deutschland nur sehr wenige, die nur von Arbeitern gewählt werden. Es wäre traurig, wenn das nicht so wäre. Soll die treibende Kraft unserer Partei sich nicht auch darin äußern, daß wir auch andere Kreise mitreißen? Das Stück Gerechtigkeit, das in unserer Bewegung steckt, soll nicht andere Schichten mitreißen? Und was ist's denn für ein Unglück, wenn Andere mitwählen? Wir haben noch selten mit anderen Parteien gewählt und es wird uns nicht so leicht passiren. Wenn aber die anderen mit uns wählen, wo ist das Unglück? Wenn diese Leute glauben, wir werden ihnen Gefälligkeiten erweisen, so werden sie sehr enttäuscht werden. Kein Bürgerlicher wählt heute einen Socialdemokraten, weil er ihm nützen soll, sondern aus demselben Grund, wie wir lieber — es soll das vorkommen — einen Liberalen als einen Alldeutschen wählen, der uns für den Moment weniger Abschen einflößt oder ungefährlicher erscheint.

Die österreichische Socialdemokratie hat die schwersten Prüfungen bestanden: sie hat sich eine Organisation gegeben, in der die nationalen Schwierigkeiten besiegt wurden. Wir können gemeinsame Politik machen, ohne daß Einer den Anderen bedrücken muß, wir haben seinerzeit ohne regelrechten parlamentarischen Boden Politik gemacht, eine Partei, die aus Deutschen, Czechen und Polen zusammengesetzt ist! Wir haben unser Ansehen dadurch gehoben, daß wir uns an der **verlogenen Demagogie der bürgerlichen Parteien** nicht

betheiligt haben, dadurch, daß wir eine consequente, zielbewußte und gewissenhafte Politik gemacht haben.

Es werden immer wieder Zeiten kommen, die so aussehen wie Stillstand. Nicht der allein ist ein Held, der sich vom Sturm fortreißen läßt, sondern der noch mehr, der in der festen Ueberzeugung des Sieges täglich und stündlich, auch in den Tagen der Flauheit die Begeisterung anzuhalten weiß und erkennt, daß die ruhige Arbeit mit derselben Zuversicht gemacht werden muß! Sie können, das sage ich auch zu den Arbeitern Nordböhmens, die heute als Gäste hier sind, zuversichtlicher in die Zukunft sehen als je! Es muß heute den Arbeitern klarer als je sein, daß sie nur einen Freund haben, der ihnen treu bleibt, einen Freund, der Sie selbst sind, die Arbeiter und Vertrauensmänner der Partei! Die Wendung bei den Nationalen ist kein Zufall! Sie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit! Schwindler müssen zugrunde gehen, die Weisheit, die Kraft, die aus Ihrem Blut entspringt, aus dem lebendigsten Bedürfniß der Arbeiterschaft, sie muß siegen! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf wird die Abstimmung vorgenommen.

Angenommen werden die Anträge **18** (einstimmig) und **21** (einstimmig).

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort:

Brod (Wien): Ich muß mich darüber beschweren, wie das Präsidium mit meinem Antrag vorgegangen ist. Man hätte meinen Antrag nicht aus der Debatte herausreißen sollen, um dadurch den Parteitag gegen mich einzunehmen.

Vorsitzender **Popp** erklärt diesen Vorwurf für unbegründet. Ueber Geschäftsordnungsanträge muß sofort abgestimmt werden. Wenn Uebergang zur Tagesordnung beantragt wird, muß darüber sofort abgestimmt werden.

Pernerstorfer stimmt der Beschwerde Brod's zu: Ueber einen einzelnen Antrag kann nicht Uebergang zur Tagesordnung beantragt werden. Das Präsidium hat sich geirrt.

Vorsitzender **Popp**: Das Präsidium wird, wenn sich ein ähnlicher Fall wiederholt, den Parteitag befragen und sich die geäußerten Wünsche zur Richtschnur nehmen. Damit ist die Sache erledigt.

Es gelangt nun Punkt 7 der Tagesordnung: **Bürgerliche Verfälschungen der Arbeiterbewegung**, zur Verhandlung.

Berichterstatter **Schrammel** (Aussig): Der Gegenstand, über den ich zu referiren habe, zeigt, wie berechtigt der Ruf ist, den Dr. Adler gestern erhoben hat, der Ruf: Zurück zu den Gewerkschaften, zurück zu den Organisationen! Nicht etwa, als ob ich glauben würde, daß durch die bürgerlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung unsere Organisation verdrängt werden könnte, nicht als ob ich glauben würde, daß das Proletariat versumpfen könnte. Aber es kann uns nicht alleseins sein, zu welcher Zeit die Arbeiter aus den Klauen des Capitalismus befreit werden, es kann uns nicht gleichgiltig sein, wenn das Proletariat oder ein Theil des Proletariats auch nur eine Zeit vom richtigen Wege abgelenkt wird, denn sicher ist, daß uns durch diese bürgerlichen Arbeiterorganisationen die Aufklärung des Proletariats erschwert ist. Es ist noch nicht gar so lange her, daß sich die bürgerlichen Beutepolitiker der verschiedensten Richtungen um die Arbeiter kümmern. Vor dem Jahre 1889, als die Partei noch zerschlagen, in sich uneinig war, da haben die bürgerlichen Elemente es nicht für nothwendig gehalten, um die Gunst der Arbeiter zu buhlen. Damals hielten sie Flintenschüsse und Kerker für bessere Mittel, um die Arbeiter im Zaume zu halten, und wenn sie so hin und wieder einen Brocken Socialreform den Arbeitern hinwarfen, glaubten sie, damit noch der indifferenten Masse das Wohlwollen bewiesen zu haben.

Als sich aber die classenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs im Jahre 1889 ein Programm schuf, als dann die Maidemonstration die Einigkeit der Arbeiterschaft documentirte, da wurden sich die herrschenden Classen klar, daß sich die socialdemokratische Arbeiterbewegung nicht mit brutaler Gewalt, nicht mit wenigen Versprechungen aufhalten lasse. Die Arbeiterschaft hatte ein Programm, ein Ziel, und man mußte nun suchen, ihr auf andere Weise beizukommen. Man

suchte nun die Arbeiter von der Socialdemokratie fernzuhalten, indem man selbst „Arbeiterorganisationen" schuf, die den Zweck hatten, die socialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu bekämpfen. Die ersten, die diese Verfälschung der Arbeiterbewegung unternahmen, waren die Pfaffen. Sie hatten schon seit jeher katholische Gesellen- und Jungfrauenvereine gegründet, und sie gingen nun daran, diese neu aufzufrischen. Ich habe lange genug in Wien gelebt, um zu wissen, was für einen harten Kampf unsere Parteigenossen in Wien damals zu führen hatten. Um dieser christlich-socialen Arbeiterbewegung den richtigen Nachdruck zu geben, veranstaltete die Leo-Gesellschaft einen „socialen Cursus", auf dem Mittel ausfindig gemacht werden sollten, um den verhaßten Socialdemokraten den Boden unter der Arbeiterschaft abzugraben. Es wurde eine Reihe principieller Punkte aufgestellt, eine Art Programm, mit dem man gegen die Socialdemokraten losgehen wollte. Pater Weiß stellte zwölf Thesen auf, die damit am besten charakterisirt sind, daß es dort unter Anderem heißt, daß die Ungleichheit der Menschen Gottes weise Anordnung ist.

Die Herren Prälaten wollten darlegen, daß die Socialdemokraten unrecht haben. Das ganze Unrecht, das darin liegt, daß Millionen und Millionen Menschen da sind, die schwer arbeiten müssen, ohne auch nur recht ihren Hunger stillen zu können, und daß einige Zehntausende der Besitzenden auf Kosten dieser Millionen in Ueberfluß leben: dieses Unrecht sollte den Arbeitern als eine von Gott so geschaffene Einrichtung eingeredet werden, die von den Menschen nicht beseitigt werden könne. Dafür sollten die Arbeiter lernen, daß es nur der Unglaube sei, der Noth und Elend unter den Menschen verschuldet. Während die Jesuiten die „Wissenschaft" beistellten, lieferte Dr. Geßmann die taktischen Grundsätze für die christlich-sociale Arbeiterorganisation. Er bewies damals, daß man die Socialdemokraten nicht mit ihrem Programm bekämpfen könne, sondern, daß man den Kampf hauptsächlich gegen die Vertrauensmänner richten müsse, um ihnen das Vertrauen und die Anhänglichkeit der Massen abwendig zu machen. Man erinnert sich noch, wie damals die socialdemokratischen Vertrauensmänner systematisch verleumdet und in den Koth gezerrt, des Diebstahls und Betruges geziehen wurden.

Diese christlich-socialen Verfälscher der Arbeiterbewegung, diese Vergifter der öffentlichen Moral gründeten nun eine christlich-sociale Arbeiterpartei. Sie nahmen aus dem socialdemokratischen Programm, was sie für sich geeignet fanden, in verschlechterter Form in ihr Programm auf. Rechtsschutz, Krankenunterstützung u. s. w. Das Alles rollten sie auf einmal auf. Man suchte den Unterschied zu verwischen und den Arbeitern einzureden, daß sie ihre Interessen auch in den christlich-socialen Arbeitervereinen wahren könnten. Wenn es den Christlich-Socialen damit nicht gelang, eine größere Anzahl von Arbeitern für sich zu gewinnen, so gelang ihnen doch das, daß viele indifferente Arbeiter sich nicht den Socialdemokraten anschlossen.

Die Errichtung der corrumpirenden fünften Curie hat die christlich-sociale Demagogie nur gefördert, und ihr ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß unsere Wiener Genossen im Jahre 1897 unterlegen sind. Wir haben uns in Wien und Niederösterreich stark gefühlt und waren doch zu schwach, um diese Demagogie gehörig bekämpfen zu können. Durch die interne Arbeit, die die Genossen nach 1897 in Wien geleistet haben, haben wir die nöthige Kraft erlangt, um im Jahre 1901 zu siegen.

Die Erfolge der Christlich-Socialen im Jahre 1897 aber haben auch den übrigen bürgerlichen Parteien Muth gemacht und sie haben es nun auch versucht, die indifferenten Arbeiter als Schutztruppen gegen die Socialdemokraten zu verwenden. Im Jahre 1897 haben wir hier in Böhmen die fünfte Curie nur erobert, weil unsere Gegner nicht so organisirt waren wie jetzt. Unser Sieg wäre gar nicht möglich gewesen, wenn die bürgerlichen Elemente damals so offen ihre Feindschaft gegen die classenbewußten Arbeiter gezeigt hätten. Es gibt leider noch immer so viele indifferente Arbeiter, zu denen Jeder kommen und ihnen Alles einreden kann, was er nur will. Sofort nach dem Jahre 1897 gingen die Deutschnationalen in Böhmen und Mähren daran, nach dem Muster der Christlich-Socialen eine deutschnationale Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen. Anfangs ging es nur langsam. Die Mittel, die die Gründer dieser „Arbeiterbewegung"

anwendeten, waren dieselben wie die der Christlich-Socialen. Was an unverschämten, perfiden Verleumdungen in den christlich-socialen Blättern gegen uns stand, wurde von den deutschnationalen weiterverbreitet. Ich erinnere nur daran, wie nach dem Bergarbeiterstreik gegen uns Lügen gemeinster Art verbreitet wurden. In einem Flugblatte, das ich vor mir habe, heißt es: „Der Kohlenarbeiterstreik war eine abgekartete Sache! Die Kohlenhändlerjuden haben Millionen verdient und 70.000 Arbeiter sind bis auf das Hemd geplündert. Arbeiter! Ueber die Streikgelder existirt gar keine Verrechnung. Die gesammte Bergarbeiterschaft ist das Opfer der socialdemokratischen Volksbetrüger, und die armen Consumenten müssen die theuren Kohlen bezahlen. Arbeiter! Bei jedem seit einer Reihe von Jahren von den Socialdemokraten inscenirten Streik waren die Arbeiter die blutigen Opfer und jedesmal haben die Fabrikanten ein glänzendes Geschäft dabei gemacht!" So wurde verleumdet und verdächtigt, um den Vertrauenspersonen der denkenden Arbeiterschaft den Boden zu untergraben.

Man gründete deutschnationale Arbeitervereine als Kampfmittel gegen die Socialdemokraten. Gewiß hat jede Partei das Recht, sich eine Organisation zu schaffen. Es fragt sich nur, zu welchem Zwecke das geschieht. Während die Socialdemokraten Arbeitervereine gründen, um den Classenkampf zu organisiren, gründen diese bürgerlichen Beutepolitiker Arbeitervereine, um den Classenkampf hintanzuhalten. Diese nationalen Arbeitervereine sind gar nicht von Arbeitern geschaffen, sondern von einigen politischen Klopffechtern, die die Knechte der deutschen Unternehmer sind, geschaffen zu dem Zweck, um die Arbeiter von der Verfolgung ihrer Interessen abzuhalten. Man wußte damals nicht, daß das Parlament so bald aufgelöst werden würde, aber man hat damals die Arbeit gerade zur rechten Zeit begonnen.

Selbstverständlich gestehen die bürgerlichen Chauvinisten nicht zu, daß sie die Arbeiterbewegung verfälschen wollen, um dem kämpfenden Proletariat in den Rücken zu fallen. Sie thun im Gegentheil so, als ob auch sie wollten, daß die Arbeiter für ihre Interessen eintreten. Da war es nun am zweckmäßigsten für die nationalen Arbeitervereine, die Statuten der socialdemokratischen Vereine einfach abzuschreiben, soweit sie nicht zu gefährlich schienen. Ich habe hier die Statuten einer socialdemokratischen Gewerkschaft und die Statuten eines nationalen Arbeitervereines. Bei unserem Verein ist als Zweck der Vereines angegeben: 1. die Förderung und Wahrung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder; das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit unter den Fachgenossen zu beleben und zu stärken. Der nationale Verein hat den ersten Punkt abgeschrieben, nur daß er statt „materiell" „wirthschaftlich" schreibt. Der zweite Punkt aber wurde ausgelassen. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit schien den Herren zu gefährlich. Das deutschnationale wie das christlich-sociale Programm ist im Wesentlichen nichts als eine verschlechterte Auflage des socialdemokratischen Programms, in dem namentlich alle jene Sätze, die sich auf den Classenkampf beziehen, ausgelassen sind.

Da habe ich das „social-politische Programm der deutschvölkischen Arbeiterschaft". Dieses beginnt: „Die deutschnationale Arbeiterschaft bildet einen Bestandtheil der auf dem Linzer Programm fußenden deutschnationalen Partei." Hier haben wir es gleich. Die Abhängigkeit der deutschnationalen Arbeiterpartei von einer anderen Partei wird da offen zugestanden. Und als Grundsatz wird aufgestellt, daß „jedem ehrlich arbeitenden Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein, der gebührende Antheil an dem Ertrage der nationalen Arbeit und den Mitgenuß der idealen Güter unserer Cultur" gesichert werde. In solchen allgemeinen Ausdrücken geht es weiter. Immer aber kehrt das Wort „gebührend" wieder. Nicht das gleiche Recht verlangen diese deutschnationalen Arbeiter, sondern das gebührende Recht. Das gebührende Recht! Was ist das? Die meisten Deutschnationalen sind eben der Ansicht, daß den Arbeitern so wenig als möglich oder gar nichts gebühre. Das Linzer Programm verlangt ja auch nicht das gleiche Wahlrecht, sondern nur, „daß die bestehende gekünstelte, unvollständige und ungerechte Interessenvertretung durch eine fortschreitende Erweiterung des Wahlrechtes, sowie insbesondere durch Vermehrung der Abgeordnetenzahl für die Landgemeinden und durch Einführung

der directen Wahl mittelst geheimer Abstimmung zu einer wahren Volksvertretung umgestaltet werde". Also ein fortschreitendes Wahlrecht und kein allgemeines, gleiches, directes, wie es einzig und allein sein soll.

Was diese sogenannte Arbeiterpartei will, wird eben nicht von den Arbeitern bestimmt, sondern von Denen, die sich selbst zu Führern der Arbeiter ernannt haben. Das sieht man auch an dem deutschnationalen Arbeitersecretariat, das von den Herren selbst als „unter der Aufsicht des Abgeordneten Schönerer stehend, vom Abgeordneten Stein ins Leben gerufen, von den Abgeordneten Hauck, Schreiter, Hanich und Herzog eifrigst gefördert" angepriesen wurde. Der Charakter dieser nationalen Arbeiterpartei kommt auch klar zum Ausdruck in deren „Parteiblatt der deutschvölkischen Arbeiterschaft in Böhmen", im „Deutschvölkischen Arbeiter". Da heißt es in einem Artikel, der am 27. Juli erschien, nachdem davon gesprochen worden war, daß der Arbeiterstolz berechtigt ist: „Glücklicherweise gibt es nur einen geringen Percentsatz sich mästender Müßiggänger, denn nicht unterschätzt darf werden, daß viele Reich- und Hochgeborene durch emsiges Studium, ihre Talente und durch große Unternehmungen ihren Reichthum segenbringend für sich und die Gesammtheit anlegen." Ist das nicht köstlich in einem Arbeiterblatt? Besonders die Stelle von dem, die „durch große Unternehmungen ihren Reichthum segenbringend für sich und die Gesammtheit anlegen". Seit wann hat ein Unternehmer, ob Deutscher oder Czeche, seinen Reichthum segenbringend für die Gesammtheit angelegt? Und nicht weniger bezeichnend ist das, was das Blatt des „Arbeiterführers" Franko Stein, der „Hammer", über den Stuttgarter Gewerkschaftscongreß schreibt: „Es hat auch dieser Congreß wieder gezeigt, daß die Gewerkschaftsbewegung unter socialdemokratischer Führung ihren sectenhaften Charakter nicht verlieren kann. Es liegt in der Natur der Interessenkämpfe, ein gewisses Vorurtheil der betheiligten Gruppen gegeneinander unter allen Umständen wachzuhalten. Aber die Arbeiterschaft als besitzlose Classe gegen die Besitzenden überhaupt, ja sogar gegen alle außerhalb der Lohnarbeiterschaft stehenden Personen fortwährend in Athem zu halten, ist zweifellos verfehlt."

In Wien hält man auch die Deutschnationalen für gewaltige Feinde der Clericalen. Das ist nur in einem beschränkten Grade richtig. Die Deutschnationalen sind wirklich Feinde der katholischen Clericalen. Aber sie sind nicht weniger verpfafft, als es die Christlich-Socialen sind, nur suchen sie die protestantischen statt der katholischen Pfaffen zur Macht zu bringen. Wir haben zahlreiche Ortschaften, wo die Bevölkerung früher dem Bannkreise des Clericalismus entrückt war. Jetzt sind dort zwei Kirchen: eine katholische und eine protestantische. Zuerst schimpften die Deutschnationalen über Rom und wollten die Ultramontanen ausrotten, und das Erste, was sie thaten, war, daß sie eine protestantische Kirche hinbauten. In den deutschnationalen Blättern stehen jede Woche Aufforderungen zur Theilnahme an dem evangelischen Gottesdienst, und die deutschvölkischen Arbeitervereine rücken „mit Fahne und Musik zur heiligen Messe" aus.

Alle diese Thatsachen sind bekannt und sie könnten noch durch zahlreiche Beispiele ergänzt werden. Sie alle zusammen geben erst das richtige Bild der deutschnationalen Arbeiterbewegung, die nur den Zweck hat, das Proletariat zu schwächen und die Arbeiter den Unternehmern gegenüber wehrlos zu machen. Unterschätzen wir diese Bewegung nicht. Sagen wir nicht: Wir sind stark genug, wir brauchen uns nicht zu fürchten. Gewiß, wir sind stark, aber darum dürfen wir dieser Verfälschung der Arbeiterbewegung durch bürgerliche Parteien doch nicht unthätig zuschauen. Seien wir uns darüber klar, daß es nöthig ist, die Arbeiter über die Programme der verschiedenen Parteien, aber auch über das Programm und Ziel der socialdemokratischen Partei gründlich aufzuklären. Nicht die Partei zu verbreitern allein, sondern auch zu vertiefen ist nöthig. Machen wir die indifferente Masse immer wieder aufmerksam, wie die ehrliche Bewegung der classenbewußten Arbeiter verfälscht wird, und ich bin überzeugt, wenn nächstens Wahlen kommen, werden wir die Scharte von 1901 auswetzen und

damit auch die Arbeiterbewegung von ihren Verfälschern befreien. (Lebhafter Beifall.)

Der Referent empfiehlt die auf Seite 51 des Protokolles abgedruckte Resolution zur Annahme.

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Im Jahre 1897 haben sich in Mähren die Christlich-Socialen breit gemacht. Damals haben die Deutschnationalen die Taktik befolgt, den Arbeitern nichts in den Weg zu legen. Man hat sogar in vielen Bezirken versucht, den Arbeiter als Sturmbock gegen die Christlich-Socialen zu benützen. So verschwanden die Christlich-Socialen. Der größte Theil des Kleinbürgerthums ist immer indifferent. Wenn die Deutschnationalen sich auch alle Mühe geben, gegenüber den Arbeitern zu sagen, daß sie alle Stände des deutschen Volkes vertreten, so haben sie doch durch ihre Thätigkeit den Beweis erbracht, daß dies nicht so ist. Wir in Mähren wählen noch immer nach dem veraltetsten Wahlrecht, müssen noch immer Wahlmänner wählen. Da war es von Interesse, zu sehen, wer die Wahlmänner der Deutschnationalen waren. Bei uns waren es Leute, von denen ein Arbeiter nicht ohne Haß und Erbitterung reden kann; so war der berüchtigte Unternehmer Hermann Braß ein Wahlmann des deutschnationalen Arbeitercandidaten Burschovsky. Leute, die seinerzeit die Petition gegen die Verkürzung der Arbeitszeit unterschrieben haben, findet man unter den Wahlmännern der deutschnationalen Arbeiterpartei. Die Deutschnationalen leben mit den ärgsten Feinden der Arbeiterschaft in enger Freundschaft. Auf einem Bergarbeitertage in Kwobitz haben die Deutschnationalen den Sechsstundentag beschlossen. Aber die meisten alldeutschen Abgeordneten haben im Parlament gegen den Neunstundentag gestimmt. Sie haben im Parlament Anträge gestellt, die die Freizügigkeit der landwirthschaftlichen Arbeiter beschränken. Ueber das Wahlrecht äußern sie sich gerne sehr undeutlich. Wir haben aber gelegentlich einzelne Agitatoren in die Enge getrieben und da sehr interessante Dinge gehört. Franko Stein zum Beispiel hat sich in Freiwaldau gegen das allgemeine Wahlrecht erklärt. Burschovsky erklärt, in die Enge getrieben, seine Partei könne nicht für gleiche Rechte eintreten. Bei ihr heiße es: „Jedem das Seine!“ Auch bezüglich der Stellung seiner Partei zum Wahlrecht könne er nur sagen: „Jedem das Seine!“ (Gelächter.) Wie die Herren das verstehen, können Sie sich denken. (Zustimmung.) Wie verhalten sich die Alldeutschen zum Militarismus? Ich erinnere Sie an die begeisterte Rede des Abgeordneten Türk für den Militarismus! Die Alldeutschen wollen den Arbeitern auch die Verwaltung der Krankencassen aus den Händen nehmen und sie den Unternehmern überantworten. Franko Stein hat diesen Kriegszug ja auch im Parlament zu unterstützen gesucht. Auf diese und ähnliche Vorgänge müssen wir hinweisen und den Arbeitern zeigen, daß die Deutschnationalen bürgerliche Classenpolitik treiben, die direct gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. (Beifall.)

Krobath (Krems) beantragt Schluß der Rednerliste. (Angenommen.)

Behr (Saaz): Die Deutschnationalen brauchen nur Gelegenheit zum Wirthschaften, und dann haben sie bald abgewirthschaftet. In einzelnen Bezirken versuchen es die Nationalen mit neuen Organisationen. Wir müssen wachsam sein, aber zu fürchten haben wir nichts (Zustimmung), denn die Deutschnationalen sind nicht mehr actionsfähig. Welche schwere Kämpfe hatten wir vor drei Jahren in Saaz um die Bezirkskrankencassa! Sogar zu Kerkerstrafen führte dieser Kampf. Heute stehen die Dinge derart, daß die Deutschnationalen nicht einmal im Stande waren, eine Candidatenliste zusammenzubringen. Sie haben den Culminationspunkt überschritten. Die Deutschnationalen gehen an ihrem eigenen Unrath zugrunde. (Bravo!)

Schloßnickel (Sternberg): Wir müssen bei der Verfälschung der Czechischnationalen gedenken. Die größten Schurken haben wir dort gefunden. Wir haben nach 1897 einen großen Fehler gemacht. Die Wiener Genossen haben die Zeit benützt, um zu arbeiten. Die Sieger von 1897 haben sich einem unverzeihlichen Optimismus hingegeben. Wir haben geglaubt, nicht mehr unterliegen zu können. Erst nach dem Jahre 1897 entstanden die nationalen Unternehmungen der Herren Stein und Burschovsky. Die ganze alldeutsche Bewegung wird ebenso wie die czechischnationale Arbeiterbewegung von Fabrikantengeld

erhalten. Deshalb ist auch der Zwist Wolf-Schönerer nicht von großer Bedeutung. Auf keinen Fall dürfen wir ihnen mit Milde begegnen, sondern Gleiches mit Gleichem vergelten. (Händeklatschen.)

Seliger (Teplitz): Moralisch ist die deutschnationale Bewegung fertig! Aber dieses Kleinbürgerthum mit denselben wirthschaftlichen Interessen wie die Christlich-Socialen in Niederösterreich, das ist in Böhmen erst im Entstehen begriffen! Wir werden uns ihrer erst zu erwehren haben. Noch sind wir mit ihnen nicht fertig, der große Kampf kommt erst! Er wird noch schwieriger sein als der Kampf gegen die Christlich-Socialen, weil die Alldeutschen nicht so concentrirt an einem Orte sind. Dieser Kampf ist zersplittert auf tausend Gemeinden und hundert Städte. Das ist sehr schwierig, schwieriger als der Kampf in Wien! Wenn wir den Classenkampf entschleiern, so thun wir die wichtigste Arbeit gegen die Deutschnationalen. Die verfälschten Arbeiterparteien haben stets diesen Gegensatz verschleiern wollen. Die letzte Niederlage bei den Wahlen haben wir nicht erlitten, das möchte ich hervorheben, weil etwa Arbeiter von uns abgefallen waren. Aber das ganze Kleinbürgerthum, das 1897 mit uns oder wenigstens nicht gegen uns gestimmt hat, hat diesmal alldeutsch gestimmt. Industrielle Arbeiter haben sie uns nicht Einen genommen. Höchstens ein paar Gehilfen, die sich einmal „selbstständig" machen wollen, sind ihnen gefolgt. Wir dürfen wegen dieser Bewegung nicht nervös werden. Ruhigen, klaren Kopfes wird es uns gelingen, die alldeutsche Verfälschung der Arbeiterbewegung zu überwinden. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Verhandlung wird abgebrochen und die Sitzung um 6 Uhr Abends geschlossen.

Vierter Verhandlungstag.

Montag den 18. August 1902. — Vormittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung um 9 Uhr Vormittags.

Es gelangt ein Begrüßungstelegramm des Internationalen socialistischen Secretariats zu Brüssel und ein Begrüßungstelegramm des Vereines der Gewerberichter in Wien zur Verlesung.

Die Debatte über Punkt 7 der Tagesordnung wird fortgesetzt.

Hackenberg (Gmünd): Es ist nicht nur nothwendig, die principiellen Unterschiede unserer Partei von den bürgerlichen Parteien zu erörtern, wir müssen auch immer darauf verweisen, was diese Parteien für die Arbeiter gethan haben. Wo immer die Christlich-Socialen hinkommen, brüsten sie sich damit, daß sie die Lage der Waldviertler Weber verbessert haben. Ich habe früher erzählt, daß es bei uns Weber gibt, die 1 fl. 50 kr. bis 1 fl. 80 kr. wöchentlich verdienen, ich bin aber allmälig darauf gekommen, daß sehr oft nicht einmal das verdient wird. So habe ich vor Kurzem in Amaliendorf Weber gesehen, die nur zwölf Kreuzer täglich verdienen. Der Mann, der mir das gezeigt hat, arbeitet für die Waldviertler Webereigenossenschaft, und er hat mir nachgewiesen, daß er da noch sehr fleißig arbeiten muß. Er hat berechnet, daß bei einem Schneller bei der Organtinweberei 2000 Schuß sind, wozu er drei Viertelstunden braucht. Dann hat er einen ganzen Heller verdient. (Hört, Hört!) Um nicht der einseitigen Darstellung bezichtigt zu werden, will ich auch von den bessergestellten Arbeitern sprechen. Die Musterarbeiter, das sind jene, die die beste Arbeit, die Muster, erzeugen, verdienen 3 fl. wöchentlich, dazu müssen sie aber von 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends arbeiten. Der Geßmann hat erzählt, die Genossenschaft habe 500 Mitglieder. Wir haben tagelang die Mitglieder gesucht. Wir haben aber leider keine gefunden. Die Mitglieder der Genossenschaft sind Factore. Die Zahl 500 wird nach den Geschäftsantheilen berechnet; ich kenne Factore, die zwanzig Geschäftsantheile haben, die meisten haben aber zehn Antheile. Die Factore sind Mitglieder der Genossenschaft, die Factore ziehen Nutzen aus der Genossenschaft, aber für die Arbeiter wurde nichts geleistet. Dabei darf man nicht vergessen, daß die Genossenschaft hauptsächlich für Landes- und Communalanstalten arbeitet, also ohne Zwischenhändler direct mit dem Consumenten in Verbindung tritt.

Das niederösterreichische Landeseisenbahnamt hat vor kurzer Zeit die Bahnen Gmünd—Weitra und Gmünd—Litschau ausgeführt. In der Arbeitsordnung heißt

es nun, daß die Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang dauert. Außerdem haben die Leute durch vier Wochen keine Löhne, sondern nur à conto-Zahlungen bekommen, und überdies ist der Bahnbau, der angeblich in eigener Regie ausgeführt wurde, an Subunternehmer, an Accordanten, vergeben worden. So zeigt sich auch hier, daß die Christlich-Socialen auch dort, wo sie könnten, nichts für die Arbeiter thun.

Albrecht (Reichenberg): In unserem Wahlkreis haben wir es mit den Christlich-Socialen und mit den Deutschnationalen zu thun, mit jenen im sogenannten schwarzen Winkel von Schluckenau, mit diesen in dem übrigen Theil des Wahlkreises. Wenn wir es hauptsächlich mit den Nationalen zu thun haben, so dürfen Sie nicht glauben, daß die radical-nationale Arbeiterorganisation gar so stark ist. Herr Arnold von der Deutschen Volkspartei, der sich den Alldeutschen zur Verfügung stellt, hausirt die verschiedenen Gemeinden ab und gründet überall „deutschnationale Arbeiterbünde". Aber das geschieht so, daß der Herr mit seinen Getreuen in das nächste Dorf zieht und dort einen Arbeiterbund gründet; aber es sind immer dieselben Leute, die da jedesmal bei der Gründung dabei sind und das „Volk" bilden. An der Spitze dieser sogenannten Arbeiterbewegung stehen die deutschnationalen Lehrer, die sich zu Handlangern gegen uns hergeben, die wir, was wir konnten, immer für die Lehrer eingetreten sind. Ich möchte Sie noch warnen, unsere Bewegung zu überschätzen, wo wir stark sind; dort aber, wo wir unsere Schwäche erkannt haben, sollen wir fleißig arbeiten, damit wir auch dort stark werden. Wir sind mit den Alldeutschen noch nicht fertig, wir müssen erst mit ihnen fertig werden.

Dr. **Adler** (Wien): In der Resolution ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die specielle österreichische Entwicklung dieser Schwindelarbeiterbewegungen nur möglich geworden ist durch die fünfte Curie. Darüber ist kein Zweifel. In Deutschland, wo das gleiche Wahlrecht besteht, ohne diese Form des Pluralvotums, wie wir es hier haben, sind die Bürgerlichen gezwungen, um ihre eigenen Mandate mit den Socialdemokraten zu kämpfen. Durch die fünfte Curie sind sie bei uns in der Lage, zuerst ihre eigenen Mandate für sich zu sichern und hernach in der fünften Curie irgendeinen falschen Arbeiter, eine Puppe von Arbeiter, einen Mann, dem man erst den Namen Arbeiter beigelegt hat, aufzustellen und hier — äußerlich — eine ganz andere Politik zu machen als in ihrer eigenen Curie. Ich möchte noch einen Punkt in der Resolution hervorheben, der bisher noch wenig berührt wurde. Wir haben eine Bewegung vor uns, die mit den schlechtesten Mitteln in der bewußten Absicht der Verführung von Arbeitern eingeleitet ist, eine Bewegung, die auf die schwachen Elemente in der Arbeiterschaft eine gewisse Anziehungskraft hat, und zwar darum, weil sie directe Belohnungen und Prämien auf die Charakterlosigkeit, auf die Schwächlichkeit und Knechtseligkeit der Arbeiter einführt. Wir wissen ganz gut, daß an der Spitze dieser Organisationen überall die Antreiber in den Fabriken stehen, daß die die Leute hineinlocken, sie noch dafür belohnen, und dadurch, daß sie die äußerlichen Formen unserer Organisation annehmen, ihnen gewissermaßen einen Ersatz für die wirkliche Organisation bieten. Der Arbeiter sagt: „Ich bin ja auch organisirt, aber so, wie es mir in meinem Fortkommen nicht schadet." Unsere Leute werden gemaßregelt und drangsalirt, den Anderen aber werden alle möglichen Vortheile versprochen, denen, die den Verrath an der Arbeiterclasse begehen. Nun bin ich weit entfernt, für diese schwächlichen Elemente der Arbeiterschaft hier ein Wort der Entschuldigung zu sprechen, aber ich meine doch, daß wir in der Praxis sehr wohl unterscheiden müssen zwischen Denjenigen, die in bewußter Absicht die Arbeiter verführen, und Denen, die sich aus Unkenntniß, Schwäche und Indifferentismus in diese Organisationen hineinlocken lassen. Jeder Arbeiter, der aus Unkenntniß und Indifferentismus hineingelockt wird, ist ein Vorwurf für uns, weil es uns ansagt, daß unsere eigene Organisation noch nicht genügend in den breiten Massen der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt hat.

Daraus geht hervor, daß diese Leute, die aus Unwissenheit in diese Organisationen hineinkommen, nicht so behandelt werden wie die bewußten Verräther an der Arbeiterschaft, sondern daß sie so behandelt werden, wie wir Indifferente überhaupt behandeln, daß wir ihnen nämlich mit allen Mitteln der

Belehrung entgegentreten, daß wir niemals vergessen, daß wir in ihnen verführte, mißleitete Arbeiter, aber doch Arbeiter vor uns haben; auch wir Alle waren nicht von Geburt aus Socialdemokraten, Viele von uns haben Wandlungen verschiedener Art durchmachen müssen, um uns zu unserer heutigen Ueberzeugung durchzuringen. Wir wissen, daß der proletarische Charakter in jedem Arbeiter schließlich doch zum Durchbruch kommt, daß auf die Dauer dieser Betrug an den Arbeitern nicht möglich ist. Wir sind verpflichtet, ihnen die Augen zu öffnen, und wir sind verpflichtet, Jeden, dem wir die Augen öffnen, mit offenen Armen bei uns aufzunehmen. Das heißt: Schärfste Bekämpfung und unversöhnlicher Haß den Verführern, aber brüderliche Liebe und Versöhnlichkeit gegenüber den verführten Arbeitern! (Beifall.)

Kiesewetter (Gablonz): Vor 14 Tagen war in Trautenau, dem Hauptwahlort Wolf's, ein großartiges Arbeiterfest, über das das liberale Blatt einen ausführlichen Bericht brachte. Darüber ist nun die alldeutsche „Trautenauer Zeitung" in Harnisch gerathen und dabei sind ihr einige interessante Geständnisse entschlüpft. Sie schreibt: „Die Fabrikanten suchten durch viele Jahre die socialdemokratischen Bestrebungen in der Arbeiterschaft zu unterdrücken, sie suchten, den Socialdemokraten große Versammlungen durch Abmiethen von Sälen und andere Mittel unmöglich zu machen, ja sie mußten selbst bei Streikausbrüchen infolge der widerspenstigen, gefahrdrohenden Haltung der Arbeiter, die von den socialdemokratischen Führern à la Kiesewetter, Köhler, Schäfer, Glas und Anderen aufgehetzt wurden, die Hilfe der Sicherheitsbehörde durch Beistellung von Gendarmen und Militär in Anspruch nehmen. Das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde ein schon ganz unleidliches. Die socialdemokratischen Hetzer trugen immer mehr und mehr Unzufriedenheit in die Arbeiterschaft .... Nun scheint es, daß die Großindustriellen die hier fast spurlos verschwundenen Socialdemokraten vermissen und deren Wiederauftauchen herbeisehnen ... Es wäre hoch an der Zeit, daß die Trautenauer Garn- und Flachsbörse endlich einmal officiell erklärte, daß sie sich mit ihrem Organ, dem „Trautenauer Wochenblatt", in keiner Weise identificirt; finden unsere deutschbewußten, ehrlichen und wackeren Arbeiter und Parteigenossen nicht auch in den Arbeitgebern Genossen im Kampfe um unsere nationalen Güter, dann hindert sie nichts mehr, sich wieder apathisch beiseite zu stellen und der weiteren Entwicklung der Dinge zuzusehen."

Also auf deutsch gesagt: Wenn die alldeutschen Fabrikanten, wie es in der letzten Zeit der Fall war, ihre Arbeiter nicht mehr mit Gewalt in die deutschvölkischen Arbeitervereine hineintreiben, dann werden die deutschvölkischen Arbeiter nicht mehr die Fanghunde der Fabrikanten des Aupathales machen.

Hueber (Wien): In der letzten Zeit tauchen in den gegnerischen Arbeitervereinen immer mehr Leute auf, die verlangen, daß man wirkliche Classenorganisationen schaffe. Da muß man sich fragen: Läßt sich vom nationalen Standpunkt eine wirkliche Classenorganisation schaffen? Läßt sich eine Classenorganisation für die christlich-socialen Arbeiter schaffen? Ich sage: Ja, aber bedingt. Man kann in einer deutschnationalen Gewerkschaftsorganisation gegen das Unternehmerthum als Proletarier kämpfen, man kann Streiks durchführen, für die Verkürzung der Arbeitszeit, für Lohnerhöhungen eintreten, man kann Krankenversicherung in der Organisation schaffen, kurz, man kann in diesen Organisationen für alle socialpolitischen Forderungen der Socialdemokratie eintreten. (Ohorufe.) Aber auch dann besteht ein Unterschied zwischen einer socialdemokratischen Gewerkschaftsorganisation und einer nationalen oder christlich-socialen, und diesen Umstand den Arbeitern klar zu machen, ist unsere Hauptaufgabe. Wir haben allerdings einen Kampf von heute auf morgen zu führen. Aber damit ist unsere Aufgabe nicht erschöpft, wenn wir nicht dem Arbeiter gleichzeitig helfen, sich aus der Lohnsclaverei zu befreien. Darauf aber gehen unsere deutschnationalen Arbeiter nicht ein. Ich bin ein ausgesprochener Feind der sogenannten Neutralität, das ist ein Schwindel. Denn die Gewerkschaftsorganisation hat nicht nur die Aufgabe, dem Arbeiter als Arbeiter seine Lage zu verbessern, sondern es muß auch klargestellt werden, daß sein Heil nur darin liegt, wenn er gegen den Bestand der heutigen Gesellschaft auftritt und auf

die Beseitigung aller Schäden hinarbeitet, das heißt für die Beseitigung der Lohnsclaverei.

Den Arbeitern kann nicht geholfen werden, wenn sie sich mit einem Theile des Programms zufrieden geben, sie können also nicht neutral sein. Diese Verfälschung der Arbeiterbewegung liegt auch darin, daß diese nationalen und christlichen Gewerkschaften zwar Alles thun, was wir als moderne Gewerkschafter jetzt thun, daß sie aber noch immer nicht genug thun, daß sie vor Allem nicht auf die Beseitigung der Lohnsclaverei hinarbeiten. Denn wenn sie das thäten, wären sie Socialdemokraten.

Die Debatte wird geschlossen.

Bei der Abstimmung wird die vom Referenten vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, ebenso Antrag **40.**

Hierauf folgt die **vertrauliche Sitzung,** in der Popp über den finanziellen Stand der „Arbeiter-Zeitung", der „Arbeiterinnen-Zeitung" und der Volksbuchhandlung Aufschluß gibt. Kütt (Wien) beantragt namens der Wiener Preßcommission, die die ganze Gebahrung der „Arbeiter-Zeitung" geprüft hat, der Administration der „Arbeiter-Zeitung" das Absolutorium zu ertheilen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp:** Bevor wir in die Berathung des nächsten Punktes eingehen, möchte ich eine Richtigstellung vornehmen. Genosse Sponer aus Reichenberg hat sich über einen Vorgang des Präsidiums beschwert, er hat den Parteitag auch bereits verlassen, nicht ohne übrigens zu erklären, daß er keine große Affaire daraus machen will. Genosse Sponer meint sich in seinem Recht verkürzt, weil ihm gestern durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde, während angeblich Genosse Hueber in die Rednerliste eingefügt worden sei. Das Präsidium erklärt, daß Genosse Hueber sich beim Schriftführer rechtzeitig schriftlich gemeldet hat. Das Präsidium hat dies, weil die Schriftführer oft abwesend sind, übersehen. Als sich jedoch die schriftliche Anmeldung vorfand und der Schriftführer die rechtzeitige Anmeldung zugab, hat Hueber selbstverständlich das Wort erhalten. Es ist aber auch selbstverständlich, daß Niemand Genossen Sponer unrecht thun wollte, und ich hoffe, daß er sich in Reichenberg mit dieser Erklärung, daß kein Unrecht geschehen ist, zufrieden geben wird.

Schrammel übernimmt den Vorsitz. Es gelangt nun der achte Punkt der Tagesordnung: **Parteipresse,** zur Berathung. Das Referat hat

Popp (Wien): In Anbetracht dessen, daß viele Delegirte schon reiselustig sind, werde ich mich kurz fassen. Es ist in der Debatte früher erwähnt worden, daß es nöthig sein wird, in principieller Beziehung auf die Arbeiter einzuwirken. Ein Mittel dieser Vertiefung, das wirkungsvollste, ist die Parteipresse. Sie hat nicht nur die Pflicht, zu agitiren, den Gegnern zu antworten, sie hat auch die Pflicht, principielle Aufklärungsarbeit zu leisten. Wenn die Presse das thun soll, dann muß sie es auch thun können! Wir haben auf den Parteitagen wiederholt die Bedingungen festgestellt, unter denen ein Blatt herausgegeben werden darf. Diese Bedingungen wurden aber nicht eingehalten. In letzter Zeit ist es zum Beispiel möglich geworden, daß in manchem Ort ein Buchdrucker, der selbstständig werden will und etwas Geld hat, um sich eine Druckerei einzurichten, den Genossen einredet, daß sie ein Blatt herausgeben sollen. Da werden zwar Berechnungen aufgestellt (Heiterkeit), anfangs geht es ja, schließlich aber leiden beide Theile darunter, oder es werden alle Geldmittel im Bezirk darauf verwendet, das Blatt zu erhalten. Es wird nicht gewissenhaft genug untersucht, ob allen festgesetzten Bedingungen entsprochen werden kann. Dadurch kommt es, daß ein solches Blatt, statt die Partei zu unterstützen, schließlich ein Streitpunkt für die Partei wird und das bißchen Organisation im Orte zertrümmert.

Die Preßgesetzgebung erschwert unsere Preßverhältnisse sehr. Jeder Bezirkshauptmann, jeder Staatsanwalt hat die Möglichkeit, ein Blatt zugrunde zu richten. Das viele Confisciren hat noch nicht aufgehört, wenn auch Herr von Körber etwas mehr Ruhe gibt. Wenigstens in Wien; in der Provinz wird ja

noch eben so lustig confiscirt. Es fehlt uns besonders das Mittel der Verbreitung, die Freiheit der Colportage.

Die Parteipresse soll gewissermaßen das Barometer der Partei sein. Es soll nicht nur die Stärke, sondern auch die geistige Entwicklung der Partei zeigen. Da steht es aber oft sehr schlecht. Zum Beispiel sollte man meinen, daß die Parteiblätter, die ungefähr zum 15. d. M. erschienen, dem Parteitag wenigstens ein paar Zeilen widmen. In einer Reihe von Parteiblättern war in der letzten Nummer nicht mit einem Wort davon die Rede! Die Zeitung soll actuell sein! Auf einem Parteitag ist ein Parteipreßbureau beschlossen worden, das wichtige Nachrichten und Artikel an die Parteiblätter herausgibt. Die Genossen haben damals Alle zugestimmt; wir haben nun den Genossen in der Provinz mitgetheilt, daß wir dieses Preßbureau errichten werden, wenn die Provinzpresse einen Betrag dazu beiträgt. Darauf haben einige geantwortet, die Mehrzahl der Blätter hat nicht geantwortet! So scheiterte das Unternehmen an der finanziellen Seite. Wenn die Parteiblätter nicht in der Lage sind, die paar Gulden jährlich zu bezahlen, wie steht es dann mit unserer Provinzpresse? Die Provinzpresse lebt zum Theile geistig von Wien. Die „Arbeiter-Zeitung" ist ja nach allgemeinem Urtheil gut gehalten. Nun besteht in manchen Orten der Beschluß, die Provinzblätter dürfen keine Scheerenarbeit leisten. Da man der „Arbeiter-Zeitung" aber nicht ausweichen kann, so schreibt man die Artikel um und bringt sie in verschlechterter Ausgabe heraus. Das gilt nicht von allen, aber von vielen Provinzblättern. Wenn ich da einen Vorwurf erhebe, so mache ich ihn den Organisationen, welche ihren Parteiblättern nicht die genügenden Mittel an die Hand geben. Welche Bücher, welche Hilfsmittel stehen dem Provinzredacteur zur Verfügung? Was er selbst einkauft, von seinem Geld, das hat er. Meistens haben die Redactionen nicht die Mittel, diese Behelfe zu beschaffen. Wie aber sind die Redacteure bestellt? Sie sind zumeist sehr schlecht bezahlt, sie haben als Tintenkuli die meiste Arbeit im Orte zu leisten, die ganze Agitationsarbeit zu besorgen, Auskünfte zu ertheilen und überdies mit unzureichenden Mitteln zu arbeiten, von privaten Sorgen gedrückt. Einmal waren solche Verhältnisse begründet. Heute sind wir größer geworden, und deshalb müssen den Blättern die Mittel beigestellt werden, die sie brauchen. Das ist aber nicht möglich, wenn so viele Blätter wie heute erscheinen. Es ist nicht nöthig, daß in jedem größeren Orte ein Blatt herauskommt. Wenn hier in Böhmen ein gutes Tagblatt erschiene, so wäre dies dem Ansehen der Partei viel zuträglicher als diese vielen kleinen Blätter. Es ist auch die Frage der Existenz der in den Redactionen Beschäftigten dabei zu erwägen. Aber auch diese Fragen könnten gelöst werden, ohne diese Existenzen zu gefährden. (Skaret: Sogar besser gestellt würden sie!) Der Einfluß der Partei ist größer als die Zahl der Genossen, wurde gesagt, und das ist zum Theil gewiß der „Arbeiter-Zeitung" zu danken. Die „Arbeiter-Zeitung" hat sich Respect zu verschaffen gewußt, der Einfluß der „Arbeiter-Zeitung" ist ein großer, sie wird nicht nur von dem Unternehmerthum, sondern auch von der Regierung gefürchtet. Die Herrschenden wissen eben die Waffe der „Arbeiter-Zeitung" besser zu würdigen als die Genossen selbst. Hier in Böhmen könnten die Verhältnisse ebenfalls besser liegen. Organisationen sind in Böhmen genug! Eines möchte ich noch sagen: Wenn wir auch scharfe Kritik zu üben haben, so sollen wir doch immer eine anständige Kritik üben und uns durch die Dreckschleuderpolemik der Gegner nicht im Geringsten zur Nachahmung verleiten lassen.

Die „Arbeiter-Zeitung", welche gewiß vorsichtig ist, hatte in den letzten Jahren viel Ehrenbeleidigungsprocesse und mehr als 6000 Kronen an Gerichtskosten zu zahlen. (Adler: Trotzdem wir uns so zusammennehmen!)

Seinerzeit haben wir für die Verschleißlicenz, gegen den Zeitungsstempel kämpfen müssen, heute müssen wir für die Reform des Preßgesetzes energisch kämpfen! Die Preßreformvorlage der Regierung ist nur unserer Agitation und unserer Presse zu danken. Die bürgerliche Presse befindet sich unter den gegenwärtigen Preßverhältnissen sehr wohl. Sie fürchtet die Concurrenz und wünscht deshalb keine Aenderung der bestehenden Preßverhältnisse. Als die Preßreformvorlage eingebracht wurde, wurden sofort zweierlei Meinungen laut. Die Einen fanden im ersten Moment die Vorlage sehr freisinnig, die Anderen sagen,

daß dieses neue Preßgesetz noch reactionärer sei als das alte. Dr. Ingwer hat eine Broschüre geschrieben, worin er diese Preßreform total verwirft. Ich möchte Sie bitten, sich weder von der einen noch von der anderen Meinung allzu stark beeinflussen zu lassen. Ich will keine Preßnovellendebatte heraufbeschwören, sondern nur die Hauptzüge der Reform streifen. Gut ist die Freigebung der Colportage. (Schuhmeier: Es ist ja nur eine halbe Colportagefreiheit.) Genosse Schuhmeier, Du wirst daran mitarbeiten, sie ganz zu machen! Heute können wir allerdings Wochenblätter in den Werkstätten colportiren, jedoch bei einem Tagblatt ist der Apparat unbrauchbar. Nach der Vorlage wird das Ausrufen, der Straßenverkauf, das Abonnentensammeln möglich sein. Auch die Aufhebung des objectiven Verfahrens sieht einem Fortschritt gleich. Freilich ist diese Aufhebung nicht so vollkommen, wie sie aussieht. Bei Hochverrath, Majestätsbeleidigung, Gotteslästerung bleibt die Confiscation bestehen. In Oesterreich darf aber kein Rest von Anhaltspunkten zur Confiscation für die Staatsanwälte im Gesetze bleiben; wenn irgend ein Graf Minister wird, kann dann die Auslegung wieder angehen, denn es kommt doch immer auf die administrative Handhabung des Gesetzes an. (Zustimmung.) Die „Arbeiter-Zeitung" zum Beispiel ist in den letzten zwei Jahren nur sechsmal confiscirt worden, während wir sonst in einem Jahre vierzehn-, fünfzehnmal und öfter confiscirt wurden, trotzdem wir noch immer das gleiche Preßgesetz haben.

Auch bezüglich der Ehrenbeleidigungen sind die Anschauungen verschieden. Wir sind in Wien unseren Gegnern vollständig ausgeliefert. Wir müssen uns die größten Beschimpfungen gefallen lassen, die ärgsten Lügen, die crassesten Verleumdungen. Das Berichtigen, Jeder weiß das, hilft nichts. Mit einer Klage aber können wir in Wien nicht vorgehen, weil die christlich-socialen Geschwornen ein antisemitisches Blatt stets freisprechen. Nach der neuen Novelle werden Ehrenbeleidigungen den Geschwornen entzogen. Es ist aber doch eine Frage, ob es nicht doch besser ist, wenn Geschworne urtheilen. Der Grazer „Arbeiterwille" schrieb: „Wir sind für die Beibehaltung der Geschwornengerichte, nicht weil wir in Graz stets freigesprochen, sondern trotzdem die „Arbeiter-Zeitung" in Wien stets verurtheilt wurde." (Heiterkeit.) Principiell stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir Geschwornengerichte wollen, aber nicht die Geschwornen von heute, wir wollen die Geschwornen durch das Volk wählen lassen. Auch in diesem Punkte werden unsere Abgeordneten die rechten Verbesserungen möglich zu machen suchen.

Das Berichtigungsverfahren ist heute so, daß man mit dem § 19 machen kann, was man will. Die neue Vorlage setzt fest, daß die Redaction nicht jede Berichtigung aufnehmen muß, der Berichtiger muß eventuell die Wahrheit erst erweisen. Dadurch werden die Redactionen, aber nicht das Publicum geschützt! Unsere Redactionen werden gewiß wahrheitsgetreue Berichtigungen aufnehmen, auch wenn dies nach dem Gesetz nicht unbedingt nöthig wäre. Wenn Jemand eine Berichtigung mit unwahren Thatsachen einsendet, so kann er — nach dem Entwurf — eine Muthwillensstrafe erhalten. Die Redaction aber, wenn sie lügt, bleibt straflos! Alles das muß noch eingehender besprochen werden. Wir brauchen unbedingt größeren Spielraum für unsere Presse. Die Vorlage können wir nicht in Bausch und Bogen verwerfen, aber wir können sie auch nicht, wie sie ist, annehmen. Aber ich glaube, wenn die Preßreform nicht jetzt gemacht wird, wird sie auf Jahre hinaus nicht kommen, dann kann es uns gehen wie mit dem Strafgesetz, das wiederholt eingebracht worden ist und das doch heute in seiner vollen Verzopftheit zu Recht besteht. Die Vorlage wird ja in nächster Session zur Berathung kommen, von unseren Abgeordneten soll sie verbessert und dann Gesetz werden.

Es besteht ein Parteitagsbeschluß, daß der Arbeiter-Kalender, die Maifestschrift und Parteibroschüren nur von der Parteivertretung für das ganze Reich herausgegeben werden dürfen. Solche Beschlüsse müssen eingehalten werden. Der Organisation in Salzburg hat es nun gefallen, sich daran nicht zu kehren; die Genossen haben einen eigenen Kalender herausgegeben, den sie „Volkskalender" nennen. Sie haben das deshalb gethan, weil ein Buchdrucker Arbeit gebraucht

hat. Der Parteitag kann das nicht gutheißen; das darf sich keine Organisation herausnehmen! Es wäre für die Disciplin unserer Partei ein sehr schlechtes Zeugniß, wenn das einreißen würde. Ich habe Ihnen daher zu erklären, daß dieser Kalender ein Privatunternehmen und nicht als Parteikalender anzusehen ist. Der Parteitag muß das entschieden rügen, wenn die Salzburger Genossen das auch nicht wieder thun, weil der Versuch mit einem Deficit enden dürfte.

Ich komme nun zu den Anträgen. Da liegt zuerst ein Antrag Dr. **Czech's** (Antrag **22**) vor, der den Socialdemokratischen Verband auffordert, darauf zu dringen, daß der von der Regierung vorgelegte Preßgesetzentwurf in der nächsten Session des Parlaments zur Verhandlung gelange.

Ich hätte diesen Antrag selbst gestellt und empfehle ihn zur Annahme. Wir brauchen unseren Abgeordneten erst keine Vorschriften zu machen, sie werden wissen, was sie an der Preßnovelle zu verbessern haben.

Dann liegt der Antrag **Polke** (Antrag **23**), betreffend die Maifestschriften, vor.

Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Die Anträge **24** und **25** der IV. böhmischen Wahlkreisvertretung bitte ich abzulehnen, eventuell empfehle ich die Annahme des Antrages Piraschütz und Genossen. Wir können dem zünftlerischen Standpunkt kein Zugeständniß machen und gewissermaßen Concessionen ertheilen, welche Blätter verkauft werden dürfen und welche nicht. Dieser Antrag ist nicht socialdemokratisch (Sehr richtig!), er ist zünftlerisch.

Den Antrag **27**, betreffend die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung", empfehle ich Ihnen, trotzdem er eigentlich nur die Wiener angeht. Ich möchte aber bei diesem Anlaß die Provinzgenossen ersuchen, diesen Antrag auch auf sich zu beziehen. Wenn die Blättergründungen wie bisher weitergehen, so werden wir nicht mehr an Abonnenten das Blatt in die Provinz senden, sondern nur als Tauschexemplar an die Redaction. (Heiterkeit.) Ich bitte Sie, auch in der Provinz tüchtig Propaganda zu machen.

Was den Antrag des II. schlesischen Wahlkreisausschusses auf Anerkennung der „Bielitzer Volksstimme" als Parteiorgan betrifft, so muß ich erklären: Nachdem der Bezirk eine Landesorganisation hat, die mährisch-schlesische, und diese bisher nicht über das Blatt bestimmt hat, so muß die Entscheidung ihr überlassen bleiben. Ich bitte Sie deshalb um Annahme des Antrages Dr. Czech. (Antrag **28.**)

Ferner ist ein Antrag von Genossen Eldersch eingelaufen, betreffend die Herausgabe einer Artikelserie über die Preßreform.

Ich glaube, es wird das nicht so einfach sein. Der Satz ist wohl schon zerstört. Ich bitte Sie, diesen Antrag der Parteivertretung zuzuweisen.

Nun zum Antrag der gemeinschaftlichen Conferenz der Bezirke Gablonz an der Neiße und Tannwald, betreffend die Bilder der Maifestschrift sowie des Arbeiter-Kalenders.

Es ist immer sehr schwer zu garantiren, daß Bilder besser ausfallen. Die Reproduction gelingt nicht immer. Für die Ausführung kann man keine Garantie übernehmen. (Zwischenruf: Aber die böhmischen Festschriften sind immer gelungen.) Ich glaube, Sie müssen das der Parteivertretung und der Volksbuchhandlung überlassen. Beschließen Sie auch nicht im Vorhinein, daß die Bilder schwarz sein sollen. Was das Jahrmarktverzeichniß betrifft, so ist es bisher dem Lichtstrahlen-Kalender beigelegen. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß das Verzeichniß im Arbeiter-Kalender erscheint, wenn sie dagegen auf das Vereinsverzeichniß verzichten. (Oho!) Für Wien hat das Vereinsverzeichniß keinen Werth. (Auch die Jahrmärkte nicht! — Heiterkeit.) Das Vereinsverzeichniß hat unter Umständen sogar Nachtheile. Jedenfalls Eines oder das Andere! Beides zugleich geht nicht hinein.

Den Antrag Seliger, betreffend die Gründung eines Tagblattes für Deutschböhmen, empfehle ich Ihnen zur Annahme.

Im Sinne der einleitenden Worte empfehle ich Ihnen ferner folgenden Antrag zur Annahme:

Der Parteitag beschließt, daß die Herausgabe von Kalendern und Parteifestschriften jeder Art nur im Einvernehmen und nur mit Zustimmung der Parteivertretung erfolgen darf. Skaret.

Weitere Anträge liegen nicht vor. Es wird auch der Parteicontrole obliegen, nicht nur die finanzielle Seite der Parteipresse, sondern auch ihren Inhalt zu prüfen. (Beifall und Händeklatschen.)

Dr. **Adler** (Wien): Die Preßreform ist für uns neben dem Ausgleich der wichtigste politische Gegenstand, und sie wurde nur darum nicht auf die Tagesordnung gestellt, weil es sich da um juristische Einzelheiten handelt, die schwer in einer so großen Versammlung besprochen werden können, und auch deshalb, weil wir nicht den Abgeordneten eine gebundene Marschroute in den Einzelheiten geben wollten. Aber Eines muß hier öffentlich mit möglichster Bestimmtheit gesagt werden: Der Ministerpräsident hat uns mit dieser Preßreform etwa zwei Jahre lang zum Narren gehalten. Sie war uns schon in der Thronrede angekündigt, und alle sechs Monate ungefähr, nach Bedarf auch öfter, hat er uns das feierliche Versprechen abgegeben, er werde die Preßreform einbringen. Es ist nicht zuletzt dem energischen Auftreten der Parteipresse und unserer Abgeordneten gelungen, die Preßreform jetzt aus den Bureaux herauszubefördern. Aber es besteht darum doch die sehr dringende Gefahr, daß die Preßreform eine lange Zeit in den Heften des Abgeordnetenhauses bleiben werde, daß der Preßausschuß sich nicht entschließen wird, sich mit ihr zu beschäftigen, daß er vielmehr, wie das so oft der Fall ist, immer beschlußunfähig sein wird; kurz, daß bei dem geringen Interesse der Abgeordneten für die Preßreform die Regierungsvorlage verzögert und verschleppt wird. Da haben wir die Pflicht, zu sagen, daß wir uns nicht mit der Vorlage eines Entwurfes begnügen, sondern daß wir ein Gesetz wollen, und daß wir allen unseren Einfluß in der Oeffentlichkeit sowohl wie im Parlament aufbieten werden, und wir werden, wenn es nothwendig sein wird, an Sie, Parteigenossen, appelliren. (Beifall.)

Nachdem ich constatirt habe, daß wir nicht gesonnen sind, uns von der Regierung etwa foppen zu lassen, so will ich constatiren, daß wir uns auch nicht über den Inhalt der Vorlage täuschen. Die Vorlage hat den großen Vortheil, daß sie mit dem Princip des Colportageverbotes und des objectiven Verfahrens bricht. Das ist selbstverständlich nur für Oesterreich ein ungeheurer Fortschritt. In civilisirten Ländern würde es keinen Fortschritt bedeuten. Aber Dr. Körber ist ja nur modern, weil das bisherige Oesterreich so unmodern war; nur fortschrittlich, weil Oesterreich bisher rückschrittlich war. Die bisherigen Zustände dienen ihm als Folie, von der er sich leicht glanzvoll abheben kann. Aber immerhin bilden die Freigebung der Colportage und die Beseitigung des objectiven Verfahrens einen entscheidenden und für uns in allererster Linie maßgebenden Fortschritt. Wir leiden am meisten unter der Beschränkung der Colportage und unter dem objectiven Verfahren, und wir müssen darum in erster Linie trachten, daß die beiden Fortschritte auch verwirklicht werden. Aber wir verhehlen uns nicht, daß wir diesen wichtigen Fortschritt nach dem Willen der Regierung mit sehr schweren Opfern bezahlen müssen. Wenn die Regierungsvorlage, so wie sie ist, Gesetz würde, so bestünde die Gefahr, daß alle Preßvergehen den Schwurgerichten entzogen und als Privatbeleidigungen der Beamten vom Bezirksrichter abgeurtheilt würde. Damit würde der größte Theil des Werthes der Preßreform für uns verloren gehen. Wir brauchen unseren Abgeordneten gewiß keinen Fingerzeig zu geben, sie wissen sehr gut, was sie zu thun haben. Aber es muß dennoch schon jetzt mit möglichster Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß unsere Abgeordneten im Sinne der Socialdemokratie handeln werden, wenn sie mit allen Mitteln und mit größter Energie verhüten, daß die Preßfreiheit, die auf der einen Seite erweitert wird, auf der anderen Seite in empfindlichster Weise eingeschränkt wird. (Beifall.) Wir Journalisten der Partei, wir fürchten uns vor dem subjectiven Verfahren nicht! Wir haben wiederholt erklärt, wir wollen nicht anonym eingestampft und objectivirt werden, ohne Gelegenheit zu haben, in der Oeffentlichkeit zu vertreten, was wir geschrieben haben. Wenn wir für unsere Reden haben sitzen können, sind wir ohneweiters entschlossen, auch für das, was wir schreiben, zu sitzen. Denn darüber ist ja kein Zweifel, daß

die Preßnovelle eine gefährliche Bedrohung der persönlichen Freiheit socialdemokratischer Redacteure ist. (Heiterkeit.) Aber Alles hat eine Grenze. Das wünschen wir nicht, daß Beamte darüber urtheilen, was eine erlaubte Kritik an Beamten und ihrer Amtsführung ist. Dagegen müssen wir uns auf das Entschiedenste wehren, und alle Mängel, die die Schwurgerichte überall und insbesondere bei uns haben, sind weit leichter zu ertragen als der Zustand, wo wir einfach an die Willkür und an das Commando eines Justizministers, an seine Richter ausgeliefert wären. (Zustimmung.) Wie es mit der Unabhängigkeit der Richter bestellt ist, das wissen wir. Ueberall, nicht nur bei uns, herrscht bis zu einem gewissen Grad Classenjustiz, aber was hier weit mehr zu fürchten ist: hier handelt es sich um bureaukratische Justiz in eigener Sache. Dagegen aber müssen wir uns ganz entschieden wehren.

Der andere wichtige Punkt, um den es sich handelt, ist, daß die Colportage, obwohl sie principiell freigegeben wird, im Einzelnen noch immer durch kleinliche und überflüssige, zum Theile sogar lächerliche Beschränkungen aufgehalten wird. Uns ist es allerdings nicht gar so fürchterlich, denn wenn wir mit dem alten § 23 fertig geworden sind, werden wir mit dem neuen Gesetz erst recht fertig werden. Aber wir sehen nicht ein, warum man, wenn man schon ein neues Gesetz macht, die Sache nicht ordentlich machen soll, und so, wie es unserem heutigen Begriff entspricht.

Nun ist es ja sicher, daß wir von anderen Parteien sehr wenig Hilfe zu erwarten haben, vielmehr steht zu befürchten, daß eine Anzahl reactionärer Parteien daran arbeiten wird, diesen Entwurf noch mehr zu verderben. Ein ernsthaftes Interesse haben ja die bürgerlichen Parteien, mit sehr wenigen Ausnahmen, nicht an einem anständigen Preßgesetz; wir werden also in diesem Kampfe, so wie bisher, wesentlich auf eigene Kraft angewiesen sein. Das bitte ich Sie vor Augen zu haben, und schon aus diesem Grunde erbitten wir uns Ihre Mithilfe. Wenn Sie diese Mithilfe aber in entsprechendem Maße bieten wollen, dann müssen Sie sich vor Allem mit dem Inhalt dieser Preßnovelle auf das Eingehendste vertraut machen, und ich erlaube mir, im Anschluß an die Anträge auf die vortrefflichen Artikel des Genossen Austerlitz in der „Arbeiter-Zeitung“ aufmerksam zu machen. (Beifall.)

Zuschratter (Jägerndorf): Ich will an den Antrag anknüpfen, den die Organisation Gablonz eingebracht hat. Es ist wirklich hoch an der Zeit, daß wir endlich daran gehen, in der Ausstattung der Festschriften eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Arbeiter sind zum großen Theil nicht einverstanden mit den secessionistischen Kunststückchen, die nichts Anderes bedeuten als eine Verfälschung der Natur. (Widerspruch und Heiterkeit.)

Volkert (Wien): Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in Wien nicht so verbreitet als nothwendig wäre, und das kommt daher, daß die Wiener Genossen dem Blatte gegenüber ihrer Pflicht noch niemals nachgekommen sind. Mit der Uebernahme des Vertriebes der „Arbeiter-Zeitung“ durch die Wiener Wahlkreise haben wir eine kolossale Arbeit auf uns genommen. Ich habe in der letzten Zeit Gelegenheit genommen, in den Vereinen nachzuforschen, wie dort die „Arbeiter-Zeitung“ verbreitet ist. Unter 200 Mitgliedern einer Ortsgruppe eines Fachvereines habe ich nur 45 Abonnenten der „Arbeiter-Zeitung“ gefunden. Es gibt noch genug Genossen, die sich anstatt der „Arbeiter-Zeitung“ bürgerliche Schmierblätter kaufen und damit sogar in die Fabrik gehen. Wir möchten nun, daß uns der Parteitag bei der Arbeit für unser Centralorgan durch die Annahme unseres Antrages unterstütze. Ich meine, daß uns auch die „Arbeiter-Zeitung“ unterstütze, indem sie ihre übel angebrachte Noblesse gegen die anderen Zeitungen aufgebe und die Arbeiter belehre, daß sie ein Verbrechen an sich selbst und an der Arbeiterclasse begehen, wenn sie mit ihren Kreuzern die bürgerlichen Blätter unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Freundlich (Mährisch-Schönberg): Wir in der Provinz sind absolut dagegen, daß uns das Recht, das, was wir schreiben, vor den Geschwornen vertreten zu können, genommen wird. Es haben sich in der Partei Stimmen bemerkbar gemacht, daß es besser ist, wenn die Ehrenbeleidigungen vor die Bezirksrichter kommen. Aber ich meine, Classenrichtern stehen wir gegenüber, ob

wir vor Berufsrichtern oder Geschwornen stehen, und daß es schlechte Richter gibt, wie schlechte Geschworne. Principiell muß unsere Stellung sein, daß wir den Wirkungskreis der Geschwornen nicht beschneiden lassen, sondern die Geschwornengerichte demokratisiren. Was die Illustrationen der Festschriften betrifft, so meine ich, daß sie sehr oft sehr geschmacklos sind. Wir brauchen nicht die Secession zu bekämpfen, sondern müssen der Volksbuchhandlung beibringen, daß sie geschmackvollere Bilder beischaffe. (Beifall).

Schuhmeier (Wien): Wenn Zuschratter erklärt hat, daß die Arbeiter gegen die Secession seien, so meine ich, daß er kein Mandat dazu hatte. Ueber Geschmack läßt sich nicht streiten, aber der Geschmack, den die Maifestschriften hinterlassen, convenirt uns Allen zusammen nicht. Ueber den Antrag des IV. böhmischen Wahlkreises will ich mich nicht weiter äußern. Gesagt sei aber, daß wir uns auf eine solche Hochschutzzollpolitik für die Provinzpresse nicht einlassen können.

Was die Preßnovelle betrifft, so glaube ich im Namen des Verbandes die Erklärung abgeben zu dürfen, daß daran noch ungeheuer viel wird geändert werden müssen, um sie zu einem wirklich modernen, den Bedürfnissen unserer Zeit entsprechenden Gesetz zu schaffen, und daß wir im Parlament Alles daransetzen werden, damit das, was Herr v. Körber versäumt hat, durch das Parlament nachgeholt werde. (Beifall.) Genosse Dr. Adler hat gemeint, der Preßausschuß werde das Gesetz zu verschleppen suchen. Ich möchte dem widersprechen. Es sind ja noch wir und auch die „Arbeiter-Zeitung" auf der Welt; wir werden den Ausschuß wohl überwachen und die Namen der Abgeordneten, die den Ausschuß schwänzen, veröffentlichen. Das wird wohl das wirksamste Mittel sein, um die Herren an ihre Pflicht zu erinnern. Sie können auch nicht leicht aus, weil sie fast ohne Ausnahme in der letzten Zeit moderner zu sein vorgeben als Herr v. Körber. In der jetzigen Form ist der Entwurf unannehmbar und ebenso sicher ist, daß Aenderungen werden gemacht werden müssen. Ich will hier nur einige anführen, um die Fadenscheinigkeit der Körber'schen Neuheit zu zeigen. Da ist zum Beispiel der § 17, der bestimmt, daß der Straßenverkauf nur Personen „von nicht unter achtzehn Jahren" gestattet sein solle. Ich erinnere daran, daß es uns Socialdemokraten unmöglich war, bei der Berathung des Bergarbeitergesetzes durchzusetzen, daß die jugendlichen Arbeiter vom Bergbau ausgeschlossen werden. Aber, was beim Bergbau erlaubt ist, wird da verboten. Und dann das Verbot des Verkaufes vor 6 Uhr Früh. Wo Tausende Arbeiter in die Fabriken gehen, soll der Straßenverkauf verboten sein. Im Parlament mußten wir kämpfen, um zu verhindern, daß die Arbeiten bei den Wasserstraßenbauten vor 6 Uhr beginnen. In der unmittelbaren Nähe der kaiserlichen Hofburg, der Amtsgebäude und der Thore der Gotteshäuser ist der Straßenverkauf untersagt. Wir werden bei dieser Gelegenheit davon erzählen, was von den Clericalen nicht vor, sondern in den Gotteshäusern Alles geschieht. (Lebhafter Beifall.)

So könnte man stundenlang die Fehler des Entwurfes aufzählen, denn der Entwurf ist so mangelhaft in seinem Inhalt, als Körber mangelhaft in seiner socialpolitischen Erziehung. Seien Sie versichert, wir werden unsere Pflicht thun, erwarten aber, daß auch Sie, wenn an Sie der Ruf ergeht, ihre Pflicht außerhalb des Parlaments thun werden, um zu erringen, was wir brauchen: eine wirklich dem Zuge der Zeit entsprechende Preßreform. (Lebhafter Beifall.)

Seliger (Teplitz): Ich will nur auf die Anregung Popps zurückkommen, es möge getrachtet werden, daß an Stelle der in Böhmen erscheinenden Wochenblätter ein Tagblatt gegründet werde. Das ist eine Sache, deren Nothwendigkeit jeder von uns fühlt. Es liegt in der Natur, daß unsere ganze Bewegung in Deutschböhmen, die auf ein- oder zweimal wöchentlich erscheinende Blätter angewiesen ist, nicht auf der Höhe der Zeit stehen kann. Die Gründung eines Tagblattes ist eine Nothwendigkeit, aber sie ist äußerst schwierig. Wenn ein Tagblatt gegründet werden soll, so ist es nur in Prag möglich, und nur dann, wenn es zu bedeutend niedrigerem Preise herausgegeben wird als die „Arbeiter-Zeitung". Wir werden mit einem ganz anderen Lesekreis und mit bedeutend geringerem Lesebedürfniß zu rechnen haben als in Wien. Das Tagblatt ist eine

Nothwendigkeit und wir werden an die Realisirung dieser Nothwendigkeit wohl oder übel einmal schreiten müssen. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Popp (Schlußwort): Ich will nur einige Worte zum Antrag Seliger sagen. Die Partei vermißt schon lange das Tagblatt. Wir glauben auch nicht, daß die „Arbeiter-Zeitung" darunter leiden würde; wohl aber würde es die Entwicklung der Partei in Nordböhmen beschleunigen. So lange Sie aber das Tagblatt noch nicht haben, möchte ich Sie auffordern, für die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" eifrigst zu wirken. Was die Preßreform betrifft, so wird die Parteivertretung Alles thun und auch in der Provinz das Aviso geben, sobald es an der Zeit ist, energisch in Action zu treten.

Vorsitzender **Schrammel**: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung:

Angenommen werden die Anträge **22** (Preßgesetzberathung im Parlament), **26** (Uebergang zur Tagesordnung über die Anträge 24 und 25), **27** (Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung"), **28** („Bielitzer Volksstimme"), **31** (Kalender und Festschriften dürfen nur mit Zustimmung der Parteivertretung herausgegeben werden). Es entfallen hiedurch die Anträge **8**, **24**, **25**, **32**.

Der Parteivertretung zugewiesen werden die Anträge **7** (Maischrift), **23** (Maischrift), **29** (Preßreformartikel der „Arbeiter-Zeitung"); dem böhmischen Landesverband zugewiesen wird der Antrag **30** (deutsches Tagblatt für Böhmen).

Vorsitzender **Schrammel**: Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt und wir schreiten nunmehr zum letzten Punkt **Eventuelles**.

Berichterstatter **Skaret** (Wien) empfiehlt Ablehnung der Anträge **11**, **33**, **34** (Ort des nächsten Parteitages); Zuweisung der Anträge **12** (Altersversicherung) und **10** (Versicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter) an den Verband der Abgeordneten; Zuweisung des Antrages **36** (Broschüre über den Ausgleich) an die Parteivertretung und Annahme des Antrages **35** (Bestimmung des Ortes für den nächsten Parteitag durch die Parteivertretung). Der Parteitag beschließt gemäß diesem Vorschlag.

Zur Geschäftsordnung erhält nunmehr das Wort:

Stark (Karlsbad): Ich muß Protest erheben gegen eine Erscheinung, die wir bereits auf früheren Parteitagen constatiren konnten, nämlich gegen die persönliche und verletzende Form der Polemik einzelner Genossen gegen alle Aeußerungen der Opposition. Ich bin nicht empfindlich, auch nicht eitel und eingebildet, aber ich brauche mich darum nicht von Dr. Adler als den dümmsten Kerl hinstellen zu lassen. Adler ist in der angenehmen Lage, daß er seine Angriffe im Schlußwort vorbringen kann, er verfügt über die größere Intelligenz und Rednergabe und über ein altes gefestetes Parteiansehen. Dieser Kampf des Starken gegen den Schwachen ist nicht ritterlich. Ich protestire dagegen nicht aus persönlichen, sondern aus principiellen Gründen, weil eine solche Art der Abschlachtung aller oppositionellen Anschauungen nur zum Mamelukenthum führt.

Dr. **Adler** (Wien): Ich muß gestehen, daß ich den Vorredner nicht verstehe. Es ist das gute Recht jedes Delegirten, seiner Meinung möglichst scharfen Ausdruck zu geben, und wenn man von dem selbstverständlichen Rechte der Kritik einen so außerordentlichen Gebrauch macht wie der Vorredner, so muß man es sich gefallen lassen, daß die Abwehr ebenso scharf erfolgt. Der Vorwurf, daß ich mich gegen einen Schwachen nicht ritterlich benommen habe, trifft mich nicht. Die Genossen, die mich kennen, werden mir sagen, ob ich jemals bei irgendeinen Genossen, der wirklich schwach war, bei dem ich aber den guten Willen sah, einen Gedanken ordentlich zum Ausdruck zu bringen, von meiner größeren Uebung, die ich im Reden habe, Gebrauch gemacht habe. Sie aber sind nicht schwach, Sie leiden nicht an der Unfähigkeit, Ihren Gedanken den richtigen Ausdruck zu geben, und wenn Sie den Gedanken aussprechen, daß die Parteivertretung gegen ihre Ueberzeugung eine bestimmte Taktik einschlägt, so ist das wohl überlegt und ich darf es auf das Schärfste brandmarken. Wenn mir nicht die Kritik, sondern die Unterschiebung gegenübersteht, so kenne ich keine Schonung, da haben wir die Pflicht, unsere Parteiehre rücksichtslos zu wahren. Das würde Ihnen gut passen, rücksichtslos herüberschießen, wenn man aber zurückschießt, schreien:

„Ich bin der Schwache, mir darf man nicht wehthun!" — Nein, auf den Leim gehe ich Ihnen nicht. Die Kritik und das Recht des freien Wortes wird auf allen Parteitagen hochgehalten, aber das Recht der Antikritik, das Recht der Gegenwehr dürfen Sie Ihren Vertrauensmännern nicht nehmen. Lesen Sie die Protokolle der deutschen Parteitage, da wird sehr viel schärfer gesprochen als hier, und es hat der deutschen Partei gar nie geschadet, sondern nur genützt. Es liegt mir fern, Jemanden zu verletzen. Aber ich habe nicht das Bewußtsein, daß ich gerade Genossen Stark Unrecht gethan habe. Ich erkläre, daß meine Meinung über sein Verfahren, über die Methode, wie er seine Anschauungen vertritt, völlig aufrecht steht, und daß ich nicht geneigt bin, davon auch nur das geringste Wort zurückzuziehen. (Beifall und Händeklatschen.)

Adelheid Popp (Wien): Die Organisation der Heimarbeiter ist bestimmt, sich über ganz Oesterreich auszudehnen. Sie wurde im März gegründet und hat heute schon drei Ortsgruppen und eine Zahlstelle. Es sind Zuschriften an uns um Gründung von Ortsgruppen gelangt. Wir kennen zuweilen nicht genau die Ortsverhältnisse und bitten Sie daher um Ihre Unterstützung. Die zu Hause arbeitenden Frauen können nur im Verein der Heimarbeiterinnen organisirt werden. Es handelt sich um eine Organisation der Aermsten, wir bieten ihnen Krankenunterstützung, Unterstützung in den ärgsten Nothfällen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" rc. rc. Der Anfang ist gemacht! Wir hoffen, daß die Genossen in der Provinz wie die in Wien uns unterstützen werden, es handelt sich ja zumeist um die Frauen von Arbeitern. Noch Eines: 1898 hat die erste Frauenconferenz stattgefunden. Zu Ostern nächsten Jahres dürfte wieder eine Conferenz einberufen werden. Wir möchten Sie ersuchen, uns dann zu unterstützen, damit auch die nächste Frauenconferenz einen Erfolg der Bewegung bedeute. (Lebhafter Beifall.)

Barth (Saaz): Ich protestire, daß ich zur Begründung des von den Saazer Genossen eingebrachten Antrages nicht das Wort erhielt. Es ist ein Gebot der Pflicht unserer Reichsrathsfraction, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz ausgedehnt wird. In Graz hat man auf dem Parteitag gegen uns gesprochen. Die Nationalen sagen, daß dadurch die Landwirthschaft geschädigt werde, und jammern, daß die Leutenoth von Tag zu Tag zunimmt. Wenn das Los der landwirthschaftlichen Arbeiter immer schlechter wird, so ist es klar, daß die Arbeiter von der Landwirthschaft fliehen. Ich bin 16 Jahre als landwirthschaftlicher Arbeiter thätig und war mit den Ausführungen am Grazer Parteitag nicht zufrieden. Unsere Abgeordneten müssen Forderungen der landwirthschaftlichen Arbeiter mit größtem Nachdruck vertreten. (Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Es fehlt uns, die wir in erster Linie die Vertreter der Industriearbeiter sind, durchaus nicht an Verständniß für die schweren Leiden und die Unterdrückung der landwirthschaftlichen Arbeiter. Wir kennen sie so genau, daß wir vom Anfang unserer Bewegung an auf Mittel sinnen, um die landwirthschaftlichen Arbeiter unserer Bewegung zuzuführen. Es ist nicht richtig, daß man auf dem Grazer Parteitag gegen die Krankenversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter gesprochen hat. Ein Redner aus den Alpenländern hat gesagt: „Meiner Ansicht nach ist es unmöglich, den Bauern mit der Kranken- und Unfallversicherung zu kommen, denn dadurch geben wir es unseren Gegnern in die Hand, die Bauern uns sofort abwendig zu machen." Trotzdem der Redner nur die Schwierigkeit der Bauernagitation damit schildern wollte, haben sich sofort eine ganze Reihe von Genossen dagegen gewendet, und der Referent Dr. Ellenbogen sagte: „Ich erkläre, daß wir mit Bauern, die uns auf das hin den Rücken kehren, nichts zu thun haben wollen." Und in der Resolution ist ausdrücklich die Krankenversicherung für die Landarbeiter verlangt. Ich habe das deshalb auseinandergesetzt, weil ich nicht möchte, daß da auch nur das geringste Mißverständniß zurückbleibe.

Pernerstorfer (Wien): Die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die landwirthschaftlichen Arbeiter ist eine alte Forderung. Auch im Parlament waren wir schon in der Lage, diese Forderung zu erheben. In der Debatte über die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften haben wir gerade jenen Antrag gestellt, den Barth von uns verlangt. Auch eine Arbeitsordnung für diese Arbeiter haben wir verlangt; und wenn Sie die Ausschußberichte lesen würden,

würden Sie auch da finden, daß wir uns bei jeder Gelegenheit der landwirthschaftlichen Arbeiter annehmen.

Seitz (Wien): Barth hat uns wohl nicht den Vorwurf machen wollen, daß wir zu wenig auf die landwirthschaftlichen Arbeiter bedacht sind, er wollte wohl so gewissermaßen „Hier!" rufen, aufmerksam machen, daß auch ein Vertreter landwirthschaftlicher Arbeiter anwesend ist. Pernerstorfer hat schon darauf verwiesen, daß wir in der Debatte über die Berufsgenossenschaften uns ihrer angenommen haben. Wir verlangten einen eigenen Ausschuß für sie in der Genossenschaft, ferner die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung der landwirthschaftlichen Arbeiter, die Beseitigung der Gesindeordnung. Wir haben uns damals sogar den heftigsten Anfeindungen der Agrarier ausgesetzt. Es ist selbstverständlich, daß wir jederzeit auch für die Interessen der landwirthschaftlichen Arbeiter eintreten werden.

Vorsitzender **Popp**: Der Antrag ist ohnedies dem Verband zugewiesen. Die Angelegenheit ist also erledigt. — Die Tagesordnung ist erschöpft und wir schreiten zum Schluß des Parteitages.

Schuhmeier (Wien): Ehe wir uns trennen, möchte ich nochmals unseren Dank an die Aussiger Genossen entrichten. Sie haben uns hier in ihrem Hause, das ja ein Stück Parteivermögen ist, herzlich empfangen. Für alle ihre Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft drücken wir ihnen unseren Dank und Anerkennung aus. Eines haben uns die Aussiger Tage unbedingt gezeigt: Mit der „Ausrottung" durch die Deutschnationalen ist es nichts. (Stürmische Heiterkeit.) Fertig sind sie. Ihrem Hochmuth folgte ein dreifacher Fall: Wolf, Herzog, Stein. Wie die Christlich-Socialen, werden wir auch die Nationalen ganz zu Falle bringen. Und was wir vorgestern Abends im Bilde sahen, die Freiheit, hoch oben am Berge, das soll in Leben verwandelt werden, damit die Freiheit niedersteige bis in die letzte Hütte des Armen. Den braven Aussiger Genossen also nochmals Dank von Allen, die aus der Ferne kamen. (Beifall und Händeklatschen.)

Beutel (Aussig): Namens der Aussiger Genossen danke ich dem Parteitag. Wir haben es uns zur Ehre angerechnet, einen Parteitag in Aussig zu sehen. Es gereicht uns zur Genugthuung, wenn Sie befriedigt weggehen. Wir werden wie bisher, auch in Zukunft den Kampf fürs Proletariat entschlossen kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Bretschneider (Wien): Wir Congreßtheilnehmer haben noch die Pflicht, dem Präsidium für seine umsichtige Leitung, der wir die Erfolge dieses Parteitages gewiß auch zu verdanken haben, den besten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Popp (Wien): Die Tagesordnung des Parteitages ist erschöpft. Einige Delegirte meinten anfangs, daß man auf diesem Parteitag nicht viel zu verhandeln habe. Nun sind wir vier Tage beisammen gewesen und jeder Zuhörer wird zugeben, daß ein Jeder daraus lernen und sich etwas auf den Weg mitnehmen konnte, um es zur Aufklärung und Agitation in der Arbeiterschaft zu verwenden. Der Parteitag war nothwendig! Gerade hier in Deutschböhmen, wo man uns zu wiederholtenmalen todtgesagt hat, wo unsere Genossen nach den Wahlen selbst an sich verzweifeln wollten, hat der Parteitag gute Früchte gezeitigt. Es hat sich gezeigt, daß die Arbeiterschaft den Verlockungen bürgerlicher Demagogie nicht folgt und an den Bestrebungen der Socialdemokratie festhält. Wie oft man uns auch todtsagt, es geht vorwärts! (Brausender Beifall.) Wenn wir in zwei Jahren wieder zusammenkommen werden, werden wir gewiß wieder einen Fortschritt constatiren können. Kraft unserer Organisation und des wahrhaft internationalen Zusammenwirkens aller Nationen Oesterreichs haben wir stets alle Schwierigkeiten überwunden und werden sie auch stets überwinden. Zum Trotz allen lügnerischen Feinden werden wir bestehen, werden wir siegen! (Stürmischer Beifall.) Ich schließe mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie. Hoch! Hoch! Hoch!

Die Delegirten erheben sich von den Sitzen und singen stehend das „Lied der Arbeit."

Der Parteitag ist geschlossen.

Präsenzliste.

Congreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Adler Victor, Dr.	Wien	Parteivertretung
Albrecht Adolf	Reichenberg	VIII. böhmischer Wahlkreis
After Jaroslaw	Karbitz	Bezirksorganisation Karbitz
Baier Ferdinand	Aussig	Localorganisation Aussig
Bartel Heinrich	Karlsbad	Red. „Volkswille“, Localorg. Eger, Graslitz und Asch
Barth Josef	Saaz	Localorganisation Saaz
Bauer Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien IX
Behr Anton	Saaz	Bezirksorganisation Saaz
Beer Heinrich	Wien	Parteivertretung
Beutel Franz	Aussig	Bezirksorganisation Aussig
Bienert Wenzel	Niemes	Localorganisation Niemes
Bösmüller Wenzel	Bilin	Localorganisation Dux, Losch, Bilin und Wschechlab
Bretschneider Ludwig	Wien	Landesorg. Niederösterreich u. Bezirks-org. Wien VII
Brod Jacob	Wien	Redaction „Arbeiterschutz“
Christof Johann	Iglau	Localorganisation Iglau
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	Red. „Volksfreund“, Landesp.-Vertr. Mähren u. Schlesien, III. m. Wahlkr.
Dießner Heinrich	Rumburg	Localorganisation Rumburg
Dietl Heinrich	Aussig	Localorganisation Schwora
Dösch Albin	Wernersreuth	Bezirksorganisation Asch
Ebert Franz	Grasseth	Localorganisation Grasseth
Eldersch Mathias	Brünn	Parteicontrole
Eilenbogen Wilh., Dr.	Wien	Parteivertretung
Emmerling Georg	Wien	Parteicontrole
Fieth Ferdinand	Tachau	III. böhmischer Wahlkreis
Franzl Ottomar	Karbitz	Localorganisation Karbitz
Freundlich Leo	M.-Schönberg	Localorganisation M.-Schönberg
Frömel Johann	Teplitz	Bezirksorganisation Weipert und V. böhmischer Wahlkreis
Gerdinits Ferdinand	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis
Götz Jaroslaw	Prödlitz	Localorganisation Türmitz
Gottfried Anton	Komotau	Bezirksorganisation Komotau
Gröbner Johann	Wien	IV. Wiener Wahlkreis
Gröger Florian	Brüx	Bezirksorganisation Brüx
Groß Johann	Wien	Industriegruppe der Holzarbeiter
Große Andreas	Wien	Bezirksorganisation Wien IV
Grünwald Julius	Wien	Redaction „Einigkeit“
Gürlich Carl	Wien	Bezirksorganisation Wien VIII
Hackenberg Theodor	Gmünd	Bezirksorg. Gmünd, VII. Wahlkr.
Hain Anton	Gatschken	Localorganisation Groß-Kandern
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter
Hannsch Ferdinand	Wien	Industriegruppe d. Textilarbeiter
Hauschka Anton	Wien	Bezirksorganisation Wien XIX
Heger Olga	Bodenbach	Frauenorganisation Bodenbach
Heinze Franz	Dobern	Bezirksorganisation Bensen
Herrmann Carl	Kratzau	Bezirksorganisation Kratzau
Hillebrand Oswald	Turn	Localorganisation Turn
Hoffmann Carl	Senseln	Localorganisation Senseln
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftscommiss. Oesterreichs
Jäger Carl	Eulau	Localorganisation Eulau
Kaulfuß Daniel	Trautenau	Bezirksorganisation Trautenau
Kiesewetter Wilhelm	Gablonz	Bezirksorg. Gablonz-Tannwald

Congreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Klose Anna	Sternberg	Frauenorganisationen Sternberg, Bautsch und Neutitschein
Kohl Ludwig	Strahl	Localorganisation Klostergrab, Kosten und Strahl
Koutzký Anton	Wiklitz	Localorganisation Wiklitz
Kral Franz	Wistritz	Localorganisation Wistritz-Pihanken
Kraus Josef	Falkenau	Localorganisation Falkenau
Krebs Rudolf	Schönfeld	Localorganisation Schönfeld
Kreibich Ferdinand	Zwickau	Bezirksorganisation Zwickau
Kremser Heinrich	Böhm.-Leipa	Bezirksorganisation Böhm.-Leipa
Krobath Hans	Weinzierl	Bezirksorganisation Krems
Kühnel Anton	Saaz	Localorganisationen Gr.-Tschernitz, Liboritz und Schellesen
Kühnel Josef	Straden	Localorg. Priesten u. Straden
Kütt Philipp	Wien	Wr. Preßcontrol-Commission
Kušička Wenzl	Eichwald	Localorganisation Eichwald
Laufke Franz	Bensen	Localorg. Bensen, Dobern, Gr.- u. Kl.-Wöhlen, Habendorf, Güntersdorf, Ebersdorf
Lill Franz	Teplitz	Bezirksorganisation Falkenau a. E.
Lippa Cilly	Wien	Frauen-Reichscomité
Löbel Anton	Postitz	Localorganisation Postitz
Löbel Carl	Prasseditz	Localorganisation Prasseditz
Löw Dominik	Drahowitz	Localorganisation Drahowitz
Mischak Eduard	Wigstadtl	Localorganisation Wigstadtl und Groß-Glockersdorf
Muchitsch Vincenz	Graz	Parteicontrole
Nadwornik Josef	Niemes	Bezirksorganisation Niemes
Nießner Wilhelm	Brünn	I. mähr. Wahlkreis
Nowak Alois	Wien	Industriegruppe der Metallarbeiter
Obrist Josef	Wien	Bezirksorganisation Wien XVIII
Patzner Wenzl	Teplitz	Bezirksorganisation Teplitz
Paul Anton	Schöbritz	Localorganisation Schöbritz
Pernerstorfer E.	Wien	Parteivertretung, IX. n.-ö. Wahlkr.
Pick Carl	Wien	Fachbl. „Der Handelsangestellte"
Piraschütz Franz	Wien	Bezirksorg. Wien XII und XIII
Pölzer Johann	Wien	Bezirksorganisation Wien X
Pohl Lotte	Wien	Frauen-Reichscomité
Polke Emil	Wien	III. Wiener Wahlkreis
Popp Adelheid	Wien	„Arbeiterinnen-Zeitung"
Popp Julius	Wien	Parteivertretung
Prähauser Jacob	Salzburg	Parteicontrole
Reitzner Adolf	Bodenbach	Bezirksorganisation Tetschen
Resel Hans	Graz	Bezirksorganisation Graz
Ressel Heinrich	Grottau	Bezirksorganisation Grottau
Rieger Eduard	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Schäfer Anton	Reichenberg	Bezirksorganisation Reichenberg
Scharmann Josef	Wernstadt	Bezirksorganisation Wernstadt
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis
Schloßnickel Hieron.	Sternberg	VI. mährischer Wahlkreis
Schmidt Eduard	Anschine	Localorg. Anschine u. Arbtsau
Schmidt Carl	Böhm.-Leipa	Localorganisation Böhm.-Leipa
Schönwälder Anton	M.-Schönberg	Bezirksorg. Mähr.-Schönberg
Schrammel Anton	Aussig	VI. böhmischer Wahlkreis
Schrammel Marie	Aussig	Frauenorganisation Aussig
Schreiber Hugo	Brüx	Localorganisation Brüx
Schubert Wenzel	Mariaschein	Localorganisation Mariaschein
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertr. u. Red. „Volkstribüne"
Schweichhardt Josef	Steinschönau	Bezirksorg. Haida-Steinschönau
Seifert Anton	Neustadt a. T.	Localorganisation Neustadt a. T.
Seitz Carl	Wien	Reichsrathsabgeordneter
Seliger J.	Teplitz	Parteicontrole

Congreßtheilnehmer	Aus	Vertritt
Sever Albert	Wien	Bezirksorganisation Wien XVI
Siegl Johann	Linz	Bezirksorganisation Linz
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung
Smrčka And.	Wien	Bezirksorganisation Wien XIV
Spielmann Julius	Linz	Parteicontrole, Red. „Wahrheit"
Sponer Franz	Reichenberg	Localorganisation Reichenberg
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	Localorganisation Karlsbad
Stork Eduard	Krammel	Localorganisation Krammel
Strahl Anton	Großpriesen	Localorganisation Großpriesen
Slapak Ernst	Warnsdorf	Bezirksorganisation Warnsdorf
Tomschik Josef	Wien	Parteicontrole, Industriegruppe, „Eisenbahner"
Trutzenberger Karl	Linz	Landesorganisation Ober-Oesterr.
Tuller Ludwig	Leoben	Bezirksorganisation Leoben
Uhlik Franz	Graupen	Localorganisation Graupen
Volkert Karl	Wien	Bezirksorganisation Wien XVII
Wagner Wilhelm	Aussig	Localorganisation Reichen
Weber Franz	Kaiserswalde	Bezirksorganisation Schluckenau
Werner Adalbert	Weiskirchlitz	Localorganisation Weiskirchlitz
Widholz Laurenz	Wien	Bezirksorg. Wien V und VI
Wilhelm Ant. Wilh.	Aussig	Localorganisation Prödlitz
Winarsky Leopold	Wien	Bezirksorg. Wien, III. und II. Wr. Wahlkreis
Wlczek Josef	Wien	V. Wiener Wahlkreis
Wolf Franz	Wien	Bezirksorganisation Wien II.
Zeller Eduard	Teplitz	Localorg. Teplitz-Schönau
Zuschratter Johann	Jägerndorf	Localorg. Troppau, Freudenthal, Freiwaldau, Wagstadt, Bezirksorg. Jägerndorf

Gäste:

Für die Socialdemokratie Deutschlands:

August Kaden (Dresden), Mitglied des deutschen Reichstags;

Edmund Fischer (Brießnitz bei Dresden), Mitglied des deutschen Reichstags.

Für die czechoslavische socialdemokratische Parteiexecutive:

Anton Nemec (Prag).

Ergebniß der Abstimmungen

über die

dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Wortlaut der Anträge Seite 45.

Abgelehnt:

2, 4, 6, 9, 11, 13, 33, 34.

Durch Abstimmung über andere Anträge erledigt und deshalb entfallen:

8, 24, 25, 32.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt:

20.

Der Parteivertretung zugewiesen:

3, 7, 23, 29, 36.

Dem Verband der socialdemokratischen Abgeordneten zugewiesen:

10, 12 (irrthümlich wiederholt als Antrag **19**).

Dem böhmischen Landesverband zugewiesen:

30.

Angenommen:

1 (Parteiorganisation), **5** (Jugendorganisation), **14** (Organisationsstatut), **15** (Organisirung der Tabakarbeiter), **16** und **17** (Organisationsstatut), **18** (Thätigkeitsbericht der Fraction), **21** (Anerkennung für die Fraction), **22** (Preßreform), **26**, **27** („Arbeiter-Zeitung"), **28** („Bielitzer Volksstimme"), **31** (Kalender dürfen nur mit Zustimmung der Parteivertretung herausgegeben werden), **35** (Ort des nächsten Parteitages), **37** (Resolution über den Ausgleich), **38** (Resolution für die polnischen Landarbeiter), **39** (Resolution über die bürgerlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung), **40** (Resolution über die Turnvereine).

Sprechregister.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., Wien VI.





